



EUBAU DES RATHAU-
 SES IN FRANKFURT
 A. MAIN. * ARCHITEK-
 TEN: KGL. BAURÄTE
 FRANZ VON HOVEN
 UND LUDWIG NEHER
 IN FRANKFURT A. M.
 * ANSICHT DES EIN-
 GANGES VOM PAULS-
 PLATZ MIT BRÜCKE
 ÜBER DIE BETHMANN-
 STRASSE ZUM NORD-
 BAU. * * * * *
 DEUTSCHE
 * * BAUZEITUNG * *
 XLIII. JAHRGANG 1909
 * * * NO. 1/2. * * *

DEUTSCHE BAUZEITUNG



Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: kgl. Bauräte Fr. v. Hoven und L. Neher, Frankfurt a. M.
Hierzu eine Bildbeilage.

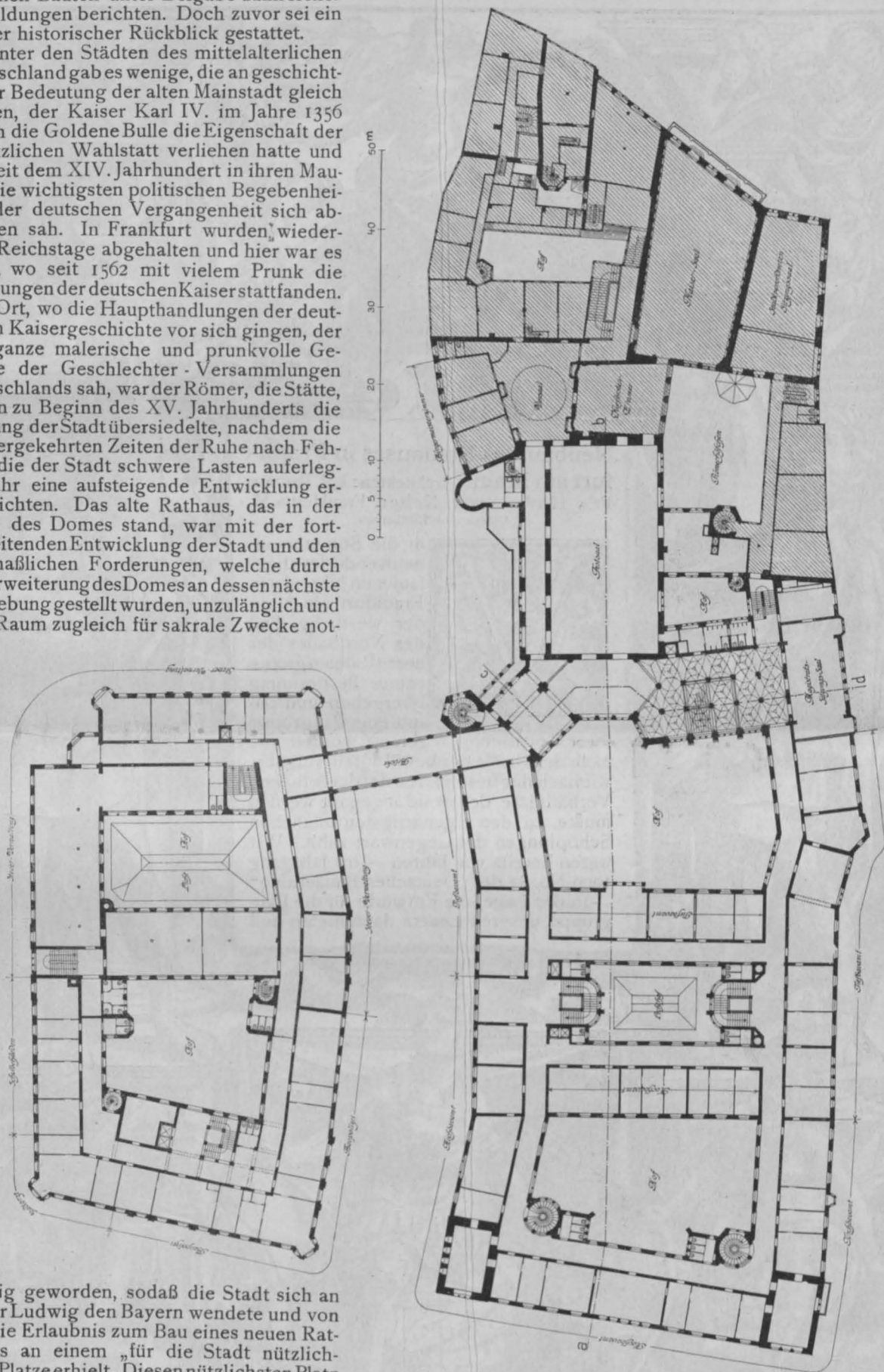


Im die Sommersonnenwende des abgelaufenen Jahres ist in Frankfurt am Main der westliche Teil des Nordbaues der neuen Rathausgruppe seiner Bestimmung übergeben und damit eine Baugruppe ihrer Vollendung zugeführt worden, die nach der Größe der bewältigten Aufgabe, wie nach der besonderen Art der örtlichen Verhältnisse, denen sie angepaßt werden mußte, zu den eigenartigsten baulichen Schöpfungen der Gegenwart zählt. Wir waren bereits vor Jahren — im Jahrgang 1900, No. 82 der „Deutschen Bauzeitung“ — in der Lage, die Entwürfe für die Baugruppe unseren Lesern darzubieten und

können nunmehr, wieder durch die Güte der Architekten, den Lesern der „Deutschen Bauzeitung“ über die vollendeten, seit einiger Zeit ihrer Bestimmung übergebenen Bauten unter Beigabe zahlreicher Abbildungen berichten. Doch zuvor sei ein kurzer historischer Rückblick gestattet.

Unter den Städten des mittelalterlichen Deutschland gab es wenige, die an geschichtlicher Bedeutung der alten Mainstadt gleich kamen, der Kaiser Karl IV. im Jahre 1356 durch die Goldene Bulle die Eigenschaft der gesetzlichen Wahlstatt verliehen hatte und die seit dem XIV. Jahrhundert in ihren Mauern die wichtigsten politischen Begebenheiten der deutschen Vergangenheit sich abspielen sah. In Frankfurt wurden wiederholt Reichstage abgehalten und hier war es auch, wo seit 1562 mit vielem Prunk die Krönungen der deutschen Kaiser stattfanden. Der Ort, wo die Haupthandlungen der deutschen Kaisergeschichte vor sich gingen, der das ganze malerische und prunkvolle Getriebe der Geschlechter-Versammlungen Deutschlands sah, war der Römer, die Stätte, wohin zu Beginn des XV. Jahrhunderts die Leitung der Stadt übersiedelte, nachdem die wiedergekehrten Zeiten der Ruhe nach Fehden, die der Stadt schwere Lasten auferlegten, ihr eine aufsteigende Entwicklung ermöglichten. Das alte Rathaus, das in der Nähe des Domes stand, war mit der fortschreitenden Entwicklung der Stadt und den mutmaßlichen Forderungen, welche durch die Erweiterung des Domes an dessen nächste Umgebung gestellt wurden, unzulänglich und sein Raum zugleich für sakrale Zwecke not-

„Goldener Schwan“, von welchen, wie unser Lageplan auf folgender Seite zeigt, der „Römer“ nach dem Römerberg, der „Goldene Schwan“ dagegen nach dem

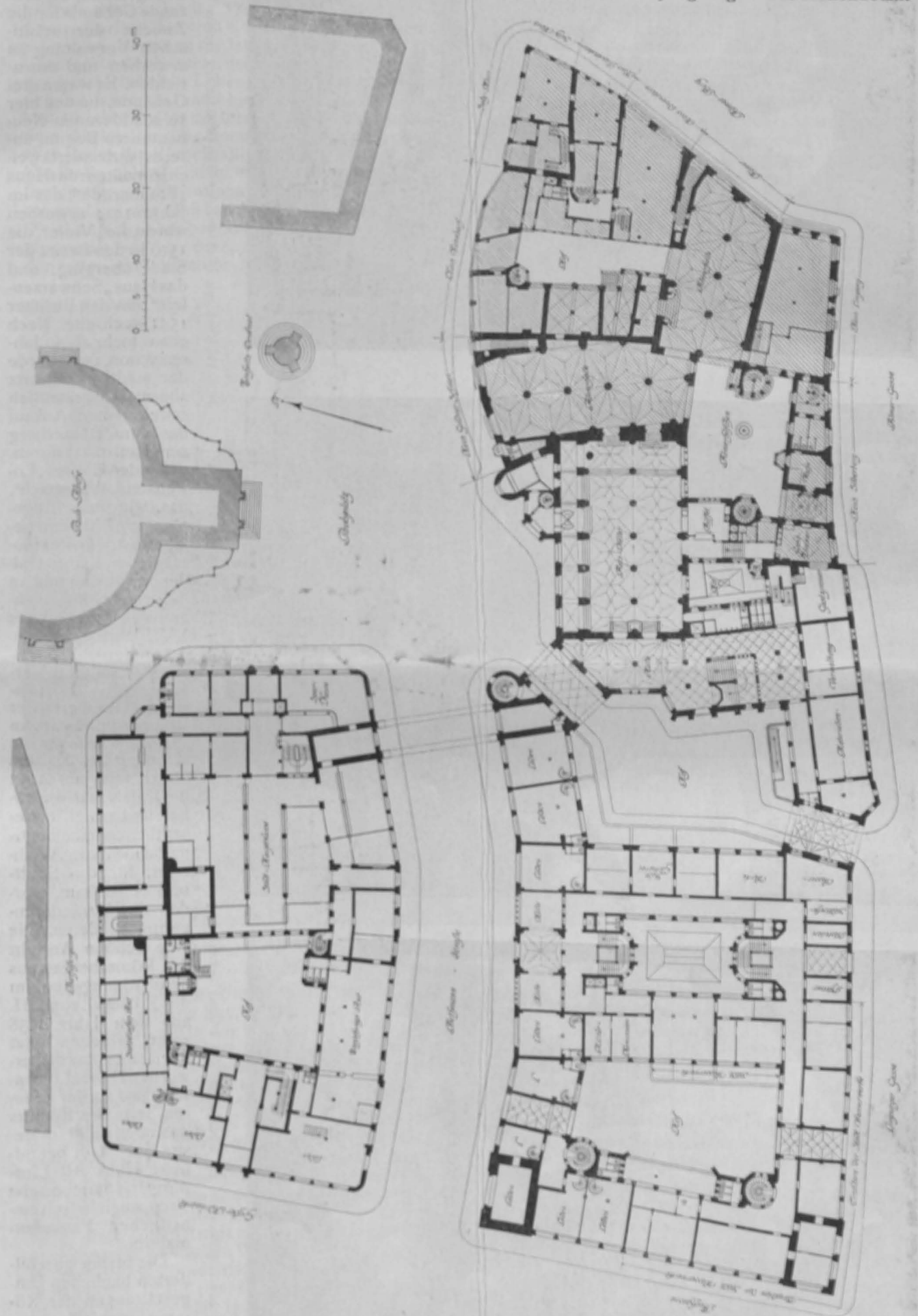


wendig geworden, sodaß die Stadt sich an Kaiser Ludwig den Bayern wendete und von ihm die Erlaubnis zum Bau eines neuen Rathauses an einem „für die Stadt nützlichsten“ Platze erhielt. Diesen nützlichsten Platz glaubte der Rat von Frankfurt am Hauptplatz der Stadt, dem Samstagsberg, gefunden zu haben, auf dem die Messe abgehalten wurde und sich der dichteste Verkehr entwickelte. Er erwarb hier im März des Jahres 1405 die beiden privaten Häuser „Römer“ und

Barfüßer-Kloster, dem heutigen Paulsplatz, hinausging. In den folgenden Jahren fand der Umbau der beiden Häuser zu einem Rathause statt. Das Erdgeschoß bestand aus großen gewölbten Hallen, die wäh-

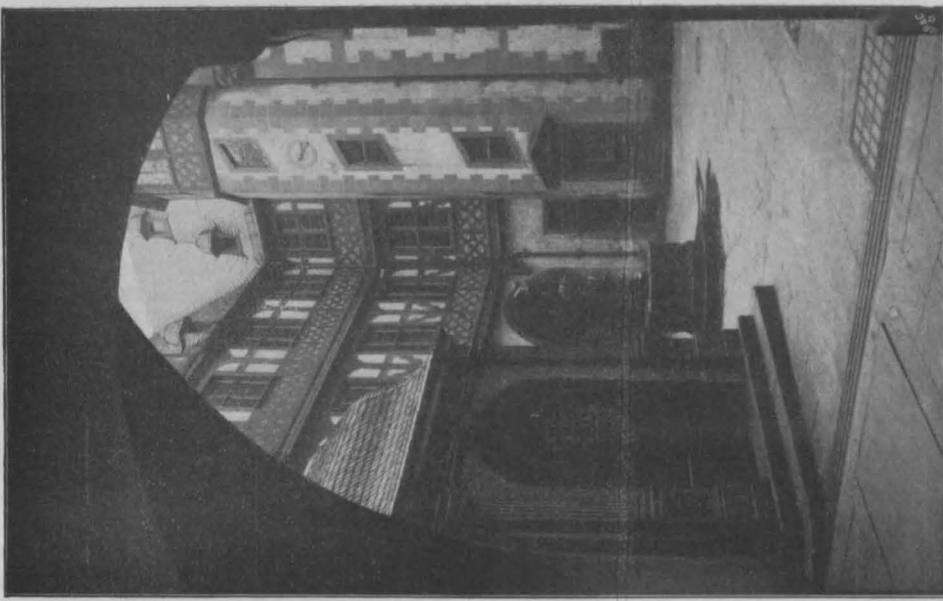
rend der Meßzeit als Kaufräume dienten; im Ober-
 Geschoß entstand aus der Zusammenziehung zweier
 Geschosse der Kaisersaal, der gelegentlich auch dem

sers Matthias aus dem Jahre 1612 hatte der Römer eine
 Art vorübergehenden Vorbaues, den auch das seitlich
 angrenzende Haus Limpurg zeigte. Die blühende Ent-

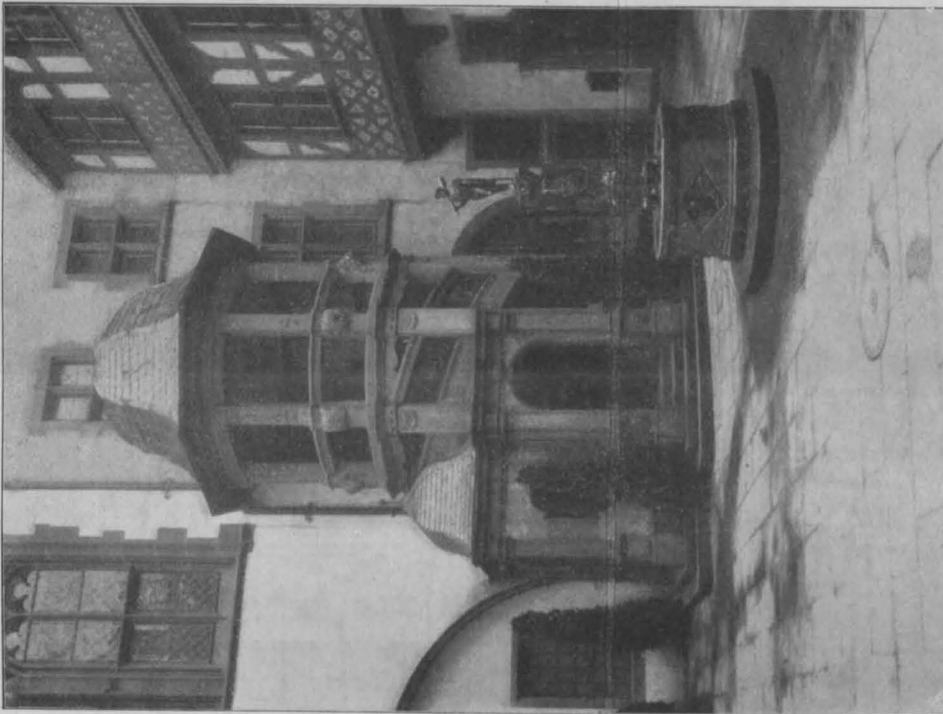


Handel überwiesen wurde; es entstanden ferner die
 Schreiberstube, vermutlich als besonderer Anbau im
 Hofe, die Ratsstube und die Fassade am Römerberg mit
 den Treppengiebeln. Nach dem Königsdiarium des Kai-

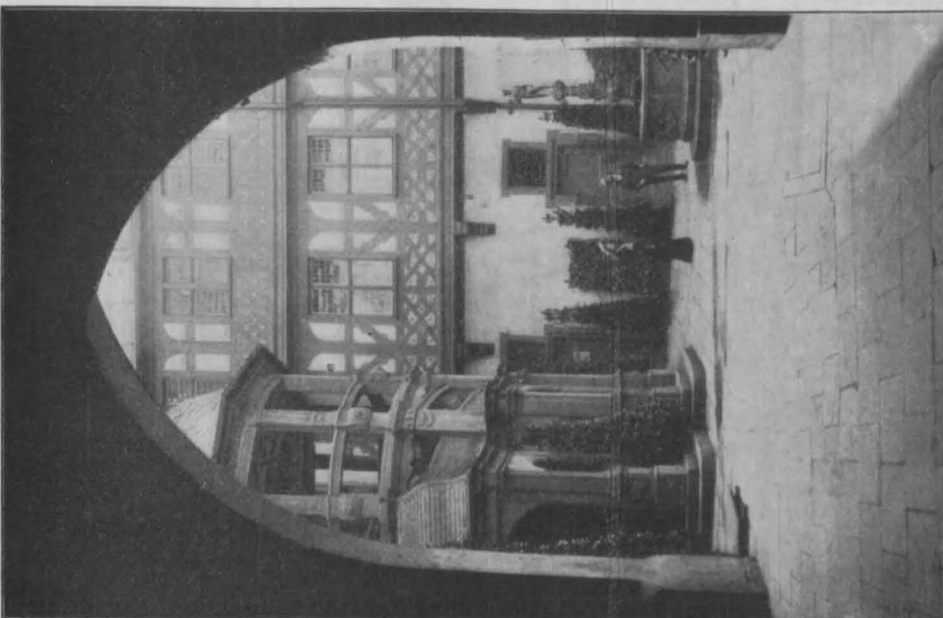
wicklung Frankfurts als Handelsstadt, vor allem seiner
 Messen und seines Wechselverkehrs, eine Entwick-
 lung, die es an die erste Stelle des mitteleuropäischen
 Handels brachte, machte bald die Räume der städti-



Römerhöfchen mit Blick auf den Treppenturm des Hauses Silberberg.



Treppenturm und Herkulesbrunnen im Römerhöfchen.



Römerhöfchen mit Blick auf die Rückfassade des Hauses Silberberg.

schen Verwaltung im Römer unzulänglich, sodaß der Rat sich gezwungen sah, angrenzende Gebäude für die Zwecke der städtischen Verwaltung zu erwerben und einzurichten. Es waren drei Gebäude, die den hier zu schildernden Neubauten zu Beginn unseres Jahrhunderts weichen mußten: das Haus „Frauenrode“, das im Jahre 1424 erworben wurde, die „Viole“, die 1510 in den Besitz der Stadt überging, und das Haus „Schwarzenfels“, das den Besitzer 1542 wechselte. Nach etwas mehr als 50 Jahren schon, 1596, wurde der städtische Besitz abermals wesentlich erweitert durch Ankauf des vom Römerberg zum Paulsplatz durchgehenden Hauses „Löwenstein-Wanebach“, das, wie unser Lageplan zeigt, ähnlich gelagert ist, wie die Häusergruppe Römer-Goldener Schwan und an diese unmittelbar angrenzt. Während des XVII. Jahrhunderts fanden einige charakteristische bauliche Veränderungen im Inneren und Aeußeren der Römergruppe statt. Im Inneren wurde für die Krönung des Kaisers Matthias im Jahre 1612 der Kaisersaal vergrößert und erhielt im wesentlichen seine heutige Raumwirkung. Wichtiger, für das Stadtbild bedeutsam, wurden die Veränderungen im Aeußeren. Wie eine schöne Ansicht des Römerberges aus dem Krönungsdiarium des Kaisers Leopold I. aus dem Jahre 1658 zeigt, erhielten jetzt der Römer, das neu erworbene Haus Löwenstein und auf der anderen Seite des Römers das noch nicht im Besitz der Stadt befindliche Haus Alt-Limpurg drei harmonische Treppengiebel mit einheitlicher Fassadenmalerei.

Die bisher geschilderten baulichen Umgestaltungen der Römergruppe jedoch treten zurück gegen die Umgestaltungen, die im Jahre 1731 anhoben. Es

entstand in den Jahren 1732—1735 mit glanzvoller künstlerischer Ausstattung das Wahlzimmer mit kuppelüberwölbtem Vorplatz; es wurde ferner von der Römerhalle zum Kaisersaal die neue Kaisertreppe gebaut und zu der im Januar 1742 stattgehabten Krönung Kaiser Karls VII. durch Colomba mit Gemälden geschmückt. Es waren die letzten Zeugnisse der großen Geschichte des Römers, der bald aus dem Mittelpunkt des geschichtlichen Lebens Deutschlands verschwindet. Im Jahre 1792 fand hier das letzte Krönungsmahl und 10 Jahre später die letzte Volkszeremonie, das aus dem Mittelalter überkommene Pfeifergericht statt. 1846 verlor die Römerhalle auch ihre Bestimmung als Kaufhalle. Das politische Leben der Nation, das im Bundestag und der Nationalversammlung seine Äußerungen fand, war 1848 in die Paulskirche übersiedelt. Nunmehr aber beginnt die Bedeutung der Römergruppe als Sitz der neueren städtischen Verwaltung. In den ersten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts erhielt der

gen erfolgten nach den Entwürfen des Baudirektors Max Meckel in Freiburg, der aus einem 1889 ausgeschriebenen Wettbewerb als Sieger hervorgegangen war und welchem der Maler Peter Becker als künstlerischer Mitarbeiter zur Seite stand. Unsere Abbildung hierunter zeigt die Fassade der Römergruppenach ihrer Umgestaltung durch Meckel. Fast gleichzeitig erfolgte der Umbau des Hauses Löwenstein für die städtische Verwaltung; es enthält im ersten Obergeschoß den Trausaal, zu dem die berühmte Kaisertreppe den Zugang vermittelt. Die beiden Häuser Limpurg und Silberberg wurden 1877 in die Räume für die städtische Verwaltung aufgenommen. Gleichfalls durch Meckel umgebaut, enthält das Haus Alt-Limpurg im Obergeschoß einen Sitzungssaal für die Stadtverordnetenversammlung, der durch das schöne Treppentürmchen im Römerhöfchen zugänglich ist, und im Erdgeschoß die Geschlechterstube. Der zierliche Herkulesbrunnen, den unsere Abbildung des Römerhöfchens S. 4 zeigt,



Ansicht der Römergruppe nach der Wiederherstellung durch Baudirektor Max Meckel in Freiburg i. Brg.

Kaisersaal wiederholte Umgestaltungen und die Kaiserbilder, die ihn heute noch schmücken. Die Entwicklung der Stadt, die in der Mitte des XIX. Jahrhunderts lebhaft einsetzte, machte bald die Vergrößerung und Erweiterung der städtischen Verwaltungsräume notwendig, sodaß die Stadt Frankfurt 1843 das Haus „Frauenstein“ am Römerberg und das „Salzhaus“ an der Ecke Römerberg und Paulsplatz ankauft. Eine in noch größerem Umfang gedachte Erweiterung scheiterte jedoch vorläufig an der Uneinigkeit der städtischen Körperschaften und kam erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts zustande. In dieser Zeit fand die Erwerbung der beiden Häuser „Limpurg“ und „Silberberg“ statt, sodaß damit nunmehr sämtliche Gebäude am Römerberg zwischen Wedel- und Limpurger-Gasse in den Besitz der Stadt übergegangen waren. Nun kam in den Jahren 1896—1900 der Umbau der Römerfassade und der Fassaden der Häuser Limpurg und Löwenstein zu einer einheitlichen, dreigiebeligen Baugruppe, wie sie bereits das Krönungs-Diarium des Kaisers Leopolds I. vom Jahre 1658 zeigte. Die Neugestaltung

ist eine Stiftung von Manskopf aus dem Jahre 1904 und ein Werk des Bildhauers J. Kowarzik. Die fensterreichen Häuser Frauenstein, Wanabach und das Salzhaus wurden für die Zwecke der städtischen Verwaltung im Jahre 1887—1888 durch Koch umgebaut und wiederhergestellt. Dabei wurden die Malereien mit Sorgfalt erneuert.

Das nun war die gegebene Sachlage, an welche die Architekten der Neubau-Gruppe anzuknüpfen hatten: fürwahr, keine leichte Aufgabe, wie schon die längere Vorgeschichte der Neubauten erraten läßt. Die Klagen über Raumangel bei der städtischen Verwaltung Frankfurts gehen lange Jahre zurück. Mit dem wirtschaftlichen und sozialen Aufblühen der Stadt nach dem großen Kriege unserer Zeit konnte die Römergruppe die Raumerfordernisse immer weniger befriedigen, sodaß allmählich die Räume der städtischen Verwaltung an zahlreichen Stellen zerstreut waren, was für einen geregelten Geschäftsverkehr als überaus hinderlich empfunden wurde. Bei allen Erwägungen über eine Aenderung dieser Verhältnisse sah sich aber die

Stadtverwaltung vor der gebieterischen Pflicht, die geschichtliche Bedeutung der Römergruppe zu erhalten und in den Römerbauten, die seit 500 Jahren städtischen Verwaltungszwecken gedient hatten, den Schwerpunkt der städtischen Verwaltung zu lassen. Es hatte nicht an anderen Vorschlägen gefehlt. Es wurde der Plan erörtert, den Römer zu einem Museum umzugestalten. Neben diesem Gedanken einher ging bei einer Verlegung des Rathauses die Furcht, daß das Schicksal der alten Häuser dann bald abzusehen sei. Und so reifte der grundsätzliche Entschluß, ein neues Rathaus, das nicht allein sämtliche zerstreuten Ämter, sondern auch die Fest- und Repräsentationsräume zu umfassen hatte, im unmittelbaren Anschluß an die alte Römergruppe zu errichten. Dabei trat jedoch als erste die Hauptfrage auf, nach welcher Seite der nunmehr als Erweiterungsbau aufzufassende Neubau sich erstrecken solle. Nach der bestehenden Sachlage, nach welcher der Römerberg und der Paulsplatz als gegebene Faktoren betrachtet werden mußten, ergab sich eine Erstreckung des Erweiterungsbau nach Westen als das Naturgemäße. Die Absicht der Anlage eines neuen Straßenzuges, der die Altstadt von Westen nach Osten zu durchqueren bestimmt war, der Bethmann-Straße und in ihrer Verlängerung der Braubach-Straße, kam dem Gedanken der Erweiterung nach Westen entgegen. Jedoch erwuchs dem Plane noch erhebliche Schwierigkeiten, an welchen eine Reihe von Vorentwürfen des städtischen Hochbauamtes scheiterten. Diese Schwierigkeiten bestanden einmal darin, daß den südlichen Anwohnern des Rathauses die Durchfahrtsrechte, die sie bisher an der Römergasse hatten, erhalten bleiben mußten, und daß anderseits der „Gläsern Hof“, ein von Römergasse, Karpfengasse und Kerbengasse begrenztes viereckiges bebautes größeres Gelände sich wie ein Keil in das für den Erweiterungsbau in Aussicht genommene Gebiet hineinschob. Auch hielt man lange Zeit an dem Gedanken fest, die an der Kerben- und der Römergasse gelegenen Häuser Schwarzenfels, Viole und Frauenrode mit dem Archivturm zu erhalten. Erst als man sich notgedrungen zu dem Entschluß durchgerungen hatte, sowohl diese drei Häuser wie auch den „Gläsern Hof“ trotz ihres historischen Wertes der größeren Notwendigkeit zu opfern, erst dann war die Bahn zu freieren Gestaltungen frei. Den übrigen Rücksichten konnte im Neubau wohl Rechnung getragen werden.

Es übernahmen nun 4 Architekten der Römer-Baukommission, die Hrn. F. v. Hoven, F. Luthmer, L. Neher und H. Th. Schmidt die Aufgabe, für den Erweiterungsbau des Rathauses Entwürfe auszuarbeiten. Schon bei den Vorarbeiten durch das städtische Hochbauamt hatte sich erwiesen, daß das zunächst in Aussicht genommene Gelände nicht genüge, auf ihm die sämtlichen Amtsräume der städtischen Verwaltung unterzubringen. Man beschränkte sich daher nicht mehr auf das von Bethmann-Straße, Buch- und Römergasse begrenzte Gelände, sondern faßte bei der Planbearbeitung gleich auch die nördlich der Bethmann-Straße gelegene, von Kornmarkt und Barfuß-Gasse begrenzte Fläche ins Auge. Die Verbindung der getrennten Bauteile war durch eine Brücke über der Bethmann-Straße gedacht. Bei den Entwurfsarbeiten war zugleich der organische Anschluß der Neubauten an die Römergruppe bedungen und wir wollen es gerne glauben, wenn berichtet wird, daß sowohl diese Bedingung wie die von den staatlichen und städtischen Behörden gestellten Forderungen, die wertvollen Teile der dem Abbruch verfällenden Häuser tunlichst den Neubauten wieder einzufügen, die Lösung der Aufgabe zu einer ungewöhnlich schwierigen machten. Die Bedingung dieser mühevollen Einzelarbeit ist vielleicht auch eine Erklärung dafür, daß man zur Gewinnung von Entwürfen für diese großartige Anlage von einem allgemeinen deutschen Wettbewerb absah. Die Angrenzer der Römergasse wurden durch den Beschluß befriedigt, diese Gasse durch einen Hof mit zwei einander diagonal gegenüberstehende Durchfahrten zu ersetzen.

Die weitere Entwicklung der Angelegenheit hatte nun zur Folge, daß die Hrn. v. Hoven und Neher beauftragt wurden, gemeinsam einen der Ausführung zugrunde zu legenden Entwurf auszuarbeiten. Dieser wurde im Sommer des Jahres 1900 von der Stadtverordneten-Versammlung zur Ausführung bestimmt. Es wurde nunmehr ein Rathaus-Baubureau begründet, an dessen Spitze für die künstlerische Bearbeitung der Ausführungsentwürfe Hr. Arch. Hellmuth Cuno trat, während die örtliche Bauleitung in nebengeordneter Stellung Hrn. Arch. Stephan Blattner übertragen wurde. In achtjähriger Bautätigkeit, die im Sommer 1908 abschloß, ist darauf das entstanden, was wir nunmehr in Kürze in Wort und Bild darstellen wollen. —

(Fortsetzung folgt.)

Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu Hamburg.

Von Ingenieur R. Schacht in Hamburg. (Hierzu die Abbildungen S. 8 und 9.)



as Elbufer vor St. Pauli, dem westlichen Stadtteil Hamburgs, diente in seinem oberen, an die innere Stadtgrenzenden Teile schon lange dem unterelbischen Schiffsverkehr. Gleich zu Beginn heimischer Dampfschiffahrt im Jahre 1839 wurde hier eine hölzerne Landungs-Anlage gebaut, die schon bald vergrößert werden mußte. Auch für die Seeschiffe der 1847 gegründeten Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-A.-G. (Hamburg-Amerika-Linie genannt) wurde dort die Abfertigungsstelle mit dem jetzt beseitigten sogenannten Aktien-Speicher eingerichtet. Ein durchgreifender Neubau, durch welchen die St. Pauli-Landungsbrücken ihre bisherige, aus dem Lageplan Abbildung 1 ersichtliche Gestalt erhielten, fand in den Jahren 1869 bis 1871 statt. Acht eiserne Pontons von 25 m Länge, 10 m Breite und 2,5 m Höhe, meist unmittelbar nebeneinander liegend, zum Teil durch kleine Brücken miteinander verbunden, bildeten seitdem die Landungsstelle, deren gesamte Anlage-Front annähernd 240 m betrug, außer dem am Ostende später angereicht kleinen Ponton, welches noch heute für den Fährverkehr nach Steinwärder dient.

Für den regelmäßigen Verkehr an den Landungs-Brücken kommen zunächst die Dampfer der vier unterelbischen Reedereien und der Hafen-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Betracht. Die Länge dieser Schiffe

schwankt zwischen 28 und 54 m. Hierzu tritt für die Sommermonate der starke Verkehr, welchen die Schnell-dampfer des Seebäder-Dienstes der Hamburg-Amerika-Linie (früher Nordsee-Linie) nach Cuxhaven, Helgoland, Norderney und Sylt zu bewältigen haben. Von diesen Dampfern ist der vor zwei Jahren in Dienst gestellte, mit Turbinen arbeitende Doppel-Schraubendampfer „Kaiser“ der größte, er faßt bei einer Länge von 96 m 2000 Personen. In neuerer Zeit haben selbst die großen Touristendampfer der Hamburg-Amerika-Linie, z. B. der „Meteor“, 98 m lang und 4,88 m tief gehend, die St. Pauli-Landungsbrücken benutzt. Das Anlegen noch größerer Dampfer, wie „Hohenzollern“ und „Hamburg“ gelegentlich der Anwesenheit S. M. des Kaisers, erforderte bei der bisherigen Anlage noch besondere Vorbereitungen und Vorsichtsmaßregeln.

Am stärksten werden die Anlagen natürlich an Sonn- und Festtagen beansprucht, an welchen zu dem verstärkten Dienst der regelmäßigen Linien noch die zahlreichen Privat- und Extradampfer kommen. Es wurden im letzten Jahre mehr als 1,5 Millionen ein- und aussteigender Passagiere gezählt; an den beiden Pfingsttagen betrug deren Zahl neuerdings 150 000 und z. B. am Sonntag, dem 7. Juli v. J., 43 000 Personen.

Unregelmäßig benutzen auch Transportdampfer die Landungs-Anlagen, um englische Pferde oder Schlachtvieh von der Unterelbe und Dänemark auszuladen.

Die ungeheure Steigerung des Verkehrs, die an

Zahl und Größe ständig wachsenden Dampfer zeigten in den letzten Jahren mehr und mehr die völlige Unzulänglichkeit der Anlage. Da außerdem die Pontons, welche naturgemäß für die Größe der neueren Dampfer überhaupt nicht konstruiert und deshalb übermäßig in Anspruch genommen waren, sich schon als stark abgängig zeigten, so erschien es geboten, einen völligen Neubau der Landungs-Anlagen vorzunehmen, einen Neubau, welcher sich nicht nur auf eine zeitgemäße Ausgestaltung der Ponton-Anlage beschränken sollte, sondern der auch eine den Verkehrs-Verhältnissen entsprechende Vergrößerung der Zugänge und des Landungsplatzes umfaßte und bei welchem alle sonstigen, den Verkehrs-Bedürfnissen entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden konnten.

Die allgemeine Anordnung der Neuanlagen ist aus dem Lageplan Abbildung 2, und dem Querschnitt durch die neue Landungsbrücke, Abbildg. 3 ersichtlich. An die Stelle der einzelnen Pontons tritt eine zusammenhängende Landungsbühne von 420 m Länge und 20 m Breite nach dem Muster der Landing-Stage in Liverpool. Die ganze Anlage ruht auf 109 flüßeisernen Schwimmkasten, die in ihrer Konstruktion vollkommen gleich sind. (Vergleiche die verschiedenen Schnitte Abbildungen 4 und 5.) Die Länge eines Kastens beträgt 20 m, die Breite 3 m, die Höhe 1,90 m. Der Tiefgang ist nach völliger Fertigstellung der Bühne einschließlich aller Aufbauten, sowie mit Auflagerung der Brücken 1,1 m. (Blechstärke des Bodens und der Querseiten 9, der Längsseiten und des Deckes 7 mm; die Spanten bestehen am Boden aus Z-Eisen, N.-Pr. N. 16, an den Seiten aus L 65 · 65 · 9, die Deckenbalken aus L 90 · 90 · 11). Die Abstände der Schwimmkasten sind unregelmäßig; unter den Brücken liegen sie ziemlich dicht nebeneinander, zwischen den Brücken konnten größere Abstände gelassen werden. Die Anlagen gestatten, jeden einzelnen Schwimmkasten zwecks Ausbesserung nach hinten herauszuziehen und sofort durch einen anderen bereit gehaltenen Schwimmkasten zu ersetzen, ohne daß dadurch der Schiffs-Verkehr vor der Landungsbühne beeinträchtigt wird. Es ist nach den Erfahrungen, die wir bei zwei ähnlich konstruierten schwimmenden „Zollbühnen“ gemacht haben, nötig, daß jeder Kasten alle drei Jahre einmal ausgewechselt, nachgesehen und neugestrichen wird. Vier Reserveschwimmkasten sind zu diesem Zwecke gebaut.

Um das Auswechseln eines Kastens zu erleichtern und um zu verhindern, daß er im Falle einer Beschädigung voll Wasser läuft, ist jeder Schwimmkasten in der Mitte durch eine Schottwand und jede Kastenhälfte nochmals durch eine Halbschottwand geteilt. Ein Wegsinken eines leck gewordenen Schwimmkastens wird dadurch verhindert, daß jeder Kasten an drei Stellen an der Querkonstruktion der Bühnen-Längsträger aufgehängt ist. Die Aufhängestangen dieser Vorrichtungen werden durch Schraubenmuttern aus Metall fest gegen die Trägerkonstruktion gepreßt, um so gleichzeitig Verschiebungen der Schwimmkasten zu verhindern. Die Auflager sind unmittelbar unter den Belag des Hauptdeckes gelegt und von oben bequem durch Luken zu erreichen. Auch die Mannlöcher und Pumplochverschraubungen jedes Kastens sind durch diese Luken leicht zugänglich, soweit sie nicht, wie auch die dritte Aufhängung auf dem hinteren Teil der Pontons, frei liegen.

Die Konstruktion des Hauptdeckes, also der eigentlichen Bühne, besteht aus einem Rost von 15 auf der ganzen Länge von 420 m fest vernieteten Blechträgern von verschiedener Höhe als Längsbalken mit

Querkonstruktionen aus Profileisen, die zur Aussteifung, zur Aufhängung der Schwimmkasten, zur Aufstellung der Säulen für das Oberdeck und der Poller, sowie zur Auflagerung der hölzernen Balken des Hauptdeckes dienen. Der statischen Berechnung dieser Längsträger wurde eine gleichzeitige Belastung des Haupt- und Oberdeckes von je 300 kg/qm zugrunde gelegt. Als ungünstigste Belastung wurde der Fall angenommen, daß zu beiden Seiten einer voll belasteten normalen Brücke auf eine Länge von je 26 m Haupt- und Oberdeck der Bühne die Höchstlast erhalten, im übrigen aber Bühne und Brücken ohne Verkehrslast seien. Die Beanspruchungen, welche in den Trägern auftreten, wenn ein Schwimmkasten herausgezogen ist, sind auch bei mäßigem Verkehr auf der Bühne noch weit geringer, als die oben festgestellten, sodaß, wie bereits erwähnt, ein Auswechseln der Kasten im allgemeinen ohne jede Betriebsstörung vorgenommen werden kann.

Von Gelenk-Anordnungen wurde Abstand genommen, trotzdem die Ausbildung der Träger als durchlaufende Balken einen sehr erheblichen Mehraufwand an Eisen erforderte. Es geschah das, um eine möglichst ruhige Lage der Bühne vor allem auch mit Rücksicht auf das Oberdeck und die Deckaufbauten zu erzielen. (Gurtwinkel der Träger 100 · 100 · 12 bzw. 130 · 130 · 12, dazu Deckplatten von 260 bzw. 330 · 10 mm, Stehblech 10 bzw. 11 mm stark mit L 80 · 80 · 10 zur Aussteifung.)

Der 5 cm starke, kalfaterte Bohlenbelag des Deckes ist aus australischem Hartholz, sogen. Sarrahholz, hergestellt. Er liegt auf Querbohlen, die wiederum auf Längsbalken angebracht sind. Zu beiden wurde mittels Teeröl imprägniertes Föhrenholz verwendet. Die Breite des Hauptdeckes beträgt 17 m, die Bordhöhe ohne jede Verkehrslast 1,95 m, die Neigung des Deckes soll nach der Wasserseite 1 : 40 betragen. Das Deck dient dem freien Verkehr im allgemeinen in einer Breite von 10 m; der übrige Teil ist durch Deckaufbauten in Anspruch genommen, welche für den Dienstbetrieb verschiedener Behörden, für Zwecke der Unterhaltung des Bauwerkes oder als Wartehallen, Gepäck- und Verkaufsräume errichtet wurden. Eine kräftige, in einzelnen Tafeln abnehmbare Fender-Konstruktion schützt Deck und Schwimmkasten beim Anlegen der Dampfer (Abbildung 5).

Der nicht durch das Hauptdeck in Anspruch genommene hintere Teil der Schwimmkasten dient in einer Breite von 3 m als niedriger Anlegesteg für Barkassen und Jollen. Die einzelnen Kasten sind hier mit Beton-Estrich abgedeckt und durch Klappen aus Riffblech miteinander verbunden (Abbildung 4).

Ueber dem östlichen Teil der Landungsbühne ist auf 200 m Länge das schon erwähnte 3 m höher gelegene Oberdeck eingebaut, vor dem die dem Passagier-Verkehr dienenden Seeschiffe anlegen und ihre Passagiere unmittelbar vom Promenadendeck landen bzw. an Bord nehmen können (Abbildungen 2, 3 u. 5). Die Säulen des Oberdeckes sind fest mit den Querkonstruktionen des Hauptdeckes vernietet und bilden mit den Querträgern einen steifen Rahmen quer zur Bühnen-Längsrichtung. Die Längsträger sind zwischen diesen Rahmen, welche durch Kopfbänder und zum Teil durch kräftige Streben versteift sind, in Langlöchern beweglich eingehängt. Der Bohlenbelag ist unter Berücksichtigung dieser Beweglichkeit sonst in gleicher Weise wie beim Hauptdeck hergestellt; die Unterseite erhält außerdem eine Deckenverschalung. Bei der Konstruktion der Bühne ist darauf Rücksicht genommen, dieses Oberdeck erforderlichenfalls auf die ganze Länge der Anlage ausdehnen zu können. —

(Schluß folgt.)

Ueber den gegenwärtigen Stand des Simplon-Bauwerkes.

Mitteilungen des Hrn. Ingenieur Dr. Ing. Carl Brandau auf der Hauptversammlung des Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Cassel 1908.

Vom Bau des Simplontunnels ist in Tages- und Fachblättern schon oft geschrieben worden, doch beschränkten sich alle Veröffentlichungen auf die Beschreibung der Baueinrichtungen und die mechanischen Kraftmittel oder auf die Schilderung von elementaren Störungen. Aber man hat auch meist unter dem Eindruck von

solchen Störungen geschrieben. Gute hämische Freunde hatten uns damals, als die heißen Wasser angeschlagen worden waren, den Rat gegeben, über dem Stolleneingang die Worte Dantes anzubringen: „Ihr, die Ihr hier eintretet, laßt jede Hoffnung fahren“. Sie ersehen daraus, wie niederdrückend jene Eindrücke gewesen waren. Umsomehr bedürfte es

Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken in Hamburg.

Abbildung 3. Querschnitt durch die neuen Landungsbrücken (nach 1—1 im Lageplan Abbildung 2).

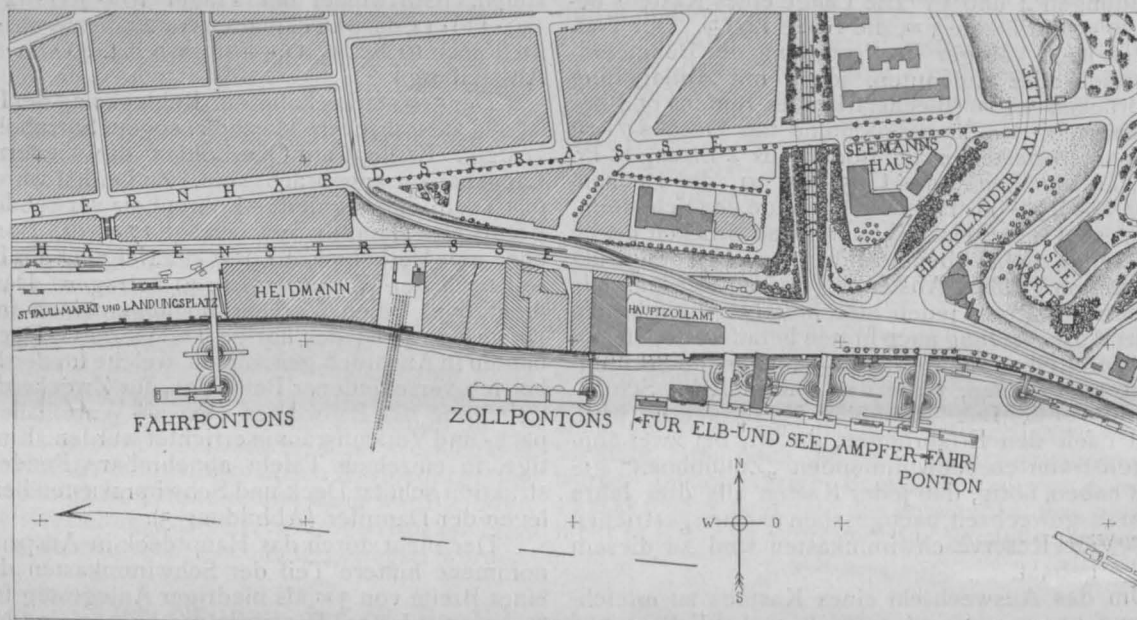
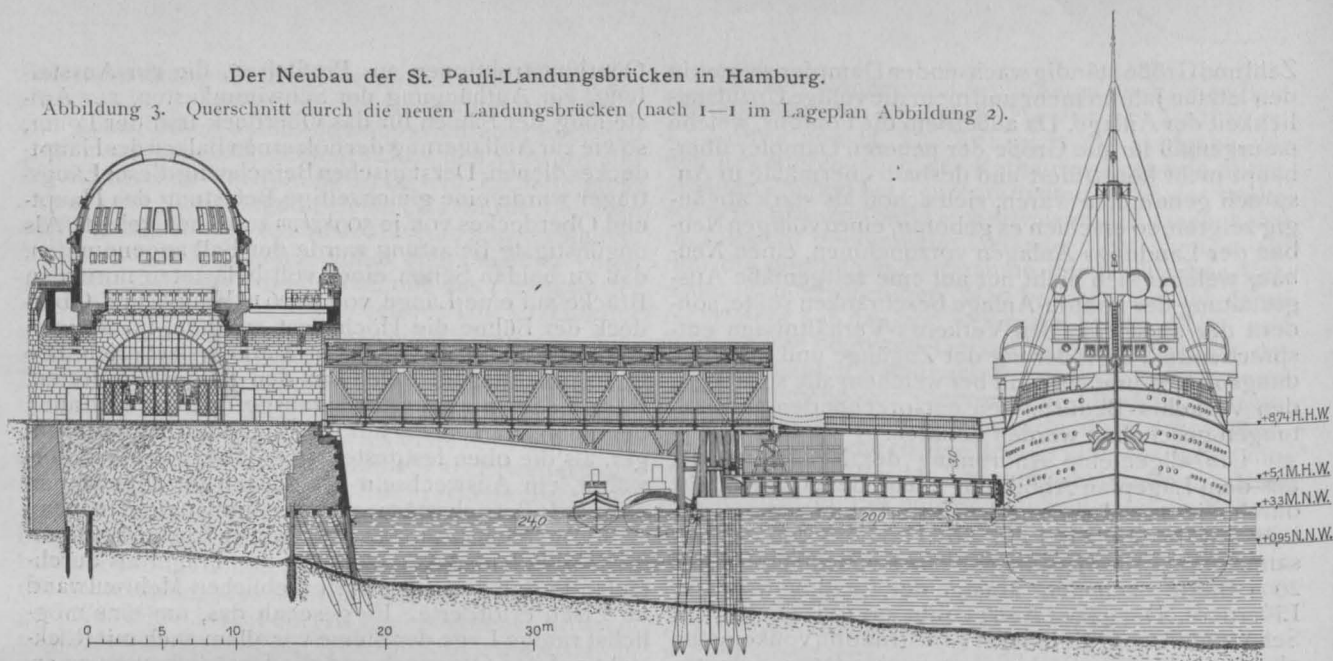


Abbildung 1. Lageplan und Grundriß der alten Landungsbrücken.

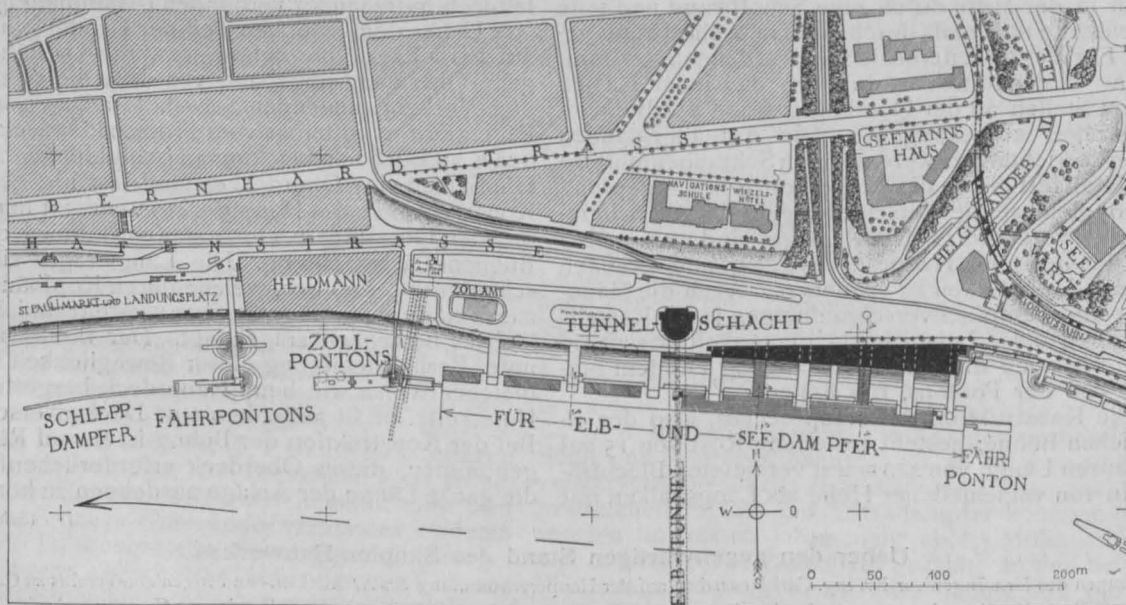
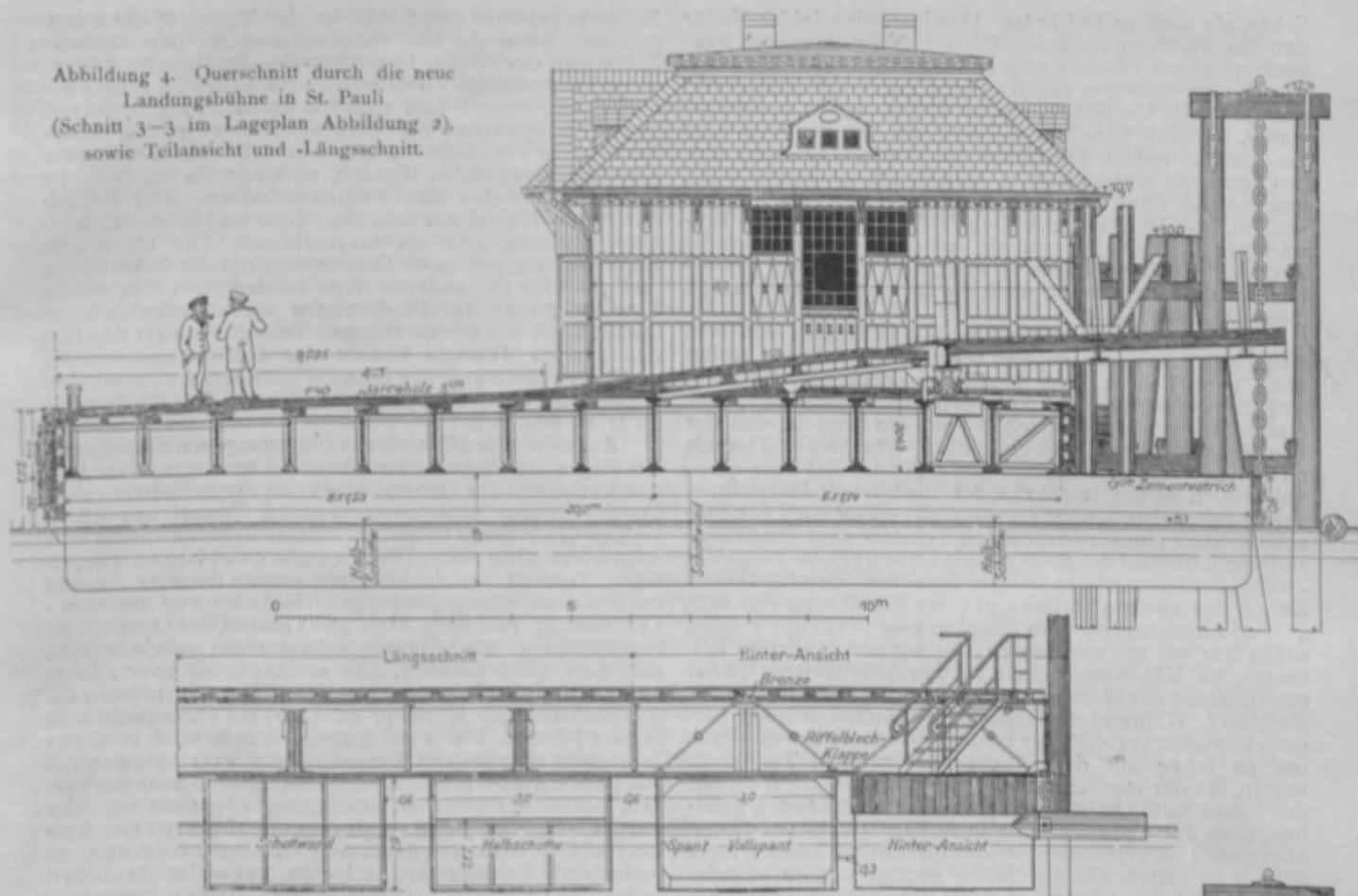


Abbildung 2. Lageplan und Grundriß der neuen Landungsbrücken,

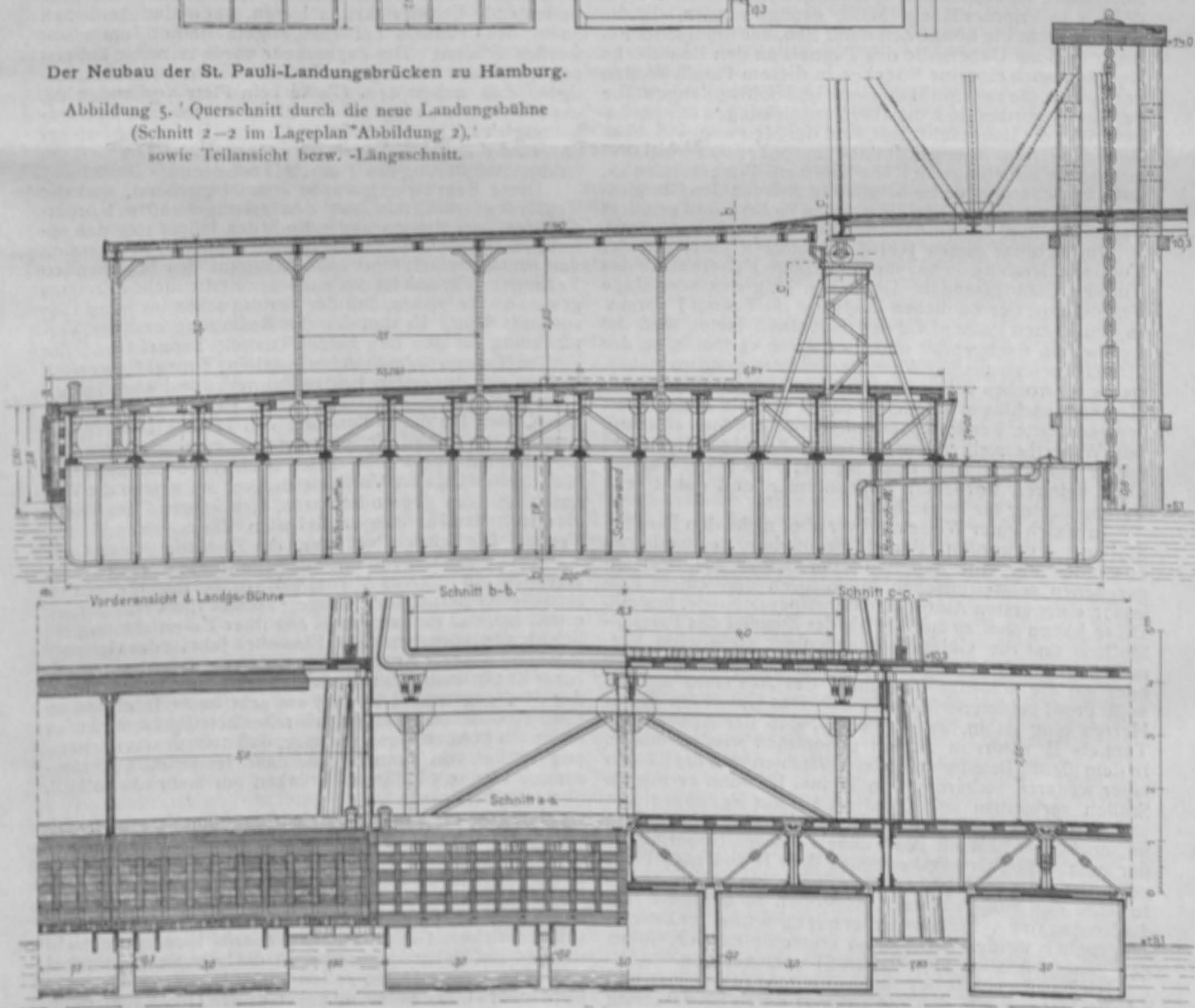
jetzt einer ernsten fachwissenschaftlichen Abhandlung, die darauf zielt, vor Allem das Gesetzmäßige in den Erscheinungen in der Erdtiefe, wo wir den Simplontunnel bauten, zu erkennen. Heutzutage ist, wie ich vorher andeutete, die Bedeutung der überraschenden Vorkommnisse meist noch falsch eingeschätzt. Daher ist man pessimistisch und hält Alles, vorzugsweise aber den Gebirgsdruck und die Temperaturen, schon in dieser Tiefe gesetzmäßig für viel ansehn-

Abbildung 4. Querschnitt durch die neue Landungsbühne in St. Pauli
(Schnitt 3-3 im Lageplan Abbildung 2),
sowie Teilansicht und -Längsschnitt.



Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu Hamburg.

Abbildung 5. Querschnitt durch die neue Landungsbühne
(Schnitt 2-2 im Lageplan Abbildung 2),
sowie Teilansicht bzw. -Längsschnitt.



licher, als man es früher tat. Damit werden leider die für den Bau künftiger ähnlicher Tunnel vorgeschlagenen Bau- maßregeln auf falscher Anschauung begründet. Es fehlt, wie ich gleichnisweise sagen möchte, ein Generalstabswerk, das über alle Umstände, welche für die Arbeit wesentlich waren, sachlich berichtet und sich von den sentimental- en Eindrücken freihält. Der Techniker kann noch keine Lehre aus dem Simplonbau ziehen. Von den Geologen ist wohl, gelegentlich ihrer bewundernswert erfolgreichen Spezial- studien, die Deutung des Gebirgsdruckes und der Erd- wärme in die Hand genommen. Auf diese scheinen sich die Techniker ruhig verlassen zu wollen. Wir müssen das be- klagen; die Geologie ist nicht die Instanz, der sachgemäß diese Deutung zufällt.

Wie Sie wissen, ist der Simplon in Gestalt von zwei eingleisigen Tunneln geplant worden. Von diesen ist der erste Tunnel fertig, vom zweiten dagegen nur der Sohl- stollen; wir nennen ihn kurz den „Parallelstollen“. Die Simplontunnel-Baugesellschaft hatte die Einsicht, daß der Bau eines so langen und vermutlich sehr heißen Tunnelns nicht nach der alten Baumethode, die nur auf dem einen Sohlstollen beruht, ausführbar sei. Sie hielt die Herstellung zweier Parallelstollen für erforderlich; daher auch der Ent- schluß, statt eines zweigleisigen Tunnelns zwei eingleisige zu bauen, obwohl das nicht gerade unbedingt die Folge der Zweistollenbaumethode zu sein brauchte. Der eigentliche Zweck des zweiten Stollens gilt der Einführung von sehr großen Luftmengen — am Simplon von 30 bis 40 cbm/Sek.; außerdem zur ungestörten Einführung von isolierten Lei- tungen für Kühlwasserzufuhr zu den Arbeitsorten; ferner zur Ableitung der Wasserzuflüsse aus den Arbeitsstellen des Tunnelns I. Während der Tunnel I vollkommen fertig her- gestellt wurde, verblieb der Parallelstollen als Provisorium, um so lange mit dem Ausbau als zweitem Tunnel zu warten, bis der wachsende Verkehr dazu zwingt. Während des Baues hatte sich die Notwendigkeit zu erkennen ge- geben, auch den einfachen Parallelstollen streckenweise mit Mauerwerk zu verkleiden; diesem Bedürfnis konnte nicht überall in erforderlichem Maße genügt werden, da die Schweiz nicht die nötige Zeit dafür ließ. Sie drängte im Fe- bruar 1906 auf Uebergabe des Tunnelns an den Betrieb. Es sind nun auch einzelne Strecken in diesem Parallelstollen vorhanden, die zwar mit Mauerwerk und Sohlstollengewölbe verkleidet worden sind, die aber Verdrückungen erlitten ha- ben. Wir, die Baugesellschaft, sind der Meinung, daß diese Bewegungen zur Ruhe gekommen sind oder daß letzte Bewe- gungsreste unbedingt zur Ruhe kommen. Wir erkennen an, daß zum Schutz gegen herabfallende, sich von den Gesteins- wänden lösende Brocken noch einige Sicherungen gemacht werden sollten, halten das aber für wirklich unbedeutend.

Im Februar dieses Jahres — genau 2 Jahre seit der Tunnelvollendung — hat die endgültige Uebernahme des Tunnelns I stattgefunden. Derselben ging eine sorgfältige Feststellung der baulichen Zustände im Tunnel I voraus. In den kurzen Pausen, die der Zugbetrieb bietet, sind die Lichtweiten nachgeprüft und die Stellen vermerkt, wo der Mörtel durch gipshaltiges Wasser erweicht war und wo Mauer- steine zerbrochen waren oder wo sich das Mauerwerk durch Hammeranschlagen als nicht voll am Gestein angemauert erwiesen hatte. Für die Kosten einer etwaigen Ausbesserung oder Wiederherstellung wurden 100000 Fr. aufgerechnet und uns in Abzug gebracht. Dann wurde uns aber der Tunnel, ohne weiteren Vorbehalt, abgenommen und damit jede Verantwortung für denselben.

In gleich guter Weise sind wir aber nicht den Parallel- Stollen los geworden. Für die Ermittlung des baulichen Zustandes war eine Experten-Kommission aus zwei an- gesehenen schweizerischen Ingenieuren und einem Pro- fessor, einer ersten Autorität in der Alpengeologie, bestellt. Diese hatten sich zu äußern, ob der Zustand des Parallel- Stollens und die Gebirgsbeschaffenheit nicht eine Ver- mehrung der Sicherung des Stollens erforderlich mache oder gar die sofortige Vornahme des Ausbaues auf das volle Profil gebieterisch erheische. Das Gutachten dieser Herren ging dahin, zu empfehlen, daß der Ausbau des Tunnelns II sofort in Angriff genommen werden müsse. In dem für alle Beteiligten fatalen Gutachten sind die Kosten einer weiteren Sicherung von Tunnel II, wenn er nur als Stollen verbleiben sollte, auf 2,5 Million Fr. angegeben und es wird im Gutachten behauptet, daß ohne eine solche Sicherung der Bestand des Tunnelns I durch Uebergreifen der angeblichen Gebirgsbewegung über II und nach I hin, gefährdet sei. Jene Sicherung erlaube für weitere 10 bis 20 Jahre den Stollen II noch als Stollen zu belassen. Da die Kosten von 2,5 Millionen aber nur für zeitweilige Zwecke ausgegeben werden müßten, so empfehle es sich, sofort den ganzen Ausbau von Stollen II vorzunehmen.

Ich komme auf die Begründungen noch zu sprechen und schalte hier erst ein, daß die Schweiz durch Staatsvertrag

Italien gegenüber verpflichtet ist, den Tunnel II dann aus- zubauen, wenn die Betriebseinnahmen für den Effektiv- Kilometer der Bahn Domodossola—Brig (42 km Länge) 50000 Fr. monatlich übersteigen. Sie haben im ersten Be- tribsjahre, vom 1. Juni 1906 bis 31. Mai 1907, aber erst 32500 Fr. betragen und sind seitdem wenig verändert. Also lag die Verpflichtung zum Bau nicht vor. Die Schweiz hatte den dringenden Wunsch, so lange als möglich die Ausgaben für den Bau hinauszuschieben. Der Betrieb durch den Tunnel war tadellos. Luft- und Wärmeverhält- nisse erwiesen sich als ausgezeichnet. Die elektrische Zugförderung mit 72 km Geschwindigkeit für Schnellzüge und 36 km für die anderen Züge befriedigte vollkommen. Eine Steigerung der Förderungen war unbedenklich zu- lässig; auch mit einem einzigen Tunnel. Durch den Bau des zweiten Tunnelns konnte der Betrieb anscheinend nichts gewinnen und der Finanz-Plan der Schweiz beruhte darauf, für weitere 20 Jahre die Zinsen des Baukapitals für II zu ersparen.

Zu der von den Gutachtern ausgegangenen Empfehlung des Baues aus Sicherheitsrücksichten kam nun aber hinzu das Verlangen der General-Direktion der Schweizerischen Bundes-Bahnen nach einem zweiten Tunnel aus Rück- sichten des inneren Betriebes. Diese Behörde spricht sich folgendermaßen aus: „Die Nachteile eines langen einglei- sigen Tunnelns für den Betrieb werden unserer Ansicht nach viel zu wenig gewürdigt. (Siehe Entwurf der Gen.- Dir. vom 25. Juni 1907, Seite 4.) Obwohl der Oberbau im Simplontunnel aus schweren Schienen von 49 kg/m besteht, darf man nicht rechnen, daß er länger als 10—12 Jahre aushalten wird. In unseren meisten Tunneln müssen die Auswechselungen schneller erfolgen; im Hauenstein z. B. in 5—7 Jahren. Da es nicht möglich sein wird, in einem Jahr mehr als 2,5—3 km Tunnelgleise zu erneuern, so muß mit dem Gleise-Umbau im Simplontunnel angefangen wer- den, bevor der Oberbau vollständig abgenutzt ist. Wir werden schon im Jahre 1913/14 an die streckenweise Aus- wechselung herantreten müssen. Dabei würde es ganz bedeutende Schwierigkeiten bieten, wenn die sämtlichen 20 km des Tunnelns bei einspurigem Betrieb umgebaut werden müßten. Der Zugverkehr würde zeitweise äußerst unangenehme Störungen erleiden. Es ist zu berücksich- tigen, daß neben dem Gleise kein Platz vorhanden ist, um Materialien zu lagern. Für die betriebssichere Instand- haltung des Tunnelns und für die regelmäßigen Abwicke- lungen des Zugverkehrs durch denselben ist demnach die baldige Austüftung des Tunnelns II unbedingtes Bedürfnis.“

Diese Begründung wurde ausschlaggebend, und die Regierung im Verein mit den gesetzgebenden Körper- schaften beschlossen gegen Ende des Jahres 1907 den so- fortigen Beginn des Ausbaues von Tunnel II. Wir wurden demgemäß aufgefordert nach Maßgabe des bestehenden Vertrages. Für uns ist das ein sehr unerfreuliches Ereignis gewesen. Sie wissen, daß der Vertrag schon im Jahre 1893 zustande kam. Er umfaßte die Bedingung und die Ver- pflichtung für den Bau beider Tunnel; Tunnel I und der Stollen II waren unbedingt herzustellen; Tunnel II nur nach Vollendung der ersten beiden Bauwerke und nach beson- derer Aufforderung innerhalb eines gewissen Zeitraumes. Die Kosten für die Vollendung von Tunnel II waren anfänglich auf 15 Mill. Fr. festgesetzt; wurden im Laufe der Zeit aber auf 19,5 erhöht. Doch auch diese Summe blieb unzureichend, da die Voraussetzungen, auf welche die Ver- anschlagungen gegründet waren, sich während des Baues als unzutreffend herausgestellt hatten. Vertrag ist und bleibt Vertrag. Die Schweiz hält zäh an der Einhaltung desselben.

Alles Sträuben von unserer Seite würde fruchtlos sein, läge nicht ein früheres Abkommen vor, bei dem die schwei- zerische Regierung der Baugesellschaft die Versicherung erteilt hat, daß ihr keinesfalls aus ihrer Unternehmung ein Schaden hervorgehen solle. Ein volles Jahr ist der Geltend- machung unserer Ansprüche gewidmet worden; ein greif- barer Erfolg wurde aber noch nicht erzielt. Wie bedeutend der Streitgegenstand ist und wie sehr unser Interesse an einer glücklichen Lösung des Streites beteiligt ist, wird man ermaßen können, wenn ich sage, daß nach unserer Schätz- ung der Bau von Tunnel II die dafür festgesetzte Kosten- summe von 19,5 Millionen Franken um mehr als 10 Mill. überschreiten wird.

Ich komme nun auf die den Ingenieur besonders in- teressierenden Gründe, warum nach Ansicht der Gutachter die Sicherheit der Tunnel gefährdet sein soll. Nach der Lehre des vorzüglichen Forschers der Alpengeologie, Pro- fessor A. Heim, soll das Gewicht der Gesteins-Ueber- lagerung eines Tunnelns auf diesen drücken; infolgedessen sollen weichere Gesteine in den Tunnel hineingequetscht werden. Bei Ueberlagerungen, wie die beim Simplontunnel von 1700—2100 m Höhe, sollen selbst die festen Gesteine nicht mehr widerstandsfähig gegen diesen Druck sein, wenn

auch die bösen Folgen nicht sofort zur Wirkung kämen. Die Starrheit der Gesteine, Kohäsion, Reibung usw. sollen die Auslösung des Druckes einige Zeit aufhalten. Aber die Aufhebung des Gegendruckes an den Wänden der ausgebrochenen Hohlräume soll Lockerung des inneren Gefüges des Gebirges hervorrufen; Spalten im Gebirge sollen entstehen und Störungen im Gleichgewicht, aus denen Bewegungen folgen, die mit dem Absitzen der ganzen Schwere des überliegenden Gebirges auf das Tunnelbauwerk enden. Die nächste Folge dieses Verhaltens der Gebirge soll nun sein, daß die Wände des nur im weichen Gestein verkleideten Parallelstollens zerquetscht werden, daß Bewegungen eintreten und daß damit der Bestand von Tunnel I in kurzer Zeit bedroht ist. — Gegen die Richtigkeit der Lehre vom Gebirgsdruck erheben wir unsere Einsprüche:

1. Noch kein Bergmann und kein Ingenieur hat je die Bekanntschaft von einem solchen Druck im Erdinneren gemacht. Deshalb hat man im Mont Cenis- und im Gotthardtunnel unter 1700 m Ueberlagerung nur so schwaches Mauerwerk zur Sicherung und Verkleidung ausgeführt, wie es vom Maurerhandwerk gestattet ist: „Gewölbe aus lagerhaften, rauh behauenen Bruchsteinen von 8 m Spannweite, mit nur 40 cm Stärke“. Trotzdem ein derartiges Mauerwerk keine irgend wie ansehnlichen Drucke zu ertragen vermag, bestehen die Gewölbe seit 40–50 Jahren ohne ein Anzeichen von Druck oder Zerstörung.

2. Wenn nirgends Gebirgsdruck aufgetreten ist, oder wenn, nach der Theorie, der Gebirgsdruck erst später eintritt, nachdem Bewegung in das Gebirge gekommen sein soll, so muß jedes Verkleidungsmauerwerk, das satt an das Gebirge anschließt, ein Hinderungsgrund sein für die Erfüllung der Voraussetzung, unter der der Druck eintreten soll, d. h. für die Störung des Gleichgewichtes im Gebirge und für die Hervorrufung von Bewegung. Es kann keine Veränderung des Anfangszustandes mehr eintreten; Mont Cenis und Gotthard, sowie 100 andere Tunnel beweisen, daß der vorhandene Anfangszustand im geschichteten, festen Gestein keine stärkeren als die dünnstmöglichen Gewölbe bedingt. Mithin erscheint die Lehre vom Gebirgsdruck praktisch unbegründet. Natürlich bedarf es an einzelnen Stellen, wo der Tunnel zerbrochenes Trümmergestein und erweichte Schichten durchfährt, genauso der Verstärkungen der Mauerverkleidung, wie unter ganz geringen Ueberlagerungen oder, je nach der Natur des Gesteins, z. B. im plastischen Gestein, auch stärkerer und sehr starker Verkleidung. Dasselbst kann umt. der Druck nahezu hydrostatischer Druck werden. Solche Strecken sind aber erfahrungsgemäß selten und sehr kurz.

Ganz gewiß ist die Lehre vom Gebirgsdruck theoretisch richtig. Wohin sollte die Schwere der überlagernden Erdkruste anders wirken als in die Tiefe? Tangentiale Pressungen, die aus der Schwere entstehen können, wie in Kugelschalen, kommen allen Erfahrungen zufolge auch im Erdinneren nicht vor, oder sie sind nur mäßige. Die Annahme solcher Kraftumsetzungen im großen Maße verbietet sich aber sofort von selbst, weil sie sich so unsinnig hoch angeben müßten, daß alles Gestein zerquetscht würde. Wohin nun die Schwere wirkt, kann ich nicht sagen; es ist das eben ein Problem. Wir kennen nur dort Gebirgsdruck, wo beim Ausbrechen der Hohlräume die nötige Sicherung gegen das Sicksen einer Gesteinsbank nach der anderen versäumt worden ist. Alsdann muß die Ueberlagerung teilweise oder ganz zu Bruche gehen und die zerbrochene Masse wird drücken. Unter solchem lockeren Trümmergestein würde ein sehr starkes Mauerwerk erforderlich sein. Diese Betrachtung führt dazu anzunehmen, daß die dünne Mauerung in bisher erbauten Tunneln als genügende Sicherung gelten muß gegen die Möglichkeit des Absitzens von Gesteins-Ueberlagerungen auf den Tunnel.

Obwohl also die Geologen behaupten, es drohe jedem tiefer gelegenen Tunnel Gefahr, bei dessen Bau nicht eine Gewölbekonstruktion durchgeführt wurde, die im Stande ist, einen Druck aufzunehmen, welcher der ganzen Ueberlagerungsschwere entspricht, kam die Bauunternehmung zur Ueberzeugung, daß die Behauptung praktisch nicht begründet ist. In der geologischen Voraussage war leider dieser Frage nicht Erwähnung geschehen. Im Gegenteil hatte der sehr günstige Ausfall derselben dazu geführt, für die Tunnelverkleidung im Simplon auf dem größten Teil seiner Länge den schwächsten Typus von 35 cm als genügend vorauszusehen. Darauf beruhten die Veranschlagung und der Forfait-Vertrag. Der Unternehmung war es dabei anheimgestellt, die für jeden Fall auszuführenden Typen zu wählen. Ich stehe nun nicht an zuzugeben, daß ein Typus von 35 cm Gewölbe aus Bruchsteinen im Simplon wie in jedem anderen Tunnel unzureichend ist. Gewisse Verdrückungen und Bewegungen im Simplonmauerwerk finden nach meinem Urteil ihre Begründung nur darin, daß es praktisch unmöglich ist, ein durchaus sicheres Gewölbe

von 35 cm Stärke herzustellen. An der Gewissenhaftigkeit, mit der die Arbeit ausgeführt wurde, ist nicht zu zweifeln. Es wird sogar von den Gutachtern der S. B. B., ohne besondere Veranlassung, hervorgehoben, wörtlich: „Das Mauerwerk des Tunnel I scheint im ganzen sehr gut ausgeführt und darf ich auf Grund langer Tunnelpraxis die am Simplon diesbezüglich erreichten Resultate als musterhaft bezeichnen“. Und dennoch hat mir dieser Umstand manche sorgenvolle Betrachtung aufgezwungen angesichts der erwähnten Unzulänglichkeit der Festigkeit so sehr dünnwandiger Gewölbe. Tunnelarbeit ist eine andere, als die Arbeit über Tag. Sollten nun nochmals Bewegungen eintreten, so würde ich dieselben vom hier gegebenen Standpunkt aus beurteilen. Zugunsten der Richtigkeit der Theorie vom Gebirgsdruck wäre damit noch lange nichts bewiesen. Während des ersten Betriebsjahres eingeführte Prüfungs-Messungen im Tunnel sollen an zwei Stellen ein ganz geringes Zusammengehen der Widerlager haben erkennen lassen. Selbst wenn sich das als richtig herausstellte, so denke ich, daß diese Bewegungen auch ohne Bruch zur Ruhe kommen werden. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß in den Gewölben durch kleine Deformationen sozusagen ein Zurechtrücken des Bauwerkes zur Angriffslinie des Druckes eintritt; ein Anpassen der Gewölbeform an eine statisch richtigere Form, durch Verschiebung, ja teilweise sogar durch Zerdrückungen. Ein starres, in Haussteinen und in Zement ausgeführtes Gewölbe würde unter solchen Umständen freilich leicht einstürzen, weil es nicht die Fähigkeit besitzt, sich innerlich zurechtrücken zu lassen.

Als Folge meiner Anschauung von einer teilweise und in obigem Sinne praktisch etwas unzureichenden Mauerstärke im Simplon-Tunnel sehe ich es als rätlich an, schnell zum Ausbau des Tunnel II vorzugehen. Die immerhin einmal als möglich erscheinende Notwendigkeit von Wiederherstellungsarbeiten im Haupttunnel könnte im Betriebe des eingleisigen Tunnels unliebsame Störungen von längerer Dauer hervorrufen. Abgesehen von den Schwierigkeiten solcher Arbeiten in dem engen Raum während des Betriebes ist es kaum denkbar, ohne Gefahr und ohne gegenseitige Störung die blanken Leitungen für die hochgespannten elektrischen Ströme in den Arbeitsstrecken liegen zu lassen.

Von den besonderen Erschwernissen, durch welche der Bau des Tunnel II betroffen wird und welche weit höhere Kosten, als früher berechnet waren, vorhersehen lassen, erwähne ich folgende:

Zwischen beiden Tunneln verbleibt ein Felskern von 10 m Stärke; durch die günstige geologische Voraussage war diese Stärke als genügend bei der Planaufstellung befunden. Heute, da der Unterschied zwischen der Voraussage und dem wahren Zustand des Gebirges sich als sehr groß erwiesen hat, liegt die Gefahr nahe, daß die Sprengschüsse beim Ausbrechen des Tunnel II ihre Stöße durch das Gestein bis zum Tunnel I hin fortpflanzen können. Das Gestein hat geringe Kohäsionen; seine dünnen Schichten hängen nur locker zusammen; durch die ehemaligen faltenbildenden Kräfte und Bewegungen ist es zerquetscht und zermalmt. Beim Ausbruch der Tunnelhohlräume bilden sich Abbrüche hinter den Tunnelwänden und diese wirken wie Keile schiebend und drückend auf die Widerlager. Durch die Verkleidung von Tunnel I sind diese Kräfte zur Ruhe gekommen. Sprengarbeiten im Parallel-Tunnel werden neuerdings die Keilwirkung auslösen und verstärken durch vermehrte Lockerung des Gesteines. Die Rücksicht auf die verhältnismäßig schwache Verkleidung von Tunnel I zwingt deshalb zur größten Vorsicht im Gebrauch von Sprengmaterial, wodurch die Arbeit wesentlich verteuert werden muß.

Ähnliche Rückwirkungen der Ausbruchsarbeiten im Paralleltunnel auf den Bestand des ersten Tunnels sind in der 42 m langen Druckpartie durch das plastische Gestein, das unter sehr hohem Drucke steht, unausbleiblich, wenn nicht mit äußerster Vorsicht gearbeitet wird.

Im Inneren des Tunnels wird eine Menge von 330 Sek./l Wasser von 45° Wärme mittels des im Paralleltunnel befindlichen Abwasserkanales abgeführt. Die wasserreiche, 5 km lange Strecke besteht aus gebräuchlichem Gestein, das die Herstellung von Stollengewölben bedingt. Dazu ist die Ableitung des warmen Wassers erforderlich mit Hilfe von Pumpen und großen Rohrleitungen. Einer zweckmäßig ausgestatteten Anlage wird es gelingen, diesen Zweck vollkommen zu erreichen; aber die Umstände werden auch eine außerordentliche Verteuierung der Arbeiten mit sich bringen.

Eine Veranschlagung der Kosten dieser ganzen Arbeit unter den ungewöhnlichen Bedingungen und den schwer zu bemessenden Hinderungen ist außerordentlich unsicher.

Die Erörterung weiterer bautechnisch interessanter Fragen, welche der Bau des Simplon-Tunnels anschnitt, liegt

außer dem Rahmen des heutigen Vortrages. Ich muß mich beschränken auf die Ursachen, die dazu geführt haben, daß die geologische Voraussage im Simplon-Tunnel so gründlich falsche Vorstellungen von den zu erwartenden Zuständen im Inneren des Berges erwecken konnte.

Durch ihre Studien waren die tüchtigsten Alpenkenner s. Zt. zur Aufstellung eines geologischen Profils gelangt, das dem vom Gotthard her bekannten sehr ähnlich war. Eine Reihe der Schichten der archaischen Formation wechselte mit den Schichten jüngerer Formationen: der Trias und der Jura. Die Schichten von Gneiß, Glimmerschiefer, Kalk, Marmor, Gips, Dolomit und Schiefer aller Art waren meist steil aufgerichtet und von den Geologen als standfest angesehen; Wasserinfiltrationen erschienen ihnen nahezu ausgeschlossen. Zur Vorausbestimmung der Gesteinswärme dienten die Erfahrungen bei früheren Alpentunneln. Bekanntlich wird im allgemeinen der Wärmegrad in einer niederen ebenen Gegend mit $0,03^\circ$ geschätzt, d. h. für jedes Meter Eindringens in die Erdtiefe rechnet man $0,03^\circ$ Wärmezunahme — oder was dasselbe ist, für je 33^m Tiefe 1° Wärmezunahme. In den Alpen dagegen war der Wärmezuwachs erfahrungsgemäß nur $0,02^\circ$, d. h. etwa 1° Wärmezunahme bei je 50^m Tiefe. Es ist hinlänglich bekannt, daß alle Voraussagen sich als falsch erwiesen haben.

Während des Simplon-Tunnelbaues waren die Geologen eifrig an der Arbeit, die Aufschlüsse im Berg sich zunutze zu machen; die Ergebnisse ihrer Arbeiten haben uns dann gelehrt zu erkennen, warum die Voraussage falsch sein mußte. Die Anschauung von dem Bau der Alpen in dieser Gruppe hat eine gründliche Umgestaltung erfahren. Mit vorzüglichen italienischen Alpenkennern trug man für weite Erstreckungen alle neuesten Beobachtungen zusammen und gelangte zu unerwarteten Aufschlüssen. In großen Zügen stellen sich dieselben wie folgt dar: Eine von Süd nach Nord gehende mächtige Senkung der Erdoberfläche in der Alt-Tertiär-Zeit erstreckt sich von Piemont bis zum Harz. Wie Vogesen und Schwarzwald als Horstgebirge oder Pfeiler beiderseits der tiefen Furche bestehen blieben, blieben auch im Süden das Aar-Gotthard-Massiv und das Mont-Blanc-Massiv stehen. Die Breite dieser Furche beträgt im Rhônetal 40—50 km. In dieser Zeit hatte

die Alpenkette selbst noch keine große Erhebung erfahren. In jungtertiärer Zeit setzt nun ein ungeheurer Schub in der Erdkruste ein, der eine bis in große Tiefe reichende Verschiebung der Erdoberfläche von Süd nach Nord zur Folge hat. Diese ungeheure, flutende, aus Italien, vom Südrande der heutigen Alpen herkommende Scholle trägt ihre Massen bis tief in die Nordschweiz hinein und überdeckt große Gebiete. Durch jene Furche als bequemes Einfallstor flutet sie ununterbrochen ein. Mächtige Gebirgsstöcke, wie der Dent-Blanche in den Walliser Alpen, sitzen auf dem ehemaligen Boden der Senke als Eindringlinge auf. Durch die Widerstände aber, welche die Flut an anderen Orten findet, z. B. vor dem Aar-Gotthard-Massiv, wurde sie gezwungen, sich aufzustauen und Falten zu schlagen und weiter flutend immer wieder neue Falten über die ersten umzulegen, bis sie schließlich, hochgetürmt, auch das entgegen stehende Hindernis zu überfluten vermochte und die höchsten Kämme der Gebiete bildete. Während diese Massen südlicher Herkunft bei der folgenden Hebung der Alpenketten mitgehoben wurden, sind sie in den nördlichen Teilen der Schweiz in ihrer tieferen Lage geblieben. Durch Erosion verschwanden sie wieder und ließen im Norden nur wenige Zeugen ihrer ehemaligen Einwanderung zurück, wie sie in den Mythen bei Schwyz erkannt worden sind. Die gewaltigsten Repräsentanten jener Epoche sind die Walliser Alpen geblieben. Die vor dem Aar-Gotthard-Massiv aufgestauten und umgelegten Falten bilden das Simplon-Gebirge. Die 20 km lange Strecke des Simplons, die vom Süd- zum Nordportal des neuen Tunnels, ist aus einer ehemals 200 km langen Zone der Erdoberfläche übereinandergelegt. Die alte Anschauung von der einfachen Tektonik des Simplons, welche dem geologischen Profil vor Beginn des Baues des Simplon-Tunnels zugrunde lag, wurde mit der neuen Erkenntnis zu Grabe getragen. Aus dem gewaltigen Unterschied des neuen und des alten Profils ist die große Unstimmigkeit der geologischen Voraussage erklärt. Von der Baugesellschaft des Simplon-Tunnels mußte der Schaden getragen werden, den die Unstimmigkeit im Gefolge hatte und die heute noch bevorstehende Aufgabe des Baues des Paralleltunnels wird davon in hohem Maße beeinflusst.

Tote.

Geheimer Kommerzienrat von Boch-Galhou †. Am 12. Dezember des verflossenen Jahres starb in Mettlach im Alter von 65 Jahren der General-Direktor der Firma Villeroy & Boch, Geheimer Kommerzienrat René von Boch-Galhou, einer der bedeutendsten Industriellen des Bauwesens, dem die keramische Industrie und die Baukunst in zahlreichen Zweigen außerordentlich viel verdanken. Boch war am 27. September 1843 in Mettlach geboren und machte seine Studien in den Ingenieur-Wissenschaften auf der École Centrale in Paris. Nach Mettlach zurückgekehrt, erbaute er hier eine Fabrik für Mosaikplatten und fing an, die Beläge herzustellen, die sich unter der Bezeichnung „Mettlacher Platten“ Weltruf erobert haben. Als sich im Jahre 1879 der Vater René's, Geheimer Kommerzienrat Eugen von Boch, von der Leitung der industriellen Unternehmungen der Firma zurückgezogen hatte, übernahm René von Boch die General-Direktion der Werke von Villeroy & Boch und behielt die Leitung bis zu seinem Tode. In dieser Eigenschaft wirkte er für die gesamte Steinzeug-Fabrikation fördernd und vorbildlich. Mit seiner sachlichen Tüchtigkeit verband er eine unermüdliche, von seltenen Erfolgen begleitete Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit seines Berufszweiges und war in hervorragendem Maße auch im Dienste der Menschenfreundlichkeit und der Wohlfahrt seiner Mitarbeiter und Untergebenen tätig. Es war ein reiches Leben, das am 12. Dezember verlöschte. —

Christian Havestadt †. Im Jahre 1907 konnten wir über die erfolgreiche 25jährige Tätigkeit der Ingenieur-Firma Havestadt & Contag in Wilmersdorf-Berlin berichten. Jetzt ist der Mitbegründer und Mitinhaber derselben, dem an ihrem Emporblühen und ihren Erfolgen ein wesentlicher Anteil zuzuschreiben ist, der Geheime Baurat Christian Havestadt, im 57. Lebensjahre durch den Tod dahin gerafft worden. Havestadt wurde im Jahre 1852 zu Emmerich a. Rh. geboren, legte 1878 die 2. Staatsprüfung im Baufache ab, war kurze Zeit als Privatdozent an der Berliner Technischen Hochschule tätig und gründete bereits 1882 mit dem jetzigen Baurat Contag zusammen die genannte Firma. Bezüglich ihrer umfassenden Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten des Bauwesens weisen wir auf unsere früheren Mitteilungen (Jahrg. 1907 S. 588). Als ihr bedeutendstes Werk, das ihren Namen in den weitesten Kreisen bekannt gemacht hat und das von den beiden Ingenieuren nicht nur geplant, sondern auch

in seiner Ausführung überwacht wurde, ist der Teltow-Kanal bei Berlin zu nennen. Havestadt wurde nach seiner Vollendung zum Geheimen Baurat ernannt, nachdem er schon 1905 als Mitglied in die Akademie des Bauwesens berufen worden war. Die Fachwelt verliert in ihm einen tüchtigen und überaus rührigen Vertreter. —

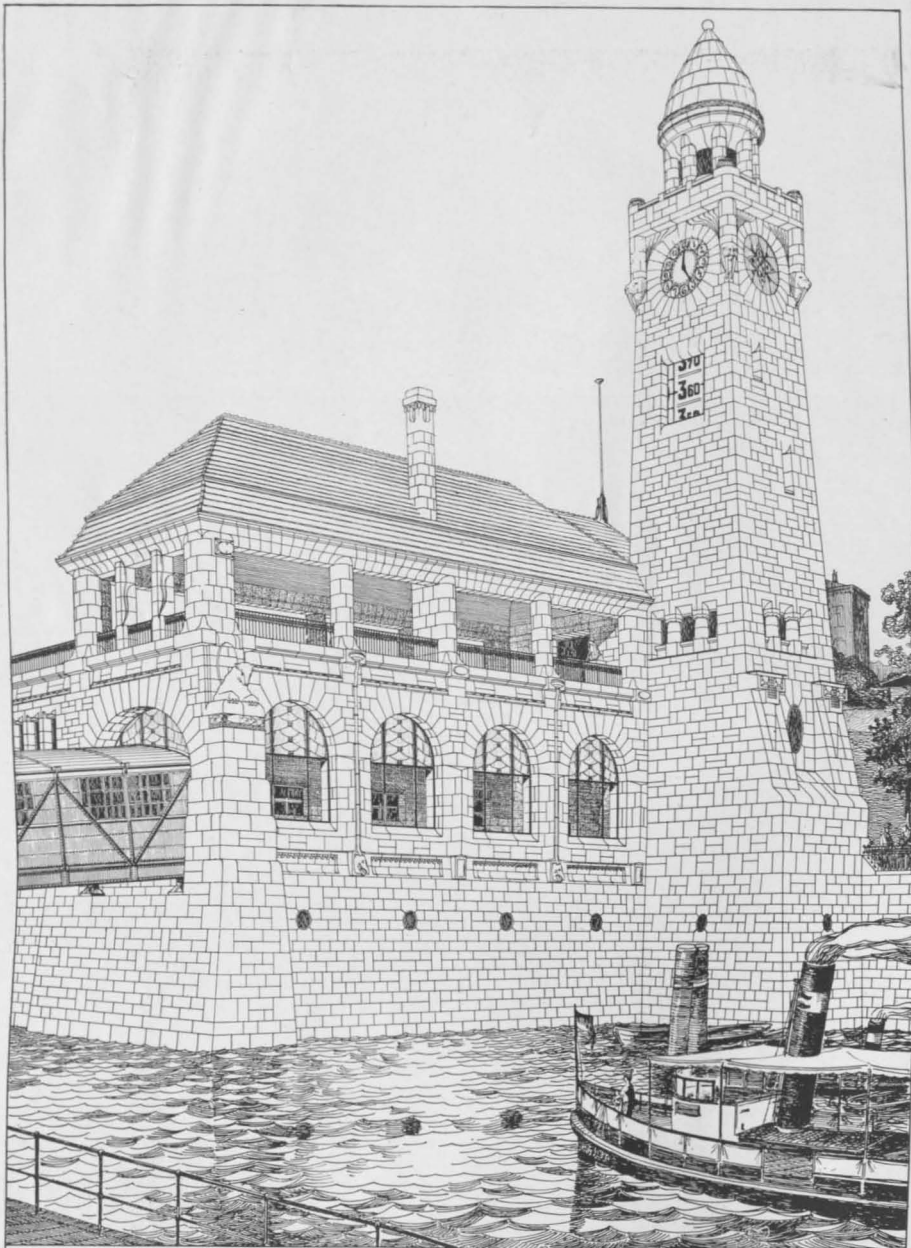
Wettbewerbe.

Wettbewerb Altenheim Tenever. Als Baustelle des Altenheims ist ein langgestreckter Gelände-Streifen in Osterholz in Aussicht genommen, in dessen Mitte ein Stück Ackerland liegt, welches das Gebäude aufnehmen soll. Zu beiden Seiten dieses Geländeteiles befinden sich gärtnerische und Gehölzanlagen, die zu erhalten sind. Der Zugang zum Gebäude soll durch eine Eichen-Allee stattfinden. Der Bau kann geschlossen oder gruppiert aufgeführt werden; Vorschriften über Stil und Material sind gleichfalls nicht gemacht. „Verlangt wird nur Zweckmäßigkeit und Schlichtheit, sowie Uebereinstimmung mit der landesüblichen Bauweise.“ Das Raumprogramm bezieht sich auf das mit Erd- und zwei Obergeschossen zu errichtende Altenheim und auf eine zukünftige, jetzt schon mit zu entwerfende Frauen-Abteilung. Unter den geforderten Arbeitsleistungen befindet sich ein Punkt 3, der allem bisherigen Brauch widerspricht und geeignet ist, die Gleichmäßigkeit für die Voraussetzungen der Beurteilung sehr zu gefährden; der merkwürdige Punkt fordert „Schaubilder nach dem Belieben der Bewerber“. Wo kommen wir hin, wenn solche Wünsche sich einzubürgern beginnen. Auch mit dem § 9, der lautet: „Wird eine der preisgekrönten oder der angekauften Arbeiten zur Ausführung bestimmt, so soll der Architekt derselben zur Ausarbeitung seines Entwurfes herangezogen werden“, können die Bewerber nicht viel anfangen, denn er läßt der ausschreibenden Stelle tatsächlich alle Freiheit, was man besser gleich angeführt hätte. Nicht preisgekrönte Entwürfe können für je 500 M. angekauft werden. —

Inhalt: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. Main. — Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu Hamburg. — Ueber den gegenwärtigen Stand des Simplon-Bauwerkes. — Tote. — Wettbewerbe.

Hierzu eine Bildbeilage: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerel Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



NEUBAU DER ST. PAULI-LANDUNGSBRÜCKEN ZU HAMBURG



ER NEUBAU DER ST. PAULI-LANDUNGSBRÜCKEN
 ZU HAMBURG. * GESAMTENTWURF: BAUDEPU-
 TATION, SEKTION FÜR STROM- UND HAFENBAU. *
 EMPFANGS - GEBÄUDE. * * ARCHITEKTONISCHE
 AUSGESTALTUNG: ARCHITEKTEN RAABE & WÖH-
 LECKE IN HAMBURG. * * * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * * * * * XLIII. JAHRGANG 1909 * NO. 3. * * * * *



NEUBAU DER ST. PAULI-LANDUNGSBRÜCKEN ZU HAMBURG



Wirtschaftshof im Kloster Maulbronn. Aus: **Volkstümliche Kunst aus Schwaben.** Paul Neff Verlag (Max Schreiber) in Eßlingen.



Rathaus in Tübingen. Früherer Zustand.

DEUTSCHE BAU- ZEITUNG

* * XLIII. JAHRGANG. NO. 3. * *
BERLIN, DEN 9. JANUAR 1909.

Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu
Hamburg. Von Ingenieur R. Schacht in Hamburg.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage.



wischen dem Oberdeck und dem Lande wird der Verkehr durch zwei besondere Brücken vermittelt, während im übrigen vom Haupt-Deck der Landungs-Bühne 7 Brücken zum Ufer führen. Von diesen dient die östliche 5^m breite Brücke lediglich dem Fährverkehr, welcher auch fernerhin von dem alten, der Landungsbühne wieder angefügten Ponton aus stattfindet. Alle übrigen Brücken sind 9^m breit; sie werden überdacht und mit verglasten Seitenwänden versehen. Beim mittlerem Niedrigwasser beträgt die Neigung der zum Haupt-Deck führenden Brücken etwa 1:12, der Oberdeckbrücken etwa 1:50, bei mittlerem Hochwasser 1:28 bezw. 1:26.

Sämtliche Brücken haben eine Länge von etwa 30^m und sind als Parallelträger mit steigenden und fallenden Diagonalen ausgebildet (Abb. 3 in Nr. 1/2). Die Auflagerkräfte des oberen in der Dachebene der eisernen Binder liegenden Windverbandes werden durch steife Endportale auf die Windaufleger des unteren Windverbandes übertragen. Auf die bei der seitlich geschlossenen und überdachten Brücken naturgemäß großen Windkräfte war auch bei der Auflagerung Rücksicht zu nehmen. Landseitig ruht jede Brücke auf einem Kugelpfosten- und einem Radlager; auf der Landungsbühne sind beide Lager als Radlager ausgebildet (Abb. 3—5 in Nr. 1/2 und Abb. 6). Während am Lande das Kugellager zur Aufnahme des wagrechten Winddruckes dient, werden diese Kräfte auf die Landungsbühne durch einen kräftigen Pfosten übertragen, welcher in der Mitte des Endquerträgers angebracht ist und auf der Bühne zwangsläufig in der Bühnen-Querrichtung geführt wird. Hierdurch wird auch verhindert, daß beim Auftreten von Kräften in der Längsrichtung der Bühne, wie z. B. beim Tidewechsel, die Radlager unzulässig

beansprucht werden oder von den Rollbahnen gleiten können. Die beiden Brücken zum Oberdeck sind auf besonderen Auflagerböcken gelagert; die Fahrbahn dieser Brücken endet wasserseitig unmittelbar in gleicher Höhe mit dem Oberdeck. Bei den Brücken zum Hauptdeck war eine Höherlegung über die Deck-Kon-

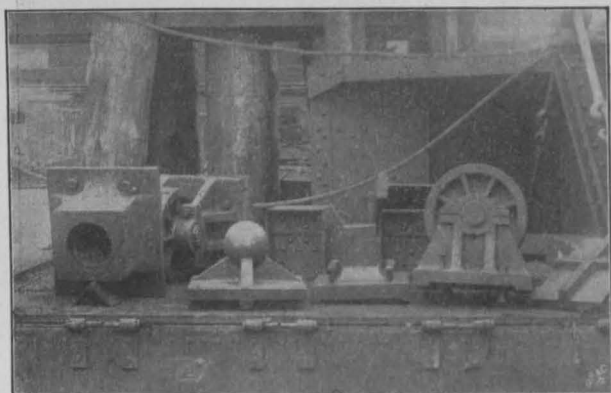


Abbildung 6. Auflagerteile der Brücken.



Abbildung 9. Abbruch der alten Brückenpfeiler-Gründung.



Abbildung 7. Gründung der Ufermauer. Trockenbau der Weststrecke.

struktion erforderlich, da auch in der Nähe der Bühne genügend Durchfahrthöhe für Barkassen vorhanden sein mußte. Von diesen Brücken führen deshalb besondere in einer Neigung 1 zu 7,5 gebaute Rampen auf das Hauptdeck. Auch zum Belag der Brücken und Rampen ist australisches Hartholz verwendet.

Bei etwaigen Ausbesserungen können die Brücken

wie bei allen Hamburger Landungsanlagen mit ihrem unteren Ende an den beiderseits angeordneten Pfahlgruppen aufgehängt werden. Diese Pfahlgruppen sind bei einem Teil der Brücken besonders kräftig hergestellt, dasie ebenso wie die Pfahlgruppen an den beiden Enden dazu bestimmt sind, die Landungsbühne festzuhalten und die auf die Bühne wirkenden Kräfte und Stöße aufzunehmen. Hinter den Pfahlgruppen liegende Schwimmbäume, welche mit der Eisenkonstruktion der Bühne durch Ketten verbunden sind, verhindern ein Abtreiben der Bühne vom Lande (Abb. 4 u. 5 in No. 1/2). Rücksichten auf die während des Neubaus dem Verkehr zu erhaltenden alten Brücken machten es unmöglich, die neuen in gleiche Entfernungen voneinander zu legen.

Parallel zur Fluchtlinie der Landungsbühne ist eine neue Ufermauer gebaut, welche zwischen sich und der Bühne einen 24^m breiten Jollen- und Barkassenhafen freiläßt. Diese Ufermauer, welche eine Länge von 445^m hat, tritt in ihrem westlichen Teil nur wenig vor die dort vorhandenen alten Mauer- und Speicherfundamente, während sie nach Osten sich allmählich bis zu einem Abstände von 25^m von der alten Ufermauer entfernt. Die alte Mauer am westlichen Teile wurde durch Sprengungen zerstört, die Beseitigung der Fundamente erfolgte unter dem Schutz eines leichten Klopfdammes, welcher dann auch dazu diente, den Neubau dieser Mauerstrecken im Trocknen auszuführen. Der Bau der östlichen Hälfte erfolgte in Tidarbeit. Die erwähnten Rücksichten auf die alten Brücken und die Unmöglichkeit, die Speichergebäude sämtlich rechtzeitig abzubauen, führten zu einem stückweisen Bau der Mauer, deren Fertigstellung fast 2 Jahre in Anspruch nahm. Die westliche Hälfte machte 3 Teilstrecken erforderlich, während der Tidebau im Osten in 10 Teilen erfolgte (Abbildung. 7 und 8).

Die Konstruktion der Mauer geht aus Abbildung 3 in No. 1/2 hervor. Sie ist auf hohen Pfahlrost gegründet und aus Kiesbeton mit rauher Granitverblendung hergestellt. Da vorauszusehen war, daß bei dem festen Tonboden die Rammung auf Schwierigkeiten stoßen würde, wurden außer der Pfahlwand auch die Rammfähle mit Ausnahme der vordersten Reihe aus Pitchpineholz genommen, ein Verfahren, welches sich durchaus bewährte. Nur in der vorderen Reihe wurden Rundpfähle aus Föhrenholz verwendet, da hier das spröde Pitchpineholz durch den Stoß der Fahrzeuge zu sehr leiden würde. Während die Sohle vor der alten Ufermauer zum großen Teil noch auf + 2 lag, wird der jetzt entstehende Barkassenhafen bis an die neue Mauer heran auf - 1 ausgebaggert.

Aus dem Fahrwasser dieses Hafens mußten nach Abbruch der alten Brücken noch drei massive Brückenpfeiler entfernt werden, welche auf Beton zwischen Spundwänden gegründet waren. Trotzdem diese Betonkörper 3 bis 5,5^m unter N. W. hinabgingen, konnte der zunächst durch Sprengung zerstörte Beton unter einfacher Wasserhaltung zwischen den alten Spundwänden fast völlig entfernt werden, da diese im Jahre 1869 gerammten Wände mit geringen Kalfaterungsarbeiten dicht zu halten waren (Abb. 9).

Zwischen der alten und der vorgebauten neuen Ufermauer wird eine Landfläche gewonnen, die zur Errichtung eines Empfangsgebäudes in Aussicht genommen ist. Der hier vorgesehene, noch in Ausführung begriffene Bau (siehe Bildbeilage und die Abb. 10-13), der für den Personenverkehr auf dem Wasser etwa die Rolle eines Bahnhofes spielen wird, erhält eine natürliche Einteilung durch die zu den Brücken führenden Durchgangshallen. Im mittleren Teil dieser Gebäudeflucht ist die durch eine überdachte Gepäckbrücke (mit zwei Transportbändern) mit der Landungsbühne verbundene Gepäckhalle für den Verkehr der Seedampfer geplant. In dem nächsten Gebäudeteil ist reichlich Raum für Bureau und für die Fahrkartenausgabe vorhanden, während der große Raum im breiten Ostende für ein Restaurant bestimmt ist. Im westlichen Teil des Landungsgebäudes sind einige Dienstwohnungen, ferner Räume für Fleischuntersuchung,

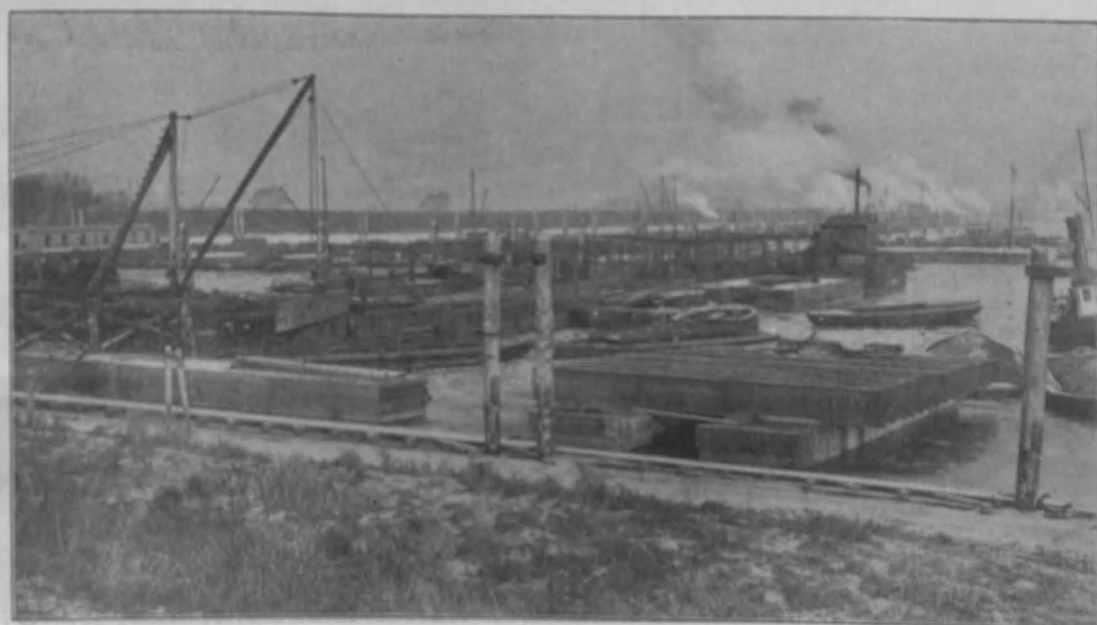


Abb. 14 (oben). Landungsbühne, westlicher Teil. April 1908. — Abb. 15 (Mitte). Montage der Landungsbühne im Kohlenschiffhafen. April 1908. — Abb. 8. Oestl. Teilstrecken der Ufermauer nach Abbruch der alten Brücke. Dez. 1907.

9. Januar 1909.

weitere Fahrkartenausgaben und Bureaus untergebracht.

Als Fundamente für die beiden Frontmauern des Gebäudes dienen die neue und die alte Ufermauer; für die Zwischenwände wurden teils Betonwände, teils Betonpfeiler, auf kurzen Pfählen ruhend, als Fundamente hergestellt. Soweit der Raum zwischen den beiden Ufermauern nicht durch Keller in Anspruch genommen wird, ist er bis an die Oberkante der Mauer hinterfüllt; da aber spätere Sackungen des hinterfüllten Bodens unvermeidlich sind, so ist der gesamte Fußboden des Gebäudes als Eisenbeton-Decke hergestellt (Abb. 3 in No. 1/2).

Das ganze Gebäude ist, um von der höher liegenden Umgebung den Blick auf die Elbe nicht zu beeinträchtigen, niedrig gehalten und deshalb mit flachen und, abgesehen von dem die Gepäckhalle enthaltenden Teil, mit begehbaren Dächern geplant, die bei den Brückendurchgängen durch Kuppel- und Turmdächer wirksam unterbrochen werden. Diese Plattformen sollen dem Publikum zur Verfügung stehen, welches von hier aus den Elbe-Verkehr beobachten und die An- und Abfahrt der Personen-Dampfer erwarten kann. Der am alten Uferand stehende Flutmesserturm ist beseitigt und bereits durch einen Neubau ersetzt, der das Ostende des Lan-

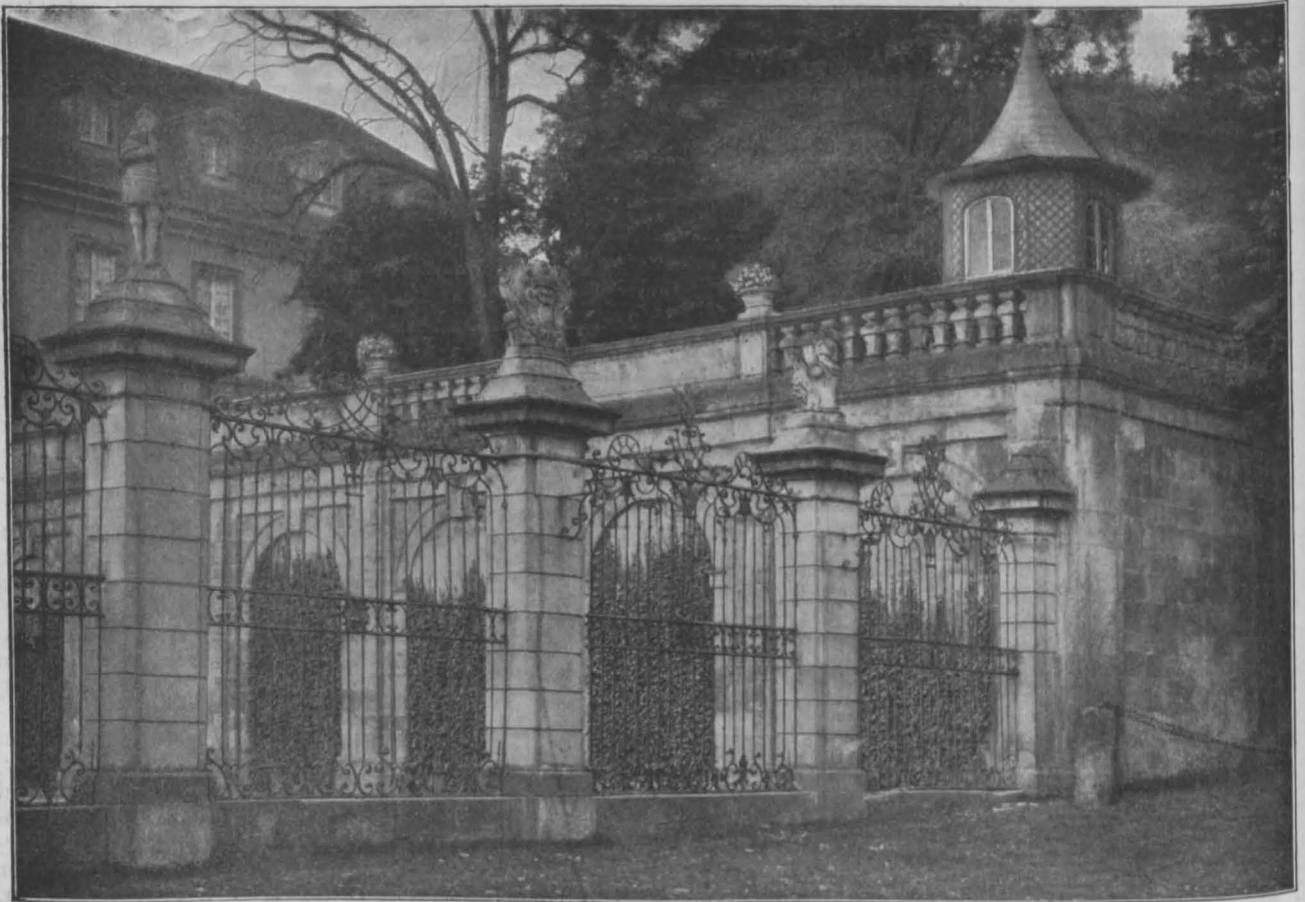
dungsgebäudes wirksam flankiert. Die architektonische Ausgestaltung des Gebäudes haben die Architekten Raabe & Wöhlecke in Hamburg entworfen.

Die Erweiterung der Landungsanlagen nach We-

macht. Da eine spätere Verlängerung der Anlage bis zum St. Pauli-Markt und -Landungsplatz in Aussicht genommen ist, darf der Abschluß des Landungsplatzes neben dem Kohlenlager nur als vorübergehend be-



Schloßhof von Hohen-Tübingen.

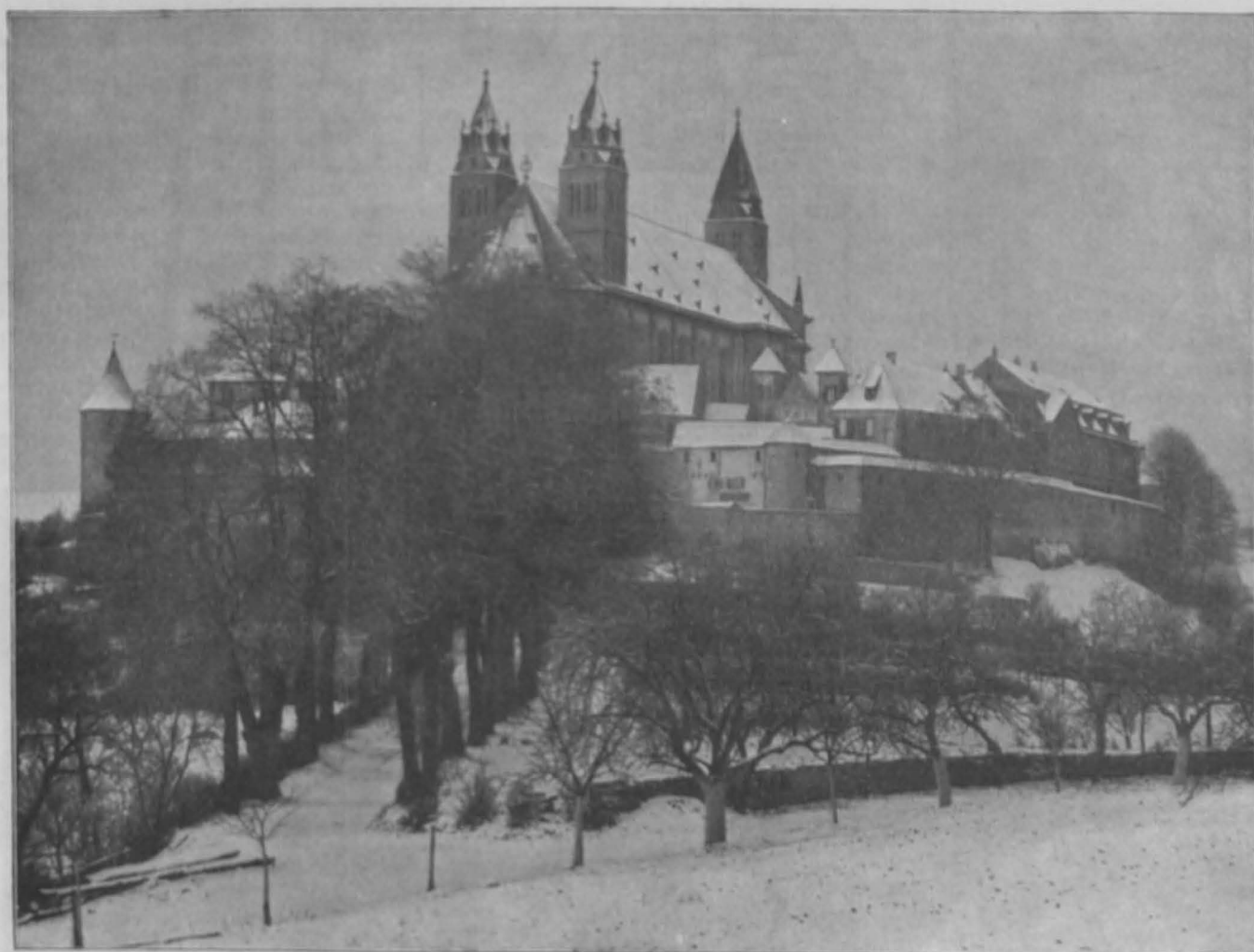


Gitter und Gartenterrasse auf der Westseite des Schlosses in Ludwigsburg.
Aus: Volkstümliche Kunst aus Schwaben. Paul Neff Verlag (Max Schreiber) in Eblingen.

sten hat auf dem Wasser die Verlegung der schwimmenden Zollabfertigungsstelle Jonas und am Lande die Niederlegung der Speicher und Wohnhäuser bis an das Heidmann'sche Kohlenlager erforderlich ge-

trachtet werden. Das Gleiche gilt für die auf dem westlichen Teil des neuen Platzes in Fachwerk errichtete Zoll-Abfertigungshalle.

Durch die Geradlegung der Hafenstraße, die in



Stift Komburg (Groß-Komburg). Gesamt-Ansicht von Osten.



Straßenansicht aus Rottweil.

Aus: Volkstümliche Kunst aus Schwaben. Paul Neff Verlag (Max Schreiber) in Eblingen.

ihrem unteren Teil unter Zuhilfenahme von Schutzmauern soweit wie irgend möglich nach Norden an den Geest-Abhang herangerückt ist, konnte der Platz vor den St. Pauli-Landungsbrücken noch um etwa 10 m verbreitert werden. Etwa in der Mitte der gesamten Anlage ist das Schachtgebäude mit den Aufzügen für den bereits im Bau befindlichen Elbtunnel nach Steinwälder geplant (Lageplan Abb. 2 in No. 1/2).

Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu Hamburg.

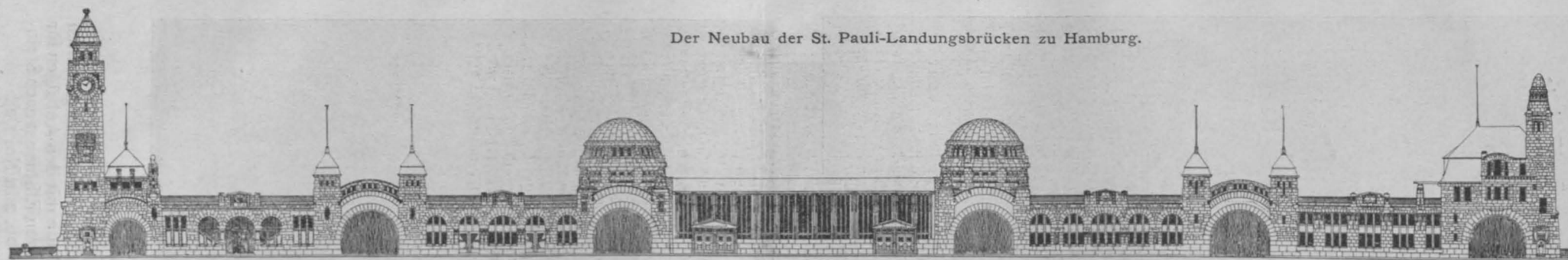
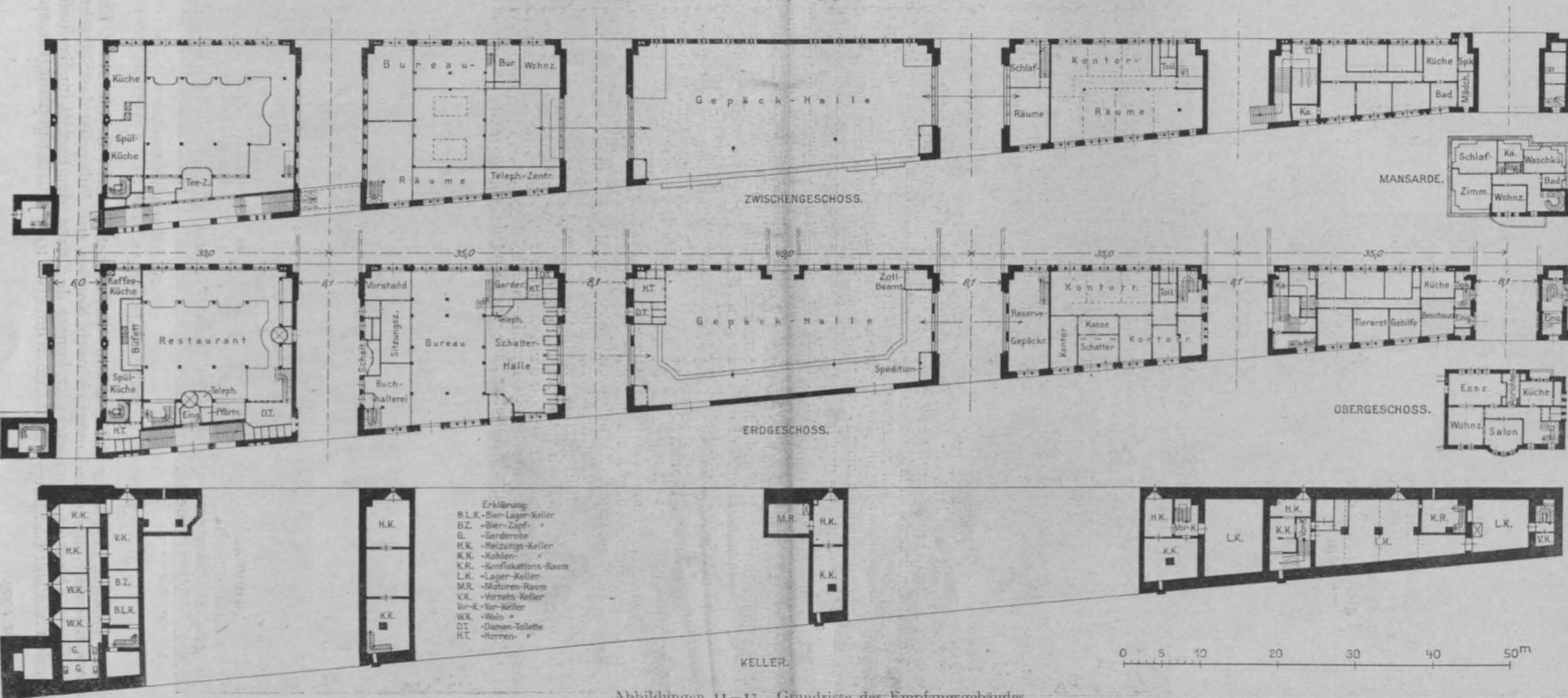


Abbildung 10. Ansicht des Empfangsgebäudes von der Straßenseite.



Abbildungen 11-13. Grundrisse des Empfangsgebäudes.

Mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs hatte der Bau der schwimmenden Anlage in zwei Bauabschnitten zu erfolgen. Der westliche Teil der Landungsbühne in einer Länge von 185 m wurde im Mai 1907 eingebaut, mit der alten Landungsanlage vorläufig verbunden und war während des Sommers 1907 mit dieser gleichzeitig in Benutzung (Abbildg. 14). Im Herbst 1907 begann dann stückweise der Abbruch der alten Anlage und mit Beginn des Jahres 1908 der Einbau des zweiten Teiles der neuen Bühne. Die letzten Teile der alten Anlage wurden im März 1908 abgebrochen und gleichzeitig die erste Hälfte des zweiten Teiles der Bühne dem Betrieb übergeben; im Mai war die gesamte Bühne, Anfang Juni auch das Oberdeck in Benutzung. Im Juni d. J. konnte gelegentlich des Besuches S. M. des Kaisers die „Hohenzollern“ die neue Bühne bereits benutzen, ohne daß nunmehr noch besondere Vorkehrungen und Vorsichtsmaßregeln getroffen werden mußten.

noch den ganzen Sommer 1909 in Anspruch nehmen. Die Kosten der gesamten Anlage wurden vor etwa 4 Jahren auf 4 905 000 M. veranschlagt, wovon auf die neuen Landungsanlagen 4 177 000 M., auf die Zolleinrichtungen 123 000 M. und auf die Straßen- und Platzumgestaltungen 605 000 M. entfallen. Außerdem waren für Grunderwerb etwa 1 500 000 M. erforderlich. Die ungeheure Steigerung der Eisenpreise in den letzten Jahren hat eine Ueberschreitung der Mittel gebracht. Die Eisenkonstruktion der Pontons, Deckträger und Zugangsbrücken wiegt nahezu 6 Mill. kg. Hierfür ist in öffentlicher Vergebung ein Uebernahmepreis festgestellt worden, der beinahe 8 M. für 100 kg höher ist als der Anschlag. Ferner werden für das Empfangsgebäude infolge Vergrößerung seines Grundrisses 159 000 M. Mehrkosten entstehen. Es wurde somit insgesamt eine Nachbewilligung von 567 000 M. erforderlich; die Baukosten werden ohne Grunderwerb 5 475 000 M. betragen. Die Bearbeitung der Entwürfe und die Bauaus-



Schloß und Kirche von Braunsbach.
Aus: Volkstümliche Kunst aus Schwaben. Paul Neff Verlag (Max Schreiber) in Eßlingen.

Montiert wurden die einzelnen Teile der Landungsbühne im Kohlenschiffhafen, etwa 3 km von der Baustelle entfernt. Für den ersten Bauabschnitt wurde die Bühne dort in Längen von etwa 60 m fertiggestellt (Abb. 15) und dann an die Verwendungsstelle geschleppt; die Ueberführung des 235 m langen östlichen Teiles erfolgte von dort in 2 Längen von 120 bzw. 115 m.

Die Brücken wurden, dem Einbau der Bühne folgend, teils auf der Bühne selbst, teils auf dahinter gelegten Schwimmkasten ruhend, montiert und nach erfolgtem Zusammenbau bei Hochwasser auf die Widerlager gesetzt. Sämtliche Brücken waren ebenfalls im Sommer d. J. bereits dem Betrieb übergeben, die Herstellung der Ueberdachungen und Seitenwände wird erst im kommenden Frühjahr erfolgen. Auch die vollständige Fertigstellung der schwimmenden Anlage — die noch fehlenden Deck- Aufbauten, von welchen bisher zwei zur Ausführung gelangten, Treppen, Geländer usw. — wird um die gleiche Zeit erfolgen, der Bau des Empfangsgebäudes wird dagegen

geführt worden durch die der Oberleitung des Wasserbaudirektors Geh. Brt. Bubendey unterstehende Sektion für Strom- und Hafenbau der Baudeputation und zwar durch Brt. Wendemuth. Die Arbeiten für die Umgestaltung der Straßen-Anlagen wurden durch das von dem Ob.-Ing. Sperber geleitete Ingenieurwesen der Baudeputation geplant und ausgeführt.

Die neuen Landungsbrücken werden zu ihrem Teil dazu beitragen, dem ohnehin schon sehr interessanten Elbufer bei St. Pauli einen neuen Reiz zu verleihen. Dazu kommen in den nächsten Jahren die mächtige Eingangshalle für den im Bau befindlichen Elbtunnel zwischen St. Pauli und Steinwärder und schließlich die an den Hügel der Seewarte angeschmiegte Vorortebahn mit ihrem reizvollen Uebergang von der Hoch- zur Untergrundstrecke, Anlagen, welche gemeinsam mit den schon vorhandenen Hochbauten (besonders der neuen Navigationsschule) dem Platze ein technisch interessantes und künstlerisch reizvolles Gepräge geben werden. —

Literatur.

Volksstümliche Kunst aus Schwaben. Im Auftrag der königl. württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel herausgegeben von Direktor Paul Schmohl, Vorstand der Beratungsstelle für das Baugewerbe, unter Mitwirkung von Prof. Dr. Eugen Gradmann, kgl. Landeskonservator in Stuttgart. 511 Abbildungen. Eßlingen a. N. Paul Neff Verlag (Max Schreiber) 1908. Preis 25 M. — (Hierzu die Abbildungen S. 13, 16, 17 und 19.)

Eine alte Klage der württembergischen Verkehrsbehörden und der Kreise im Schwabenlande, welche in der Belebung des Verkehrs mit Recht eine wesentliche Förderung der modernen Kultur-Interessen erblicken, ist die Klage über die Umleitung des Reiseverkehrs von Norden nach Süden und umgekehrt um Württemberg, durch Bayern, Baden und Elsaß-Lothringen. Eine natürliche Folge davon ist, daß die Kunstdenkmäler Württembergs, an denen das Land unerschöpflich reich ist, viel reicher, als man aus gelegentlichen Veröffentlichungen außerhalb des Landes bisher angenommen hat, nicht in dem Maße bekannt sind, wie ihre Zahl und Bedeutung es verdienen. Wer in dem vorliegenden Werke, das eine der schönsten Veröffentlichungen über Heimatkunst darstellt, die seit Jahren in handlicher Form erschienen sind, blättert, ist überrascht von der Fülle an unbekannten Eindrücken, die dieses gesegnete Land dem Kunstfreund darbietet. Und dabei ist die große Monumentalkunst ausgeschaltet und in der Hauptsache nur das berücksichtigt, „was der regsame Bürger und fleißige Bauersmann fürs tägliche Leben und seine Bedürfnisse geschaffen haben“. Aber wie reich, wie mannigfaltig und schön ist das. „Wie viele schöne alte Dorf- und Städtebilder, malerische Straßenzüge, interessante Holz- und Steinbauten, Brunnen, Kirchen und Kapellen, stolze Brücken und entzückende Gärten trifft der Beschauer hier an. Wie reichhaltig ist der Schatz an schönen Schmiedearbeiten, Möbeln, Gedenksteinen, Grabmalen, Wappen- und Hausschildern, Geräten u. dergl. Manche Rathäuser, Pfarrhäuser, Mühlen, Burgen, Keltern, Türme, Friedhöfe, Fabrikanlagen, Gasthäuser, Gartenhäuschen usw., die durch ihre Gestaltung und Lage sich auszeichnen, sind hier zur Anschauung gebracht“. Schon aus dieser kurzen Aufzählung, die vom Verlag ausgeht, ist der schier unerschöpfliche Reichtum des Landes und unseres Werkes zu erkennen. Das Werk will durch die Festhaltung der täglich mehr schwindenden alten Volkskunst im Bilde auf das einzuwirken versuchen, was heute aus dem Volke hervorgeht und meist des Heimatcharakters entbehrt. Es will den Gefahren vorbeugen, „welche durch Unverstand, Verbildung oder Aenderung der Lebensbedingungen dem alten Bestand drohen“ und zugleich aber auch den Gefahren, welche aus den gleichen oder ähnlichen Ursachen die künstlerische Hervorbringung unserer Tage umgeben. Es sind künstlerische, volkswirtschaftliche und psychische Interessen, die bei dem einsichtsvollen Zurückgreifen gerade auf die Volkskunst, die Kunst des gewerblichen Mittelstandes, berührt werden.

Wie treffend sind die Worte, die Gradmann in seiner „Einführung“ zu der schönen Sammlung gegen den Schluß über diese sagt: „Wir sind in der Wertschätzung der Denkmäler bis zu den typischen und kleinen Dingen, den Denkmälern der Alltagskunst vorgedrungen. Künstler wie Schwind, Richter, Th. Schütz und Dichter wie Mörike und Keller haben uns diese Welt sehen und lieben gelehrt. Wir empfinden die Gemütswerte, die darin stecken und achten die Gesinnung, die daraus spricht. Wir sehen vor unseren Augen eine Welt, aus der wir selbst hervorgegangen, eine Heimat schwinden; nicht ohne Wehmut, aber unverzagt, in der Erwartung einer neuen größeren Kultur, der wir entgegen gehen“. Eine kleine Auswahl von Abbildungen aus dem prächtigen Werke, die wir dieser Nummer beilegen, soll die Grundsätze zeigen, welche die Herausgeber bei der Sammlung des Materiales geleitet haben, soll aber auch die Poesie dartun, die allenthalben im Schwabenlande in Städte- und Landschaftsbildern, in Kunst und Kunstgewerbe verbreitet ist, in Dorf und Stadt noch wohnt, noch unbeeinflusst vom nüchternen modernen Wirtschaftsleben, aber von ihm leider vielfach bedroht.

Für den Wirtschaftshof in Maulbronn (S. 13) und seine glückliche Mischung von Fachwerk- und Steinbau wird die abgelegene Lage des Klosters hoffentlich noch recht lange die Erhaltung gewährleisten. Der köstliche Durchblick auf das Rathaus in Tübingen (S. 12) ist heute schon nicht mehr in dieser Form erhalten. Ein ansprechendes Bild schwäbischer Schloßarchitektur bietet der Schloßhof von Hohen-Tübingen dar, während im Schlosse zu Ludwigsburg der schwäbische Schloßbau seinen Höhepunkt zeigt (S. 16). Von glücklichster malerischer Erscheinung ist die schöne Berggruppe des Stiftes Kumburg, jener unvergleichlichen Baugruppe, die in ihrer Schönheit und in ihrem Reichtum im Norden unseres Vater-

landes fast unbekannt ist (S. 17). Charaktervoll ist die Straße aus Rottweil, ein Straßenbild, das bei allem Individualismus der einzelnen Häuser ein ansprechendes künstlerisches Leben zeigt (S. 17). Und welcher poetische Duft liegt nicht über Kirche und Schloß von Braunsbach! Diese Abbildungen mögen andeuten, wieviel reine Freude dem Leser aus dem seltenen Werke entgegenströmt. —

Die Untersuchung des Wassers an Ort und Stelle von Dr. H. Klut, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter der kgl. Prüfungsanstalt für Wasserversorgung und Abwässer-Beseitigung zu Berlin. 159 Seiten, 29 Abbildungen. Verlag Julius Springer in Berlin 1908. Preis gebunden 3,60 M. —

Das kleine, handliche Buch geht in seinem Inhalt nicht unerheblich über das hinaus, was der Titel anzeigt. Es enthält nicht nur genaue Anweisungen über die Entnahme von Wasserproben und über die an Ort und Stelle vorzunehmenden physikalischen, chemischen und bakteriologischen Untersuchungen, sondern es gibt auch Aufschluß über die erst später im Laboratorium auszuführenden Untersuchungen. Das Buch behandelt die Bestimmung der Temperatur, der Klarheit und Durchsichtigkeit, der Farbe, des Geruches und Geschmackes, des Gehaltes an organischen Stoffen, des Bakteriengehaltes, der Härte, sowie der Reaktion des Wassers, und gibt ferner die verschiedenen Methoden an, wie salpetrige Säure, Salpetersäure, Ammoniak-Verbindungen, Eisen, freie Kohlensäure, gelöster Sauerstoff, Blei und Mangan im Wasser nachgewiesen werden können. Es wird nicht nur gezeigt, wie die einzelnen Bestimmungen vorzunehmen sind, sondern es werden eingehend auch die Gründe auseinandergesetzt, warum diese Untersuchungen notwendig werden. In erster Linie ist in dem Buch die physikalische und chemische Untersuchung von Trink- und Oberflächenwasser (nicht von Abwasser) berücksichtigt; für die Beurteilung des Oberflächenwassers wird auch kurz auf die biologische Wasser-Untersuchung in Bezug auf die darin lebenden Organismen niederer und höherer Art hingewiesen. Schemata für die Untersuchung von Grund- und Oberflächenwasser und Angaben über deren normale Zusammensetzung als Trink- und Wirtschaftswasser, als Kesselspeisewasser, als Fluß- und Seewasser, sowie als Fischereiwasser, endlich ein ausführliches Literatur-Verzeichnis beschließen das Buch.

Dem in der Praxis stehenden Ingenieur, namentlich dem Wasserwerks-Ingenieur, der sich über die Untersuchung von Wasser rasch und doch gründlich unterrichten will, wird das kleine Buch willkommen sein, um so mehr, als der Verfasser nicht nur die vorhandene reichhaltige Literatur sorgfältig benutzt, sondern auch seine als Mitglied der staatlichen Prüfungsanstalt gemachten eigenen Erfahrungen bei der Bearbeitung verwertet hat. —

Schiele in Berlin.

Vermischtes.

Schwinden des Bauinspektor-Titels. Im Königreich Sachsen ist soeben den Baubeamten, die bisher den Titel „Bauinspektor“ führten, die Amtsbezeichnung „Bauamtmann“ beigelegt worden. Bauinspektor hießen, nachdem die Vorstände der Bauinspektionen schon seit längerer Zeit stets bei ihrer Berufung zu Bauräten ernannt wurden, nur noch die Hilfsarbeiter der Bauinspektionen und die mit einer selbständigen Bauleitung beauftragten älteren Regierungs-Baumeister. Die für Sachsen neue Bezeichnung hat also eine ganz andere Bedeutung als in Bayern, wo sie eingebürgert ist. Da aus Rücksichten auf den neuen Normal-Besoldungssatz die Zahl der Bauinspektoren, jetzt Bauamtmänner, erheblich vermehrt worden ist, so wird der neue, wohlklingendere und eine wichtigere dienstliche Stellung andeutende Titel von durchschnittlich jüngeren Beamten geführt als der alte, von dem eine ganze Generation von Bauamts-Vorständen sich vergeblich zu befreien gesucht hat. Um so berechtigter ist der Wunsch der Baubeamten in anderen Bundesstaaten, Preußen voran, die Amtsbezeichnung Bauinspektor abgeschafft zu sehen. Wie eine „Kompensation“ mutet es übrigens an, daß in Sachsen gleichzeitig den älteren Assessoren im selben Ressort die Amtsbezeichnung „Finanz-Amtmann“ beigelegt worden ist. — F.

Wettbewerbe.

Wettbewerb Rathaus Delmenhorst. Unter 52 Entwürfe wurde kein I. Preis verteilt. Zwei Preise von je 1500 M. erhielten die Hrn. Emmingmann in Berlin und Stoffregen in Bremen. Ein III. Preis wurde den Hrn. Hans und Heinr. Lassen in Bremen zuerkannt. —

Inhalt: Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu Hamburg (Schluß). — Literatur. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der Neubau der St. Pauli-Landungsbrücken zu Hamburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerel Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



EUBAU DES RATHAUSES IN FRANKFURT
 AM MAIN. * ARCHITEKTEN: KGL. BAU-
 RÄTE FRANZ VON HOVEN UND LUDWIG
 NEHER IN FRANKFURT AM MAIN. * AN-
 SICHT AM GROSSEN KORNMARKT UND
 AN DER BUCHGASSE. * * * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * * XLIII. JAHRGANG 1909 * NO. 4. * *



DEUTSCHE BAU- ZEITUNG

* XLIII. JAHRGANG. * No. 4. *
BERLIN, DEN 13. JANUAR 1909.

Neubau des Rathauses in Frank-
furt a. M. Architekten: königl. Bauräte
Fr. v. Hoven und L. Neher, Frankfurt a. M.
(Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage.



Die neuen Baumas-
sen zerfallen in
drei Gruppen, die
in sich selbständig
und durch alte und
neue Straßenzüge
von einander ge-
trennt sind. Unmit-
telbar an die alten
Bauten der Römer-

Gruppe, die Unregelmäßigkeit und ma-
lerische Erscheinung dieser Gruppe fort-
setzend, ist der Bürgersaalbau ange-
schlossen. Er findet durch die beiden
Durchfahrten und den Durchgangshof,
welche die alte Römer-Gasse ersetzen
und die Verbindung herstellen zwischen
der heutigen Limpurger-Gasse und dem
Pauls-Platz, seine westliche Begrenzung.
Der Bürgersaalbau findet seine Haupt-
verbindung mit den alten Teilen am Haus
zum „Goldenen Schwan“. Von der un-
teren gewölbten Halle desselben sind
breite Zugänge zu dem im Erdgeschoß
gelegenen zweischiffigen, gewölbten
Hauptraum des Ratskellers geschaffen.
An diesen Hauptraum schließen sich ein
erhöhtes Seitenschiff sowie eine Reihe
anderer Räume — unter anderem für die
Verwaltung — und Säle an, die sich bis
an die Front der Limpurger-Gasse er-
strecken und hier die alten Räume des
Hauses Silberberg berühren. Ueberall
in diesem Teil sind malerische Gestal-
tungen schon im Grundriß gesucht und
gefunden, und es ist so aus dem Histo-
rischen und dem Neuen eine Baugruppe
geschaffen, die Harmonie anstrebt, so-
weit dies möglich ist, ohne die Absicht
des Spieles mit der Unregelmäßigkeit zu
erwecken. Im zweiten Obergeschoß sind
in diesem Bauteil, der zugleich die große
Festtreppe enthält, der Magistrats-Sit-
zungssaal und der große Festsaal mit
ihren Nebenräumen untergebracht. In
Verbindung mit dem Kurfürstenzimmer,
welches durch Luthmer eine treffliche



Ansicht in der Limpurger-Gasse.

Wiederherstellung erfahren hat, dem alten Kaisersaal und der Kaisertreppe, ist hier eine Flucht von Festräumen geschaffen, wie sie kein neueres Rathaus aufzuweisen hat und die nur von wenigen Raumgruppen der

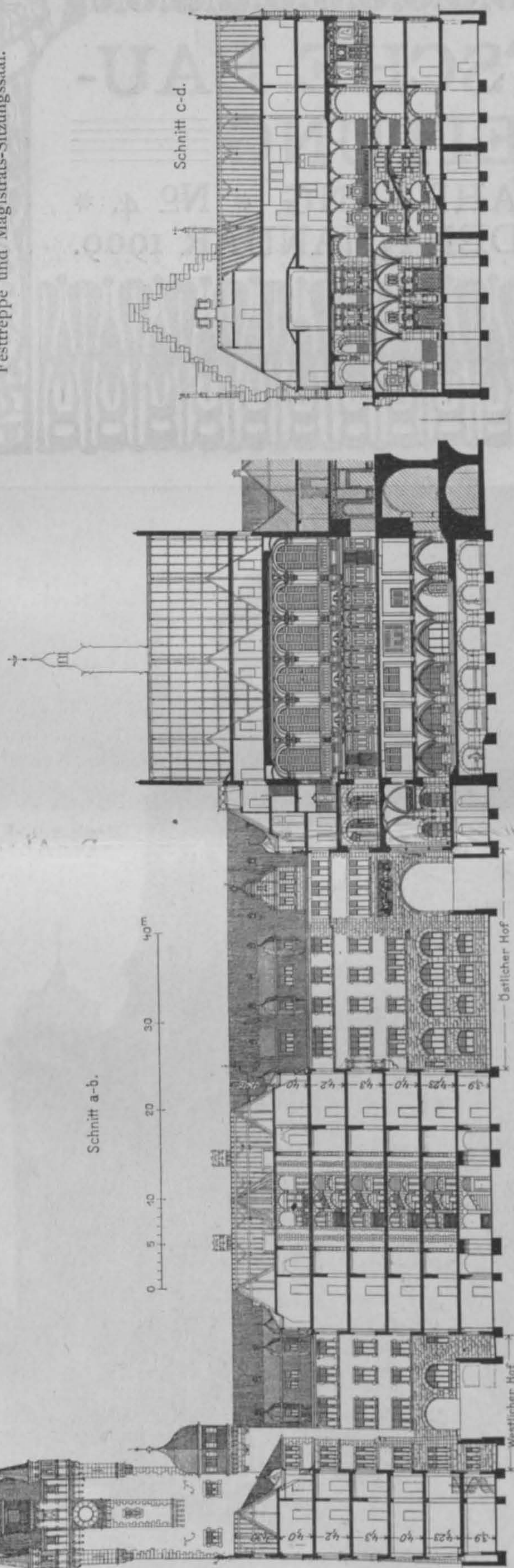
ten-Sitzungssaal im Hause Limpurg. Eine Fortsetzung der Ratsdiele nach Nordwesten vermittelt in geschickter Weise die Uebergänge einerseits nach dem Südbau und über die Bethmann-Straße hinweg nach dem Nordbau. Eine dem Festsaal gegen den Pauls-Platz vorgelagerte Galerie stellt eine unmittelbare Verbindung der Ratsdiele mit dem Vorsaal zwischen Kurfürstenzimmer und den alten Amtsräumen der Bürgermeisterei im Römer her. Im dritten Obergeschoß liegt über dieser Galerie die für die Zuschauer bestimmte offene Galerie des Festsalles. In einem Zwischengeschoß zwischen Ratskeller und Bürgersaal ist das städtische Archiv untergebracht, welches die Akten der zeitgenössischen Periode seit dem Jahre 1868 enthält. Das in Eisen konstruierte Dachgeschoß über dem Saalbau enthält die Plankammer des Tiefbauamtes.

Der räumlich ausgedehnteste der drei Bauteile, der Südbau, wird von der Limpurger- und der Buch-Gasse, sowie der Bethmann-Straße begrenzt und lagert seine Räume um 3 Höfe, einen kleineren mittleren Hof in der von Nord nach Süd ziehenden Hauptachse, sowie zwei größere seitliche Durchgangshöfe, von welchen der östliche der Durchgangshof als Ersatz für die eingegangene Römer-Gasse ist. Der Verlauf der Straßenzüge verleiht diesem Bauteil in der Fläche eine leicht unregelmäßige Gestalt, während jedoch der Organismus der Raumanordnung bis auf die Teile, mit welchen der Südbau an den Bürgersaalbau anschließt, durchaus regelmäßig ist. In der Hauptachse liegen die beiden Haupteingänge dieses Baues, begleitet von gleich gebildeten, stattlichen Treppenhäusern und Fahrstühlen. Weitere Treppenhäuser liegen in den nordwestlichen und südwestlichen Hofecken. Im zweiten und dritten Obergeschoß erweitert sich die nördliche Haupttreppe zu einer bis an die Bethmann-Straße reichenden Diele als Wartezimmer. Der Südbau enthält auch die beiden Rathäustürme; den kleineren an der Kreuzung der Buch-Gasse mit der Limpurger-Gasse, den größeren, das Stadtbild beherrschenden, an der Kreuzung der Buch-Gasse mit der Bethmann-Straße. Der Hauptturm beherrscht das vieltürmige Stadtbild in so glücklicher Weise, daß er in der Tat nach der Absicht der Architekten „für die von verschiedenen Seiten Ankommenden als Wegweiser zum Rathaus“ dient. An der Bethmann-Straße und an einem Teil der Buch-Gasse wurden im Erdgeschoß geräumige Läden angelegt, die mit dem darunter gelegenen, gut beleuchteten Untergeschoß, das als Lagerraum oder Werkstatt dienen kann, durch Wendeltreppen verbunden sind. Wenn für die Anlage dieser Läden als Grund die Erzielung einer angemessenen Rente angegeben wird, so ist das nur natürlich; interessant ist aber auch die daneben angegebene Hoffnung, durch die Läden an den langen dunklen Winterabenden hell erleuchtete Straßen um das Rathaus herum zu haben. Die Teile des Erdgeschosses des Südbaues, die keine Läden enthalten, sind der Direktion der städtischen Wasserwerke und der Stadtgärtnerei als Diensträume überwiesen. Der größte Teil der Obergeschosse dieses Bauteiles wird durch die Diensträume des Hochbauamtes und des Tiefbauamtes eingenommen.

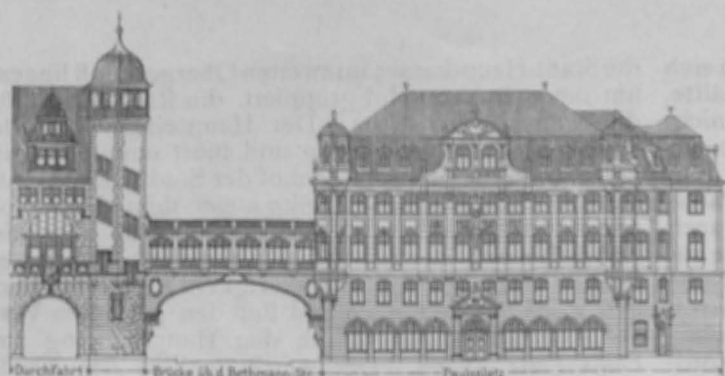
Nicht die gleiche Regelmäßigkeit der Anlage wie der Südbau zeigt der Nordbau, der in zwei Bauperioden zur Ausführung kam, die sich im Grundriß deutlich kennzeichnen. Die östliche Hälfte des Nord-

Längsschnitt durch die beiden Höfe des Südbaues und durch den Bürgersaalbau (siehe die Grundrisse Seite 2 und 3).

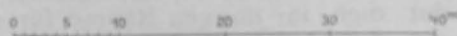
Querschnitt durch die Vorhalle, durch Festtreppe und Magistrats-Sitzungssaal.



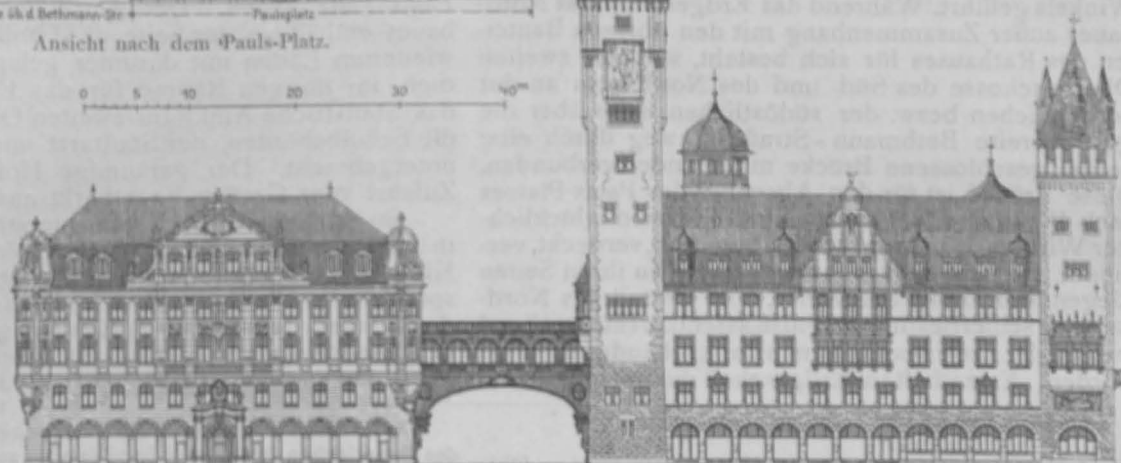
bedeutendsten älteren Rathausbauten übertroffen werden. In der südlichen Flucht dieser Raumgruppe liegen der Magistrats-Sitzungssaal und die Amtsräume der Stadtverordneten, an ihrer Spitze der Stadtverordne-



Ansicht nach dem Pauls-Platz.



Ansicht nach dem Kornmarkt
und der Buch-Gasse.



Ansicht nach der Römer- und Limpurger-Gasse.



Ansicht nach dem Pauls-Platz und nach der Bethmann-Straße.



baues war die zuerst ausgeführte; sie zeigt eine in sich geschlossene Anlage. Ihr folgte die westliche Hälfte, die in ihrer Anlage den Charakter des Anbaues nicht verleugnet. Der Nordbau wird umschlossen von der Bethmann-Straße, dem Großen Kornmarkt, der Barfüßer-Gasse und dem westlichen Teile des Pauls-Platzes. Die Begrenzung der Grundrißfläche ist auch hier leicht unregelmäßig und ladet in dieser Weise zur Schaffung malerischer Straßenbilder ein. Die Nähe der Paulskirche hat an der Nordostecke des Nordbaues zur Anlage eines einspringenden malerischen Winkels geführt. Während das Erdgeschoß des Nordbaues außer Zusammenhang mit den übrigen Bauteilen des Rathauses für sich besteht, sind die zweiten Obergeschosse des Süd- und des Nordbaues an der nordöstlichen bzw. der südöstlichen Ecke über die 17,5 m breite Bethmann-Straße hinweg durch eine breite, geschlossene Brücke miteinander verbunden. Diese Brücke ist für den Abschluß des Pauls-Platzes nach Westen und für das Stadtbild von glücklichster Wirkung. Denn sie schließt ab, teilt, verdeckt, verbindet und hebt das vor, hinter ihr und zu ihren Seiten Liegende in trefflicher Weise. Der Ostteil des Nordbaues ist seiner Bestimmung als Kassenbau entsprechend mehr in der Art eines modernen Bankgebäudes angelegt worden. Es enthält im Erdgeschoß die Sparkasse und

die Stadt-Hauptkasse; im zweiten Obergeschoß liegen, um einen inneren Hof gruppiert, die Raumfolgen für die Steuer-Verwaltung. Der Haupteingang wurde vom Pauls-Platz genommen und führt unmittelbar in den glasüberdeckten Kassenhof der Stadt- und Haupt-Kasse. Das Erdgeschoß sollte außer dem Kassenhof noch drei Einzahlungsstellen erhalten; da aber die Ueberdachung der aus dieser Anordnung sich ergebenden 5 Eingänge auf Schwierigkeiten stieß, so verließ man den Gedanken und ließ den gesamten Verkehr zu den Kassen durch den Haupteingang am Pauls-Platz gehen. Der westliche Teil des Nordbaues enthält an der Seite des Großen Kornmarktes wiederum Läden mit darunter gelegenen Lagerräumen, im übrigen Räume für das Einziehungs- und das Statistische Amt. Im zweiten Obergeschoß sind die Schulbehörden, der Stadtarzt und die Baupolizei untergebracht. Der geräumige Hof ist durch eine Zufahrt vom Großen Kornmarkt aus zugänglich.

So ordnen sich die Raumgruppen der Neubauten in natürlicher Klarheit und Uebersichtlichkeit, ohne Künstelei, lediglich dem praktischen Bedürfnis entsprechend. Nur beim Anschluß an die alten Teile des Römers mußten Kompromisse geschlossen werden, die indessen wiederum der malerischen Erscheinung der stolzen Baugruppe zugut kamen. —

(Fortsetzung folgt.)

Vereine.

Architekten-Verein zu Berlin. Haupt-Vers. vom 19. Okt. 1908. Vors.: Hr. Kummer; anwes. 65 Mitgl.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung als erste im Wintersemester mit Worten der Begrüßung und der Bitte um rege Mitarbeit an den Aufgaben des Vereins. Er gedachte sodann der zahlreichen Mitglieder, die dem Verein seit der letzten Sitzung durch den Tod entrissen wurden, darunter die Ehrenmitglieder Wiebe und Adler. Daran schlossen sich Mitteilungen über eine von Prof. Günther-Naumburg ausgestellte interessante Sammlung von Aquarellskizzen, das Ergebnis von Studienausflügen mit Studierenden der Berliner Technischen Hochschule.

Einen wichtigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Beschlußfassung über die Satzungen der Wilhelm Strauch-Stiftung, über die Hr. Körte berichtete. Die Satzungen wurden in der vorgelegten Fassung einstimmig angenommen, sodaß es bald möglich wird, den ersten Wettbewerb auf Grund dieser Stiftung zu veranstalten. Es folgten dann Berichte über die Tätigkeit des Studien-Ausschusses und das von ihm für diesen Winter aufgestellte und gesicherte Vortragsprogramm über verschiedene wirtschaftliche Fragen, Berichterstatter Hr. Kummer; des Bibliotheksausschusses über den Bestand der Vereinsbibliothek und ihre Benutzung, Berichterstatter Hr. Meier; des Vortragsausschusses über die in Aussicht genommenen Vorträge, Berichterstatter Hr. Müßigbrodt; und schließlich des Ausschusses für Besichtigungen, namens dessen Hr. Marggraff Mitteilungen machte.

Den Rest des Abends füllten Berichte der Hrn. Koehn über die Abgeordneten-Versammlung in Danzig, insbesondere auch die Frage „Wie kann die Stellung der Ingenieure in den öffentlichen und privaten Verwaltungskörpern gehoben werden“, sowie des Hrn. Stiehl über den Denkmalpflegetag in Lübeck („Deutsche Bauzeitung“ 1908 S. 403 und 495 ff, sowie S. 555 und 569). —

Vers. am 2. Nov. 1908. Vors. Hr. Bürckner, anwes. 85 Mitgl., 3 Gäste.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, der den Mitgliedern noch einmal eine rege Beteiligung an den vom Studienausschuß veranlaßten, allgemeine Fragen behandelnden Vorträgen ans Herz legt, wird von den Hrn. Geh. Brt. Saran und Stadtbauinsp. Fichtner über den Ausfall zweier Monatswettbewerbe berichtet, welche den Entwurf zu einem Forstgehöft, bzw. zu einer Platzanlage zum Gegenstand hatten. Es erhielten unter 7 bzw. 2 Entwürfen je ein Vereinsandenken die Hrn. Reg.-Bmstr. Rappaport in Kiel und Fritz Behrendt in Dortmund bzw. Reg.-Bhrr. O. Scheunemann in Plathe.

Als Verbands-Abgeordnete wurden gewählt die Hrn. Saran, Stiehl, A. Adams, M. Guth, Koehn, für die Ausschüsse zur Beurteilung der Schinkelpreis-Entwürfe des Hoch-, Wasser- und Eisenbahnbaues je 11 Preisrichter.

Den Vortrag des Abends hielt Hr. Petersen über den Neubau des Landgerichtes III Berlin-Charlottenburg, der in den Jahren 1901—1906 ausgeführt worden ist. Der interessante, von zahlreichen guten Lichtbildern erläuterte Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. —

Außerord. Versammlung der Pfälzischen Kreisesgesellschaft des Bayerischen Arch.- und Ing.-Vereins zu Neustadt a. H. am 4. Dez. 1908 aus Anlaß der Ausstellung von Wettbewerbs-Entwürfen zur Töcherschule zu Neustadt a. H., Modellen von Landhäusern und sonstiger Entwürfe. Erschienen waren 33 Teilnehmer, welche sich nach der Besichtigung zur gemeinschaftlichen Besprechung versammelten, wobei manche Frage zur Sprache kam, die in kommender Generalversammlung eingehender behandelt werden soll, z. B. Gründung eines Vereins Pfälzischer Künstler, Beschränkung kleiner architektonischer Aufgaben auf einen beschränkten Kreis von Architekten, Bevorzugung von Architekten in amtlicher Stellung zum Schaden von Privat-Technikern usw. Den Schluß der anregenden Versammlung bildete eine Metzelsuppe. —

Vermischtes.

Original-Zeugnisse und Handskizzen im Stellenverkehr. Die bei unserer Expedition häufig einlaufenden Klagen über Unzuträglichkeiten, die sich aus der Versendung von Originalzeugnissen und Handskizzen im Stellenverkehr ergeben, veranlassen uns, den Bewerbern um die unter einer Chiffre in unserer Zeitung ausgeschriebenen offenen Stellen in ihrem eigensten Interesse zu raten, den Bewerbungen keine Original-Zeugnisse oder andere Schriftstücke von Wert, sowie Handskizzen anzufügen, da wir bei dem Umstände, daß uns die Aufgeber von Chiffre-Anzeigen meist selbst nicht bekannt sind, keinerlei Gewähr für die Zurückerlangung wertvoller Anlagen übernehmen können. Zudem müssen wir bei unserem Geschäftsumfang jede Beihilfe hierzu als über den Rahmen der Offerten-Vermittlung hinausgehend zu unserem Bedauern ablehnen.

Andererseits bitten wir im Interesse einer Vereinfachung im Stellenverkehr die Ausschreiber offener Stellen, sich zunächst mit einer kurzen Darstellung der persönlichen und fachlichen Verhältnisse der Bewerber zu begnügen und nur etwa die Bewerber der engeren Wahl zur Einsendung von Zeugnissen, Handskizzen oder anderen Anlagen zu veranlassen; es in diesem Falle aber auch als eine selbstverständliche Pflicht zu betrachten, alle Anlagen sobald wie möglich den Bewerbern kostenfrei wieder zurückzustellen. Jeder Ausschreiber einer offenen Stelle versuche, sich in die Lage eines Stellungsuchenden zu versetzen; sein natürliches Gefühl wird ihm dann sagen, welche Pflichten er zu beobachten hat. Den Stellungsuchenden selbst aber wird dringend empfohlen, nur das einzusenden, was verlangt wird. —

Wettbewerbe.

Einen Skizzen-Wettbewerb betr. Entwürfe für ein drittes Stadttheater in Riga, ein Volkstheater für 1800 Personen, erläßt das Stadtamt zum 14. April 1909 unserer Zeitrechnung. Es werden 3 Preise von 500, 300 und 200 Rbl. in Aussicht gestellt.

Inhalt: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M. (Fortsetzung.) — Vereine. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerel Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



EUBAU DES RATHAUSES IN FRANKFURT
 AM MAIN. * ARCHITEKTEN: KGL. BAU-
 RÄTE FRANZ VON HOVEN UND LUDWIG
 NEHER IN FRANKFURT A. M. * ANSICHT
 DES SAALBAUES UND DES TREPPEN-
 TURMES AN DER BETHMANN-STRASSE.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

* * XLIII. JAHRGANG 1909 * NO. 5. * *

Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: kgl. Bauräte Franz v. Hoven und L. Neher, Frankfurt a. M.
(Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 27, 28 u. 29.



Für den Aufbau der Baugruppe waren neben den in der Grundriß-Anlage gegebenen Bedingungen sowie neben den praktischen Erfordernissen die Summe von Rücksichten maßgebend, die aus der geschichtlichen Ueberlieferung Frankfurts und den idealen Forderungen der Oertlichkeit entsprangen. Die nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten, die sich aus der Angliederung der Neubauten an die Römer-Gruppe ergaben, die Befürchtung namentlich, es könne die Römergruppe durch die große Massenentfaltung der Neubauten in ihrer Bedeutung verlieren, hatten zu-

nächst zur Verfolgung anderer Gedanken geführt, deren Ziel es war, an anderer Stelle, unabhängig von den Forderungen der Oertlichkeit, in freier Gestaltung einen Rathaus-Neubau zu errichten, ihn als eine organisch und künstlerisch in sich geschlossene Baugruppe zu betrachten, die Römergruppe sowie die nunmehr niedergelegten Bauten in geeigneter Wiederherstellung für sich bestehen zu lassen und damit den Charakter der Altstadt am besten zu erhalten. Es war zu diesem Zweck unter anderem das Gelände ins Auge gefaßt, auf dem heute das Schauspielhaus steht; man dachte auch an Gelände am Main und an anderen Punkten der Stadt, an welchen das Rathaus als der Sitz der städtischen Suprematie und als die Verkörperung der Blüte des Bürgertums eine bevorzugte Stellung haben konnte. Indessen, alle Erwägungen dieser Art, so sehr sie in vieler Hinsicht begründet erschienen, wurden besiegt von dem Gefühle der Pietät für die Stelle im Herzen der Stadt, an welcher seit Jahrhunderten die Geschehnisse des blühenden Gemeinwesens entschieden wurden. Dieses Gefühl überwand auch alle Schwierigkeiten, die gerade die Umgebung der Römergruppe für den nötigen Gelände-Erwerb darbot; es wälzte aber auf der anderen Seite ein großes Teil der für dieses Baugelände entstehenden Schwierigkeiten künstlerischer Art auf die Architekten ab, die ihnen jedoch mit Glück gerecht wurden. In erster Linie galt es, den ausgesprochenen Charakter der Frankfurter Altstadt auch in den Neubauten zu wahren. Man kennt die anziehenden und stimmungsvollen Bilder, welche die Altstadt in Frankfurt noch heute allenthalben darbietet, Städtebilder, über deren Erhaltung einsichtige Kreise eifersüchtig wachen und die meist auch da mit Glück wieder geschaffen werden, wo Neubauten nicht zu umgehen sind. Für unsere Rathausbauten stellte die Römer-Gruppe Bedingungen, welchen sich das künstlerische Schaffen unterwerfen mußte. Um die im Verhältnis zum Neubau nicht sehr ausgedehnte Baugruppe des alten Römers nicht zu erdrücken, wurden die Hauptgruppen der Neuanlage stilistisch wie in der architektonischen Anordnung in verschiedene Teile zerlegt, wodurch sich namentlich am Pauls-Platz ein reich gegliedertes Bild ergab. Dabei führte die Wiederverwendung der künstlerisch wertvollen Teile, die nach dem Abbruch der alten Häuser, die dem Neubau weichen mußten, zur Verfügung standen, zu mancher Anregung für Neugestaltungen.

Der an die Römer-Gruppe unmittelbar anschließende Bürgersaal-Bau ist als ein hoher dreigiebeliger Bau mit Satteldach und Dachreiter ausgebildet und überragt erheblich das Haus „Zum goldenen Schwan“, an das er anschließt und dem er einen abgetreppten Giebel zuwendet. Man hat in dieser wohl unbeabsichtigten Trennung die Abgrenzung zwischen Alt- und Neu-Frankfurt erblicken wollen. Augenscheinlich aber sind es die Raumbedürfnisse, die es veranlaßt haben, daß der Bürgersaalbau für sich so stark in die Höhe gezogen wurde, denn der Uebergang zum Südbau hält sich wieder ungefähr in den Höhenverhältnissen des „Goldenen Schwan“. In vier Voll- und einem Giebelgeschoß baut sich der Festsaalbau auf. Der Unterbau, aus Basalt und rotem Sandstein geschichtet, ist bis zu dem an der Fassade entlang laufenden Balkon schlicht gehalten. Die über dem Balkon ansetzende reichere Gestaltung bringt die Bedeutung der dahinter liegenden Räume zum Ausdruck. Sinniger bildnerischer Schmuck — teils figürlicher, teils heraldischer und teils ganz allgemein ornamentaler Art — bereichert das architektonische Gerüst dieses Bauteiles. Die stilistische Haltung ist die der deutschen Renaissance mit Nachklängen der gotischen struktiven Bildungen. Ein turmartiger Erker-Vorbau bildet stilistisch und in der Masse den Uebergang vom Festsaalbau zum „Goldenen Schwan“. Ein Torbau mit reich und schön gegliedertem Erker und geschiefertem Giebel vermittelt den Uebergang zu einem Treppenturm und mit diesem zum Südbau. Unmittelbar hinter dem Treppenturm stellt die Straßen-Ueberbrückung, deren glücklicher Gedanke auf den Oberbürgermeister Adickes zurückgeführt wird, die Ver-

bindung zwischen Süd- und Nordbau her und schließt den Pauls-Platz gegen die Bethmann-Straße ab. Entsprechend seinem Charakter als Verwaltungsgebäude ist der Südbau schlichter gehalten als der Festsaalbau, wenngleich auch er durch bemerkenswerte, reicher durchgebildete Portale ausgezeichnet wurde. Auch seine Formen sind die der deutschen Renaissance mit starkem gotischem Einschlag. Die Westseite des Südbaus wird flankiert durch zwei Turmbauten, den 70 m hohen „Langen Franz“ und den stilistisch verwandten, jedoch niedrigeren, die Kreuzung der Buch-Gasse mit der Limpurger-Gasse bezeichnenden Südturm. Beide Turmbauten sind Nachbildungen verschwundener Bauwerke des alten Frankfurt; der „Lange Franz“ ist eine Wiederholung des 1345 erbauten, jedoch schon 1765 niedergelegten Brückenturmes von Sachsenhausen, während der Südturm Formen wiederholt, die sich an dem Salmenstein'schen Hause befanden, das um 1350 auf der alten Stadtmauer von Frankfurt in der Gegend etwa des heutigen Börne-Platzes erbaut wurde. Beide Turmbauten sind in ihrer charakteristischen, das Mittelalter annähernd widerspiegelnden Form glückliche Bereicherungen des südlichen Verwaltungsbaues. Dem Hauptturm ist an der Nordseite ein gut gegliederter Erker vorgelagert.

Ist der Stil-Charakter des Südbaus der der beginnenden deutschen Renaissance mit starken Resten aus dem Mittelalter, so zeigt der Nordbau die Architektur-Formen, die in Frankfurt um die Wende des XVII. und des XVIII. Jahrhunderts allgemein angewendet wurden. Seine Formgebung wurde auch durch den Umstand mitbestimmt, daß in ihn zahlreiche Teile eingefügt wurden, die sich bei dem Abbruch alter Teile des Römers und bei der Niederlegung des „Glesern-Hofes“ als erhaltungswert ergeben hatten. Sie wurden hauptsächlich im Inneren verwendet. Während das architektonische Gerüst aus geflammtem Sandstein besteht, wurden auch hier wie beim Südbau die Flächen geputzt. Zwei Portalbauten des Nordbaus sind durch Dreiviertel-Säulen mit Verdachungen mit Vasen und Kartuschen, sowie eine aus drei Figuren bestehende Gruppe ausgezeichnet.

Der bildnerische Schmuck des Bürgersaal- und des Süd-Baus ist mannigfaltiger Art. Unter den Nischen der Fensterpfeiler des Festsaales stehen die Wissenschaft, die Kunst, der Wohlstand, der Handel, die Industrie; diese Figuren sind in Verbindung gebracht mit plastischen Emblemen. Die drei Giebel-Aufbauten endigen in Halbfiguren aus der Trinkerzunft; die Figuren in den Giebelnischen stellen die Klugheit, die Gerechtigkeit und die Eintracht dar. In den mit Laubwerk, Blumen und Früchten gezierten Brüstungen des zweiten Obergeschosses sind die Wappen Frankfurts und der eingemeindeten Vororte nebst Genre-Szenen aus der Sage, der Geschichte und dem Berufsleben ihrer Bewohner dargestellt. Die Figuren, welche das Eingangs-Portal zum Ratskeller schmücken, sind ein Kellermeister und ein Winzer. Die Korbogen der Brücke ruhen auf männlichen Hermen. Am Hause fehlen auch nicht die Statuen des ersten Frankfurter Geschichtsschreibers Achilles August von Lersner, sowie des Malers und Kupferstechers Matthaeus Merian des Älteren. Die Armbüsten der Vertreter der heimischen Gewerbe, der heimischen Künste und der technischen Wissenschaften, die Bronze-Statuen des Festungs-Baumeisters Dilich, sowie des Bildhauers Koler, die Medaillon-Köpfe der Erbauer der neuen Teile des Rathauses, die Vertreter des städtischen Hoch- und des Tiefbaues aus dem XVII. Jahrhundert zieren mit einem maßvollen Reichtum an Ornament die verschiedenen Teile des Südbaus. An anderen Stellen des Aeußeren der einzelnen Bauteile befinden sich figürliche Reliefs, musivische Darstellungen, getriebenes Beiwerk und anderer Schmuck. Ueber alle Teile der Neubauten ist das Füllhorn schöner Zierkunst in dem Grade ausgeschüttet, wie er durch die alten Römer-Bauten angegeben wird. So sind die Neubauten am Aeußeren mit einem Netz vielgestaltigen künstlerischen Lebens überzogen. —

(Schluß folgt.)

Zweigleisiger Ausbau der sibirischen Ueberlandbahn.

Als Rußland während des japanischen Krieges Truppen und Kriegsgegenstände zum Kriegsschauplatz beförderte, trat die Unzulänglichkeit der eingleisigen sibirischen Bahn mehr und mehr zutage. Ungeachtet zahlreicher Ausweichstellen, die damals errichtet wurden, und trotz zeitweiliger, später gänzlicher Sperrung einzelner Bahnstrecken für Privatgüter, war es nicht möglich, den Truppenaufmarsch merkbar zu beschleunigen. Für die Kriegs-

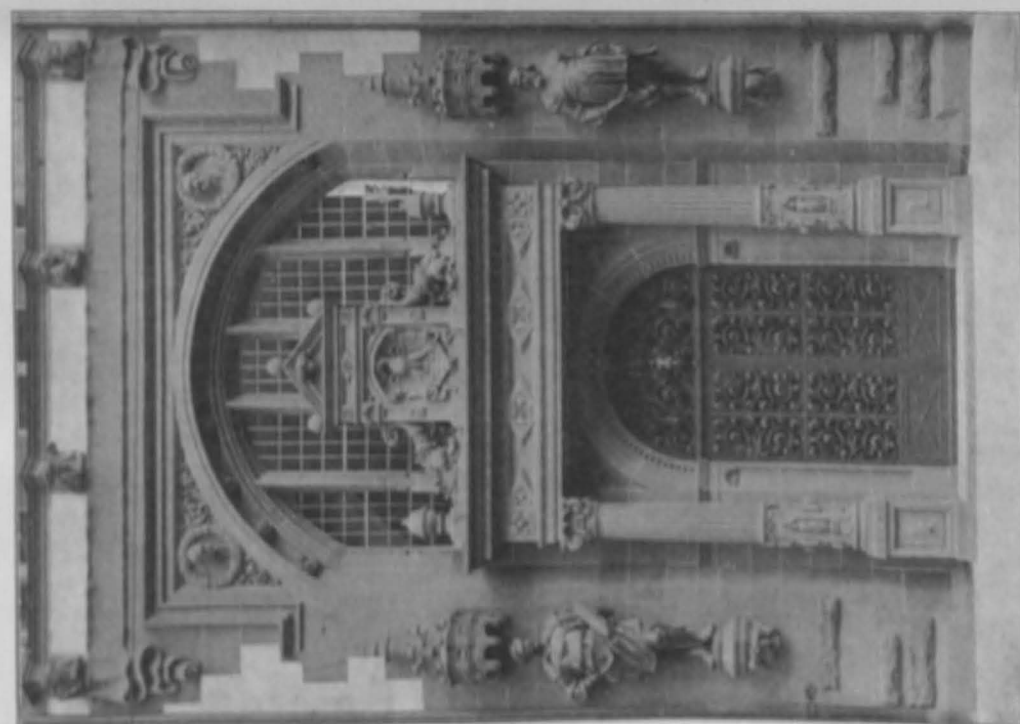
indessen nicht die Erfolge zeitigen, die die Russen zu Beginn des Krieges von der Bahn erhofften. Manche Mißerfolge der Russen auf den Schlachtfeldern der Mandschurei sind auf den unfertigen Zustand der Bahn zurückzuführen. Nach Beendigung des Krieges und nach Niederwerfung des Aufstandes wurde der zweigleisige Ausbau der sibirischen Bahn und der Umbau des größten Teiles der Gebirgsstrecken westlich des Baikalsees von der russischen

Staatsregierung beschlossen — ein Unternehmen, dessen beschleunigte Inangriffnahme zum Teil auf den unglücklichen Ausgang des Krieges zurückzuführen ist.

Die sibirische Eisenbahn durchschneidet in ihrem westlichen Zuge von Tscheljabinsk bis zur Station Atschinsk auf etwa 2000 km Länge Flachland, zwischen den beiden Stationen Nischne Udinsk (Werst 2573) und Sima (Werst 2813) und von Polowina (Werst 2952) bis zur Stadt Irkutsk (Werst 3048) auf etwa 360 km Länge Hügelland, von der Station Atschinsk (Werst 1873) bis Nischne Udinsk und zwischen Sima und Polowina mit Einschluß der Zweigbahn nach Tomsk auf etwa 985 km Länge gebirgige Gegend. Durch die im gebirgigen Gelände streckenweise angewendeten Maximalsteigungen von 1 : 45 und Krümmungen herab bis zu 250 m entstanden zahlreiche Hemmnisse und Störungen im Zugverkehr, die eine Abschwächung der Steigungen und teilweise Geradlegung einzelner Krümmungen dringend erheischten. Diese Arbeiten wurden bereits im Jahre 1906 teilweise in Angriff genommen. Am Schlusse des Jahres 1907 waren 146 km (137 Werst) der Bahnstrecke Sima—Polowina und etwa 743 km (606 Werst) der Bahnstrecken At-



Durchfahrt von der Limpurger-Gasse zur Bethmann-Straße. Bauräte Franz von Hoven und Ludwig Neher in Frankfurt am Main.



Hauptportal am Südbau, Bethmann-Straße. Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: kgl. Bauräte

führung der Russen in der Mandschurei war die sibirische Eisenbahn unentbehrlich, wegen ihres unfertigen Zustandes¹⁾ und ihrer geringen Leistungsfähigkeit²⁾ konnte sie

¹⁾ Die Umgebungsbahn am Baikalsee war zu Beginn des Krieges im Bau begriffen. Truppen und Kriegsgegenstände wurden im Winter des Jahres 1904 über das Eis des Baikalsees befördert. Zu Beginn der Schifffahrt traten die Fährdampfer in Tätigkeit; mit Hilfe dieser und anderer Dampfer vollzog sich dann weiter die Truppenbewegung.

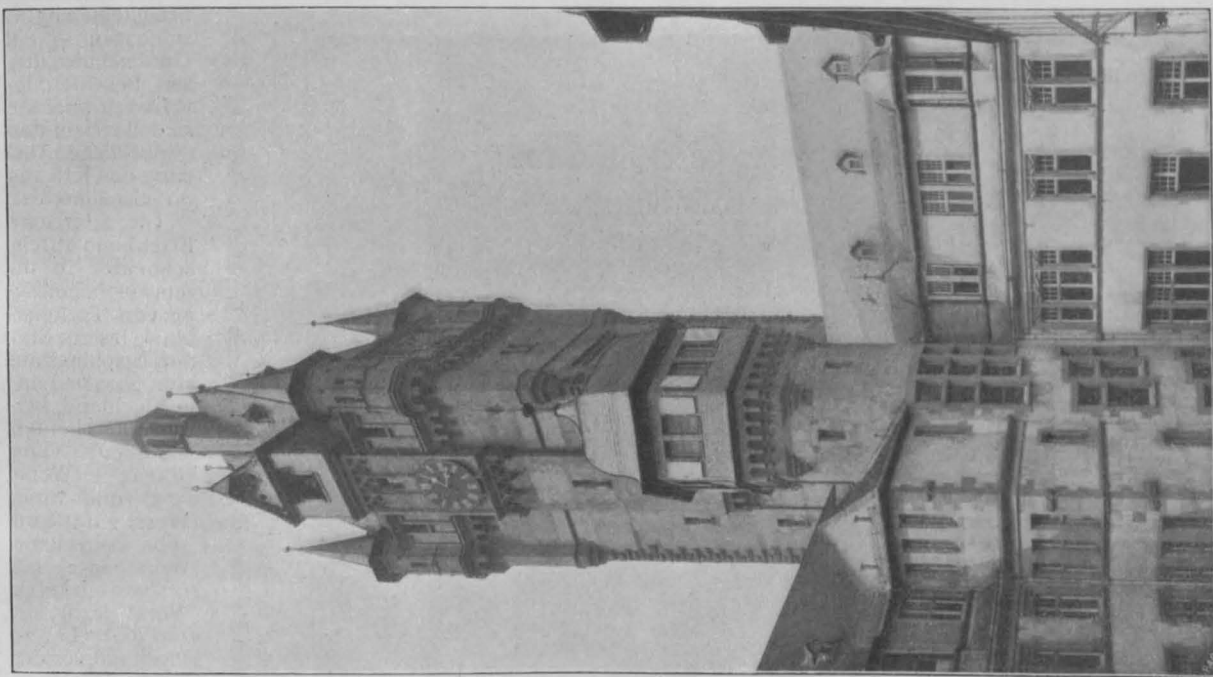
²⁾ Die mittlere Geschwindigkeit der Militärlüge betrug nur etwa 20 Werst oder 21 km in der Stunde.

schinsk—Sima und Polowina—Irkutsk, zus. 1247 km (1169 Werst), im Umbau begriffen. An die Errichtung des zweiten Gleises schritt die russische Staatsregierung erst nach Genehmigung der Arbeiten durch die Reichsduma im Sommer des Jahres 1908. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Verkürzung der sibirischen Ueberlandbahn durch die im Bau begriffene Bahn von Perm nach Jekaterinenburg³⁾

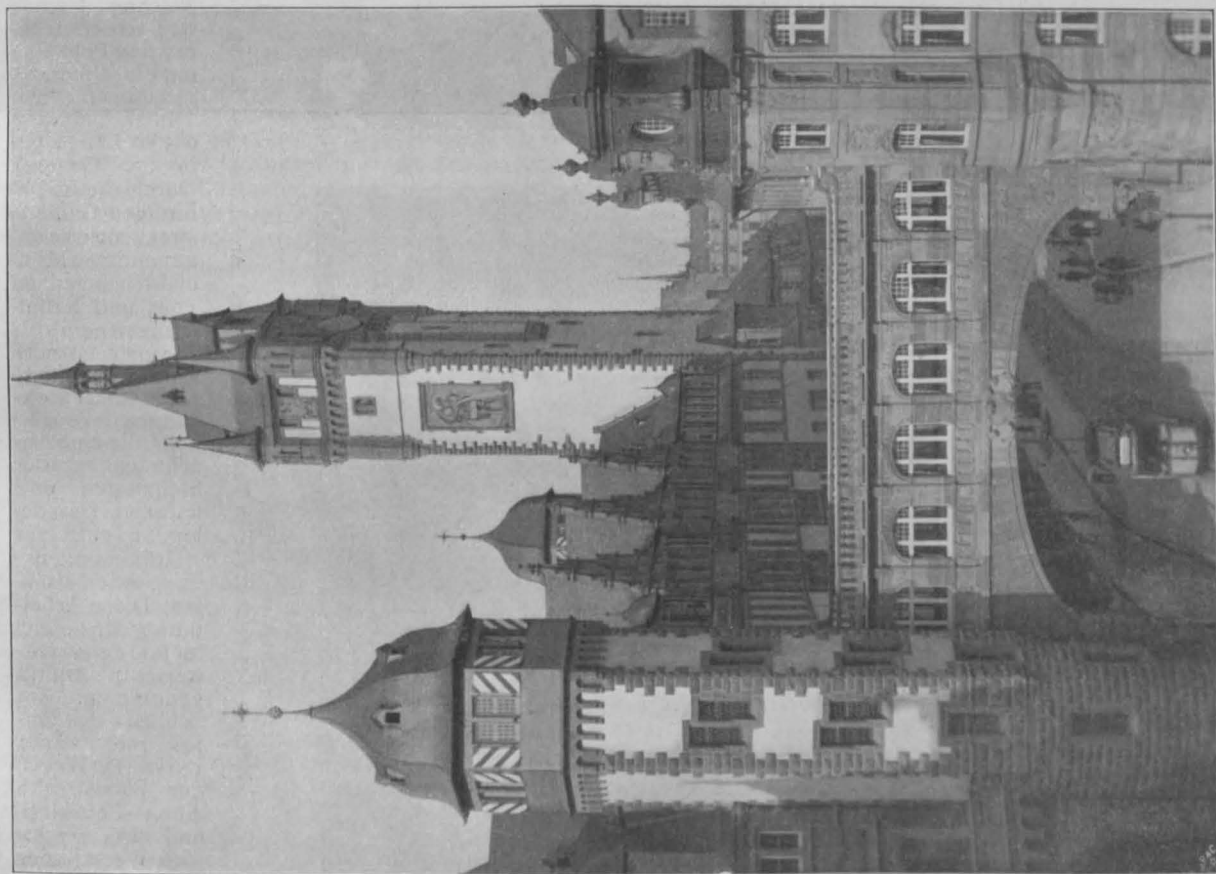
³⁾ Zwischen Perm und Jekaterinenburg besteht zwar eine Bahnverbindung, die aber erst auf größerem Umweg durch das Bergwerksgebiet des Ural Jekaterinenburg erreicht.

und die geplante von Tjumen⁴⁾ nach Omsk, wird das zweite Gleis nicht bei Tscheljabinsk, dem gegenwärtigen Ausgangspunkt der Ueberlandbahn, sondern 796 km (746 Werst) östlich von Tscheljabinsk bei Omsk beginnen und erst später bei Tjumen nach Westen zweigleisigen Anschluß an die Permer Bahn erhalten. Die Umgebungsbahn am Baikalsee⁵⁾ mit ihren zahlreichen kleinen Tunneldurchbrüchen⁶⁾, Feldeinschnitten, Stützmauern und Steinbekleidungen wird wegen

transbaikalischen Eisenbahn, die sich bei Karymskaja nordöstlich zur Stadt Sretensk (an der Schilka), südöstlich zur Mandschurei (Station Mandschurija) verzweigt, soll das zweite Gleis nur bis zum Knotenpunkt Karymskaja durchgeführt werden. Die chinesische Ostbahn, die jetzt im Machtbereich der Japaner liegt, hat für Rußland als Durchgangsweg nach Wladiwostok größere Bedeutung, solange die Amur-Eisenbahn nicht erbaut ist. Inzwischen ist der



Ansicht des „Langen Franz“ mit Treppenturm des westlichen Hofes. Ansicht Franz von Hoven und Ludwig Ncher in Frankfurt am Main.



Ansicht des Südhauses mit Verbindungsbrücke vom Süd- zum Nordbau. Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: kgl. Bauräte Franz

der großen Kosten der Erweiterungsbauten in teilweise verwittertem Gestein nicht zweigleisig ausgebaut. Auf der

⁴⁾ Tjumen an der schiffbaren Tura ist östlicher Endpunkt der Permer Bahn und ein Umschlagshafen für zahlreiche Güter, die vom Wasserweg auf die Eisenbahn oder in entgegengesetzter Richtung übergeführt werden.

⁵⁾ Die Umgebungsbahn wird von der transbaikalischen Eisenbahn verwaltet und auch amtlich zum Bestande dieser Bahn gezählt.

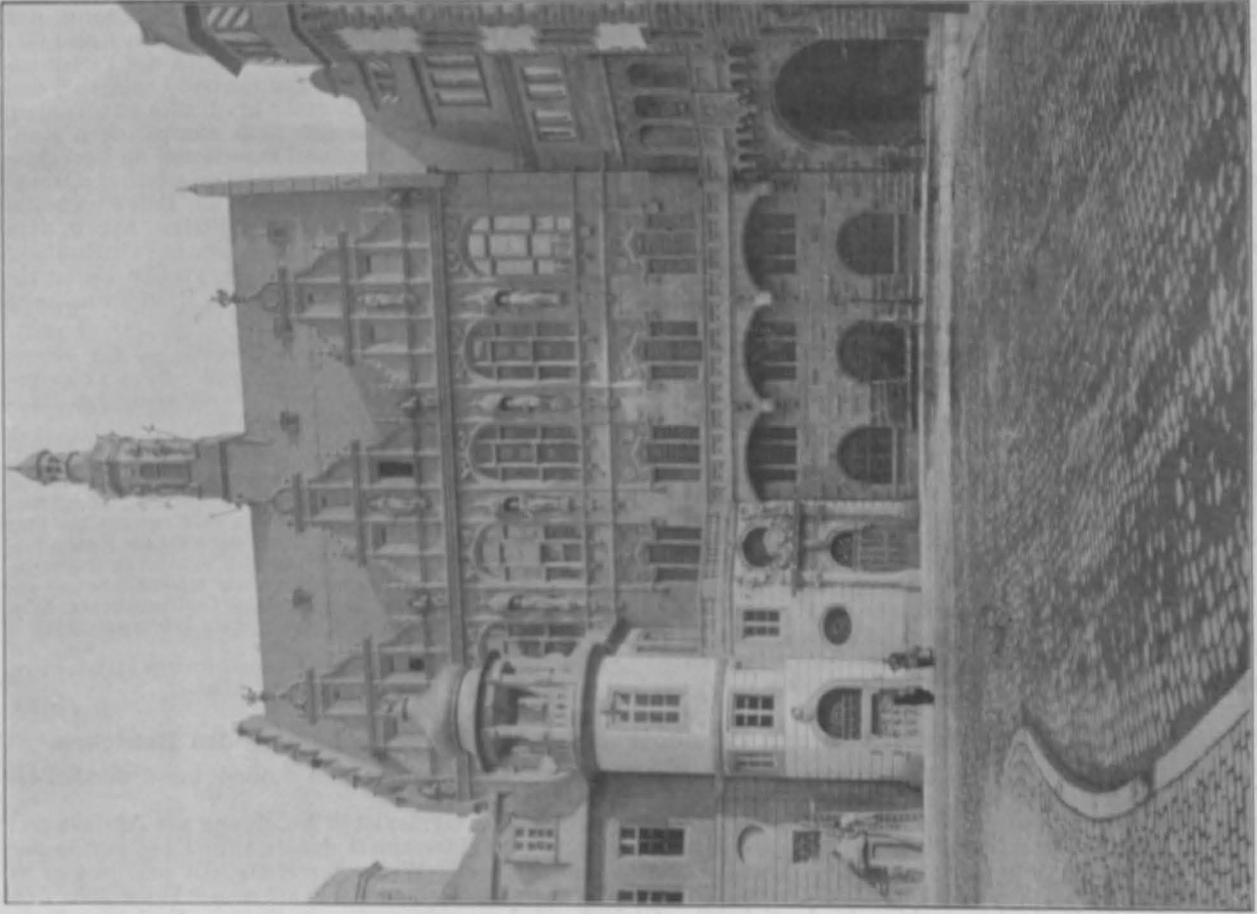
⁶⁾ Der längste Tunnel mißt nur rund 800 m.

Bau der Amur-Bahn⁷⁾ in Angriff genommen und dadurch

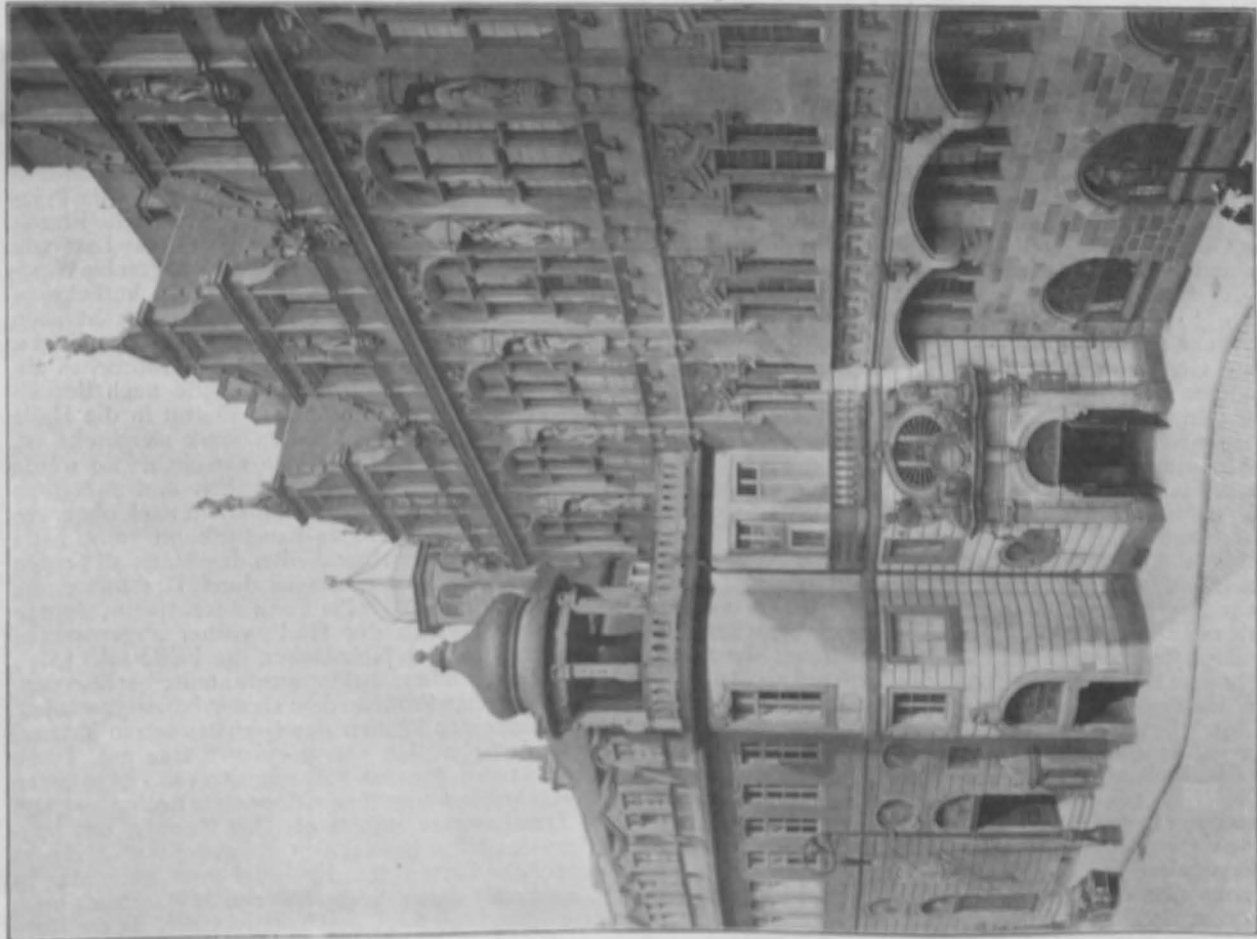
⁷⁾ Ausgangspunkt der Amur-Bahn ist die Station Kuenga des transbaikalischen Zweiges Karymskaja—Sretensk bei Werst 227. Die Bahn wird zuerst das Schilkatal verfolgen, dann die allgemeine Richtung des Amurstromes einschlagen und bei Chabarowsk sich mit der Ussuri-Eisenbahn vereinigen. Geplant ist eine Zweigbahn zur Stadt Blagowetschensk am Amur. Die Länge der Strecke Kuenga—Chabarowsk ist vorläufig auf rd. 2000 Werst oder 2134 km geschätzt worden. Die Linienführung ist noch nicht endgültig festgelegt; im Osten sind noch die Vorarbeiten im Gange.

der Wert des zweigleisigen Ausbaues der chinesischen Ostbahn für Rußland vermindert worden. Eine zweigleisige Anlage der Amur-Bahn hat die russische Staatsregierung

Wege der chinesischen Ostbahn vollziehen und die Amur-Bahn hauptsächlich den Bedürfnissen der Amur-Provinz dienen wird. Sollte indessen der zweigleisige Ausbau der



Front-Ansicht des Bürgersaalbaues mit Eingang zum Ratskeller.
Bauräte Franz von Hoven und Ludwig Neher in Frankfurt am Main.



Ansicht des Bürgersaalbaues und links des Hauses „Goldener Schwan“.
Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: Kgl. Bauräte Franz von Hoven und Ludwig Neher.

vorläufig nicht in Aussicht genommen, im übrigen steht sie auch nicht zu erwarten, weil der Durchgangsverkehr nach Wladiwostok, insbesondere aber nach China und Japan, sich auch in Zukunft auf dem bedeutend kürzeren

chinesischen Ostbahn in Zukunft durch eine Vereinbarung Chinas und Rußlands zustande kommen, dann wird auch die russische Staatsregierung auf der südöstlichen Abzweigung der transbaikalischen Eisenbahn zur Mandschurei

(Karymskaja—Mandschurija) für den Durchgangsverkehr im eigenen Interesse das zweite Gleis errichten.

Der zweigleisige Ausbaudersibirischen Ueberlandbahn wird sich demnach bis auf weiteres nur auf die Bahnabschnitte Omsk Post—Station Baikal von 2522 km (2364 Werst) und Station Tanchoi—Karymskaja von 875 km (820 Werst), zusammen auf 3397 km (3184 Werst) Länge erstrecken. Die Kosten des zweigleisigen Ausbaues sind durchschnittlich auf 40000 Rubel für die Werst oder etwa 81000 M. für 1 km, insgesamt auf etwa 275,16 Mill. M. geschätzt worden. Den Bau der Verkürzungsstrecke Tjumen—Omsk von etwa 557 km (522 Werst) Länge hat die russische Staatsregierung für 1909 in Aussicht genommen. Für diesen Bau sind die Kosten auf 61300 Rubel für die Werst oder etwa 124140 M. für 1 km, insgesamt auf 32 Mill. Rubel oder etwa 69 Mill. M. veranschlagt worden.

Durch die zurzeit im Bau begriffene Strecke der Permer Eisenbahn von 392 km (367 Werst) Länge, die das eigentliche Bergwerksgebiet des Ural umgeht und von Perm aus in südöstlicher Richtung unmittelbar zur Stadt Jekaterinenburg abweigt, und durch die geplante Bahn Tjumen—Omsk wird der Durchgangsweg von St. Petersburg bis Wladiwostok, der bereits durch die seit Jahresfrist eröffnete Nordbahn (St. Petersburg—Wologda—Wjätka) gegenüber dem alten Wege über Moskau und Tula bis auf 380 km verkürzt worden ist, noch weiter verkürzt werden. Nach Vollendung aller Arbeiten hat die russische Staatsregierung für den Durchgangsverkehr im Schnellzug eine mittlere Reisegeschwindigkeit (einschl. der Aufenthalte) von etwa 45 Werst oder 48 km/Stunde in Aussicht genommen.⁸⁾ Auf dem neuen Wege von St. Petersburg aus über Wologda, Wjätka, Perm, Jekaterinenburg, Tjumen und Omsk von 8134 Werst oder 8677 km Länge (bis Wladi-

wostok) wird es dann möglich sein, Wladiwostok in 7½ bis 8 Tagen zu erreichen. Auf dem Wege der Nordbahn über Tscheljabinsk von 8385 Werst oder 8945 km Länge nimmt die Reise zurzeit noch etwa 10½ Tage in Anspruch.

Nach vollzogener zweigleisiger Ausgestaltung der Ueberlandbahn und Einführung einer mittleren Reisegeschwindigkeit von fast 50 km/Stunde werden der Personenverkehr und die Post zwischen Europa und Ostasien⁹⁾ den Schienenweg durch Sibirien mehr als bisher bevorzugen, wird der Güterverkehr zwischen dem europäischen Rußland und Sibirien sich reger und mancherlei im Verkehrsleben Sibiriens sich besser gestalten. Die sibirische, transbaikalische und Ussuri-Eisenbahn, d. h. alle Bahnabschnitte der Ueberlandbahn auf sibirischem Boden, haben dem russischen Staate bisher nur Verluste gebracht.¹⁰⁾ In Rußland hofft man, daß nach Umgestaltung des großen Unternehmens sich auch die Betriebsverluste in Rein-Einnahmen umwandeln werden. —

T. —

⁸⁾ Die mittlere Reisegeschwindigkeit beträgt zur Zeit etwa 33 Werst oder rund 35 km/Stunde; die größte mittlere Zuggeschwindigkeit im Flachlande des westlichen Abschnittes der sibirischen Eisenbahn etwa 37 Werst oder rund 40 km/Stunde.

⁹⁾ Von Charbin, der ostchinesischen Eisenbahnstation, verzweigt sich die südmandschurische Linie über Mukden und Hsinmintun zur nordchinesischen Eisenbahn nach China, über Mukden südwärts zum japanischen Hafen Tairen, dem ehemaligen russischen Besitztum Dalny. Von der südmandschurischen Bahn sind nur 237 km (222 Werst) der Strecke Charbin—Kuantseitsi im Besitz der Russen verblieben. Die übrigen Bahnstrecken befinden sich im Besitz der Japaner. Zwischen Tairen und Nagasaki verkehren japanische und andere Dampfer. Nach Fertigstellung der im Bau begriffenen Bahn Liaoyan—Witschu wird der Verkehr nach Japan sich voraussichtlich durch Korea vollziehen.

¹⁰⁾ Die Betriebsverluste der drei Bahnen betrugen im Jahre 1905 rd. 37,8 Mill. Rubel oder etwa 81,67 Mill. Mark.

Abbruch einer weit gespannten eisernen Bahnhofshalle unter Aufrechterhaltung des Betriebes.

Die Umgestaltung der Endbahnhois-Anlagen der New York Central & Hudson River Eisenbahngesellschaft in New York bedingen u. a. auch die Beseitigung der Hauptbahnhofshalle, die eine Grundfläche von rd. 61·160 m bedeckt und von 60,7 m weit gespannten Bogenträgern gebildet wird. Die 12 Gleise dieser Haupthalle müssen während des Abbruches der Hallenkonstruktion für den Schnellzugverkehr weiter benutzt werden. Dabei war natürlich für die Züge und Passagiere volle Sicherheit zu gewähren. Die Gleise mußten von Einbauten frei gehalten werden und es waren Einrichtungen zu treffen, um die Beleuchtung und die Signale trotz des fortschreitenden Abbruches der Halle während mehrerer Monate gebrauchsfähig zu erhalten. Die Schwierigkeit der Ausführung dieser Arbeit wurde erhöht durch das System der Hallenbinder — weitgespannte Bogenträger —, die stückweise abgebaut, während dieser Zeit aber jeden Augenblick sicher unterstützt werden mußten. Die Aufgabe wurde in interessanter Weise durch ein fahrbares Gerüst gelöst, das fast die ganze Breite der Halle einnahm und sich in verschiedenen Geschossen bis zum Scheitel der Halle erhob, eine Breite von etwa 3 Binder-Abständen (3·6,4 m = 19,2 m) besaß und den Zügen den freien Verkehr gestattete, da das, nur auf die Bahnsteige abgestützte Gerüst in seinem unteren Teile keine Quer-Verstrebungen hatte. Wir entnehmen der amerikanischen Zeitschrift „Engineering Record“ vom 19. Septbr. 1908 die beigegebenen Skizzen und Angaben über diese Ausführung.

Die Abbildung 1 gibt das System der Halle wieder. Die nach einem Halbmesser von rd. 30,5 m geformten Bögen, die bis unter die Höhe der Bahnsteige herabgeführt sind, haben eine Stützweite von 60,70 m und erheben sich bis 27,12 m über Bahnsteighöhe. Sie sind in 6,18 m Abstand angeordnet, besitzen 1,22 m Höhe und sind im unteren Teil als vollwandige Träger, im oberen als Gitterträger von 1,85 m Feldweite ausgebildet. Der gelenklose Bogen setzt sich mit nahezu wagrechter Fläche auf das Fundament Mauerwerk auf. Das im Durchmesser 8 cm starke Zugband greift mit Bolzen an den Bogenfuß an. Der Fachwerksbogen ist aus 1-Eisen von 5 bzw. 8 cm Flanschbreite zusammengesetzt; die Gurte haben außerdem Deckplatten, sodaß ihr Querschnitt in dem höchstbeanspruchten Teil sich auf rd. 155 qcm stellt. Die Halle besitzt 31 Binder, von denen allerdings nur 26 über den Gleisen selbst liegen. Die Binder sind durch 6 Reihen von Pfetten verbunden, zwischen denen sich kreuzende Diagonalen in allen Feldern eingespannt waren. Ein Laternenaufsatz von 13,5 m Spannweite zieht sich in ganzer Länge im Dachfirst hin. Das Gesamtgewicht der in England hergestellten und 1871 aufgestellten Konstruktion beträgt rd. 1600 t. Da die Bögen und alle Haupt-Konstruktionsteile fest vernietet sind, war die Auseinandernahme hier nicht so einfach, als wenn es sich um Konstruktionen mit Bolzenverbindung an den Knoten gehandelt hätte. Die Konstruktion konnte also nur durch Her-

ausschlagen der Niete an den Stößen bzw. durch Zerschneiden gelöst werden.

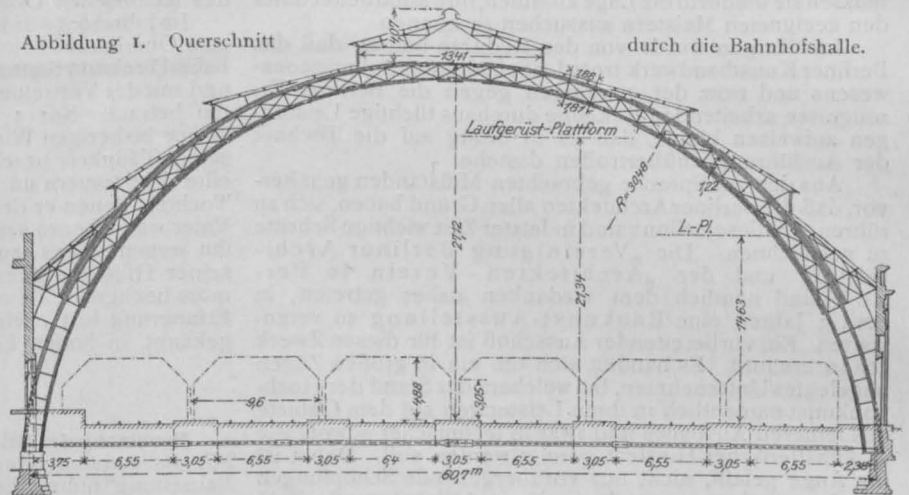
Das fahrbare Gerüst ist in Abbildung 2 in Ansicht und Abbildung 3 im Querschnitt dargestellt. Es nimmt in der Basis fast die volle Weite der Halle ein und besitzt in der obersten Plattform, die sich auf 22,9 m Höhe über den Gleisen erhebt, noch etwa 19 m Breite. Nach der Tiefe besitzt es ebenfalls rund 19 m und wird aus 4 Bindern zusammengesetzt, welche die Plattformen tragen und nach der Tiefe in allen Feldern durch gekreuzte Diagonalen ausgesteift sind. Nur im mittleren unteren Felde ist zur Gepäckbeförderung ein Durchgang offen gelassen. Die 36·36 cm starken Pfosten der Binder haben an toter, beweglicher und senkrecht wirkender Windlast im ungünstigsten Fall 27 bzw. 40 bzw. 18,6 t zu tragen; da diese Lasten nicht alle gleichzeitig auftreten, ist die größte Gesamtlast eines Pfostens auf rd. 70 t bemessen worden. Die Plattformen sind so berechnet, daß sie an jeder Stelle Einzel-lasten von 5 t bzw. eine gleichförmig verteilte Last von 490 kg/qm tragen können. Es ist ferner eine wagrechte Wind-pressung von rund 100 kg/qm auf das Gerüst berücksichtigt. Die Plattformen sind mit feststehenden Drehkränen ausgerüstet und tragen an den Außenkanten kleine Böcke, auf welche die Bogenträger während des Abbruches abgestützt werden können. Um dem Winde nach Beseitigung der Hallenschürze nicht freien Eintritt in die Halle zu geben, die heftigen Nordwinden stark ausgesetzt ist, wurde die eine Seite des Gerüsts verschalt. So wurde ein Schutz für die Reisenden geschaffen und außerdem der Gefahr vorgebeugt, die ein von unten nach oben wirkender Winddruck der Hallen-Konstruktion sonst hätte bringen können. Gegen herabfallendes Material werden die Reisenden geschützt einerseits durch Drahtnetze, die in den Zwischenräumen der Plattform ausgespannt wurden und die vom Glasdach der Halle vorher abgenommen waren, anderseits durch Holzdächer, die beiderseits jeden Pfostens unter der untersten Plattform unmittelbar über dem erforderlichen freien Profil an dem Gerüst befestigt wurden.

Die senkrechten Pfosten des Gerüsts setzen sich auf durchlaufende Schwellen von 30·36 cm Stärke auf. Diese werden nebst dem Pfosten-Fuß von starken Eisenplatten umfaßt, welche die Lager für ein doppeltes Rollenpaar von je 54 cm Durchmesser enthalten. Das Gewicht des fahrbaren Gerüsts selbst beträgt 850 t und außerdem hat dieses noch erhebliche Lasten des abgebrochenen Materiales zu tragen. Es mußte daher für die Schiene des Gerüsts noch eine feste Balkenunterlage geschaffen werden, da die Konstruktion der Bahnsteige eine solche Last nicht getragen hätte.

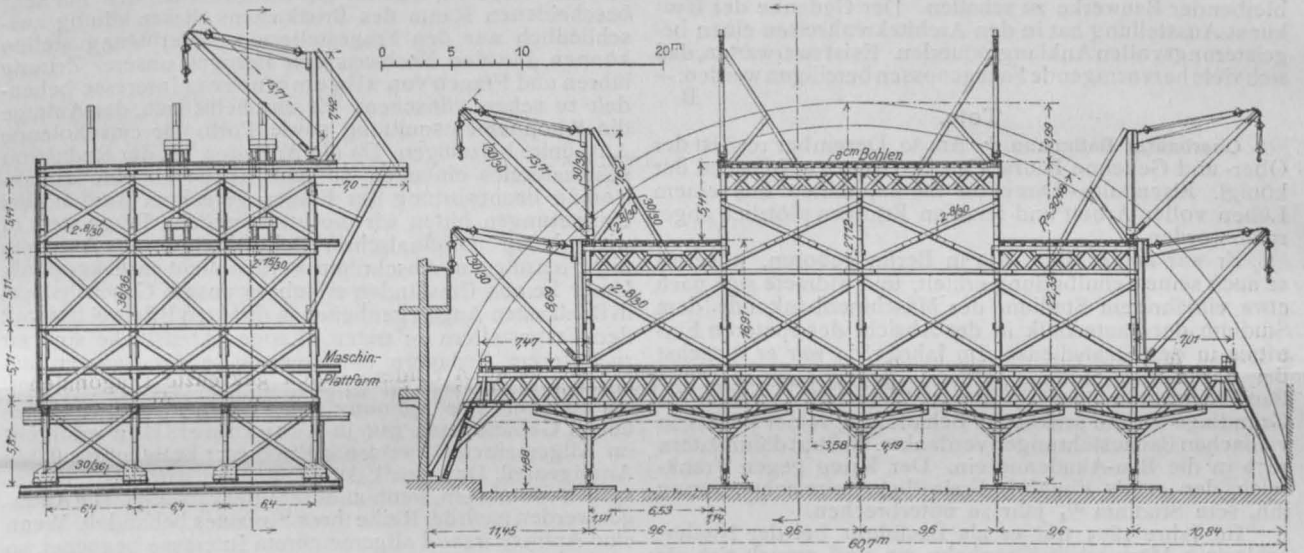
Die Aufstellung des Fahrgerüsts, dessen Hölzer aber vorher schon an anderer Stelle geschnitten und abgeunden waren, beanspruchte etwa 2 Monate Zeit, was bei der großen Schwierigkeit, unter welcher die Arbeit erfolgen mußte — waren doch die einzelnen Gleise nie längere

in Wagen herabgelassen, die auf den Verkehrsgleisen standen. Die Rüstung war natürlich mit Rücksicht auf Feuergefahr mit Löschgeräten verschiedener Art ausgestattet. Mit dem Fortschritt des Hallen-Abbruchs wurden kleine hölzerne Schutzdächer — in ähnlicher Form wie die unteren

durch die Bahnhofshalle.



Die Konstruktion der Hallen-Binder mußte, da die \perp Eisen der Gurte und deren Deckplatten an verschiedenen Stellen gestoßen sind, in einzelne Stücke zerschnitten



Abbildungen 2 und 3. Gerüstwagen in Längs- und Querschnitt.

Schutzdächer am fahrbaren Gerüst — über dem Bahnkörper errichtet, an deren Stirnen auch die Signale angebracht werden konnten.

Die Ausführung ging ohne Unfall von statten. —

Die Besprechung, welche sich an diese Ausführungen anschloß, führte sehr bald auch auf eine Besprechung der Schäden des Submissionswesens. Es wurde allseitig hervorgehoben, daß bei künstlerischen und auch technisch eigenartigen Aufgaben, z. B. auf dem Gebiete der Bildhauer-, Maler- und Kunsttischler-Arbeiten, das meist übliche Submissionswesen viele Schäden gezeitigt hat. Es sind Verhältnisse geschaffen, die selbst den tüchtigen Kunsthandwerker zwingen, gewisse Machenschaften mitzumachen, um Aufträge zu erhalten.

Die letzten Reste der alten Bauhütten, die guten zuverlässigen Werkstätten mit dem tüchtigen kunstgeübten Meister an der Spitze sind verschwunden. Die Submissionen haben ein Proletariat von Meistern großgezogen. Gegen diese Korruption müssen die Architekten ankämpfen, auch müssen sie wieder in die Lage kommen, ihre Mitarbeiter unter den geeigneten Meistern aussuchen zu können.

Im übrigen wurde von den Rednern betont, daß das Berliner Kunsthandwerk trotz der Schäden des Submissionswesens und trotz der gewaltigen gegen die Berliner Erzeugnisse arbeitenden Reklame durchaus tüchtige Leistungen aufweisen könne, daß es in bezug auf die Technik der Ausführung unübertroffen dastehe.

Aus den zur Sprache gebrachten Mißständen geht hervor, daß die Berliner Architekten allen Grund haben, sich zu rühren. In diesem Sinne sind in letzter Zeit wichtige Schritte zu verzeichnen. Die „Vereinigung Berliner Architekten“ und der „Architekten-Verein in Berlin“ sind nämlich dem Gedanken näher getreten, in etwa 3 Jahren eine Baukunst-Ausstellung zu veranstalten. Ein vorbereitender Ausschuß ist für diesen Zweck schon ernannt. Es handelt sich um ein in großen Zügen angelegtes Unternehmen, bei welchem der Stand der Hochbaukunst namentlich in ihren Leistungen auf dem Gebiete des feineren Ausbaues und zwar in technischer sowohl wie in künstlerischer Hinsicht gezeigt werden soll. Dabei ist ins Auge gefaßt, nicht nur vorübergehende Schöpfungen erstehen zu lassen, sondern eine möglichst große Zahl bleibender Bauwerke zu schaffen. Der Gedanke der Baukunst-Ausstellung hat in den Architektenkreisen einen begeisterungsvollen Anklang gefunden. Es ist zu erwarten, daß sich viele hervorragende Fachgenossen beteiligen werden. — B.

Tote.

Oberbaurat Bathmann †. Am 30. Dezember 1908 ist der Ober- und Geheime Baurat Carl Bathmann, Mitglied der königl. Eisenbahn-Direktion Stettin, mitten aus einem Leben voller Arbeit und reich an Erfolgen plötzlich abgerufen worden.

Er war am 4. März 1849 in Berlin geboren, woselbst er auch seine Schulbildung erhielt, und widmete sich nach etwa einjährigem Studium der Maschinenbaukunde dem Studium der Bautechnik in der Absicht des späteren Eintrittes in den Staatsdienst. Im Jahre 1869 war er zunächst bei der Berlin—Potsdam—Magdeburger Eisenbahn als Bau-Eleve unter dem Abt.-Bmstr. Weise tätig, dem er die Grundlage für die praktische Behandlung seiner künftigen vielfachen Bauausführungen verdankte, und trat dann Ostern 1870 in die Bau-Akademie ein. Der Krieg gegen Frankreich, den er als Einjährig-Freiwilliger mitmachte, zwang ihn, sein Studium $\frac{3}{4}$ Jahr zu unterbrechen.

Im Jahre 1873 trat er als Bauführer bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn ein und erwarb sich als solcher bei dem Bau des Rangier-Bahnhofes Rummelsburg reiche technische Erfahrungen. Im Jahre 1876 wurde er zum Baumeister ernannt. Von da ab entwickelte er bei dem der königl. Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn angegliederten Baubureau der Berliner Verbindungsbahn eine in ihrem Umfange unübertroffene Bautätigkeit. Unter seinen schöpferischen Händen wurde der Rangier-Bahnhof Rummelsburg weiter ausgebaut, ferner wurden die diesen Bahnhof mit der Ringbahn verbindenden Gleisanlagen, die Anlagen des städtischen Viehhofes, der Bahnhof Stralau-Rummelsburg, der viergleisige Ausbau der Ringbahn von dort bis Gesundbrunnen ausgeführt, die Bahnhofs-Anlagen hier und verschiedener anderer Bahnhöfe erweitert.

Im Jahre 1886 zum Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor ernannt, verwaltete er die Bauinspektion auf dem Stettiner Bahnhof und leitete die Ausführung des Rangier-Bahnhofes Pankow und als letztes, seine Bautätigkeit krönendes Werk den Umbau des Stettiner Bahnhofes nebst der Verlegung der Stettiner Bahn bis Pankow.

Rühmend hervorzuheben ist bei seiner Tätigkeit, daß diese sich nicht etwa auf die Ausführung ihm überwiesener Entwürfe beschränkte, letztere waren in der Hauptsache sein eigenes Werk und mit nur geringem Aufwand von Hilfskräften von ihm selbst ausgearbeitet. In dem Bestreben, die Ausführung tunlichst zu fördern, wurden von ihm die nur möglich erscheinenden Lösungen großer Aufgaben gleichzeitig aufgestellt und behandelt, um der Kritik die Arbeit zu erleichtern. Sein praktischer Blick, der über die Bedürfnisse der Gegenwart weit hinausreichte, wußte Vorzüge und Nachteile der einzelnen Lösungen sicher abzuwägen und die Entscheidung der maßgebenden Stellen nach der einen oder anderen Seite zu erleichtern.

Im Jahre 1895 wurde er zum Regierungs- und Baurat ernannt und im Jahre 1898 zum Mitglied der Eisen-

bahn-Direktion Berlin berufen, wo er mit einem Betriebs-Dezernat betraut wurde.

Seiner unermüdblichen Arbeitskraft, seinen reichen Erfahrungen, seinem vielseitigen Wissen und seiner treuen Pflichterfüllung verdankte er seine Berufung als Mitglied des technischen Ober-Prüfungsamtes.

Im Jahre 1905 wurde er mit der wohlverdienten Ernennung zum Oberbaurat belohnt. Gleichzeitig wurde er der Eisenbahn-Direktion Stettin unter Versetzung nach dort zugeteilt und mit der Vertretung des Eisenbahn-Direktions-Präsidenten betraut. Nur 3 Jahre waren ihm hier, getrennt von seiner bisherigen Wirkungsstätte, zur weiteren Entfaltung seiner Tätigkeit beschieden, bis ihn der Tod jählings erteilte. Tief trauern um ihn seine Gattin, zwei Söhne und eine Tochter, denen er der liebevollste und treueste Gatte und Vater war, ebenso seine Freunde und Berufsgenossen, die ihn wegen seines lauterer Charakters, seiner Biederkeit, seiner Hilfsbereitschaft und seines nie erlöschenden Humors hochgeschätzt und geliebt haben. Er lebt in unserer Erinnerung fort. Sein Andenken wird von allen, die ihn gekannt, in hohen Ehren gehalten werden. —

Wambsgaß in Berlin.

Vermischtes.

Benutzung des Briefkastens der „Deutschen Bauzeitung“. Mit der zunehmenden Zahl der Bezieher der „Deutschen Bauzeitung“ nimmt die Benutzung des Briefkastens in einem solchen Maße zu, daß wir mit Rücksicht auf den nur sehr bescheidenen Raum des Briefkastens diesen künftig ausschließlich nur den Fragestellern zur Verfügung stellen können, die den Nachweis des Bezuges unserer Zeitung führen und Fragen von allgemeinerem Interesse behandeln zu sehen wünschen. Es empfiehlt sich, der Anfrage die Abonnementsquittung sowie Porto für einzuholende Auskünfte beizufügen. Da die Anfragen bei der Redaktion sehr zahlreich einlaufen, so kann nicht auf eine umgehende Beantwortung der Fragen gerechnet werden. Bei Erinnerungen bitten wir die ursprüngliche Frage stets zu wiederholen. Originalschriftstücke bitten wir den Anfragen nicht beizulegen; Abschriften werden nicht zurückgesandt. Unter keinen Umständen erlaubt es unsere Geschäftslage, in Briefkasten-Angelegenheiten in direkten Briefwechsel mit den Fragestellern zu treten. Lange Aktenstücke sind wir zu unserem Bedauern ebensowenig in der Lage zu studieren, wie wir Honorar-Berechnungen aufstellen oder prüfen können. Die Nennung von Firmen für die verschiedenen Gebiete kann nur in Ausnahmefällen erfolgen; im Allgemeinen verweisen wir in dieser Beziehung auf den Anzeigenteil. Den Briefkasten bitten wir nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn andere Mittel versagen. Die Anfragen werden nach der Reihe ihres Einlaufes behandelt. Wenn eine Anfrage irgend allgemeinerem Interesse begegnet, so versuchen wir ihre Beantwortung; eine Begründung für etwaige Nichtbeantwortung einer Anfrage müssen wir jedoch ablehnen. Fragebeantwortungen aus der reichen Erfahrung des Leserkreises, die sich dem Raume des Briefkastens anpassen, sind uns stets willkommen und werden angemessen entschädigt. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für ein neues Volksschulgebäude in Oels erläßt der Magistrat zum 1. Juni d. J. bei 3 Preisen von 1200, 600 und 300 M. Das neue Gebäude ist für 1000—1200 Schüler berechnet. Unterlagen gegen 1,50 M bis zum 1. Febr. durch den Magistrat. —

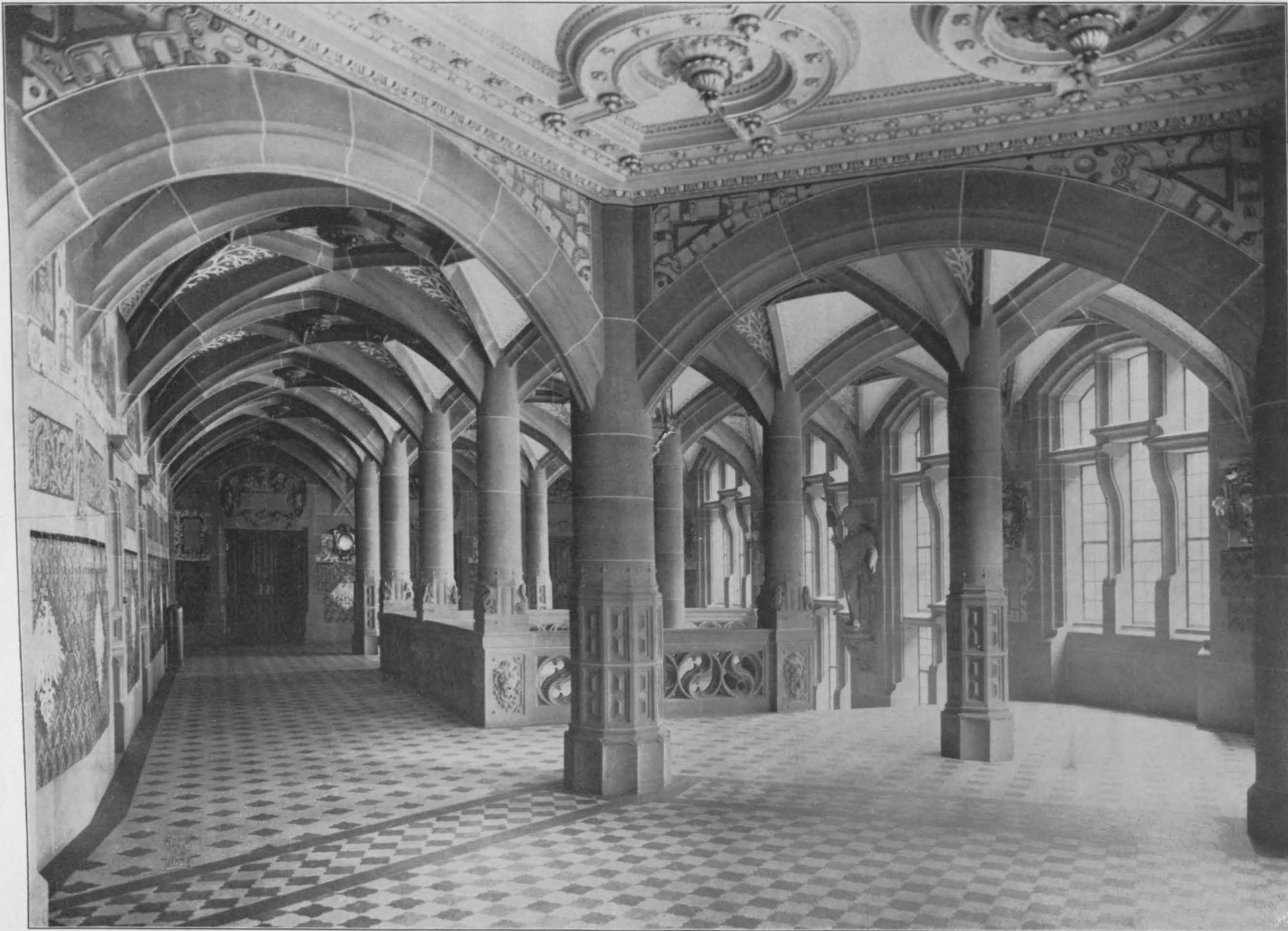
Ein Preisausschreiben zur Erlangung eines Regulierungs- und Erweiterungsplanes des Marktes Spittal an der Drau ergeht vom Bürgermeister daselbst für deutsche Fachleute. Das in Betracht kommende Gebiet beträgt etwa 150 ha. Es werden 3 Preise von 1200, 900 und 600 K. sowie Ankäufe für je 400 K. in Aussicht gestellt. Frist 1. April 1909. Unterlagen gegen 10 K., die zurückerstattet werden, durch das Gemeindeamt. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen und Angeboten für eine neue Rheinbrücke in Rheinfelden wird vom Gemeinderat zum 30. April 1909 erlassen. Für 3—4 Preise stehen 7500 Frs. zur Verfügung. Unterlagen gegen 5 Frs., die zurückerstattet werden, durch die Stadtkanzlei Rheinfelden. —

Inhalt: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M. (Forts.) — Zweigleisiger Ausbau der sibirischen Ueberlandbahn. — Abbruch einer weit gespannten eisernen Bahnhofshalle unter Aufrechterhaltung des Betriebes. — Vereine. — Tote. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



EUBAU DES RATHAU-
 SES IN FRANKFURT
 A. MAIN. * ARCHITEK-
 TEN: KGL. BAURÄTE
 FRANZ VON HOVEN
 UND LUDWIG NEHER
 IN FRANKFURT A. M.*
 ANSICHT DER RATS-
 DIELE IM 2. OBERGE-
 SCHOSS. * * * * *
 === DEUTSCHE ===
 * * BAUZEITUNG * *
 XLIII. JAHRG. 1909, NO. 6



Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main.

Architekten: kgl. Bauräte Franz v. Hoven und Ludw. Neher
in Frankfurt am Main.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 36 und 37.



Die aus der Baugeschichte der umfangreichen Rathaus-Gruppe hervorgegangene Zweiteilung in einen alten und einen neuen Teil bringt auch für das Innere eine glatte Trennung hervor, denn in den alten Teilen brauchten nur wenige Neuherstellungen stattzufinden, um sie den neuen Bedürfnissen anzupassen, während die Neuschöpfungen der Bauten unserer Tage an verhältnismäßig wenigen Stellen nur alte Ausstattungsteile aus den abgebrochenen Bauten erhalten haben.

Wer die Rathaus-Gruppe nicht mit geschäftlichen Absichten, sondern mit der Erwartung betritt, sie als künstlerische Schöpfung auf sich einwirken zu lassen, wird sie wohl entweder vom Römerberg oder vom „Goldenen Schwan“ betreten und gelangt zunächst in die das Erdgeschoß dieser beiden Bauten bildenden stolzen, kreuzgewölbten Hallen, die das selbstbewußte Bürgertum des ausgehenden Mittelalters geschaffen hat. Außer gelegentlichen Durchbrüchen nach anderen Teilen der alten Römerbauten und bleibenden Bereicherungen aus festlichen Anlässen haben diese beiden Hallen, von welchen die Römer-Halle durch 3, die Halle des „Goldenen Schwan“ durch 4 freistehende Säulen getragen wird, keine Veränderungen erfahren.

Der Stadtverordneten-Sitzungssaal mit 90 Sitzplätzen, der durch das schöne Treppenhaus im Römerhöfchen sowie eine Nebentreppe zugänglich ist, hat seine heutige Einrichtung in Holzarchitektur nach den Entwürfen des Hrn. Baudir. Meckel in Freiburg erhalten. Eine auf 4 starken Unterzügen mit Schnitzwerk und Bemalung ruhende Holzdecke, Holzbekleidung der Wände mit aufgemaltem Teppich-Muster an bevorzugten Stellen, figürlicher Schmuck in Nischen und unter Baldachinen, charakteristische Beleuchtungskörper, alles bereichert durch eine energische, feingestimmte Farbengebung, verleihen dem Raum, in welchen sich im Obergeschoß an einer Seite eine Galerie

P. BÜRCK

einbaut, ein interessantes künstlerisches Gepräge, das durch Glas- und andere Malereien unterstützt wird.

Ein anderer, mit seiner Wiederherstellung und Erweiterung einem neuen Zweck zugeführter Raum des Hauses Alt-Limpurg ist die Geschlechterstube, für deren Ausgestaltung im Stile der deutschen Renaissance eine Stuckdecke aus dem XVI. Jahrhundert der Ausgangspunkt war.

Wurden bei diesen beiden Räumen eine Reihe von Neuherstellungen angeordnet, so war man bei der Kaisertreppe bestrebt, aus den Verunstaltungen der späteren Zeit den ursprünglichen reichen Zustand wiederherzustellen. Die Treppenanlage wurde 1741 nach dem Modell des Ingenieurs Pauli erbaut und durch Johann Bapt. Innocenz Colomba mit Gemälden geschmückt. Zur Krönung Kaiser Karls VII. in den letzten Tagen des Januar 1742 war sie fertiggestellt. Ihre Wiederherstellung erfolgte nach den Hinweisen, die sich in den Krönungsdarstellungen des XVIII. Jahrh. finden.

Konstruktive Gründe, sowie die Absicht, die hervorragenderen alten Räume mit den neuen Festräumen in Verbindung zu bringen, führten bald nach der Wiederherstellung des Aeußeren des Römers zu einer Wiederherstellung auch des ehrwürdigen Kaiser-Saales. Sie wurde wiederum Hrn. Baudir. Meckel in Freiburg anvertraut und ergab auf der Grundlage der Erhaltung des Charakters des Saales und seiner Grundformen, der der Stichbogenlinie folgenden Holzdecke und der Kaiserbilder ein Werk, dessen edle Pracht der historischen Bedeutung dieser hervorragenden Stelle in der deutschen Kaisergeschichte entspricht. Bei der Ausmalung war dem Architekten der Maler Prof. H. Schaper in Hannover ein trefflicher Helfer.

Das an den Kaisersaal anstoßende Kurfürstenzimmer fand seine Wiederherstellung durch F. Luthmer. Sie ist nach den Anhaltspunkten des Krönungsdiariums Karls VII. vorzüglich gelungen und zeigt den Raum heute wieder in der reichen, vornehmen Pracht, in der er 1735 geschaffen wurde.

Mit gleicher Sorgfalt wurden wieder hergestellt der Vorsaal, in den man aus dem Kurfürstenzimmer gelangt, der mit einem Kuppel-Gemälde, mit Kaminen und darüber mit Medaillonbildern geschmückt ist, sowie die Geschäftsräume des Oberbürgermeisters. Vom Vorsaal führt der Zugang zunächst in ein Vorzimmer, das eine alte Stuckdecke und Holztafelung besitzt und in welchem Türen aus dem Glesern Hof ihre Verwendung fanden. Die Geschäftsräume bestehen aus dem Konferenzzimmer mit einer alten Stuckdecke und Eichenholztafelung, sowie dem eigentlichen Arbeitszimmer, das in unregelmäßiger Form in dem Turmbau liegt, der den Uebergang der alten Räume am Pauls-Platz zu den neuen Räumen bildet. Für die architektonische Haltung dieses Turmzimmers, das den Stilcharakter der Zeit Ludwigs XVI. zeigt, gab ein Zimmer des alten Frankfurt die Anregung. Mit diesem Raum beginnt die Urheberschaft der Architekten des Neubaus; seine Haupträume im Inneren sind der Bürgersaal, der Magistrats-Sitzungssaal, die Festtreppe und die Ratsdiele.

Der Bürgersaal, von dessen unfertigem Zustand die Abbildung S. 37 einen ungefähren Begriff gibt, ist ein harmonisch gestalteter Raum von 27^m Länge, 14^m Breite und 12^m Höhe. In seiner Ausgestaltung mischen sich Charaktere der deutschen Renaissance mit solchen der Renaissance in Italien. In einer Höhe von etwa 4,3^m läuft rings um den Saal eine reich gegliederte Eichenholztafelung. Auf sie folgt der Höhe nach eine Bilderzone, von der aus durch Lünetten ein Uebergang in die reich gegliederte Stuckdecke stattfindet. Die Wandgemälde der Bilderzone wurden dem Maler Prof. Ferd. Brütt in Cronberg anvertraut. Ihr Inhalt ist die Entwicklung des deutschen Volkes in dem Jahrhundert, das von der Rückkehr Goethe's aus Italien bis zum Tode Wilhelm's I. verflossen war. Die Motive der einzelnen Gemälde sind: Deutschlands geistige Wiedergeburt mit Goethe als Mittelpunkt, Preußens Erhebung 1813, Blücher's Rhein-Uebergang 1814, die Deutsche National-Versammlung 1848—1849, der Fürstentag 1863, der Friedensschluß im Hotel Schwan am

10. Mai 1871, sowie allegorische und Gruppenbilder mit dem Inhalt: Krieg und Sieg, Im Deutschen Reich. Es besteht schon heute kein Zweifel mehr darüber, daß nach der Vollendung dieser Gemälde und nach der farbigen Abstimmung der reichen Decke dieser Saal einen solchen Eindruck reicher und edler Pracht machen wird, daß er seiner selbstbewußt bescheidenen Bezeichnung „Bürgersaal“ nicht mehr entspricht, obwohl diese Bezeichnung gerade für die stolze Kraft des Bürgertums, welches das Frankfurt der Vergangenheit und der Gegenwart geschaffen hat, in weiten Kreisen sich Sympathie erworben hat.

Der Festsaal, wie wir ihn daher nennen wollen, hat seinen Haupt-Zugang an der kurzen Westseite. Hier liegen die Festtreppe und die anschließende Ratsdiele, prächtige Dekorationsstücke im Sinne mittelalterlicher Steinmetzkunst und Gewölbetechnik, vielleicht die vornehmsten Meisterschöpfungen der Architekten in diesem Neubau. Man gewinnt den Eindruck, als ob es sich bei diesen Werken um einen lustigen Wettbewerb mit den Meistern des Mittelalters handelte, die an der alten Römergruppe tätig waren. Auf sechseckigem Grundriß baut sich die untere, durch zwei Geschosse reichende, der Festtreppe vorgelagerte Halle auf; eine mittlere Stütze trägt ein reiches Stern-Gewölbe, dessen Schlußsteine mit dem Schmucke heraldischer Adler von dem Archivturm des früheren Hauses Frauenrode stammen, das 1436 von Eberhard von Friedberg erbaut und 1900 abgetragen wurde. Die Mittelstütze, auf welcher die zahlreichen Gewölbegurte zusammenlaufen, ist durch 4 Figuren von der Hand des Bildhauers Jordan, auf Konsolen und unter Baldachinen stehend, bereichert, welche Matern Gertener, den Erbauer des Eschenheimer Turmes, den Erbauer der Leonhards-Kirche Engelbert, den Erbauer des Sachsenhäusener Brückenturmes Walter und den Erbauer der Römerhalle Wigel darstellen. Das dreiteilige Bogenfenster wird durch ein farbensesattes Glasgemälde von A. Lüthi „Friede und Arbeit“ gefüllt. Dieses Gemälde, die Tonplatten-Verkleidung der unteren Wandteile, sowie die figürlich-ornamentalen Malereien von Heinz Wetzel wirken zu dem farbigen-mystischen Eindruck zusammen, den diese Halle nach der Abbildung S. 35 auf den Besucher des Rathauses macht. Ueberaus anziehende Durchblicke eröffnen sich von ihr nach der großen Festtreppe und dem oberen Zwischengeschos, das durch eine Fülle dekorativer Motive bereichert ist. Im zweiten Obergeschoß tritt die Festtreppe in die Ratsdiele aus, deren Eindruck die Abbildung S. 36 wiedergibt. Hier haben zwei Fenster-Gestelle aus dem Hause Frauenrode eine zweckmäßige Wiederverwendung gefunden. Während der Decken-Abschluß des eigentlichen Treppenhauses durch kunstvolle Gewölbe gegeben ist, hat die Ratsdiele eine flache Decke mit Stuckteilung erhalten. Der gemalte Schmuck der Ratsdiele stammt wieder von Heinz Wetzel. Eine ähnliche Diele im zweiten Obergeschoß erhielt Tempera-Gemälde von Fritz Wucherer in Cronberg.

Wieder zu einem Punkte edler Prachtentfaltung ist das Magistrats-Sitzungszimmer, das südlich an die Ratsdiele anschließt und S. 37 abgebildet ist, geworden. In der künstlerischen Ausbildung des 15^m langen und 7^m breiten, durch Erkerbauten etwas erweiterten Raumes tritt der Charakter der italienischen Renaissance in süddeutscher Abwandlung und Umbildung stark in den Vordergrund. In die reich gegliederte, schattenreich reliefierte und vergoldete Decke wurde ein allegorisches Gemälde der Klugheit und Weisheit von A. Boss aus dem XVII. Jahrhundert eingelassen. Eine Eichenholztafelung mit edlen Türbildungen zierte den unteren Teil der Wände, während über den Türen Kartuschen in ornamentaler Bildung die Verbindung mit der Decke anstrebten. Graublaue Stoffbespannung der Wände, Kronleuchter aus venetianischem Glas und die Oelgemälde der bisherigen Bürgermeister vervollständigen den künstlerischen Schmuck des Raumes, den wir neben der Festtreppe und der Ratsdiele zu den besten der neuen Bauteile rechnen.

Der Schmuck des zweischiffigen Ratskellers,

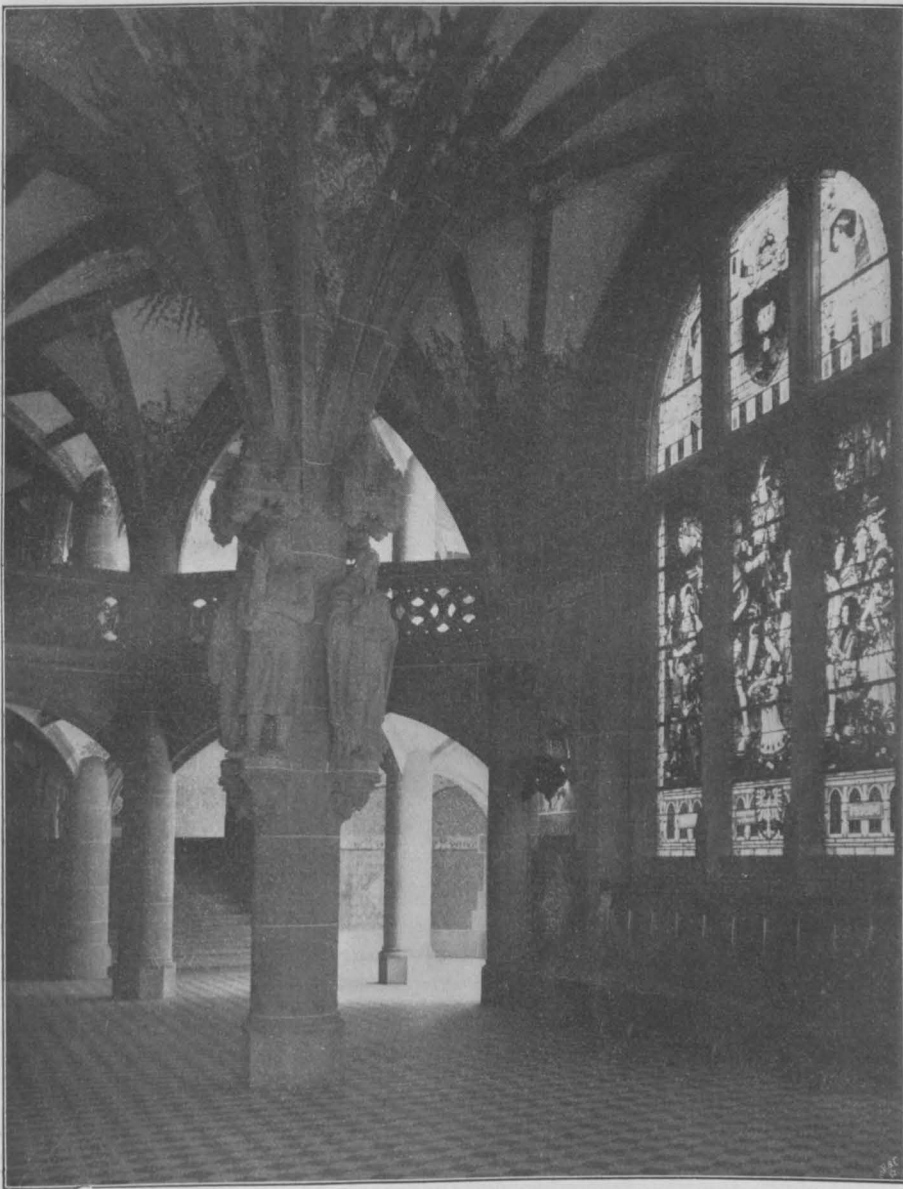
der sowohl von außen wie von der unteren Treppenhalle zugänglich ist, besteht in der Hauptsache in den reichen und schön geschwungenen Rippengewölben; in zweiter Linie in den ornamentalen und anderen Malereien (Städte-Ansichten) von den Malern Jos. Correggio und Theod. Braun.

Es liegt auf der Hand, daß sich die reichere Ausstattung der neuen Rathausgruppe in den Teilen findet, in welchen die bürgerlichen Geschicke entschieden werden oder der Festverkehr der städtischen Repräsentation stattfindet. Doch sind mit nicht geringerem Kunstverständnis und mit nicht nachlassender Sorgfalt auch die Teile durchgebildet, die der Verwaltung im eigenen Sinne dienen. Wo der Verkehr zusammen-

den dem Abbruch verfallenen alten Gebäuden hat auch in den reinen Verwaltungsbauten seine zweckentsprechende Wiederverwendung gefunden. Musterhaft und bis ins kleinste Einzelne von der größten Sorgfalt getragen ist die technische Ausführung.

Am 24. April 1900 bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung für die Ausführung der endgültigen Pläne, die sich jedoch noch nicht auf den westlichen Teil des Nordbaues erstreckten, 4 462 000 M.; am 16. Mai 1905 erfolgte für die Erstellung des westlichen Teiles des Nordbaues eine weitere Bewilligung von 982 500 M., sodaß die Stadt der umfangreichen Baugruppe rund 5,5 Mill. M. widmete. Zu dieser Summe traten zahlreiche Stiftungen namentlich für die innere Ausstattung des Hauses, deren Höhe wir nicht kennen, die aber vielleicht den Gesamtaufwand für die Neubauten auf 6 Mill. M. abrundet.

Wie stellt sich nun das künstlerische Urteil zu dem Werke? Auch dieser Bau ist nicht von Angriffen freigeblieben. Wenn wir von einem Kunstwerke in Frankfurt am Main sprechen, so bedarf es kaum einer besonderen Begründung, auf Goethe und sein Schicksal als Schaffender hinzuweisen. Auch er blieb nicht von Angriffen verschont, und als Merck ein recht hartes Urteil über seinen „Clavigo“ fällte, den er „solch einen Quark“ nannte, erwiderte Goethe mit olympischer Gelassenheit: „Muß ja doch nicht alles über alle Begriffe hinausgehen“. Alles über alle Begriffe hinaustreiben, das ist in der Tateingestandener- oder uneingestandenermaßen das Ziel vieler der verschiedenen Bestrebungen, die mühelos unter den Begriff „Modern“ zusammengefaßt werden, der in künstlerischen Dingen gar kein Begriff ist oder kein Begriff sein sollte. Mag sein, daß Mancher manche Einzelheit an dem Bauwerk anders gemacht hätte, das ist das gute Recht jeder selbstbewußten Individualität. Aber über das Einzelne hinaus besteht das große Verdienst in dem Werke darin, daß es sich unwidersprochen harmonisch in den alten Stadtkern einfügt, daß es liebevoll die Ueberlieferung berücksichtigt, daß es die künstlerischen Werte, an die es anzuknüpfen berufen war, nicht beeinträchtigt, sondern in voller Geltung erhält, und daß es den praktischen Erfordernissen mit der größten Sorgfalt gerecht



Vorhalle zur Festtreppe.

fließt oder wo bedeutendere Stellen der städtischen Verwaltung ihren Sitz haben, sind die praktischen Erfordernisse, die allenthalben mit der größten Umsicht und Sachkenntnis getroffen wurden, durch die Kunst veredelt worden, und mancher hervorragende Teil aus

wird. An diesen guten Eigenschaften, die an anderer Stelle sicher andere sein würden, wird jeder Doktrinarismus zerschellen. Und das mag die Erbauer beruhigen und mit manchem absprechenden Worte versöhnen. —

—H.—

Noch einmal der Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderungen.

Der Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderungen ist vor kurzem von einer Reichstags-Kommission durchberaten und mit an sich bemerkenswerten Zusätzen dem Reichstag zur Genehmigung empfohlen worden. Es ist also jetzt damit zu rechnen, daß der so vielfach beurteilte und verurteilte Entwurf Gesetzeskraft erlangt. Kurz vor Toresschluß will ich deshalb noch einmal darauf hinweisen, welchen folgeschweren Schritt die Reichsboten mit der Genehmigung zu machen gedenken, und welche

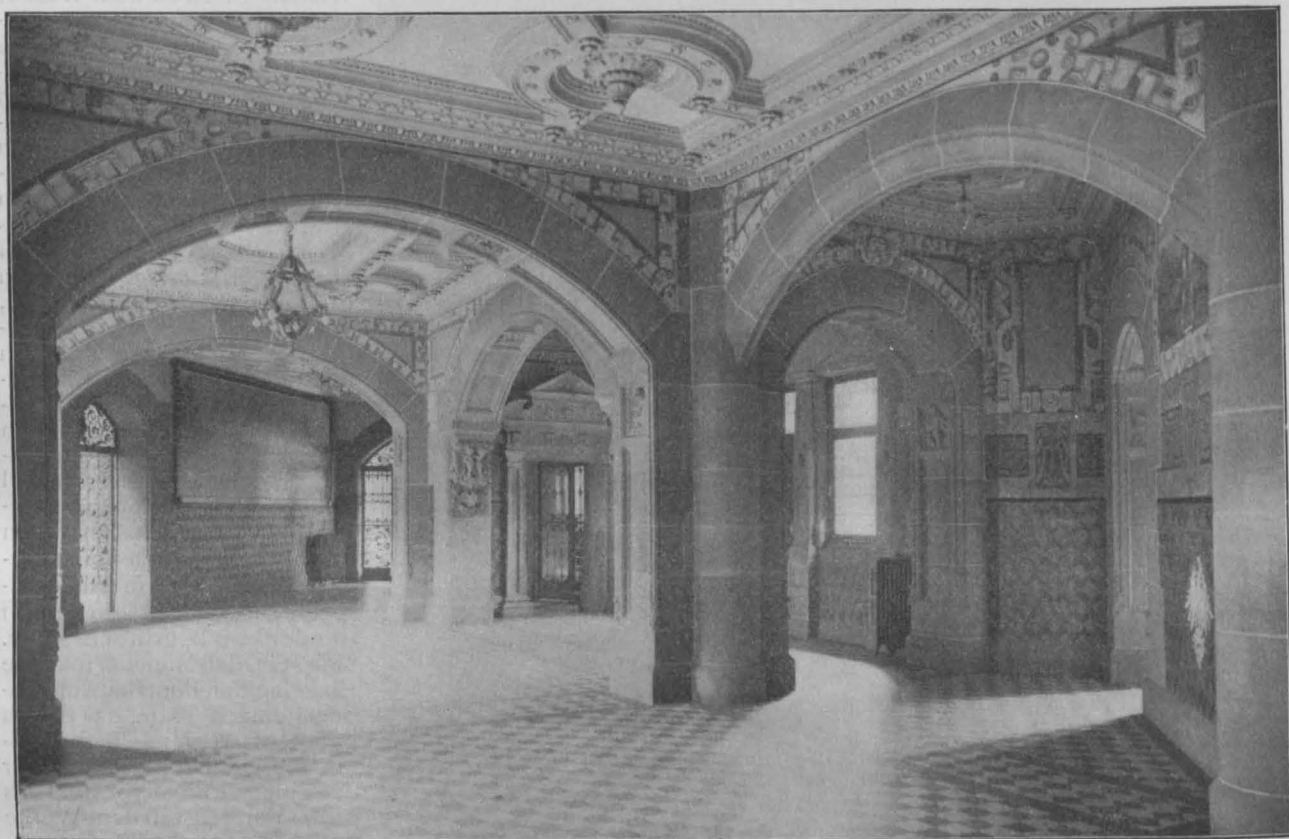
Verantwortung sie dadurch übernehmen, daß sie, um gewisse Auswüchse zu beseitigen, das sonst bewährte jetzige System des Häuserbau-Geschäftes in seinen Grundlagen verändern, ohne sicher zu sein, dafür ein besseres zu geben. Sie wollen den kleinen Bauunternehmer und Baulieferanten vor Verlusten für geleistete Arbeit schützen. Ich fürchte, sie werden das nur bis zu einem gewissen Grade erreichen, ihm dagegen aber die Möglichkeit erschweren, fernerhin Arbeitsgelegenheit zu finden.

Da über den Entwurf selbst Hr. Reg.-Bmstr. Heimann Ende 1906 in der „Deutschen Bauzeitung“ schon*) berichtet hat, nehme ich denselben als bekannt an, desgleichen auch die sehr schwer wiegenden Einwendungen, die er gegen denselben erhob. Ich will deshalb die letzteren nicht wiederholen, sondern nur auf einen Punkt hinweisen, der mir bei der Beurteilung der Folgen des Gesetzes besonders wichtig erscheint.

Wird der Entwurf Gesetz, so muß sich die Art und Weise, in der heute die Häuser von verhältnismäßig wenig bemittelten Leuten unter Inanspruchnahme fremder Gelder gebaut werden, grundsätzlich ändern. In der Begründung zu dem Entwurf wird aber selbst zugegeben, daß eine solche grundsätzliche Aenderung zu vermeiden sei. Da reiche Leute nur ausnahmsweise Häuser für den Massenbedarf gebaut haben und bauen werden, so wird eine Ausschließung der jetzigen Elemente eine vollkommene und durchaus nicht gewünschte Umänderung des Häuserbau-Geschäftes zur Folge haben. Ich wiederhole, es gilt also nicht das System zu beseitigen, das sich im wesentlichen bewährt hat, sondern nur die bösen Auswüchse zu beschneiden. Das Gesetz muß aber darum das jetzige System in seinen Wurzeln treffen, weil es die Prioritätsgewährung des Baustellenver-

sche Unternehmungen treten müssen. Es werden die Terrangesellschaften, die schon heute den größten Teil des zum Häuserbau für den Massenbedarf nötigen Grund und Bodens besitzen, sich die Kapitalien beschaffen und zu Baugesellschaften werden. Sie werden selbst bauen und dabei sich des großen Vorzugs erfreuen, durch Stellung der Kautions aller Erschwerungen des neuen Gesetzes entoben zu sein. Statt der Baustellen verkaufen sie die fertigen Häuser und nehmen außer dem Verdienst an der Baustelle noch den vom Hausbau mit. Geht die Bautätigkeit auf solche Gesellschaften über, so werden die Handwerker und Lieferanten allerdings wenig Verluste erleiden, sie werden aber dafür einen großen Teil ihres Arbeitsgebietes verlieren, da die Gesellschaften die Arbeiten in eigener Regie ausführen werden, um den Zwischenverdienst der Meister selbst einzustreichen. Den größten Nachteil vom Gesetz haben dann aber die kleinen Unternehmer zu erwarten, also diejenigen, für deren Schutz das Gesetz erfunden wurde.

Durch die Bautätigkeit der großen Gesellschaften werden aber die Preise für Häuser und Mieten steigen. Die kleinen Bauherren mußten ihre Häuser schnell, also mit geringerem Verdienst, verkaufen, um weiterbauen zu können. Das trifft bei den ersteren nicht zu, sie können die Kauf-



Ratsdiele.

Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: kgl. Bauräte Franz v. Hoven und Ludw. Neher in Frankfurt a. M.

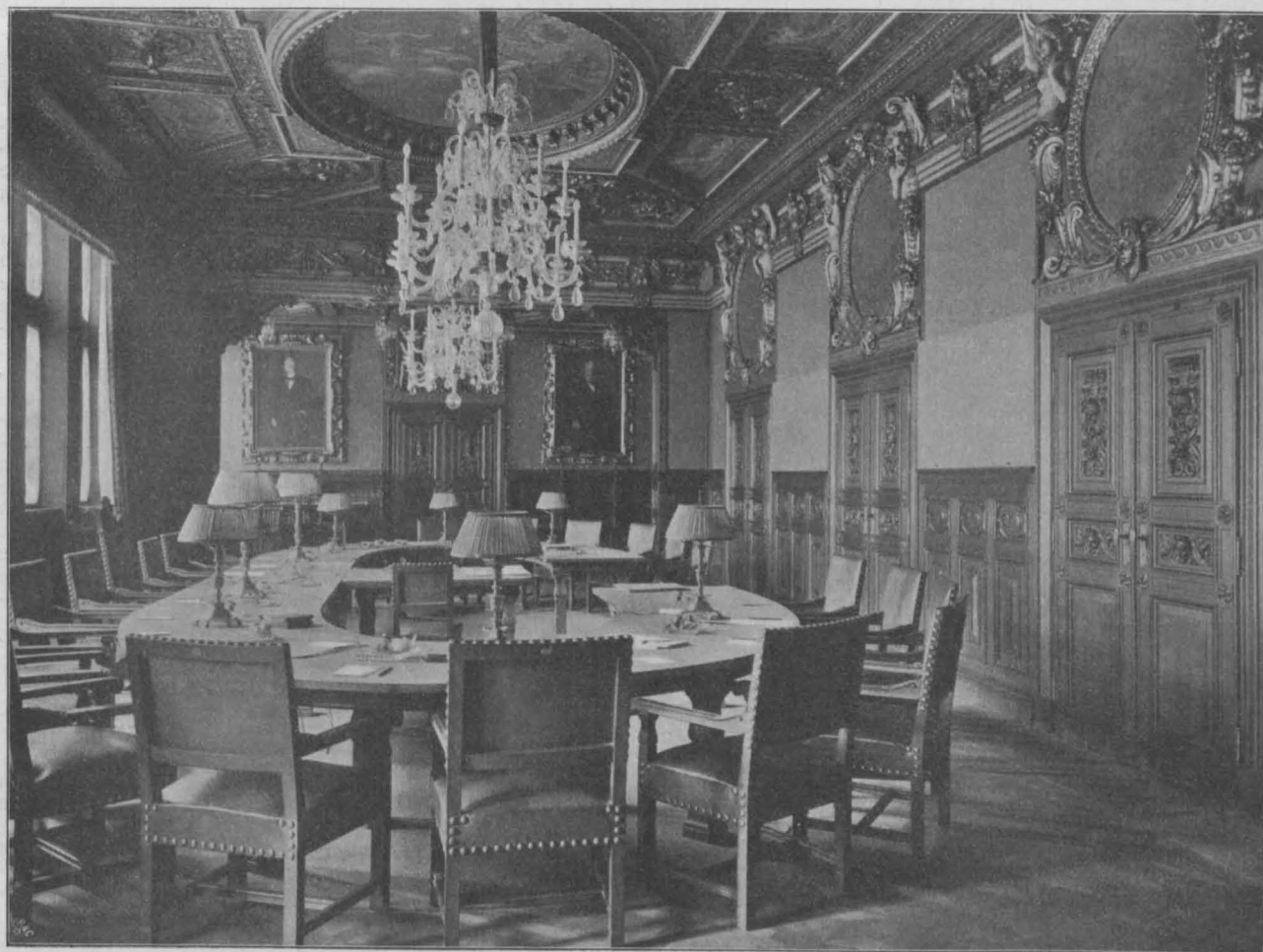
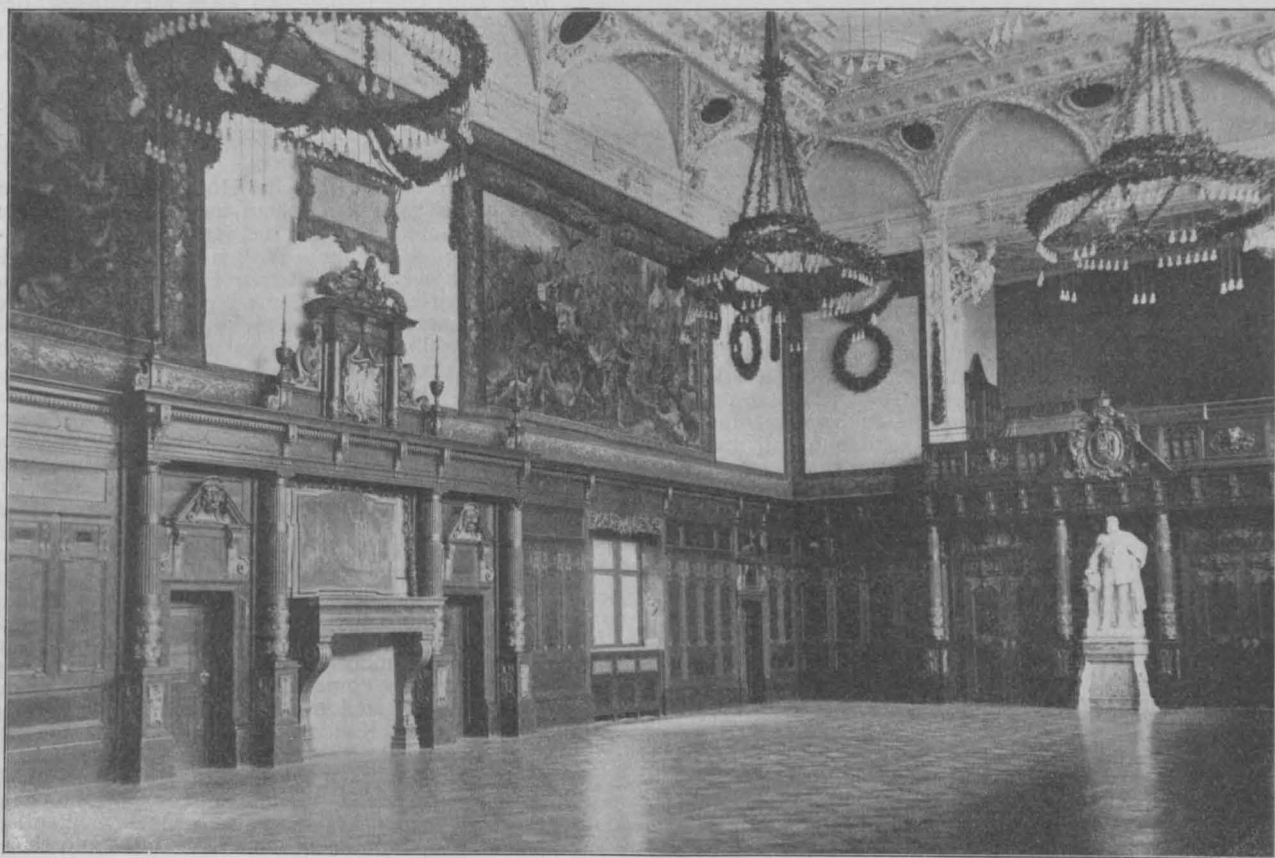
käufers, auf der dasselbe beruht, unrentabel, ja stellenweise unmöglich macht. Heute rückt der Baustellenverkäufer mit seiner Restforderung für Grund und Boden nur hinter die Baugelderhypothek, nachdem ihm meistens auch schon von den Baugeldern Abschlagszahlungen gemacht wurden; nunmehr muß er mit dieser noch hinter die Hypothek der Bauunternehmer rücken und darf keine Zahlungen aus den Baugeldern in Anspruch nehmen. Das heißt, sein Guthaben wird mit dem realen Wert des Grundstückes abschließen. Ist das der Fall, so treffen ihn die empfindlichsten Verluste, sobald das Grundstück zur Subhastation kommt, da er die sehr beträchtlichen Kosten derselben, dazu die Staats- und Umsatzstempel, Zinsen und Mietverluste, die oft nötig werdenden Umbauten und Reparaturarbeiten, Kosten, die unter Umständen seine ganze Forderung an Höhe übersteigen können, aus seiner Tasche zusetzen muß. Er wird also keine Priorität mehr gewähren; da aber sein Klient nur in seltenen Fällen ohne Priorität bauen kann, wird der jetzigen Art der Finanzierung des Häuserbaues die Lebensader unterbunden, und es werden an Stelle des Klein-Unternehmers großkapitalisti-

preise und Wohnungsmieten halten und werden dazu um so mehr in der Lage sein, wenn sie sich, was ja nicht ausbleiben wird, zu Syndikaten vereinigen. Aus diesem und aus noch so manchem anderen Gesichtspunkt, der früher hier und anderswo erörtert wurde, geht hervor, daß der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form in allen Kreisen der Interessenten so schwerwiegende Bedenken erregt, daß man von demselben Abstand nehmen sollte. Es kann deshalb dem Reichstag nur geraten werden, sein Votum in diesem Sinne abzugeben. Aber damit ist die Sache leider nicht erledigt. Die großen Verluste der Bau-Unternehmer, die ihnen aus der dolosen oder leichtsinnigen Anwendung des heutigen Finanzierungs-Systemes für den Häuserbau erwachsen, sind da, sie sind in den beiden letzten Jahren wieder besonders hart aufgetreten und erfordern unbedingt Abstellung. Da also etwas geschehen muß, so fragt es sich nur, was man an die Stelle des Gesetzes setzen soll, das dieselben Ziele ohne Schädigung der Interessenten erreicht. Ein solcher meiner Ansicht nach gangbarer Weg liegt aber vor, wenn man die Zusätze, welche die vorgenannte Reichstags-Kommission dem Entwurf der Regierung angefügt hat, weiter ausbildet und sie selbstständig zu einem Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen entwickelt.

*) Jahrg. 1906 S. 704 ff. — Vergl. auch die früheren Ausführungen des Verfassers zum ursprünglichen Gesetzentwurf Jahrg. 1898 S. 122 ff. und zur ersten Abänderung Jahrg. 1902 S. 14 ff.

Die Kommission führte für den zweifelhaften Bauherrn zum Schutze seiner Unternehmer und Lieferanten strafrechtliche Bestimmungen ein. Dieselben sind unter dem

besonderen Titel „Allgemeine Sicherheitsmaßregeln“ dem Gesetzentwurf vorgestellt. Sie lauten dem Sinne nach folgendermaßen:



Bürgersaal (oben) und Magistrats-Sitzungssaal.

Neubau des Rathauses in Frankfurt am Main. Architekten: kgl. Bauräte Franz v. Hoven und Ludw. Neher in Frankfurt a. M.
20. Januar 1909.

1. Der Empfänger von Baugeld ist verpflichtet, das Baugeld nur zur Befriedigung seiner Unternehmer und Lieferanten zu verwenden. Eine anderweitige Verwendung ist unstatthaft. Dieser Paragraph stellt zugleich fest, was unter Baugeld zu verstehen ist.

2. Jeder Baugewerbetreibende, der die Herstellung eines Baues unternimmt (Bauherr), ist zur Führung eines Baubuches verpflichtet. In dieses Baubuch sind einzutragen: Die Personen, mit denen für Herstellung des Baues Verträge abgeschlossen wurden, ferner die auf die geleisteten Arbeiten gewährten Abschlagszahlungen, etwaige Abtretungen und Pfändungen, endlich diejenigen Beträge, die der Baugeld-Empfänger für selbst ausgeführte Arbeiten entnommen hat. Dieses Buch ist noch 5 Jahre nach Fertigstellung des Baues aufzubewahren.

3. An sichtbarer Stelle sind auf dem Bauplatz der Name, die Wohnung usw. des Bauherrn oder desjenigen, der den Bau auf des ersten Kosten ganz oder nur teilweise übernommen hat, anzuschlagen.

4. Baugeld-Empfänger werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft, doch kann, wenn mildernde Umstände vorhanden, auch auf eine Geldstrafe bis zu 3000 M. erkannt werden, wenn sie das Baugeld nicht vorschriftsmäßig verwendet und dadurch die Bauunternehmer und Lieferanten benachteiligt haben, falls es zu einer Zahlungsstockung oder einem Konkurs bei ihnen kommt.

5. Ähnliche Strafen treten ein, wenn der Baugeld-Empfänger das Baubuch gar nicht oder nur unvollkommen führt oder es vernichtet hat, und dadurch die Bauunternehmer wie vor angeführt schädigt.

6. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. wird der Bauherr bestraft, der es unterläßt, seinen Namen usw. auf dem Bauplatz sichtbar anzuschlagen.

Legt man diese einfachen, kurzen und klaren Bestimmungen allein einem Gesetze zur Sicherung der Bauforderungen zugrunde und erweitert sie in einzelnen Punkten, so glaube ich, daß eine zweckentsprechende Lösung gefunden ist. Die Bauforderungen sind, soweit wie erforderlich, gesichert und alle bösen Folgen des jetzigen Gesetzentwurfes vermieden.

Wie ich mir ein so gestaltetes Gesetz denke, sei in folgenden Leitsätzen niedergelegt:

1. Jeder Bauherr hat, sobald er die Bauerlaubnis für ein Bauwerk erhalten, vor Inangriffnahme desselben 5% der Baukosten als Kautions zu stellen. Diese 5% verfallen den an den Bau beschäftigten Unternehmern und Lieferanten, sobald der Bauherr seinen Verpflichtungen diesen gegenüber nicht nachkommen kann. Die Höhe der mutmaßlichen Baukosten wird durch ein Bauschöffenamts festgestellt.

2. Vor Beginn des Baues hat der Bauherr einen speziellen Kostenanschlag für denselben zu fertigen.

3. Nimmt der Bauherr Baugelder auf, so darf er dieselben nur entsprechend den vorstehenden Bestimmungen der Reichstags-Kommission zur Befriedigung seiner Bauunternehmer und Lieferanten verwenden.

4. Der Bauherr ist verpflichtet, das von der Reichstags-Kommission vorgeschlagene Baubuch zu führen.

5. Die an einem Bau beschäftigten Unternehmer und Lieferanten können jederzeit den Antrag an das Bauschöffenamts stellen, daß dieses dem Bauherrn einen Treuhänder zur Seite stellt, der die ordnungsmäßige Abführung der Baugelder an die Berechtigten kontrolliert oder übernimmt. Allerdings haben dann die Unternehmer die Kosten des Treuhänders zu tragen.

6. Die von der Kommission geforderten Anschläge auf der Baustelle mit dem Namen des Bauherrn usw. sind beizubehalten. Auch ist der Baugeldnehmer jederzeit ver-

pflichtet, den Bauunternehmern und Lieferanten Einblick in sein Baubuch zu gewähren.

7. Verwendet der Bauherr die Baugelder unvorschriftsmäßig oder führt er das Baubuch nicht wie vorgeschrieben, so treffen denselben die von der Kommission festgesetzten Gefängnis- bzw. Geldstrafen unter den von derselben angenommenen Voraussetzungen.

8. Unterläßt der Bauherr die Anschläge auf der Baustelle, oder fertigt er keinen Kostenanschlag, so tritt Geldstrafe ein.

In obigen Vorschlägen ist die Höhe der Kautions, die der Bauherr vor dem Baubeginn zu stellen hat, nicht zu hoch angenommen worden; das ist aber nur nach reiflicher Erwägung geschehen. Wollen wir die zuverlässigen, wenn auch wenig bemittelten Elemente unter den jetzigen Bauherrn auch als solche für späterhin erhalten, so dürfen wir unsere Ansprüche nicht so hoch stellen. Der größte Teil derselben kann zu Anfang des Baues auch diese 5% der Baukosten kaum entbehren. Ich bin der Ansicht, daß, sollten solche oder ähnliche Bestimmungen gesetzt werden, der Baustellen-Verkäufer häufig einspringen und diese Kautions für ihn stellen wird. Das kann er auch, da die so bemessene Kautions fast immer noch innerhalb seines Risikos bleibt. Muß er sich aber dazu entschließen, um seine Baustellen überhaupt verkaufen zu können, so wird er nunmehr, da er ja selbst bares Geld an dem Bau verwendet, besonders vorsichtig in der Wahl der Käufer sein; er wird also jetzt nur einen solchen annehmen, von dem er selbst überzeugt ist, daß er den Bau glatt zu Ende führen kann. Das bedeutet aber für die Bauunternehmer und Lieferanten einen sehr großen Fortschritt. Wird die Kautions erhöht, so fällt sie meistens außerhalb des Risikos des Baustellen-Verkäufers, er wird sie also nicht stellen, und da der Bauherr sie nicht stellen kann, können die Folgen der zu hoch bemessenen Kautions ähnliche sein, wie sie bei dem Gesetzentwurf der Regierung vorauszusehen sind.

Daß ich in die Vorschläge die Fertigstellung eines speziellen Kostenanlasses aufgenommen habe, wird Manchem überflüssig erscheinen, und doch ist es nach meinen Erfahrungen wichtig. Mancher Bauherr ist nur dadurch zu Fall gekommen, daß er mangels eines Kostenanlasses unnötig reich und über seine Mittel gebaut hat.

Vergleicht man nun die voraussichtlichen Ergebnisse obiger Vorschläge mit denen des dem Reichstag vorgelegten Entwurfes, so kommt man zu dem folgenden Schluß: Der Regierungs-Entwurf strebt eine Sicherung der Bauforderungen in ganzer Höhe an, kann aber den Interessenten in den meisten Fällen nur eine zweifelhafte Antwort auf ihr Geld geben. Mit Sicherheit können letztere eigentlich nur auf die Abführung der Baugelder an sie rechnen. Mein Vorschlag beschränkt sich von vornherein nur darauf, ihnen die Baugelder, dazu die Kautions, d. h. doch über 70% ihrer Forderungen, zu sichern. Vor dem Verluste des Restes ihrer Forderungen müssen sie sich selbst dadurch schützen, daß sie sich genügend über die Kreditfähigkeit ihres Bauherrn unterrichten. Eine solche Prüfung wird ihnen aber durch die Möglichkeit, das Baubuch einsehen zu können, erleichtert.

Bedenkt man, mit welchen Unbequemlichkeiten, Kosten, wirtschaftlichen Nachteilen usw. die Einführung des Regierungs-Entwurfes für das gesamte Baugeschäft verbunden sein wird, so ist der Wunsch wohl nicht unberechtigt, der Reichstag möge prüfen, ob es nicht genügen würde, an Stelle des so einschneidenden Regierungs-Entwurfes die viel einfacheren, erweiterten strafrechtlichen Bestimmungen, die denselben Zweck erreichen werden, zum Gesetz zu erheben. Entscheidet er sich hierzu, so glaube ich, daß er dadurch alle Interessenten, auch die gesamte Architektenschaft, zu größtem Danke verpflichten würde.—

R. Goldschmidt, Reg.-Baumeister.

Das Bauwesen im preußischen Staatshaushalt für das Verwaltungsjahr 1909.¹⁾

Vor einigen Tagen ist dem preußischen Abgeordneten-Hause der Entwurf für den preußischen Staatshaushalt für das Verwaltungsjahr 1909 zugegangen. Er schließt in den Einnahmen mit 3671 474 685 M. ab, denen an Ausgaben 3827 474 685 M., mithin 156 Millionen M. mehr, gegenüberstehen, die durch Anleihen zu decken sind. Von den Ausgaben entfallen auf das Extraordinarium 230 943 315 M., und hieran nimmt das Bauwesen mit 208,55 Mill. M.,²⁾ d. h. mit 90,3%, teil. Gegenüber dem Vorjahre weisen die Forderungen für einmalige außerordentliche Bauzwecke wieder eine Zunahme von rd. 40,1

Mill. M. auf, die übrigens fast ausschließlich davon herühren, daß für die Eisenbahn-Verwaltung 45,9 Mill. M. mehr angesetzt sind, während mit Ausnahme der Forst-Verwaltung, die ebenfalls rd. 600 000 M. Mehrausgaben aufweist, alle anderen Verwaltungen geringere Beträge als im Jahre 1908 verlangen.

Nach der Höhe der Forderungen in runden Summen geordnet, ergibt sich für die einzelnen Verwaltungen folgendes Bild, wobei die eingeklammerten Zahlen die Mehr- oder Minder-Ausgaben gegenüber dem Jahre 1908 bedeuten:

Eisenbahn-Verwaltung 153,69 Mill. M. (+ 45,9); Bau-Verwaltung einschl. der Zentralinstanz des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten 18,23 (— 0,08); Kultus-Ministerium 14,35 (— 0,5); Justiz-Verwaltung 9,63

¹⁾ Vergl. Jahrgang 1908, S. 31 u. ff.

²⁾ Einschließlich reiner Grunderwerbskosten.

(-0,02); Landwirtschaftliche Verwaltung 3,38 (-2,13); Ministerium des Inneren 2,11 (-0,30); Forst-Verwaltung 2 Mill. (+0,6); Berg-, Salinen- und Hütten-Verwaltung 1,87 (-0,52); Domänen-Verwaltung 1,36 (-0,65) und schließlich die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern 1,04 Mill. M. (-0,29).

Die übrigen Verwaltungen beschränken sich, soweit sie überhaupt Forderungen für bauliche Zwecke zu stellen haben, auf solche, die erheblich unter 1 Million M. liegen und zusammen nur 890100 M. ausmachen. Es fordern: die Oberrechnungskammer 2560 M., das Kriegs-Ministerium 6000 M., die Verwaltung der Staats-Archive 116200 M., die Handels- und Gewerbe-Verwaltung 144700 M., die Gestüt-Verwaltung 400100 M. Hierhin gehört auch mit nur 220600 M. (1,5 Mill. weniger als 1908) das Finanzministerium (Hauptposten 175000 M. für Grundstücks-Erwerbungen in der Invaliden-Straße in Berlin für den Neubau des zahnärztlichen Institutes). Der starke Rückgang der Forderungen dieser Verwaltung gegenüber dem letzten Jahre ergibt sich aus dem Abschluß der großen Grundstücks-Ankäufe in Berlin und der Arbeiten für Verkauf und Aufteilung des durch Niederlegung der Festungs-Umwallung in Posen zur Bebauung frei gewordenen Geländes.

Die übrigen Verwaltungen seien nachstehend der Reihe nach näher besprochen, aufsteigend geordnet nach der Höhe der Forderungen.

Die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern setzt 1037000 M. an. Davon entfallen 504000 M. auf eine 2. Rate für den Neubau der Ober-Zolldirektion Cöln, 270000 M. auf Grunderwerb desgl. für Cassel, 105000 M. als 1. Rate für den Neubau des Hauptzollamtes in Liegnitz, der Rest auf kleinere Zollämter.

Die Domänenverwaltung fordert außer dem Ansatz von 1362000 M. noch 750000 M. als 6. Rate für die Aufteilung der Domäne Dahlem (1908 waren es 800000 M.). Von dem Gesamtansatz kommen wieder 400000 M. auf die Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnhäuser auf den Domänen, 260500 M. auf Verstärkung des Domänen-Baufonds, 300000 M. als 4. Rate auf die Aufschließung der fiskalischen Moore in Ostfriesland (durch Kanäle), 284000 M. auf Landgewinnungsarbeiten und Uferschutz. Neu ist ein Ansatz von 50000 M. als 1. Rate für die Beteiligung am Bau einer Schnellbahn zur besseren Aufschließung der Domäne Dahlem, deren Ges.-Kosten für den Staat mit 4,6 Mill. M. veranschlagt sind.

An dritter Stelle folgt die Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung mit 1870000 M. Unter ihren Forderungen ist neu nur eine 1. Rate von 100000 M. für den Neubau des Dienstgebäudes des Ober-Bergamtes in Breslau (Ges.-Kosten 640 000 M.). Unter den Fortsetzungsraten sind zu erwähnen 750000 M. für die Arbeiterkolonie in Zabrze, 400000 M. desgl. im Bezirk der Bergwerks-Direktion Recklinghausen, 300000 M. für den Neubau des Dienstgebäudes des Ober-Bergamtes in Dortmund, 300000 M. für den Ersatz durch den Bergbau beschädigter Häuser in Staßfurt bezw. für Entschädigungen und Beihilfen daselbst.

Bei der Forderung der Forstverwaltung in Höhe von 2 Mill. M. treten wieder an Aufwendungen auf: für den Bau von Insthäusern 100000 M., für den außerordentlichen Zuschuß zum Baulonds (für Oberförsterei- und Försterei-Gehöfte) 100000 M., desgl. zum Wegebaufonds bezw. zu Beihilfen zu Wegebauten zusammen 700000 M. Neu ist eine Forderung von 1 Mill. M. als erster Beitrag zu den Kosten für die Herstellung des 3. und 4. Gleises der Eisenbahnlinie Charlottenburg—Spandau, deren Gesamtkosten auf 5030000 M. veranschlagt sind. Hierzu haben die Beteiligten einen unverzinslichen, nicht rückzahlbaren Zuschuß von 3420000 M. zu zahlen. Dieses Gleispaar soll vom Schnittpunkt der Döberitzer Heerstraße mit der jetzigen Eisenbahnlinie durch den Grunewald geführt werden und vorläufig 3 Haltestellen erhalten. Da hierdurch das zur Bebauung bestimmte forstfiskalische Gelände zu beiden Seiten der Döberitzer Heerstraße aufgeschlossen und im Werte erheblich gesteigert wird, zahlt der Forstfiskus im ganzen 2459000 M. zu, während die Stadt Charlottenburg wegen der bei Westend geplanten Haltestelle 250000 M., der Union-Klub wegen der neben der neuen Rennbahn im Grunewald zu errichtenden Haltestelle 711000 M. beisteuern.

Auch noch auf eine weitere Aufteilung bisherigen Wald-

Vereine.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Vers. am 2. Oktober 1908. Vors.: Hr. Classen. Anwes.: 40 Pers.

Nach Begrüßung der Versammlung zum Wiederbeginn der regelmäßigen Vereinssitzungen teilt der Vorsitzende

landes in der Nähe von Berlin zu Bebauungszwecken weist der diesjährige Etat hin. Der Militäriskus will gegen Erstattung der Verlegungskosten von 1,6 Mill. M. seine Schießstände in der Jungfernheide verlegen, die dort etwa 70 ha beanspruchen. Dadurch „würden nicht nur diese Grundstücke, sondern auch die übrigen forstfiskalischen Flächen in der Jungfernheide, zusammen in einer Größe von rund 270 ha, baureif. Hierdurch erwächst dem Forstfiskus ein seinen Leistungen mindestens gleichartiger Vorteil“. Die Aufteilung der fiskalischen Waldflächen um Berlin schreitet also unaufhaltsam vorwärts. Die erforderlichen Summen werden bestritten aus einem Titel, der auch sonst noch für bauliche Zwecke, namentlich für Straßenanlagen, Mittel enthält, die sich aber einzeln nicht abtrennen lassen. Nur ein Betrag von 450000 M. (in der obigen Summe nicht eingerechnet) als Beitrag des Forstfiskus zu den Kosten der Brücke über die Havel bei Pichelsdorf im Zuge der Döberitzer Heerstraße läßt sich herausnehmen, an welcher der Forstfiskus ein besonderes Interesse hat wegen der Aufschließung seines Besitzes auf Pichelswerder. Gesamtkosten der Brücke 1,2 Mill. M., davon entfallen 75000 M. auf den Kreis Teltow, der Rest auf den Forstfiskus. Der Kreis Osthavelland übernimmt die dauernde Unterhaltung gegen eine einmalige Abfindung von 305000 M., die ebenfalls dem Forstfiskus zur Last fällt.

Das Ministerium des Inneren begnügt sich mit rd. 2107100 M. Davon entfallen 133400 M. auf die Strafanstalts-Verwaltung für kleinere Gefängnisbauten, 375000 M. auf die Landgendarmarie zum Neubau bezw. zur Erweiterung von Dienstwohngebäuden für Gendarmerie-Mannschaften, vorwiegend in den östlichen Provinzen, 1598700 M. auf die Polizeiverwaltung. Von letzterer Summe kommt der Hauptbetrag auf Polizei-Dienstgebäude in Berlin, Charlottenburg, Aachen, Magdeburg und Bochum.

Die Ausgaben der Landwirtschaftlichen Verwaltung sind auf 338000 M. veranschlagt. Den Hauptanteil von 1,8 Mill. M. erforderte auch in diesem Jahre der Ausbau der hochwassergefährlichen Gebirgsflüsse in Schlesien, mittlerer Oder usw. Außerdem werden für Flußregulierungen an der Bode, oberen Weichsel an der Grenze mit Galizien, Fuhe, unteren Wupper, Nahe von Kreuznach bis Bingen Beihilfen im Gesamtbetrag von 416000 M. gefordert, ferner für Eindeichungen 122500 M., für Be- und Entwässerungen bezw. sonstige Meliorationen des Bodens 613300 M., darunter eine 1. Rate von 111000 M. als Beihilfe zum Bau von Talsperren in der Radaune (Reg.-Bezirk Danzig). Für Hochbauten sind rd. 425000 M. ausgeworfen, davon allein 350000 M. als letzte Rate für den Erweiterungsbau der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin.

Der Etat der Justizverwaltung zeigt mit 9630000 M. eine nur ganz geringfügige Abweichung von der Forderung des Vorjahres (-20000). Von dem Gesamtbetrag entfallen 128000 M. auf den Umbau und die Erweiterung der Dienstgebäude des Justizministeriums in Berlin. Es soll das jetzige Dienstgebäude der General-Lotterie-Direktion, die in diesem Jahre in ihr neues Geschäftsgebäude einzieht, zugeschlagen werden. Die übrigen Mittel verteilen sich auf die 14 Oberlandesgerichte wie folgt: Hamm 1587000 M., Düsseldorf 1504190, Kammergericht in Berlin 1476400, Celle 765850, Naumburg a. S. 755600, Breslau 747900, Cassel 564000, Frankfurt a. M. 552000, Marienwerder 491300, Cöln 470000, Kiel 241700, Stettin 118800, Königsberg i. Pr. 81950, Posen 33200 M.

Für erste Raten sind etwa 2,33 Mill. M. ausgeworfen, davon sind vorgesehen Neubauten an Amtsgerichten meist in Verbindung mit Gefängnissen, z. T. auch Dienstwohnungen in Bocholt, Emden, Elmshorn, Montabaur, Neustadt O.-S., Nordenburg, Oberkaufungen, Oeynhausen, Pitschen und Wetzlar, ferner für ein Land- und Amtsgericht in M.-Gladbach und ein Landgericht in Duisburg. Es fällt hierher auch eine Summe von 400000 M. als 1. Rate für Ergänzungen und Verbesserungen im Untersuchungsgefängnis Moabit in Berlin.

Von bedeutenden Fortsetzungsraten für angefangene Arbeiten sind zu erwähnen 500000 M. für den Neubau des Kammergerichts-Gebäudes nebst Dienstwohnung für den Präsidenten in Berlin, 520000 M. für das Geschäfts-Gebäude für die Zivilgerichtsbarkeit des Land- und Amtsgerichtes Hannover, 900000 M. für das Land- und Amtsgericht Essen mit Gefängnis, 554000 M. als letzte Rate für das Oberlandesgerichts-Gebäude in Düsseldorf. —

(Schluß folgt.)

mit, daß die Finanz-Deputation sich bereit erklärt habe, den Anträgen des Vereins auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Fassaden an der neuen Durchbruchstraße zu entsprechen und um Ernennung von 2 Mitgliedern aus dem Kreise des Vereins

ersucht habe. Für die Wahl dieser Mitglieder und von 2 Ersatzmännern wird ein Wahlausschuß aus 30 dem Verein angehörigen Privat-Architekten gebildet.

Hr. Classen berichtet sodann über die Verhandlungen der Abgeordneten-Versammlung in Danzig und Hr. Ranck über die Wanderversammlung in Danzig, wobei er den starken Eindruck der Rede des Hrn. Reverdy über die Stellung der Techniker in öffentlichen und privaten Versammlungskörpern besonders hervorhebt. E.

Versammlung am 9. Oktober 1908. Vors.: Hr. Bubendey. Anwes.: 69 Pers. Aufgen.: die Hrn. Stadtbauinsp. Roemer, Arch. John Schmuck, Hans Gerson, Oscar Gerson, Bmstr. F.W.F. Granzin, Dip.-Ing. Karl Wiencke.

Der Vorsitzende teilt mit, daß der Wahlausschuß für die Kommission zur Beurteilung von Fassaden-Entwürfen in der Durchbruchstrasse die Hrn. Grell und Löwen-gard und als Ersatzmänner die Hrn. Lundt und Wöh-lecke gewählt habe.

Hr. Westphalen spricht sodann über die „Feuer-sicherheit der Schulen“. Die zahlreichen Brände in Schulen der Vereinigten Staaten und die besonders ernste Katastrophe beim Brande des Schulhauses in Collinwood in Ohio am 4. März 1908^{*)}, bei der etwa 100 Schüler und mehrere Lehrer den Tod fanden, veranlaßten die Oberschulbehörde und das Feuerlöschwesen in Hamburg, allgemeine Grund-sätze für die Feuersicherheit der Schulen festzusetzen.

In baulicher Beziehung werden danach die folgenden Forderungen erhoben: alle Türen von Versammlungsräu-men und der Lehrräume für Physik und Chemie, sowie die Haus- und Windfangtüren sollen nach außen, die Klassentüren nach innen schlagen. Die Treppen sind aus feuersicherem Material herzustellen oder mindestens an der Unterseite zu putzen, die Keller- und Bodenräume gegen die anderen Stockwerke mit selbsttätig schließenden Türen feuersicher abzuschließen usw. Die disziplinarischen Maßregeln beziehen sich u. a. auf das Verfahren bei Ver-suchen mit feuergefährlichen Gegenständen, auf das Vor-gehen nach Ertönen des Alarmsignales usw.

Hr. Burchard bespricht alsdann an der Hand einer Doktorarbeit des Bauinsp. Dr.-Ing. Küster (Breslau) die Frage der „Belichtung von Aufenthaltsräumen nach den Bauordnungen“ und Hr. Ranck ergänzt seinen in der vorigen Sitzung erstatteten Bericht über die Wander-Versammlung durch eine Anzahl Lichtbilder der hervorragendsten Bauten Danzigs. — L.

Versammlung am 16. Oktober 1908. Vors.: Hr. Bubendey. Anw.: 92 Pers. Aufgen.: die Hrn. Gewerbe-Insp. P. Hering und Dipl.-Ing. E. Schmidt.

Nachdem der Vorsitzende eine in den Tagesblättern erschienene Beschwerde über mangelnde Teilnahme des Vereins an den Bestrebungen zur Verschönerung des Stadt-bildes unter Hinweis auf die lebhafteste Betätigung auf diesem Gebiet zurückgewiesen hat, bespricht Hr. Wendemuth die neuen Hellinganlagen in Hamburg, insbesondere die neuen Anlagen des Vulkan auf dem südlichen Elbufer. Die für letztere bereits hergestellten Kaumauern aus Beton mit Säulenbasalt-Verblendung unterscheiden sich von den bis-her üblichen Ausführungen durch die Anlage in gleicher Stär-ke durchgehender Fundamente, die rd. 48^m von einander entfernten, mit Granitverblendung an der Außenseite einge-faßten Temperaturfugen und die Ersetzung der sonst ge-bräuchlichen, sich schnell abnutzenden Streichpfähle durch federnde, mit Drahtseilen verankerte Duc d'Alben. Bei der Hellinganlage verdient die Gründung mit Simplexfählen, die nach Belastungsversuchen bei 40^{cm} Stärke etwa 100^t tragen können, besonderes Interesse. Der Vortragende gibt sodann noch ein Bild der Hellinggerüste auf dem Vulkan, auf der Reihersteg-Werft, sowie von den umfangreichen, in den letzten Jahren ganz erheblich vermehrten Schwimmdocks. L.

Vermischtes.

Techniker als besoldete Ratmitglieder in süddeutschen Stadtverwaltungen. Als ein erfreuliches Zeichen verdienter Anerkennung der Bedeutung der Technik in den Gemeinde-Verwaltungen ist es zu begrüßen, daß nunmehr in Ulm a. D. die Stelle des besoldeten Gemeinderates mit einem Techniker besetzt wurde. Am 18. Dez. 1908 wurde daselbst der Direktor der städtischen Gas- und Wasserwerke, Reg.-Bmstr. Schimpf, von den bürgerlichen Kollegien zum be-soldeten Gemeinderat gewählt, nachdem diese Stelle durch die Wahl des seitherigen Inhabers (eines Nichttechnikers) nach Stuttgart erledigt war. Die bürgerlichen Kollegien Ulms haben darnach von Art. 87 der württ. Gemeinde-Ordnung vom 28. Juli 1906 Gebrauch gemacht, der u. a. lautet: „Durch Gemeindegesetz kann die Anstellung eines oder mehrerer besoldeter Mitglieder des Gemeinderates angestrebt werden. — Wählbar sind diejenigen Personen, welche die zur Wählbarkeit für das Amt des Ortsvorstehers

(Art. 57, Abs. 1) erforderlichen Eigenschaften sowie die Be-fähigung für den höheren Justiz-, Verwaltungs-, Finanz-oder bautechnischen Dienst oder für den gerichtsarztlichen Dienst besitzen“. Ulm ist eine Stadt von rd. 53000 Ein-wohnern (einschl. Militär) und besitzt von städtischen tech-nischen Aemtern ein Tiefbauamt, ein Hochbauamt, ein Gas- und Wasserwerk und ein Elektrizitätswerk (letzteres auch für die Verwaltung der Straßenbahnen). Infolge der Niederlegung des Festungsgürtels ist zurzeit die Frage der Stadterweiterung in Ulm eine Aufgabe von hoher bau-licher Bedeutung. —

Wettbewerbe.

Das Preisausschreiben für wissenschaftliche Arbeiten über die chemischen Vorgänge beim Erhärten der hydraulischen Bindemittel, das im Juli 1904 vom preuß. Minister der öffentl. Arbeiten in Gemeinschaft mit dem Kriegs-, Landwirtschafts-, Kultus- und Handels-Minister, sowie dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes und unter Beteiligung des „Vereins deutscher Portland-Cement-Fabrikanten“ erlassen worden war und insofern ergebnislos verlaufen ist, als keiner der ein-gegangenen Arbeiten ein Preis zuerkannt werden konnte, wird mit Frist zum 30. Juni 1910 erneuert. — Die Betei-ligung ist an keine Nationalität gebunden, doch müssen die Arbeiten in deutscher Sprache verfaßt sein. Für Preise haben die genannten Staatsbehörden 10000 M., der Port-land-Cement-Verein 5000 M. zur Verfügung gestellt. Wie weit dieser Gesamtbetrag von 15000 M. für einen oder mehrere Preise tatsächlich vergeben und ob überhaupt ein Preis erteilt wird, hängt vom Wert und der Bedeutung der ein-zelnen Arbeiten ab. Ueber die Preiserteilung entscheidet der Minister der öffentlichen Arbeiten aufgrund des Gut-achtens der Preisrichter, welchem folgende Fachmänner angehören: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. van 't Hoff in Char-lottenburg, Landesgeologe Prof. Leppia, Dr. W. Micha-ëlis, E. Cramer in Berlin, Prof. Dr. Wih. Fresenius, Wiesbaden, Dr. F. Schott in Heidelberg, Dr. H. Passow in Hamburg, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Martens und Prof. Heyn, Gr.-Lichterfelde. Das geistige Eigentum, das Recht der Veröffentlichung und der Verwertung bleiben den Verfassern.

Die Aufgabe soll in der Darlegung des Wesens und des Erhärtungsprozesses der kalkhaltigen und hydrau-lischen Bindemittel und zwar synthetisch, analytisch, mikro-skopisch und mineralogisch (Erhärtung in Luft, Süß- und Seewasser) bestehen. Das Programm stellt eine Reihe be-stimmter Fragen auf, die einzeln oder in ihrer Gesamt-heit vom Bewerber gelöst werden können. Abdruck des Preisausschreibens von der Geheimen Kanzlei des Mini-steriums der öffentlichen Arbeiten in Berlin. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für die Fassade der Ausstellungshallen der II. Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung 1910 wird vom Arbeitsausschuß zum 20. Februar 1909 für die Mitglieder des „Architekten-Vereins“ zu Berlin und der „Vereinigung Berliner Archi-tekten“ erlassen. Es gelangen 3 Preise von 500, 300 und 200 M. zur Verteilung; nicht preisgekürnte Entwürfe können für je 100 M. erworben werden. Die Ausstellung findet vom 1. Juni bis 18. Juli auf einem Gelände an der Station Baumschulenweg an der Görlitzer Bahn statt. Die Länge der zu gestaltenden Fassade beträgt 142^m; ein Stül wird nicht vorgeschrieben; für ihre Ausführung sind 10000 M. angenommen. Unter den Preisrichtern die Hrn. Reg.-u. Brt. Fürstenau, Reg.-u. Brt. Hasak, Magistr.-Brt. Prof. Stiehl und Bmstr. O. Heuer; unter den Stellvertretern Reg.-Bmstr. Stapf. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Brunnen-Anlage vor dem Kunstpalaest in Düsseldorf wurden 44 Arbeiten eingereicht, von welchen jedoch keine des I. Preises für würdig befunden wurde. Ein Preis von 1500 M. wurde dem Entwurf des Bildhauers Franz Alber-mann in Köln, ein Preis von 1200 M. dem Entwurf der Bildhauer Gerhard und Jos. Brüse in Cleve zuerkannt. Die gemeinsame Arbeit der Bildhauer Lony, Schmieding und Hinrichs in Düsseldorf erhielt einen Preis von 900 M. Die Entwürfe der Bildhauer Hammerschmidt in Obercassel und Neuhaus in Düsseldorf fanden eine lobende Anerkennung. Zur Gewinnung des Ausführungs-Entwurfes ist ein zweiter engerer Wettbewerb in Aussicht genommen. —

Inhalt: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M. (Schluß). — Noch einmal der Gesetzentwurf die Sicherung der Bauforderungen betreffend. — Das Bauwesen im preußischen Staatshaushalt für das Verwaltungs-jahr 1909. — Vereine. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

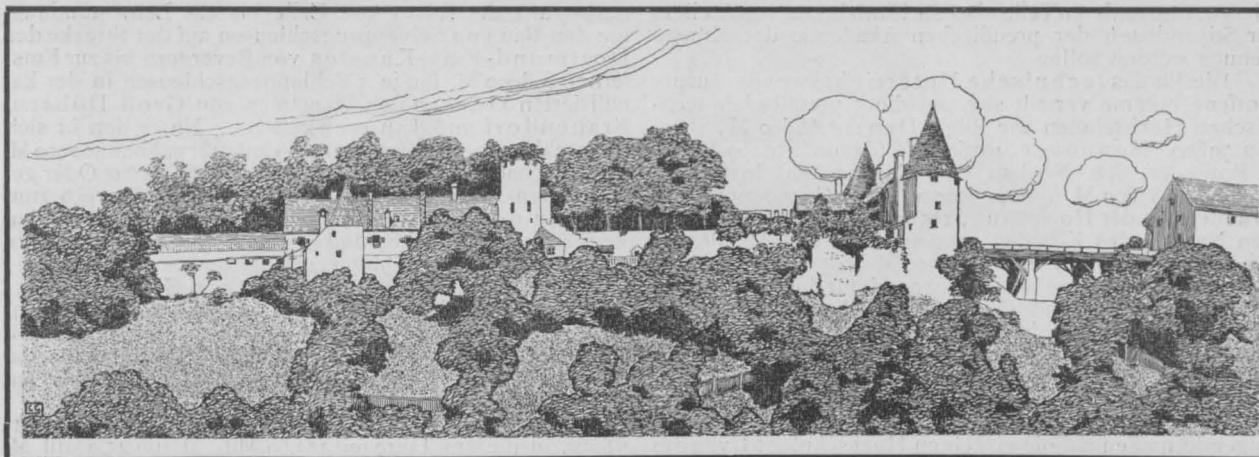
Hierzu eine Bildbeilage: Neubau des Rathauses in Frankfurt a. M.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.

^{*)} Anmerkung der Redaktion. Wir kommen hierauf zurück.



ERRENHAUS AUF DEM
GUTE DES HERRN
HAUPTMANN VON JENA
IN MÜHLRÄDLITZ IM
KREISE LIEGNITZ IN
SCHLESSEN. * ARCH.:
RUDOLPH ZAHN, BER-
LIN. * ANSICHT DER
VORDER-FASSADE. *
DEUTSCHE
BAUZEITUNG *
XLIII. JAHRGANG 1909
* * * NO. 7. * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIII. JAHRGANG. N^o. 7. BERLIN, DEN 23. JANUAR 1909.

Herrenhaus des von Jena'schen Gutes in Mühlräditz in Schlesien.

Architekt: Rudolph Zahn in Berlin. Hierzu die Abbildungen Seite 43, sowie eine Bildbeilage.



Das Herrenhaus des Gutes des Hrn. Hauptmann v. Jena in Mühlräditz bei Liegnitz in Schlesien liegt abseits von dem Gehöft vor einem alten Park, gegen die Landstraße verdeckt. Aus dem letzteren Grunde hat es nicht den Charakter einer repräsentativen Schloß-Anlage erhalten, sondern ist mehr in der Art eines auf gesellschaft-

lichen Verkehr zugeschnittenen behaglichen Landhauses errichtet worden, bei dem jedoch Wert auf große Achsenbeziehungen gelegt ist, soweit sie das Landhaus gestattet. Die Anlage ist, wie der Grundriß zeigt, eine durchaus symmetrische und regelmäßige; sie nähert sich etwas der U-Form. Das Kellergeschoß enthält auf der Mittelachse die Heiz-Anlage mit Nebenräumen, sowie Kellern, auf dem rechten Flügel die Wohnräume für Diener, Mädchen und Wirtschafterin, nebst einem Bad. Auf dem linken Flügel befinden sich die Küche mit anschließenden Vorratsräumen, ein Weinkeller, sowie Waschküche mit Plättstube.

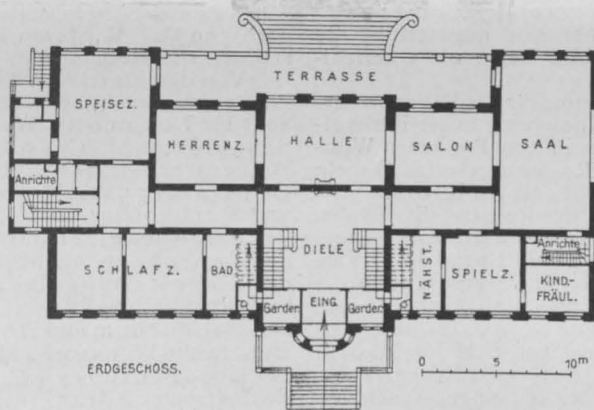
Hauptgeschoß ist das über dem hohen Sockel sich erhebende Erdgeschoß, über welchem das Obergeschoß als Dachgeschoß lagert. Der von einer Terrasse zugängliche Haupteingang in der Mittelachse führt zunächst in einen Vorraum, an den sich rechts und links Herren- und Damengarderoben mit Klosettträumen unter dem Treppen-Podest anschließen. Nach Ablage der Kleider gelangt der Besucher in die geräumige Diele,

von welcher aus in symmetrischer Anordnung zwei Treppenläufe nach dem Obergeschoß führen. Mit in die Raumwirkung der Diele einbezogen ist ein breiter Gang, an dem, gegen den Park gewendet, die Gesellschaftsräume in einer eindrucksvollen Flucht liegen; sie bestehen aus Saal, Salon, Halle, Herrenzimmer und Speisezimmer mit Anrichte usw., während gegen die Landstraße gewendet Schlaf-, Bade-, Mädchen-, Kinderspiel- und Fräulein-Zimmer liegen. Vor den Nebenräumen zum Speisezimmer und der in den linken Flügel verlegten Nebentreppe ist ein kleiner Vorraum geschaffen. Vor die drei Wohnräume des Mittelbaues

lagert sich eine Terrasse mit breiter Freitreppe nach dem Garten und Park. Das Obergeschoß ist in eine Reihe von Fremdenzimmern und Nebenräumen aufgeteilt.

Die Vereinigung sämtlicher Wohnräume im hohen Erdgeschoß entsprach einem Wunsche des Bauherrn. Bemerkenswert ist die Anlage der Haupttreppe mit dem auf halber Geschoßhöhe sich ergebenden, durch einen erkerartigen Ausbau erweiterten Podestraum.

Die Ausstattung des Äußeren erstrebt nicht mehr als den Charakter eines behaglich breit gelagerten, mit der Natur zusammengehenden, lediglich die sachlichen Bedürfnisse berücksichtigenden Landhauses größeren Stiles, während das Innere in der vornehm zurückhaltenden, eigenartigen Ausbildung, bei welcher gewähltes Holz und ein bescheidener Schmuck an plastischen Verzierungen an Wänden und Decken verwendet wurden, den herrschaftlichen Charakter des Wohnhauses widerspiegelt. —



Das Bauwesen im preußischen Staatshaushalt für das Verwaltungsjahr 1909. (Schluß.)

Der Anschlag des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten stellt sich auf 14,35 Mill. M. Davon entfallen 32000 M. auf die geistliche Verwaltung; 100000 M. auf das Konto der Provinzial-Schulkollegien; 3,01 Mill. M. auf die Universitäten; 1,15 Mill. M. auf höhere Lehranstalten; 3,31 Mill. M. auf das Elementar-Unterrichtswesen; 3,83 Mill. M. auf Kunst- und wissenschaftliche Zwecke; 1,92 Mill. M. auf die Technischen Hochschulen; 1 Mill. M. auf gemeinsame Bedürfnisse des Kultus- und Unterrichtswesens (Beihilfe zu Kirchen- und Schulbauten). Unter den Forderungen für Kunst-

und wissenschaftliche Zwecke sind hervorzuheben 2 Mill. M. als 7. Rate für den Neubau der kgl. und Universitäts-Bibliotheken sowie der Akademie der Wissenschaften im sogen. Akademie-Viertel in Berlin, ferner 1 Mill. M. als 2. Rate für die Erweiterungs- und Neubauten der königl. Museen in Berlin, und zwar insbesondere für das Antiken-Museum bzw. dasjenige für ältere deutsche Kunst. Für den Neubau der Akademie in Posen sind weitere 400000 M. bestimmt und 345600 M. als 2. Rate für den Ankauf und die Ausstattung der Villa Bonaparte in Rom, deren Räume zum größeren Teil der deutschen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl über-

wiesen, zum anderen Teile aber für Einrichtung von Ateliers für Stipendiaten der preußischen Akademie der Künste benutzt werden sollen.

Die für das technische Unterrichtswesen ausgeworfene Summe verteilt sich auf die 5 preußischen technischen Hochschulen wie folgt: Danzig 66600 M., Berlin 79800 M., Hannover 492600 M. (davon 450000 M. als 4. Rate für den Neubau des Chemischen Institutes), Aachen 587800 M. (davon 300000 M. für Grunderwerb zur Erweiterung der Hochschule, 135000 M. als letzte Rate für den Neubau des Eisenhüttenmännischen und Metallurgischen Institutes), Breslau 689500 M. (103600 M. als letzte Rate für das Hörsalgebäude, 180000 M. für die Herrichtung des Außengeländes und technische Einrichtungen, 100000 M. für innere Einrichtung des Chemiegebäudes usw.). Nicht unerhebliche Mittel sind ferner für die Ausstattung verschiedener Hochschulen mit maschinellen Anlagen und sonstigen, dem Unterricht dienenden Einrichtungen ausgeworfen.

Die Forderungen für Universitäten verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Hochschulen: Lyzeum in Braunschweig 8085 M.; Universität in Münster 3000 M.; Greifswald 116200 M.; Göttingen 127250 M.; Marburg 161100 M. (davon 115100 M. auf die Erweiterung der Frauenklinik); Halle 180900 M.; Königsberg i. Pr. 198400 M. (davon 94000 M. als 1. Rate für den Neubau der Ohren-Klinik); Breslau 263000 M. (darunter 100000 M. als 1. Rate für Grunderwerb, 80000 M. desgl. für die Erweiterung der medizinischen Klinik; Kiel 291100 (davon 210000 M. als letzte Rate für den Bau eines Kunst-Museums); Bonn 358000 M. (darunter 80000 M. als 1. Rate für den Neubau des Geologischen und Paläontologischen Institutes); Berlin schließlich für die ausschließlichen Zwecke der Universität 487000 M. (darunter allein 300000 M. als 3. Rate für die Einrichtung der ehemaligen königlichen Bibliothek zu Hörsälen usw.) und außerdem 820000 M. für die Erweiterung der königlichen Charité (720000 M. als 3. Rate für den Neubau der I. und II. medizinischen Klinik und eine gemeinsame Poliklinik, ferner 100000 M. als 1. Rate für den Neubau einer Ohrenklinik).

Unter den Forderungen für höhere Lehranstalten finden sich eine Reihe neuer Ansätze, so 120000 M. für den Neubau des Sachsenhäuser Gymnasiums in Frankfurt a. M., 100000 M. für das Realgymnasium in Elberfeld, 75000 M. für das Gymnasium in Glogau, 68000 M. für das Progymnasium in Löbau, 80000 M. für Gymnasium nebst Realschule in Wesel. Größere Fortsetzungsraten von 131000 bzw. 170000 M. sind angesetzt für die höhere Lehranstalt in Hechingen bzw. die Oberrealschule in Königshütte.

Die ausgeworfene Gesamtsumme für das Elementar-Schulwesen schließlich verteilt sich wie folgt: Für Beihilfen zu Elementarschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen sowie im Regierungsbezirk Oppeln 1,5 Mill. M.; für Dienstwohngebäude für Kreisschul-Inspektoren desgl. 66350 M.; der Rest entfällt auf den Bau von Lehrer- bzw. Lehrerinnen-Seminare und den Neubau der Landesturnanstalt in Spandau (1. Rate 175000 M.). Erste Raten sind ferner vorgesehen für die Lehrer-Seminare in Spandau, Unna und Wipperfurth, sowie für die Lehrerinnen-Seminare in Breslau und Rotenburg a. F., größere Fortsetzungsraten für Thorn, Coblenz, Schwerin a. W., Beuthen O.-S., Eisleben.

Die Bauverwaltung hält sich mit einem Ansatz von 18,23 Mill. M. fast genau auf der Höhe des Vorjahres. Hier von sind bestimmt: 125000 M. für vermischte Ausgaben, darunter 30000 M. für die Beschickung der Brüsseler Weltausstellung; 3362000 M. für Hochbauten, vorwiegend Fortsetzungsraten für den Bau von Verwaltungs-Gebäuden für die Regierungen in Allenstein, Köln, Düsseldorf, Liegnitz, Stettin bzw. für das Oberpräsidial-Gebäude in Coblenz; 6530900 M. für Seehäfen und Seeschiffahrts-Verbindungen, darunter allein 2 Mill. M. als 4. Rate für die Erweiterung der Emdener Hafenanlagen und 2 Mill. M. als 1. Rate zur Verbesserung der Seeschiffahrtsstraße nach Harburg. Die Gesamtkosten der letzteren Arbeiten, die auf Grund des mit Hamburg im November v. J. abgeschlossenen Vertrages über die Verbesserung des Fahrwassers der Elbe und andere Maßnahmen zur Förderung der Seeschiffahrt nach Hamburg, Altona und Harburg von Preußen auszuführen sind, stellen sich auf 6,52 Mill. M. Die Bauausführung soll in 4 Jahren erfolgen. Zu diesen Kosten hat die Stadt Harburg 1255000 M. beizutragen oder dem Staate ein Mindestaufkommen von 150200 M. aus den erhöhten Hafengebühren zu gewährleisten. Der Hauptanteil mit 8214825 M. entfällt auf die Binnen-Wasserstraßen. Es handelt sich hier ebenfalls fast ausschließlich um Fortsetzungsraten, so je 900000 M. für den Bau von 3 Schleppzugschleusen in der kanalisierten Oder bei Oppeln, Groschowitz, Konty, für die Ka-

nalisierung der Aller von Celle bis zur Leinemündung, um den Bau von Schleppzugschleusen auf der Strecke des Dortmund-Ems-Kanales von Bevergern bis zur Ems; ferner 608000 M. für je 3 Schleppzugschleusen in der kanalisierten Oder an den Staustufen von Groß-Döbern, Frauendorf und Januschkowitz. Unter den in sich abgeschlossenen Aufwendungen sind zu erwähnen 400000 M. für die Schadloshaltung der durch die kanalisierte Oder geschädigten Anlieger und 477000 M. für Grunderwerb zum Ausbau der Breslauer Wasserstraßen. Unter den wenigen neuen Arbeiten sind zu nennen 600000 M. als 1. Rate für den Bau von 3 Schleppzugschleusen an der kanalisierten Oder bei Rogau, Krappitz und Krempa (Ges.-Kosten 2891000 M.) und 200000 M. als 1. Rate für die Instandsetzung der Spree-Oder-Wasserstraße auf der Strecke Große Tränke-Fürstenberg. Die Kosten für den Ausbau dieser 61 km langen Strecke stellen sich auf 7860000 M.

Die Eisenbahnverwaltung fordert, wie schon erwähnt, in diesem Jahre mit 153,69 Mill. M. um 45,9 Mill. M. mehr als im Vorjahre. Davon kommen auf den Zentralfonds 23,75 Mill. M. und davon wieder allein 15 Mill. M. auf einen festen Betrag für den Dispositionsfonds für unvorhergesehene Arbeiten, 5 Mill. M. als letzte Rate auf die Herstellung schweren Oberbaues, 3 Mill. M. als weitere Rate für die Herstellung elektrischer Sicherungs-Anlagen, 500000 M. desgl. für Vorkehrungen zur Verhütung von Waldbränden und Schneeverwehungen, 200000 M. desgl. zur Errichtung von Wohngebäuden für gering besoldete Eisenbahnbeamte in den Grenzgebieten und schließlich 50000 M. zur Beschickung der Brüsseler Ausstellung. Auf die Bauausführungen in den einzelnen Eisenbahndirektionen kommen 129892000 M. Diese verteilen sich auf die Direktionen, nach der Höhe der Ansätze geordnet, wie folgt:

1. Essen a. Ruhr	16226000 M.	11. Magdeburg	4042000 M.
2. Köln	16100000 "	12. Cassel	3970000 "
3. Frankfurt a. M.	9758000 "	13. Erfurt	3840000 "
4. Berlin	8956000 "	14. Altona	3665000 "
5. Breslau	8688000 "	15. Königsberg i. Pr.	3103000 "
6. Kattowitz	8410000 "	16. Posen	2971000 "
7. Elberfeld	7975000 "	17. Stettin	2855000 "
8. Halle a. S.	7302000 "	18. Bromberg	2600000 "
9. St. Johann-Saarbrücken	6487000 "	19. Danzig	2275000 "
10. Hannover	6275000 "	20. Münster i. W.	1650000 "
		21. Mainz	1044000 "

Auf die hessischen Staatsbahnen allein entfallen außerdem noch 5,79 Mill. M., davon allein 3 Mill. M. auf die Umgestaltung der Bahnanlagen in Darmstadt.

Von den Einzelausführungen seien nur einige größere Posten hervorgehoben, die je 1 Mill. M. und mehr betragen: für Lokomotiv-Werkstättenanlagen in Oels, Schneidemühl, Cassel, Stendal zus. 5 Mill. M.; für Wagenwerkstätten in Recklinghausen, Delitzsch, Oppeln zus. 5,5 Mill. M.; für Hauptwerkstätten in Trier und Burbach zus. 2,8 Mill. M.; für verstärkten Ueberbau der Elbbrücke bei Barby 1 Mill. M.; für den Ausbau der Nebenbahn Allenstein-Köbelbude 1 Mill. M.; für die Umgestaltung der Ringbahn zwischen Treptow und Rixdorf bei Berlin 1,5 Mill. M., der Bahnanlage 1 zwischen Bochum und Dortmund 4 Mill. M. und zwischen Lehrte und Wunstorf 2 Mill. M.; für den Neubau des Direktionsgebäudes in Köln 1 Mill. M.; für die Erweiterung der Bahnhöfe in Frankfurt a. M. (Ostbahnhof), Wetzlar, Herne, Dortmund, Gera, Eisenach, Hagen, Vohwinkel, M.-Gladbach, Neuf, Aachen, Görlitz, Hamburg (Hannoverscher Bhf.), Altona zusammen 22 Mill. M.; für den Rangier-Bahnhof bei Rothensee und denjenigen bei Kalk-Nord je 2 Mill. M., für den Hafen-Bahnhof bei Meiderich 1,2 Mill. M. und schließlich für die Umgestaltung der Bahnanlagen in und bei Posen, Bremen, Leipzig, Köln, Mülheim, Breslau, Spandau zus. 14,3 Mill. M. Bei allen diesen Ausführungen handelt es sich nur um die Fortsetzungsbereits eingeleiteter Arbeiten.

Von den für Neuausführungen ausgesetzten Summen kommen 100000 M. auf Hochbauten, 760000 M. auf Verstärkung von Brückenbauten, 000000 M. auf Beseitigung von Planübergängen und Schienenkreuzungen, 3,55 Mill. M. auf Werkstättenanlagen, 8,8 Mill. M. auf Erweiterung und Umbau vorhandener Bahnhofs-Anlagen bzw. Anlage neuer Haltestellen. Für neue Eisenbahnlinien, Verbesserung von Linien sowie für zweite, dritte und vierte Gleise werden Ansätze in dem diesjährigen Etat nicht gemacht. Auch für die Beschaffung von Betriebsmitteln werden außerordentliche Forderungen nicht gestellt.

Die ungünstige Finanzlage macht sich also zwar nicht in der Höhe der für Bauzwecke ausgeworfenen Beträge, wohl aber in allen Verwaltungen in der Zurückstellung neuer großer Bauausführungen bemerkbar. —



Ansicht eines Teiles der Rückfassade und der einen Seitenfassade.



Teilansicht der Diele mit Kamin und Treppenaufgang.

Herrenhaus des von Jena'schen Gutes in Mühlräditz in Schlesien. Architekt: Rudolph Zahn in Berlin.

Vereine.

Verein für Eisenbahnkunde zu Berlin. Sitzung vom 8. Dez. 1908; Vors.: Dr.-Ing. Schroeder. Es sprach der Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Insp. Denicke unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder über die Hedschasbahn.

Am 1. Sept. 1908, dem Jahrestage der Thronbesteigung des Sultans Abdul Hamid II., wurde vor den Toren Medinas mit großem Pomp die Hedschasbahn Damaskus-Mekka bis Medina in Betrieb gesetzt. Dies ist ein bedeutender Abschnitt eines großen Kulturwerkes, das die Türkei aus eigenen Mitteln und eigener Kraft zustande gebracht hat. Alle übrigen Eisenbahnen der Türkei wurden von fremden Gesellschaften und mit fremdem Gelde erbaut.

Früher zogen die syrischen Pilger und mit ihnen die wertvollen Geschenke des Sultans für den Scherif in Mekka alljährlich in heiliger Karawane unter außerordentlichen Schwierigkeiten in 40 Tagen von Damaskus durch die Wüste zu den heiligen Städten Mekka und Medina. Um diese unsäglichen Mühen den Gläubigen zu erleichtern, zugleich aber auch um die stets zu Aufruhr geneigten Provinzen Arabien und Yemen seinem Reiche fester anzugliedern, faßte der weitblickende und äußerst tatkräftige Sultan den Entschluß, von Damaskus nach Mekka eine Eisenbahn zu erbauen. Er erließ hierzu Anfang 1900 eine Botschaft, alle Gläubigen auffordernd, sich mit Geldspenden an dem heiligen Werke zu beteiligen. Die Mittel liefen reichlich ein; später wurden der Bahn noch einige andere ständige Einnahmequellen eröffnet. Bis zum August 1908 betrugen die Einnahmen 3 189 000 türk. Pfund = rd. 59 Mill. M., die Ausgaben 2 537 000 t. Pf. = 46,93 Mill. M. An der Vollen- dung der Bahn ist daher nicht zu zweifeln. Die technische Leitung des Baues liegt in der Hand eines Deutschen, Meißner Pascha, der mit Geschick und großer Tüchtigkeit bis jetzt alle Schwierigkeiten überwunden hat. Die Bahn folgt von Damaskus bis Medina im allgemeinen der alten Pilgerstraße, bis Der'a parallel der vorhandenen französischen Bahn Damaskus-Müserib, deren Ankauf an der Höhe des Preises scheiterte. Außerdem ist sie durch eine besondere Zweigbahn Haifa-Der'a mit dem Mittelmeer verbunden, da die französische Bahn Beirut-Damaskus über den Libanon nicht leistungsfähig genug ist. Die Spurweite der Bahn beträgt 1,5 m, die größte Steigung 20 auf Tausend, der kleinste Halbmesser 100 m, das Schienen- Gewicht ist 21,5 kg für 1 lfdm, die Schwellen sind aus Eisen. Die Zweiglinie Haifa-Der'a ist ein Aufstieg vom Jordan- Tale nach dem Ost-Jordanlande und reich an Kunstbauten, Brücken und Tunneln, eine äußerst interessante Linie.

Besondere Schwierigkeiten hat die Wasserversorgung in der Wüste bereitet, wo teilweise auf Zisternen, die das Wasser der Winterregen sammeln, hat zurückgegriffen werden müssen. Die Wasserstationen sind in Abständen von 30–70 km, die Kreuzungsstationen alle 10–30 km angelegt.

Der Bau wurde sehr energisch gefördert; so wurden im Jahre 1906/07 288 km und 1907/08 sogar 340 km in der Wüste hergestellt. Die Ausführung erfolgte hier lediglich durch Soldaten, die zu ihrem Lohn für die geleistete Arbeit Akkordprämien bekommen. Da nur die Akkord-Prämien von der Bahn, alle anderen Kosten der Truppen vom Kriegsministerium getragen wurden, war der Bau äußerst billig; das Kilometer kostete einschließlich Betriebsmittel durchschnittlich 41 000 M. Eine Verzinsung und Deckung der Betriebskosten kann trotzdem nicht erfolgen, da kein oder nur ganz geringer Verkehr außer den Pilger- zügen vorhanden ist und die Pilger noch dazu frei befördert werden. Die Reisedauer für die ganze Strecke Da- maskus-Mekka wird 5 Tage betragen. Von den Betriebs- mitteln sind die Lokomotiven und Personenwagen deutsches Erzeugnis, von den Güterwagen nur ein kleiner Teil. —

Die Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur hatte für den 15. Dez. v. J. Förderer und Freunde der Kunst zur Gründung ihrer neuen „Sektion für Kunst der Gegenwart“ geladen. Hr. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Foerster leitete die Versammlung. Auf die Berichterstattung des Hrn. Arch. Henry hin kam die Versammlung zu dem ein- stimmigen Beschluß, die Gründung einer neuen Sektion der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur“ zu vollziehen. Ihr traten 32 Mitglieder bei. Die Arbeit soll in fünf Abteilungen zerfallen, und zwar in Abteilun- gen für „Denkmalpflege und Heimatschutz“, „Architektur und Kunstgewerbe“, „Malerei und Bildhauerkunst“, „Dicht- kunst“, „Musik“. Als Sekretäre wurden gewählt: Arch. Henry für Denkmalpflege und Heimatschutz; Prov.-Kons. Landbauinsp. Dr. Burgemeister für Architektur und Kunstgewerbe; Dir. des Museums der bildenden Künste, Prof. Dr. Janitsch, für Malerei und Bildhauerkunst.

Die Sektion für Kunst der Gegenwart will die Kunst- fragen der Gegenwart behandeln und alle sie fördernden Arbeiten und Bestrebungen unterstützen. —

Vermischtes.

Einrichtung einer Architektur-Abteilung an der städtischen Kunstgewerbe-Schule in Düsseldorf. In ihrer Versammlung vom 17. November 1908 genehmigten die Stadtverordneten von Düsseldorf die Einrichtung einer Architektur-Abteilung an der städtischen Kunstgewerbe-Schule, die eine Mittel- stellung zwischen der Baugewerkschule und der technischen Hochschule bezw. der Akademie einzunehmen berufen ist. Nach den Ausführungen des Hrn. Stadtverordneten Archi- tekten vom Endt verfolgt die Schule das Ziel, den künst- lerischen Teil der architektonischen Ausbildung für die Forderungen des Lebens zu übernehmen, wobei es gleich- gültig ist, wo der Schüler sein technisches Wissen erlangt hat, auf einer technischen Hochschule, einer Baugewerk- schule oder auf dem Architektur-Bureau. Die Hoffnungen auf eine gute Entwicklung dieser Schule gründen sich auf den Umstand, daß es der Stadtverwaltung geglückt ist, in der Person des ausgezeichneten Architekten Wilhelm Kreis einen Direktor der Kunstgewerbe-Schule zu ge- winnen, der im Kunstleben am Niederrhein schon heute die fruchtbarste Rolle spielt und dessen ideale, reife Kunst imstande ist, einen großen Schülerkreis zu begeistern. Als Vorbildung für die Schüler wird entweder ein 3-semesteriges Architektur-Studium an einer technischen Hochschule oder eine durch eine Aufnahme-Prüfung nachzuweisende ander- weitig erlangte technische Ausbildung gefordert. Die Aus- bildung erfolgt im allgemeinen in einem Kursus von zwei Jahren. In 26 Wochenstunden soll der Hauptunterricht im künstlerischen Entwerfen Innen- und Außen-Architektur, sowie die Einzelformen behandeln. Als Ergänzungsfächer sind kunst- und stilgeschichtliche Vorträge, Aktstudien und Tierzeichnen, sowie Pflanzenzeichnen bestimmt. Die Ab- teilung beginnt ihre Tätigkeit mit dem laufenden Jahre. —

Wettbewerbe.

Einen engeren Wettbewerb um Entwürfe für ein frei- stehendes Wohnhaus am Rhein bei Cöln erließ ein Cölner Privatmann unter 7 Cölner Architekten. Es erhielten: den I. Preis Arch. Franz Brantzky, den II. Preis Arch. Paul Bachmann, je einen III. Preis Arch. Gärtner & Berns und Arch. Ludw. Paffendorf. Die Baustelle liegt in male- rischer Umgebung neben einer architektonisch interes- santen mittelalterlichen Kapelle, auf die besondere Rück- sicht zu nehmen war. —

Zum Preisausschreiben um Entwürfe nebst Angeboten für eine neue Straßenbrücke über den Rhein in Rheinfelden sei noch nachgetragen, daß das Preisgericht aus den Hrn. Pro- fessoren Dr. G. Gull und F. L. Schüle in Zürich, sowie R. Moser in Karlsruhe, Ob.-Ing. A. Trautweiler in Straß- burg i. E. und C. Habich-Dietschy in Rheinfelden be- steht. Es handelt sich um den Ersatz einer alten Holz- brücke, deren Oberbau aber schon z. T. durch Eisen er- setzt ist, mit unregelmäßigen Oeffnungen und massiven Pfeilern wechselnder Stärke, die in gebrochener Linie un- ter Benutzung einer mit Gartenanlagen versehenen Insel — Burgkastell — als Zwischenstützpunkt den hier etwa 200 m breiten Strom im Herzen der Stadt überschreitet. Die Richtung der Brücke soll im wesentlichen beibehal- ten werden, ebenso die Höhenlage an den Ufern, wobei noch eine Verbesserung der steilen Rampe angestrebt wird. Gleichzeitig sollen günstige Abflußverhältnisse im Rhein geschaffen werden durch möglichste Einschränkung der Pfeiler und Einfügung einer mindestens 40 m weit ge- spannten Oeffnung im Stromstrich. Holz und Eisen ist als Baumaterial ausgeschlossen, sodaß bei geringer Konstruk- tionshöhe wohl nur mit Hilfe des Eisenbetons eine günstige Lösungsmöglichkeit dürfte. Die Brücke soll architektonisch einfach gehalten sein und mit dem umgebenden Landschafts- bild in Einklang gebracht werden. Das Burgkastell soll im engeren oder weiteren Rahmen einbezogen werden. Auch der Brückenkopf auf der Schweizer Seite ist architektonisch zu betonen (die Kosten sind aber im Anschlag hierfür nicht anzusetzen). Es handelt sich also um eine technisch interessante Aufgabe, bei der auch der Architekt mitwirken muß. Verlangt Lageplan und Ansicht 1:200, Schnitte 1:50, Einzelheiten von Eisenbetonkonstruktionen 1:20 und ein möglichst eingehender revisionsfähiger Kostenanschlag nebst Massenberechnung. Angebote werden zugelassen aber nicht verlangt. Der Gemeinderat behält sich auch völlig freie Hand in bezug auf die Vergebung der Arbeiten vor. Die preis- gekrönten Entwürfe werden Eigentum der Gemeinde (nach den Grundsätzen des Schweiz. Ing.- und Arch.-Vereins).

Inhalt: Herrenhaus des von Jena'schen Gutes in Mühlradlitz in Schles. — Das Bauwesen im preußischen Staatshaushalt für das Verwaltungsjahr 1909 (Schluß). — Vereine. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Herrenhaus des von Jena'schen Gutes in Mühlradlitz in Schlesien.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



CHMUCKHOF DER NEUEN BADE-ANLAGEN
ZU BAD NAUHEIM. * ARCHITEKT: GROSS-
HERZOGLICHER BAUINSPEKTOR JOST. BILD-
HAUER: JOBST. AUSFÜHRUNG: GROSSHER-
ZOGLICHE KERAMISCHE MANUFAKTUR IN
DARMSTADT, LEITER: PROF. SCHARVOGEL.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

*** XLIII. JAHRGANG 1909 * NO. 8. ***



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIII. JAHRGANG. N^o. 8. BERLIN, DEN 27. JANUAR 1909.

Arbeiten der Großherzoglichen keramischen Manufaktur zu Darmstadt
auf der hessischen Landesausstellung 1908.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 47, 48 und 49.



Das jüngste Glied in der großen Reihe von Unternehmungen des Großherzogs von Hessen zur Förderung von Kunst und Kunstgewerbe in seinem Lande ist die Begründung der großherzoglichen keramischen Manufaktur. An der Straße von Darmstadt nach Eberstadt, unterhalb der bewaldeten Ludwigshöhe, ist ihr von dem kunstsinnigen Fürsten ein stattliches Gebäude mit hohem Mansarddach errichtet worden. Als Leiter der Manufaktur hat der Großherzog den Prof. Scharvogel berufen, der schon seit einer Reihe von Jahren in Obersendling bei München eine keramische Werkstätte betrieb. Die Erzeugnisse Scharvogels bestanden bis dahin vorzugsweise aus glasierten Steinzeugwaren, Luxusgefäßen und Fliesen; sie waren zum ersten Mal auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900, wo sie mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurden, in weiteren Kreisen bekannt geworden. Ihre Formen und Farbgebung, bei der Scharvogel von tüchtigen Mitarbeitern, wie Schmuz-Baudiss, L. Habich u. a., unterstützt wurde, war bei großer Eigenart und Selbständigkeit der Erfindung von ostasiatischen Erzeugnissen beeinflusst.

Diese Steinzeugfabrikation wurde von der Münchener Werkstätte nach Darmstadt übertragen, aber gleichzeitig nahm Scharvogel auch die Herstellung von Terrakotten für künstlerischen Gartenschmuck auf und zwar auf persönliche Anregung des Großherzogs. Diese Anregung war zweifellos eine glückliche und zeitgemäße, da man ja auch bei uns wieder angefangen hat, sich den regelmäßigen und geradlinigen Gartenanlagen zuzuwenden, die vielfach eines architektonischen und bildnerischen Schmuckes als notwendige Ergänzung bedürfen. Im Sommer des Jahres 1906 wurde die keramische Manufaktur in Betrieb genommen; doch verstrich noch fast ein Jahr, bis man die neuen Oefen und Einrichtungen, die wesentlich umfangreicher als die der Münchener Werkstätte und teilweise ganz verschieden von ihnen waren, soweit erprobt hatte, daß sie einen ruhigen und sicheren Betrieb gewährleisteten.

Inzwischen aber war das Arbeitsfeld der Manufaktur noch um ein weiteres vielversprechendes Gebiet erweitert worden: um die Herstellung von Bau-Terrakotten. Den Anstoß hierzu hatte die Bauverwaltung des hessischen Ministeriums gegeben durch den Auftrag, in dem großherzoglichen Soolbad Nauheim einen Schmuckhof sowie eine anstoßende Trink- und Wartehalle keramisch auszustatten. Diese beiden Raumgestaltungen wurden in dem von Albin Müller entworfenen Gebäude für angewandte Kunst vor ihrer Uebersiedelung nach Nauheim ausgestellt und sind hier in Abbildungen wiedergegeben.

Wer die Verwendung von Terrakotten in Deutsch-

land während der letzten 25 Jahre beobachtete, weiß, daß sie sich gegen die vorhergehende Zeit in einem stetigen Rückgang befunden hat; ja es scheint fast, als ob lange Zeit geradezu eine Abneigung gegen sie bei den Baukünstlern bestanden habe. Eine solche Abneigung läßt sich wohl erklären als eine Reaktion gegen das Surrogatwesen, da wohl der größte Teil der Erzeugnisse unserer Terrakotta-Fabrikation früher als billiger Ersatz für Sandsteinarbeiten Verwendung fand. Man darf aber auch nicht übersehen, daß die in jener Zeit herrschende Stilrichtung, die deutsche Renaissance, der Verwendung von Terrakotten wenig günstig war.

Dieser letzte Umstand trifft nun auf die heutige Richtung der Baukunst keineswegs zu, es war vielmehr die Verwendung der Keramik in der Architektur bereits auf der ersten Darmstädter Ausstellung im Jahre



Aufstellung der Vasen im Schmuckhof.

1897 von Olbrich versucht worden. Wenn man aber seither über diese ersten Versuche nicht viel weiter hinaus kam, so lag dies wohl an der etwas überhasteten und raschen Entwicklung unserer heutigen Kunst. Von dem ersten Entwurf bis zur Fertigstellung eines keramischen Erzeugnisses führt ein verhältnismäßig zeitraubender Weg, der manchem unserer Künstler zu beschwerlich und mühsam erschien. Hierzu kam noch, daß es galt, Neues zu schaffen und Formen zu erfinden, die sich einer eigenartigen und schwierigen Technik anpassen mußten. Von diesem Standpunkte aus betrachtet ist es sehr erfreulich, daß sich gerade die Darmstädter Manufaktur einem Gebiete zugewendet hat, welches mehr oder weniger abseits von den Wegen lag, die von der angewandten Kunst in der letzten Zeit eingeschlagen wurden.

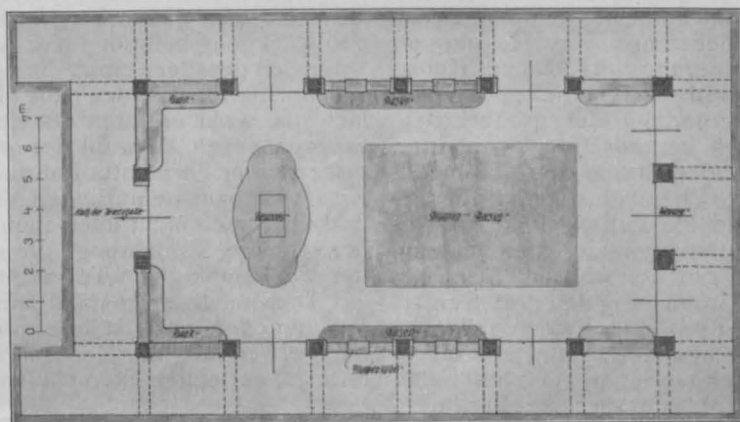
Wie aus dem beistehenden Grundriß, der den mittleren Teil des Müller'schen Ausstellungs-Gebäudes darstellt, hervorgeht, handelt es sich um einen rechteckigen Schmuckhof von etwa 8 auf 14,6 m Größe im Lichten; dieser Hof ist von einem Wandelgang umgeben, dessen Pultdach sich gegen die das Ganze abschließenden höheren Gebäude anlehnt.^{*)}

Der Hof enthält einen zierlichen Brunnen mit figürlichem Schmuck aus dunkel patinierter Bronze, umgeben von gärtnerischen Anlagen. Das Dach der vorerwähnten Wandelhalle wird von rechteckigen Pfeilern gestützt, die ebenso wie die Brüstung vollständig mit Terrakotta verkleidet sind. Der plastische Schmuck der Pfeiler ist sehr reich; auf einem kräftigen Sockel erheben sich an der

Vorderseite abwechselnd eine männliche und eine weibliche Gestalt, umgeben von Kinderfigürchen. Die in einer flachen, weichen Linie gehaltene Verkleidung des Dachträgers enthält in der Mitte jeder Oeffnung einen schlußsteinartig wirkenden Kopf.

Als Material ist eine gelbrötliche scharfgebrannte Terrakotta von feiner glatter Oberfläche gewählt, also eine Farbe, von der man nicht sagen kann, daß sie neu und eigenartig sei. Wenn man aber sieht, wie vorzüglich gerade sie sowohl mit dem grünen Laub und den

^{*)} Anmerkung der Redaktion. Der Hof bildet einen Teil der neuen Bade-Anlagen in Nauheim, die zurzeit ihrer Vollendung entgegengehen und der Klage über die zu geringe Anzahl von Bädern abhelfen sollen. Wie der Grundriß der Gesamt-Anlage, in welcher der hier besprochene Schmuckhof durch kreuzweise Schraffierung ausgezeichnet ist, zeigt, handelt es sich um Neuschöpfungen von unzweifelhaft großem Gedanken und mit voller Berücksichtigung des durch die Kunst gegebenen psychischen Momentes. Daß der Grundriß der Gesamt-Anlage in Einzelheiten nicht mit der Ausführung übereinstimmt, ist für die Würdigung unseres Schmuckhofes von geringerer Bedeutung. —



Badenhaus X Süd. Schmuckhof.

bunten Blumen der gärtnerischen Anlagen, wie auch mit dem roten Ziegeldach des Umganges und der dunklen Bronze des feinen reizvollen Brunnens zusammenstimmt; wenn man namentlich beobachtet, wie in den leuchtenden Strahlen der Sonne die lebhaften Farben des Hofes zusammenfließen, und sich in ausgezeichneter Weise ergänzen, so wird man diese Zurückhaltung nur verständlich und wohlüberlegt finden.

Die Modelle für die Terrakotten stammen ebenso wie die des Brunnens von dem Bildhauer Jobst, einem Mitglied der Darmstädter Künstlerkolonie. Sie passen sich glücklich den Eigenschaften des Materials durch eine weiche Behandlung an, trotz strenger, dem architektonischen Rahmen des Ganzen trefflich eingefügter Stilisierung. Dasselbe gilt auch für die Füllungen in den Putzflächen der Wände oberhalb des Pultdaches, die mit Centauern und Fabelwesen belebt sind.

Die Trink- und Warthalle, die sich in der Längsachse an den Schmuckhof anschließt, ist im Gegensatz zu diesem mit glasierten, teilweise kräftig reliefierten Kacheln bekleidet. Den Scherben bildet das scharfgebrannte Steinzeug; die Scharffeuerglasuren sind wie bei den älteren Erzeugnissen Scharvogels geflammt

und zeigen einen dunklen, bräunlichen Grund mit helleren eingespritzten Tönen.

Die plastischen Teile hat der Bildhauer Karl Huber in Offenbach modelliert, einzelne Teile sind mit einer weißen, opaken Glasur bedeckt, wodurch eine gute Wirkung erzielt wurde. Den oberen Teil der Halle nehmen 6 große Wandbilder von Ludwig von Hofmann ein.

In den Anlagen der Ausstellung wa-

ren auch die Blumenkübel, Vasen und Pfeileraufsätze für Gartenschmuck zahlreich vertreten. Sie waren in der rötlich gelben Färbung des Schmuckhofes gehalten und zeigen eigenartige, kräftige Formen, die von Jobst, Huber und Scharvogel stammen.

Die Entwürfe zu dem Schmuckhof sind vom großh. Bauinsp. Jost, die für die innere Ausstattung der Trink- und Warthalle vom großh. Reg-Bmstr. Seerth angefertigt worden.

Betrachtet man die vielseitigen Erzeugnisse der großherzoglichen keramischen Manufaktur in Darmstadt, so geben sie das Bild einer sehr erfreulichen und sicheren Fortentwicklung, von der man in der Zukunft noch vieles Treffliche erwarten kann. Sie bieten insbesondere dem Baukünstler ein technisch und künstlerisch in hohem Grade willkommenes Material, für dessen Verwendung in der Baukunst noch ein weites Gebiet offen steht. —

G. Wolff.

Hochwasserschutz für Breslau.

Von Wannovius, Direktor der städt. Kanalisationswerke in Breslau.

In der Zeit vom 25. November bis 23. Dezember 1908 hat auf dem kgl. Oberpräsidium in Breslau ein Entwurf zur öffentlichen Kenntnisnahme ausgelegen, der in Ausführung des Odergesetzes vom Jahre 1905 die Besserung der Hochwasser-Verhältnisse von Breslau bezweckt.

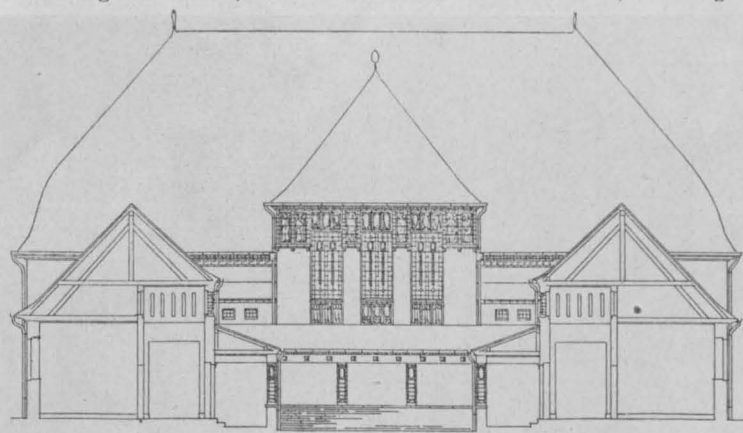
Die Notwendigkeit zur Besserung der Abflußverhältnisse der Oder in der Niederung bei Breslau war aus der Wirkung der Ende des 18. und in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mehrfach niedergegangenen außerordentlich großen Hochwasser längst erkannt; man war der Frage schon vor Jahrzehnten näher getreten und hätte auch gelegentlich der Herstellung des Großschiffahrtsweges durch Breslau in den 90er Jahren wohl eine Lösung gefunden, wenn damals nicht unsinnige Grundstücks-Spekulation die Absichten der Regierung durchkreuzt und die zur Durchführung des Planes nötigen Grunderwerbungen

unmöglich gemacht hätte. Das Scheitern des damals aufgestellten sogen. Schwarzwasser-Projektes ließ zwar die Sache nicht einschlafen, doch wurde sie auch nicht gerade als dringlich behandelt, zumal seit 1854 kein Hochwasser aufgetreten war, das die drohende Gefahr wieder einmal etwas näher vor Augen gerückt hätte. Da brachte der Juli 1903 die bekannte Hochwasser-Katastrophe, und unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung wurden die Arbeiten für den Hochwasserschutz von Breslau mit erneutem Eifer wieder aufgenommen und so gefördert, daß zunächst im Jahre 1905 das Odergesetz zustande kam, dann im Sommer 1906 der „Allgemeine Plan“ zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflut-Verhältnisse an der oberen und mittleren Oder, und daß jetzt der Entwurf zur Besserung der Hochwasser-Verhältnisse bei Breslau ausgelegt werden konnte.

Von den im Erläuterungsbericht zu diesem Entwurf ausführlich erörterten Abflußverhältnissen der Oder in der Niederung einst und jetzt soll hier kurz bemerkt werden,

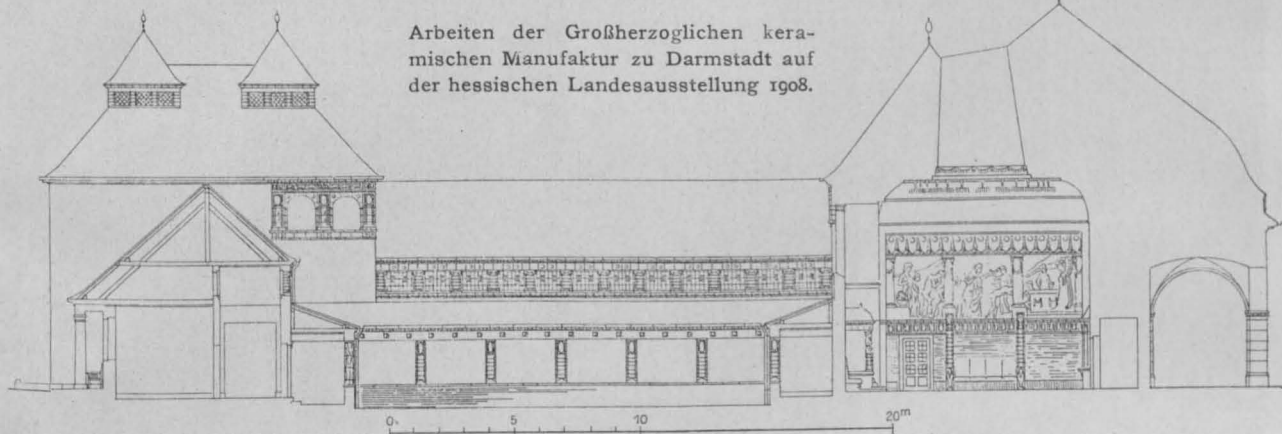
daß sich an der Abführung des Hochwassers die Ohle, die Oder, das Schwarzwasser und die Weide mit ihren Tälern beteiligen, und daß die Hochwasser in früheren Zeiten bei Breslau einen erheblich niedrigeren Stand hatten, weil sie die Niederung in ihrer ganzen Breite von Morgenau bis Hundsfeld fast ungehindert überströmen konnten. Im Laufe der Jahrhunderte sind zunächst durch Besiedelung und Befestigung der leicht beweglichen Alluvialgeschiebe, dann durch Einbauten von Mühlwehren in die Stromläufe und durch Abschluß seltener in Wirksamkeit tretender Arme der Oder, endlich durch Eindeichung besiedelter und niedrig gelegener Gelände dem Strom immer mehr Flächen entzogen, sodaß der Hochwasserspiegel bei Breslau entsprechend der Beschränkung des Abflußquerschnittes allmählich zu immer größerer Höhe anschwellen mußte.

Durch die auf Grund des Odergesetzes an der oberen Oder zur Ausführung kommenden Ueberlaufpolder wird die in der Sekunde abfließende Hochwassermenge in Breslau künftig zwar relativ geringer sein, doch ist nicht unwahr-



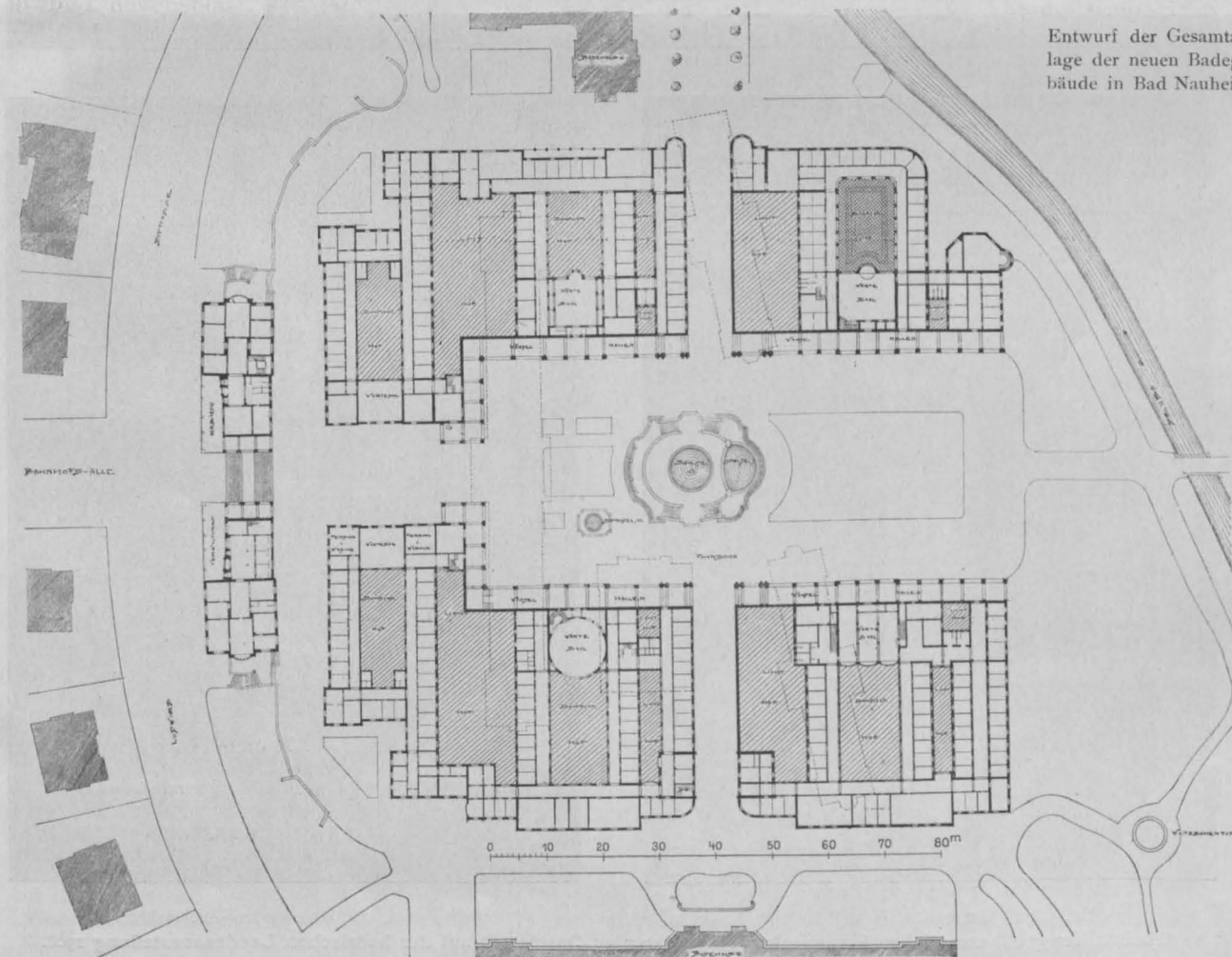
Ansicht des Wartesaales vom Schmuckhof aus.

Arbeiten der Großherzoglichen keramischen Manufaktur zu Darmstadt auf der hessischen Landesausstellung 1908.



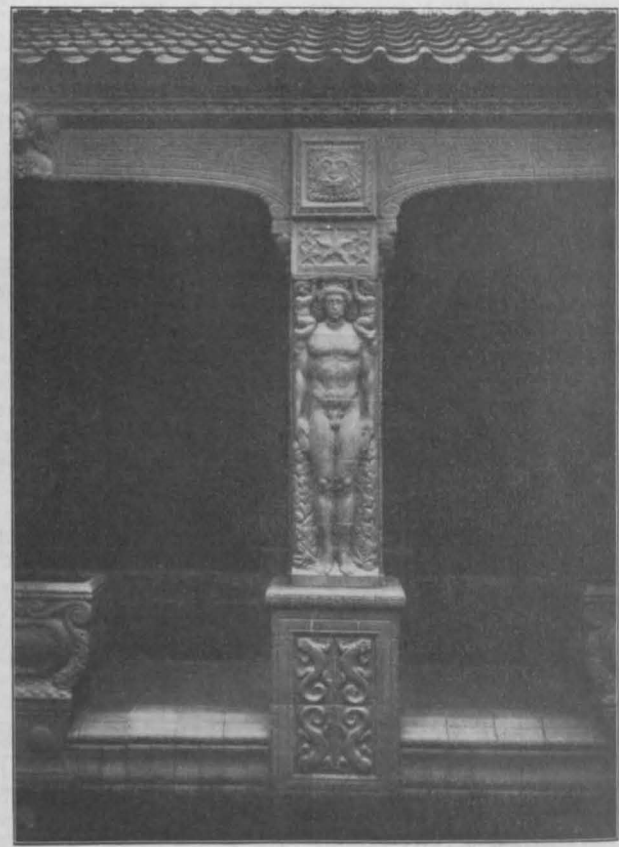
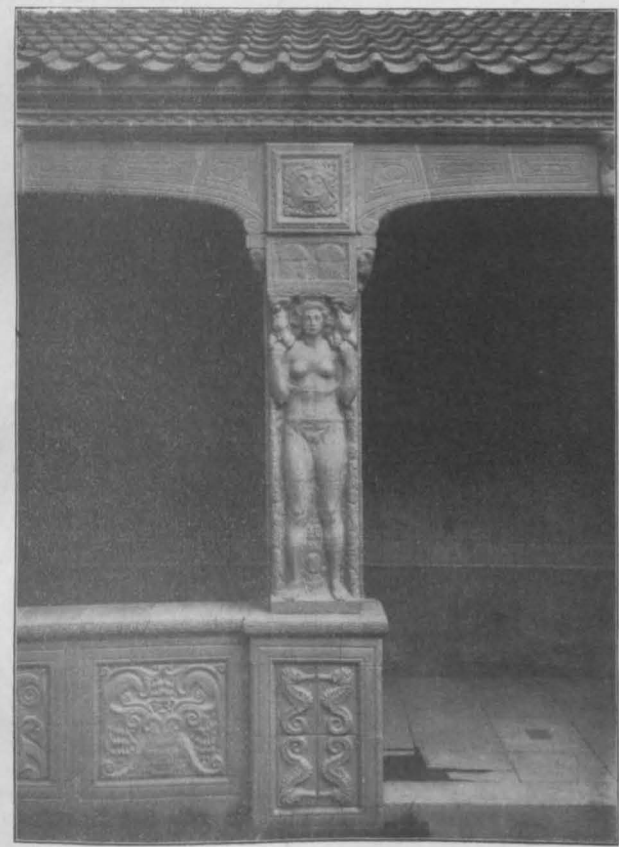
Ansicht der Westseite des Schmuckhofes.

Entwurf der Gesamtanlage der neuen Badegebäude in Bad Nauheim.



scheinlich, daß die bekannten früheren höchsten Hochwasser von 1813, 1831, 1854 und 1903 noch übertroffen werden, wenn größere Gebiete als bei den bisherigen Hoch-

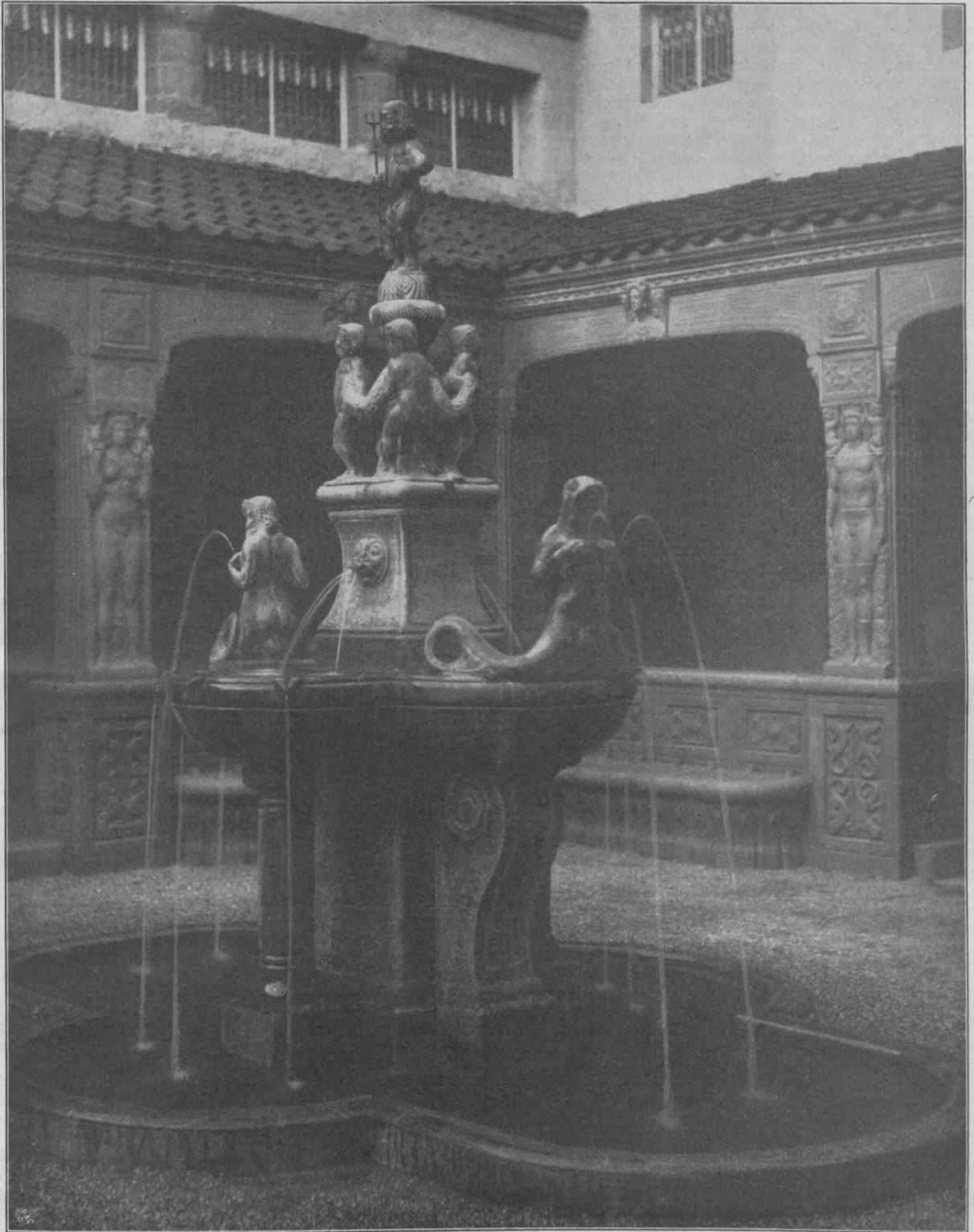
wassern, wo die Hauptmassen der Niederschläge meist nur auf dem linken Ufer und im Quellgebiet der Oder niedergegangen sind, gleichzeitig durch außergewöhnliche Regen-



Schmuckhof der neuen Badegebäude in Nauheim. Trink- und Wartehalle, sowie Stützen der Hof-Architektur.
Arbeiten der großherzoglichen keramischen Manufaktur zu Darmstadt auf der hessischen Landesausstellung 1908.

fälle betroffen werden, oder wenn durch zeitliche Verschiebung der Regenfälle in den einzelnen Gebieten die Hochflutwellen aus den verschiedenen Nebenflüssen und der oberen Oder mit ihren Scheiteln mehr zusammentreffen, als dies z. B. im Jahre 1903 der Fall gewesen ist. Es darf bei der Beurteilung der künftigen Hochwasser ferner nicht außer acht gelassen werden, daß die sekundlich in der Oder zum Abfluß kommende Hochwassermenge durch

Schließlich ist auch noch darauf hingewiesen, daß die bei Hochwassern nach der Ohle-Niederung abfließende Wassermenge stetig gewachsen ist und daß bei der Beweglichkeit des Bodens ein plötzlicher Durchbruch der Oder nach der Ohle-Niederung und dadurch eine in ihren Folgen unübersehbare Wassernot für Breslau nicht ausgeschlossen ist. Nach einer allgemeinen Betrachtung über die Folge trockener Perioden auf nasse und umgekehrt



Schmuckhof der neuen Badegebäude in Nauheim. Zierbrunnen aus Bronze nach dem Modell des Hrn. Bildbauer Jobst in Darmstadt. Arbeiten der großherzoglichen keramischen Manufaktur zu Darmstadt auf der hessischen Landesausstellung 1908.

die auf österreichischem Gebiet fortschreitende Einengung des Odertales naturgemäß vermehrt wird und daß auch die bisher beobachteten Hochwasser eine viel größere Höhe erreicht hätten, wenn die Fluten nicht infolge zahlreicher Deichbrüche in die Niederungen abgeströmt wären. Dieser Fall wird künftig für Breslau nicht mehr helfend in Betracht kommen, da die nach dem Odergesetz hochwasserfrei bleibenden Deiche normalisiert werden sollen und ein Bruch der Normaldeiche so gut wie ausgeschlossen ist.

und nach Aufzählung einer Reihe großer Hochwasser in den Jahren 1821 bis 1854 — wobei wir aber alle Winter-Hochwasser vermissen, von denen nach den Breslauer Pegelaufzeichnungen vier zu den im Erläuterungsbericht als „Katastrophen-Hochwasser“ bezeichneten gehören — werden besonders zahlreiche schwere Hochwasser bei Breslau in den nächsten 50 Jahren nicht als unwahrscheinlich bezeichnet und im Anschluß daran die Nachteile und Gefahren des gegenwärtigen Zustandes beleuchtet.

Hierbei wird auf die unmittelbaren Wirkungen (Ueberschwemmung eines Teiles der inneren Stadt, Einsturz eines großen Fabrikgebäudes, starke Gefährdung des Barteln-Scheitnitzer Polders mit seinen wertvollen Anlagen und Baulichkeiten) und den hohen Stand des Hochwassers von 1903 hingewiesen, das am Oberpegel mit + 7,66 um 2 cm höher und am Unterpegel mit + 5,50 um nur 7 cm niedriger als das von 1854 gewesen ist, obwohl dieses ihm bezüglich der sekundlichen Abflußmenge erheblich überlegen gewesen war. Das Hochwasservon 1903 brachte 2400 cbm/Sek., das von 1854 dagegen nach Schätzungen aus dem Umfang der überströmten Gebiete gegen 3000 cbm/Sek.

Ferner wird als Folge der hohen Hochwasser die dauernde Vertiefung der Sohle des Strombettes im Unterwasser betrachtet — sie hat nach vorhandenen Peilungen in den letzten 10 Jahren rund 80 cm betragen —, die mit ihrer Zunahme für den Bestand der Ufermauern usw. immer bedrohlicher wird und auch die letzte Ursache des vor etwa 2 Jahren erfolgten Einsturzes des kgl. Packhofes sein soll. Als ganz besonders schädlich wird auch der Umstand bezeichnet, daß wegen des stetigen Anwachsens des Hochwasserspiegels eine weitere Bebauung der jetzt noch dem Hochwasser zugänglichen Gelände nicht mehr gestattet werden könne und daß dadurch die gesunde Entwicklung der Stadt im Osten und Nordosten unterbunden wäre. Allein der letztere Grund empfehle schon die Aenderung der Hochwasserverhältnisse, und es werden als Mittel dazu, die rücksichtlich der Kosten und des gegenwärtigen Zustandes des Strombettes innerhalb der Stadtgrenzen allein in Frage kommen könnten, zwei Möglichkeiten bezeichnet: entweder die Herstellung einer Flutmulde durch das Schwarzwassertal in Verbindung mit einer kleineren Mulde nach dem Weidetal, oder die Herstellung einer großen Flutmulde vom oberen Schwarzwassertal nach dem Weidetal und die Ableitung der ganzen schädlichen Hochwassermenge durch das Weidetal.

Gegen die Benutzung des Schwarzwassertales wird angeführt, daß die Alte Oder von der Einmündung des Schwarzwassers bis zu ihrer Vereinigung mit der Oder unterhalb der Stadt in unerwünscht großer Weise belastet und die Oder von der Einmündung der Alten Oder ab in der früheren Weise beansprucht werden müßte, daß also dadurch die Frage der Absenkung des Hochwassers unterhalb der Wehre in der Stadt ungelöst bleiben und außerdem der neue Flutkanal in unmittelbarer Nähe der Stadt hinsichtlich der Ausnutzung der Gelände nicht wünschenswert sein würde.

Bei der Wahl des Weidetales könne dagegen die Oder von der Abzweigung der Flutmulde bis zur Mündung der Weide in die Oder erheblich abgesenkt und es könnten damit alle jetzt während und infolge der Hochwasser auftretenden Schäden beseitigt werden. Da auch das Weidetal in frühester Zeit bei Abführung der Hochwasser erheblich mehr als in den letzten Jahrhunderten beteiligt gewesen und, seiner Beschaffenheit nach, vorbehaltlich notwendiger, verhältnismäßig nicht allzu großer Aenderungen, auch jetzt dazu durchaus geeignet sei, auch ein Kostenvergleich für den Weg durch die Weide jedenfalls nicht erheblich größere finanzielle Opfer erfordere als für den durch das Schwarzwasser, glaube man, durch die Ableitung des Hochwassers durch das Weidetal die Breslauer Hochwasserfrage am zweckmäßigsten gelöst zu haben.

Dem Entwurf ist die Annahme zugrunde gelegt, daß die sekundliche Hochwassermenge von 1903 ungefährlich abgeführt werden kann, ohne daß dabei in der Stadt ein höherer Wasserstand (+ 7,08 a. O. P. und + 4,67 a. U. P.) eintritt, als er bei dem Hochwasser von 1891 erreicht wurde.

Das Hochwasser von 1903, das von den 4 größten Hochwassern des letzten Jahrhunderts das kleinste ist, wurde gewählt, weil über seinen Verlauf nach Größe und Menge die sichersten Aufzeichnungen vorhanden sind. Mit den baulichen Einrichtungen soll über das berechnete Maß hinausgegangen werden, sodaß auch größere Hochwasser ohne erhebliche Schäden abfließen können.

Aus der Skizze, Abbildung 1, sind diejenigen Wassermengen ersichtlich, die bei dem letzten Katastrophen-Hochwasser im Juli 1903 durch die verschiedenen Wasserläufe abgeflossen sind und die nach dem neuen Entwurf bei gleichen sekundlichen Hochwassermengen künftig da-

durch abfließen sollen. Die eingetragenen Zahlen, von denen die auf das Hochwasser von 1903 sich beziehenden eingeklammert sind, geben die sekundliche Wassermenge in Kubikmetern an. Während also früher in der Strom-Oder durch die Stadt selbst 1200 cbm durch die Alte Oder 1050 „ und durch das Weidetal 200 „

abflossen, also zusammen 2450 cbm sollen künftig nur 850 cbm in der Strom-Oder durch die Stadt, 530 „ durch die Alte Oder und 1070 „ durch das Weidetal,

zusammen wieder 2450 cbm gehen.

Die Abzweigung zum Weidetal — vergl. den Lageplan, Abbildung 2, der in kräftigen „ausgezogenen“ Linien den Entwurf und in „gestrichelten, wagrecht anschräffierten“ Linien die Grenzen des Ueberschwemmungsgebietes von 1903 im Osten und Nordosten der Stadt zeigt — ist etwa 5 km oberhalb der Stadt an das obere Ende des Schwarzwassertales gelegt und es ist ohne Veränderung des eigentlichen Ufergeländes eine Mulde von der Schwarzwasser-Niederung oberhalb des Dorfes Schwoitsch nach der Weide geführt, die zur Abführung der fraglichen Wassermenge eine außergewöhnliche Breite hätte erhalten müssen, wenn der Wasserspiegel von 1903 beibehalten wäre. Mit Rücksicht auf die Kostenfrage soll die Breite der Mulde auf 500 m beschränkt und der Wasserstand an der Abzweigung etwas gehoben werden. Diese Anstauung hat bei Treschen, km 242, ihre größte Höhe mit 55 cm; sie verschwindet oberhalb etwa bei Margareth, km 235,5, und unterhalb etwa bei km 245. Zwecks Erhaltung eines möglichst großen Teiles der gewaltigen Oder-Ohle-Niederung als Aufspeicherungsraum für das Hochwasser ist die Anstauung des Wassers nicht durch Eindeichung der Oder, sondern durch Ein-

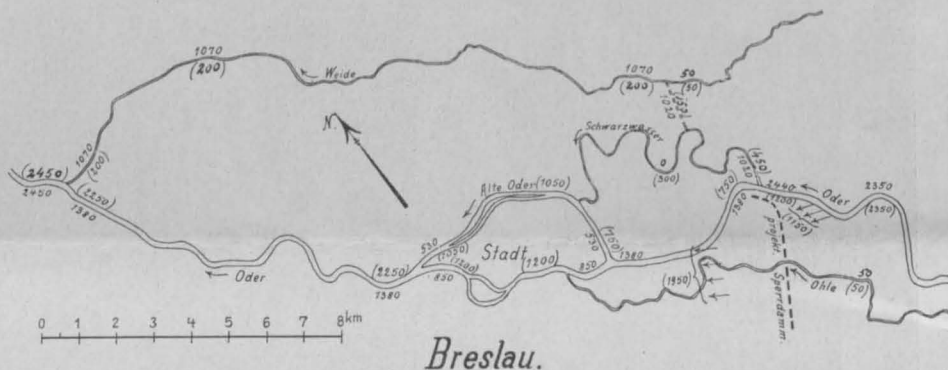


Abbildung 1. Uebersichtsplan der Oder bei Breslau und ihrer Zuflüsse mit Angabe der Wasserführung beim Hochwasser 1903 (eingeklammerte Zahlen in cbm/Sek.) und der geplanten Wasserverteilung.

engung des Hochwasser-Querschnittes der Oder, km 244, an der Abzweigung der Mulde durch einen von Süden nach Norden sich hinziehenden Damm auf dem linken Oder-Ufer bewirkt, der den Durchfluß des Hochwassers durch die Niederung sperrt.

Für die Gewinnung eines noch größeren Beckens zur Aufspeicherung wäre die Verschiebung des Sperrdammes nach unterhalb noch günstiger gewesen, doch hat davon abgesehen werden müssen, weil die Ueberleitung in die rechtsseitige, oberhalb des Schwarzwassers gelegene große Wiesenniederung dann nicht mehr genügend gesichert sein würde und leicht eine zu große Wassermenge der Stadt zufließen könnte. Zur Erhaltung der Durchströmung der unterhalb gelegenen Wiesen-Niederung und für den Ohle-Fluß selbst erhält der Sperrdamm 2 Durchlässe für 30 bzw. 50 cbm/Sek. Leistung, die bei höchstem Hochwasser verschlossen werden sollen.

Oberhalb des Sperrdammes, dessen Krone 2 m über den voraussichtlichen Hochwasserspiegel gelegt wird und der zugleich einen hochwasserfreien Verbindungsweg für die unterhalb am Damm gelegenen Ortschaften Outwitz und Althofnass mit Breslau bildet, ist infolge Hebung des Hochwasserstandes eine Erhöhung und Verstärkung der anschließenden Deiche nötig. Außerdem sollen dort einige Ortschaften und Gehöfte durch Deiche geschützt, die der Ueberströmung und dem Durchfluß hinderlichen Deiche beseitigt, vorspringende Deichecken durch Zurücklegen der Deiche entfernt und eine der Ueberschwemmung preisgegebene Ortschaft (Pleischwitz) verlegt werden.

Unterhalb des Sperrdammes soll auf dem rechten Oderufer nur der Deich von der Schwarzwasser-Niederung bis Bischofswalde der Anstauung des Hochwasserspiegels und der vergrößerten Strömung entsprechend erhöht und gesichert werden; auf dem linken Oderufer soll der unmittelbar an den Sperrdamm stoßende Teil der Oder—

Ohle-Niederung, in dem die vorhandenen Deiche der Ortschaften Ottwitz, Altholnass und Neuhaus hochwasserfrei hergestellt werden, für die Ueberströmung durch das Hochwasser erhalten bleiben, dagegen der unterste Teil der Niederung bis zur Stadt mit den Ortschaften Gr.- und Kl.-Tschansch und den jetzt nicht hochwasserfrei liegenden Poldern Wolfswinkel, Pirscham, Zedlitz und Morgenau durch

Jahre 1903, so wird auch der Hochwasserspiegel erheblich abgesenkt werden. Diese Senkung beginnt bei km 245 und beträgt an den Wehren in der Stadt, km 252,3, etwa 90 cm; ebenso groß soll auch die Absenkung im Unterwasser und im weiteren Laufe der Oder bis zur Mündung der Weide, km 267 der Oder, sein. (Die Absenkung von 90 cm an der Weidemündung, wo sich sämtliche Hochwassermassen



Abbildung 2. Lageplan von Breslau und Umgebung mit Eintragung der geplanten Anlagen für den Hochwasserschutz.

einen, längs der Oder zur Verbreiterung des Hochwasserbettes etwas landwärts gelegten Deich dem Hochwasser entzogen und der sicheren Bebauung freigegeben werden. Der Durchfluß der Ohle durch diesen Teil der Niederung bleibt durch Sperrschleusen gesichert.
Da, wie bereits gesagt, die durch die Stadt und um sie herum durch die Alte Oder abzuführende sekundliche Hochwassermenge sehr viel geringer sein soll, als die vom

wieder vereinigen und an der sekundlichen Abflußmenge gegen früher nichts geändert wird, muß auffallen, denn durch den Pannwitzer Polder zwischen Weide- und Lohe-Fluß, der gegenwärtig unabhängig vom vorliegenden Entwurf in einen Ueberlaufpolder von etwa 2 qkm Fläche umgebaut wird, kann sie in dieser Höhe nicht bewirkt sein.)
Infolge der bedeutenden Absenkung des Hochwasser-Spiegels in der Oder sind weder in der Stadt noch im

unteren Oderlauf bis zur Weidemündung Schutzmaßregeln nötig, abgesehen von einem Deich auf dem rechten Ufer der Alten Oder zwischen Fürsten-Brücke und Hundsfelder Chaussee-Brücke zum Schutz des unteren Schwarzwasser-Tales gegen Eindringen von Hochwasser aus der Alten Oder her.

Das Schwarzwassertal wird dem Hochwasser vollständig entzogen und dazu auch am oberen Ende an der Flutmulde nach der Weide durch einen Deich gesperrt, der ebenso wie der Schutzdeich an der Mündung des Schwarzwassers in die Alte Oder mit verschließbarem Siel versehen ist, um dem Schwarzwasser selbst und dem in der großen Wiesenniederung oberhalb der Mulde nach dem Weidetal nach Hochwassern zurückbleibenden Wasser Abfluß zu geben.

Die nach dem Weidetal abgezweigte 500 m breite Flutmulde ist mit hochwasserfreien Deichen eingefast. Das

tiefer als das Schwarzwassertal liegende Weidetal macht die Anlage eines Abfallwehres im Ueberlauf nötig, das auf 200 m Breite beschränkt ist und eine Abschluß-Vorrichtung durch Schütze und bewegliche Griesstände erhalten soll. Gewöhnlich bleibt das Wehr geschlossen, und „erst bei Katastrophen-Hochwassern (solche, welche mehr als 1380 cbm Sek. abführen) muß es geöffnet und damit das Weidetal in Anspruch genommen werden“.

Mit diesem Wehr ist eine Brücke zur Ueberführung der Chaussee Breslau-Gr. Näditz, die an der Kreuzung mit der Flutmulde verlegt werden soll, vereinigt.

Unterhalb des Wehres wird die Flutmulde wieder verbreitert und der rechtsseitige Deich im Weidetal am linken Ufer des Weideflusses rd. 1,5 km abwärts geführt, „um den Rückstau nach oberhalb möglichst zu vermeiden“. —

(Schluß folgt.)

Vereine.

Vereinigung Berliner Architekten. 4. Ord. Versammlung am 3. Dez. 1908 unter Vors. des Hrn. Kayser.

Nachdem der Vorsitzende Hrn. Reg.-Bmstr. Breslauer als neues Mitglied der Vereinigung begrüßt hatte, ergriff Hr. Jansen das Wort zur „Vorführung und Erläuterung der Pläne für den Wettbewerb Groß-Berlin“. Es handelte sich um die als Unterlagen für den Wettbewerb dienenden Pläne. Seinen Betrachtungen lag hauptsächlich der Gesamtplan im Maßstab 1:25000 zugrunde. Daß dieser schöne Plan in seiner Vollständigkeit zustande gekommen ist, kann als Verdienst der Vereinigung Berliner Architekten angesehen werden. Es ist durch seine Herstellung eine außerordentlich große Arbeit geleistet worden. Er umfaßt ein Gebiet von 2000 qkm. Leider war Hr. Heimann, der sich bei der Herstellung dieses Planes in erster Linie betätigt hat, durch Krankheit verhindert, die Erläuterungen selbst zu geben. Das, was auf dem Plan zu sehen ist, stellt nach Ansicht des Redners einen großen Uebelstand dar. Man sieht auf ihm die Bebauungspläne von 176 Gemeinden, zum größten Teil ohne Verständnis für hygienische und künstlerische Gesichtspunkte aufgestellt. Den Behörden kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie nichts getan haben, um Berlin zu einer schönen Stadt zu gestalten. Im Gegensatz zu diesem Bild zeigt Hr. Jansen den Plan von Groß-Wien, den er als Ideal eines Großstadt-Planes hinstellt. Auch der Plan von London mit seinen vielen über das Stadtgebiet verstreuten Wald- und sonstigen freien Flächen ist besser, als derjenige von Berlin. Berlin nennt er den Parvenu unter den Großstädten. Redner schließt seine bemerkenswerten Ausführungen mit den Worten: „Aus dem Gewirr herauszukommen, ist sehr schwer. Die Architekten werden es versuchen, aber gelingen wird es kaum“.

Dieser pessimistischen Anschauung kann Hr. Kayser nicht beipflichten. Er ist der Ueberzeugung, daß der bevorstehende Wettbewerb Groß-Berlin den Gemeinden die Augen öffnen wird darüber, wie Bebauungspläne praktisch und schön aufzustellen seien, und daß viele Gemeinden ihre bereits aufgestellten Bebauungspläne dann noch ändern werden. Es müsse erreicht werden, daß ein Staatsgesetz durchgeht, nach welchem in der Folge jede Gemeinde einen Teil ihres Geländes für öffentliche Anlagen freigeben muß. Hierdurch würde sehr viel gewonnen werden. Es müsse auch dahin gestrebt werden, daß die schönen Punkte der Umgebung Berlins während des Winters für den Verkehr offen bleiben, während jetzt der Winterverkehr ein sehr geringer sei.

In ähnlichem Sinne sprach sich Hr. Körte aus, der im übrigen die Behörden gegen die von Jansen erhobenen Vorwürfe in Schutz nimmt, indem er betont, daß bei der ungeahnten Entwicklung Berlins früher Niemand imstande gewesen sei, diejenige Vorsorge zu treffen, die heute nachträglich verlangt wird. —

B.

Wettbewerbe.

Der Wettbewerb zur Erlangung von Skizzen für den Bau eines dritten Stadttheaters in Riga hat nur vorbereitenden Charakter, denn eine bestimmte Baustelle ist ihm nicht zugrunde gelegt. Das Theater soll die Eigenschaften eines modernen Volkstheaters mit 1800 Plätzen, darunter 2–300 Stehplätze, haben und eine tunlichst geringe Grundfläche erfordern. Die Bühne ist ohne Anlage einer Hinterbühne für Schauspiel, Oper und Konzert einzurichten. Ueber Stil, Material und Beteiligung eines Siegers an der Ausführung sind Angaben nicht gemacht. Maßstab der Zeichnungen 1:200. Ankäufe nicht preisgekrönter Skizzen für je 150 Rbl. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Arch. Bockslaff, Prof. Hoffmann, Arch. Mehlbart und Architekt Schmälting, sämtlich in Riga. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Kurhaus in Warnemünde wird von der Badeverwaltung unter den reichsdeutschen und im deutschen Reiche ansässigen Architekten zum 31. Mai 1909 erlassen. Es gelangen 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 M. zur Verteilung. Der Ankauf dreier nicht preisgekrönter Entwürfe für je 500 M. ist vorbehalten. Unter den Preisrichtern befinden sich die Hrn. Prof. Martin Dülfer in Dresden, Baudir. G. Hamann und Baudir. P. Ehming in Schwerin. Als Stellvertreter ist Hr. Landbmstr. Aug. Gaster in Doberan bestimmt. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, durch die Badeverwaltung in Warnemünde. —

Wettbewerb Volksschulgebäude Oels. Das Raumprogramm für den Wettbewerb gibt lediglich an, daß der erweiterungsfähige Neubau für 1000–1200 Knaben zu planen und daß bei etwa 60 Köpfen auf die Klasse Lehrzimmer von verschiedener Größe und dazu alle anderen für ähnliche Anstalten erforderlichen Räume zu planen seien. Mit der Schule ist eine Turnhalle zu verbinden, die gleichzeitig als Festhalle dienen kann. Angaben über Bausumme, Material, Stil sind nicht gemacht; es ist lediglich erwähnt, daß der Entwurf „in einfacher, solider Architektur gehalten und den bescheidenen Verhältnissen einer kleineren Provinzialstadt entsprechen“ soll. Angaben über den Maßstab und die Zahl der Zeichnungen fehlen; über die Rückerstattung der Auslagen für die Unterlagen ist auch nichts bemerkt. Nicht preisgekrönte Entwürfe können für 300 M. erworben werden. Die Beteiligung eines Siegers an der Ausführung scheint nicht in Aussicht genommen zu sein. Unter den Preisrichtern befinden sich die Hrn. Magistr.-Brt. Nathanson in Breslau, Stadtbrt. Oehlmann in Liegnitz und Stadtbrt. Glage in Königshütte in O.-Schl. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes für ein dem Reichsfiskus gehöriges Gelände in Danzig-Schellmühl, sowie für angrenzende Teile des Stadtbezirkes Danzig wird vom Vorstand des Westpreussischen Architekten- und Ingenieur-Vereins in Danzig zum 1. Mai d. J. erlassen. Das in Betracht kommende Gebiet des Reichsfiskus hat 70 ha Umfang; für die angrenzenden Teile des Stadtbezirkes Danzig kommt eine Fläche von etwa 100 ha zur Aufteilung. Es gelangen 3 Preise von 2500, 1500 und 800 M. zur Verteilung; zum Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe stehen 700 M. zur Verfügung. Unterlagen gegen 5 M. durch das städt. Vermessungsamt in Danzig, Rathaus. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Zentralfriedhof für Lüdenscheid erhielt den I. Preis der Garten-Ing. J. P. Großmann in Leipzig; der II. Preis wurde den Garten-Arch. Jensen & Litzmann in Düsseldorf, der III. Preis den Garten-Arch. Hoddenkamp & Petznick in Essen an der Ruhr zugesprochen. —

Wettbewerb Brunnenanlage Düsseldorf. Hr. Ludwig Lony ist nicht Bildhauer, sondern Architekt. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung der Obertor-Straße in St. Johann a. S. liefen 48 Arbeiten ein. Die Preissumme von 4500 M. wurde in drei gleiche Preise von je 1500 M. zerlegt und diese wurden den Hrn. Architekten Fritz Zollinger in Dieburg (Hessen), Hans Bernoulli in Berlin und Fritz Hübinger in Darmstadt zuerkannt. Die Entwürfe der Hrn. Arch. Heinrich Stumpf in Darmstadt und Fritz Berger in Friedenau wurden zum Ankauf empfohlen. Sämtliche Entwürfe sind bis mit 2. Febr. d. J. im Rotenberg-Schulhause in St. Johann öffentlich ausgestellt. —

Inhalt: Arbeiten der Großherzoglichen keramischen Manufaktur zu Darmstadt auf der hessischen Landesausstellung 1908. — Hochwasserschutz für Breslau. — Vereine. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Beilage: Arbeiten der Großherzoglichen keramischen Manufaktur zu Darmstadt.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.



STMÄRKER-HOF DES
HERRN LUDW. GÜTER-
MANN IN GUTACH IM
BREISGAU. * ARCH.:
RUDOLF SCHMID IN
FREIBURG IM BREIS-
GAU. * ANSICHT DES
HERRENHAUSES. * *
=== DEUTSCHE ===
* * BAUZEITUNG * *
XLIII. JAHRGANG 1909
* * * NO. 9. * * *



Ansicht der Stirnseite mit vorgelagerter Veranda und Terrasse.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIII. JAHRGANG. No. 9. BERLIN, DEN 30. JANUAR 1909.

Ostmärker-Hof des Herrn Ludwig Gütermann in Gutach im Breisgau.

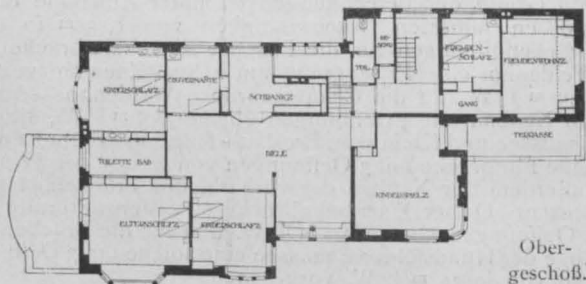
Architekt: Rudolf Schmid in Freiburg im Breisgau. Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 56 und 57.



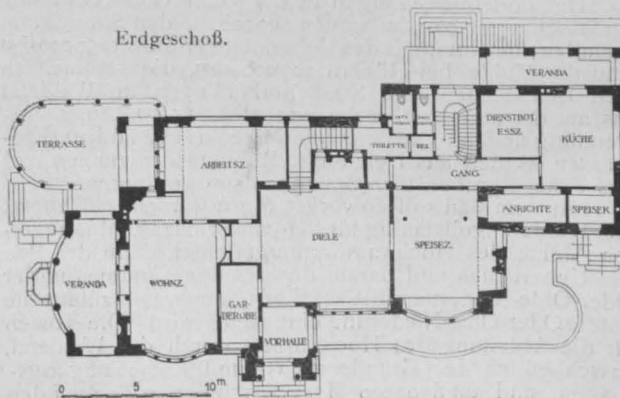
Der badische Schwarzwald, das charakteristische und idyllische Höhen- und Waldgebiet im Südwesten des Reiches, eingebettet in den Winkel, den der Rheinnach seinem Verlassen des Bodensees bis zur Aufnahme des Neckar bildet, besitzt zwei Ortschaften, die den Namen Gutach führen. Die eine, berühmtere, durch den Maler

Heinrich Hansjakob in Freiburg, ein Volksschriftsteller von seltener Treue und Anhänglichkeit an die Scholle, hat diese Naturmenschen in einem Bande seiner anziehenden Schriften „Wilde Kirschen“ genannt, „weil die

Hasemann in die bildende Kunst eingeführte, von zahlreichen Dichtern besungene ist das langgestreckte Gutachtal mit dem Pfarrdorfe Gutach, das bei der Einmündung der Gutach in die Kinzig bei Hausach beginnt und vor dem bis zum Jahre 1810 württembergischen Städtchen Hornberg endet. Die Höhenränder dieses anmutigen, breiten Wiesentales, welche den Flußlauf zu beiden Seiten begleiten, sind mit den schönen Schwarzwaldhäusern besetzt, die in diesem maleisen Tal ihre eigenartigste Ausbildung erfahren haben. Essind köstliche Schöpfungen einer streng auf das sachliche Bedürfnis gerichteten, die klimatischen und terrestrischen Eigentümlichkeiten der umgebenden Landschaft, die Lebens- und Arbeitsweise einer am Landbau und der Viehzucht Genüge findenden Bevölkerung berücksichtigenden und darum wahren Volkskunst. Kunst und Dichtung haben sie in gleicher Weise gefeiert und besungen. „Gelegenheiten“ werden die Höfe, deren Mittelpunkt das Haus ist, genannt, wenn sie groß genug sind, eine Familie zu ernähren, also Gelegenheit geben zum Heiraten. Naturmenschen sind es, die sie bewohnen. Der gemüthvolle Pfarrer



Obergeschoß.



Erdgeschoß.

Originalkirsche, wieder liebe Gott sie bei uns wachsen läßt, die wilde ist. Sie hat keine Kultur, ist nicht „gezweigt“ und veredelt, enthält aber weit mehr Geist und Schärfe als ihre kultivierte Schwester. Gerade so die Naturmenschen“. Sie bewohnen die Häuser, die von Jahr zu Jahr malerischer werden, weil Niemand an ihrem Aeüßeren etwas arbeitet, „außer der Zahn der Zeit“. Wie ein „schüchternes Waldvögelein“ schaut so ein Haus von seiner Höhe ins Tal herab. „Das Strohdach geht zu beiden Seiten herab fast bis zum Boden, und nur an den Giebelseiten sind die kleinen Gucklöcher, sonst Fenster genannt, sichtbar. Auf dem Stroh des Daches hat längst das Waldmoos sich niedergelassen und das Dach mit einem grünen Sammetkissen belegt.“

Viel von dieser natürlichen Pracht zeigt sich auch heute noch in dem schönen Elztal, in dem das andere Gutach, gleichfalls ein kleines Pfarrdorf, im Bezirk Waldkirch, am nördlichen Fuße des Kandel liegt. Und solchermassen ist die Umgebung, in die Hr. Architekt Rud. Schmid seinen Ostmärker-Hof zu schaffen berufen war. Das stattliche und vielgestaltige Wohnhaus, um dessen Darstellung es sich hier hauptsächlich handelt, ist von einem ausgedehnten, nach architektonischen Gesichtspunkten geordneten Garten umgeben. Neben diesem Architektur-Garten und von ihm durch einen mehrfach überbrückten Kanal getrennt, liegt ein großer Wirtschaftsgarten, an welchen sich ein bewaldeter

Berghang schließt, welcher, wie unser Kopfbild zeigt, dem Hause einen trefflichen Hintergrund gibt. Das im Jahre 1894 erbaute Haus ist in seinem Grundriß für eine Familie von entwickelterer, vornehmerer Lebenshaltung angelegt. Sein Mittelpunkt bildet die geräumige Diele, in welche der Besucher gelangt, der das Haus durch die Vorhalle mit anschließender Garderobe betritt. Zur Linken der Diele sind ein Wohnzimmer mit vorgelagerter stattlicher Veranda, sowie ein Arbeitszimmer mit anschließender Terrasse nach dem Freien angeordnet. An die rechte Seite der Diele wurde das Speisezimmer mit der Küchengruppe, in sich geschlossen und die Nebentreppe enthaltend, verlegt. In dem durch die interessante Dielentreppe zugänglichen Obergeschoß nimmt wieder eine geräumige Diele die Mitte ein und gewährt zur Linken Zutritt zu den Schlafräumen der Eltern und Kinder, zur Rechten zum Kinder-Spielzimmer und zu den Fremdenzimmern. Die Grundriß-Anlage versucht sowohl in der Lage der Räume zu einander wie in den Einzelheiten der Raumbildung insbesondere im Erdgeschoß und als Folge hiervon bis zu einem gewissen Grade auch im Obergeschoß einer malerischen Wirkung des Aeüßeren und Inneren des Aufbaues mit Erfolg entgegen zu kommen. Zu diesen aus dem Organismus der Anlage hervorgehenden Momenten treten die diesen bereichernden leichteren Bildungen, die bestimmt sind, vom Hause in die umgebende Natur überzuleiten. — (Schluß folgt.)

Hochwasserschutz für Breslau.

Von Wannovius, Direktor der städt. Kanalisationswerke in Breslau. (Schluß.)

Die im Weidetal notwendigen Aenderungen zur Besserung der Abflußverhältnisse und zum Schutz gegen Ueberschwemmung sind, wie es der außerordentliche Eingriff in den gegenwärtigen Zustand nicht anders erwarten läßt, ziemlich umfangreich. Außer der Erweiterung des Tales an einigen Stellen durch Zurücklegen der vorhandenen Deiche, der Erhöhung der bestehenden und der Herstellung neuer Deiche, der Eindeichung mehrerer Ortschaften, werden Schutzvorrichtungen für Mühlen, die Herstellung einer Flutmulde an der schon jetzt der Hochwasser-Abführung ungünstigen Kreuzung des Weidetales mit der Provinzial-Chaussee und Kleinbahn Breslau—Hünern—Trebnitz, die Verstärkung und Verlängerung der Sturzbetten bei vorhandenen Flutschleusen erforderlich. Neben dem Einbau von Sperrschützen und anderen Verschlüssen, die je nach ihrem Zweck vor Eintritt eines Katastrophen-Hochwassers geschlossen oder geöffnet werden sollen, und der Befestigung der Weide-Ufer unter Mittelwasser, durch Faschinen-Klapplagen mit starker Steinbeschwerung in den konkaven und auf etwa 1,5 km Länge auch in den geraden Flußstrecken, sind auch noch die Erweiterung und teilweise der Neubau sämtlicher Straßen- und Eisenbahnbrücken nötig. Auf Grund der Berechnungen ist unter Annahme einer größten mittleren Geschwindigkeit von 1,75 m in den Brückenöffnungen für die Posener Eisenbahnbrücke bei Weidenhof eine Erweiterung um 2 Flutöffnungen von je 27,5 m l. W., für die Chausseebrücke Weidenhof—Auras ein Neubau mit 4 Öffnungen von je 38,5 m l. W., für die Chaussee und Kleinbahn Breslau—Hünern—Trebnitz eine neue Flutbrücke mit 3 Öffnungen von je 49,5 m l. W. und außerdem der Neubau der vorhandenen Brücken, für die Breslau—Oelser Eisenbahnbrücke eine Vergrößerung um 3 Öffnungen von je 31 m l. W. und für die Brücken im Zuge der Hundsfelder Chaussee eine solche um 3 Öffnungen von je 32 m l. W. vorgesehen.

Die Bodenbewegungen in der Oder-Ohle-Niederung umfassen 130000 cbm, wovon 60000 auf den Sperrdamm entfallen; die Flutmulde des Ueberlaufes erfordert 250000 cbm und die Mulde bei Hünern 200000 cbm, die sämtlich zu den Deichbauten und Straßenerhöhungen im Weidetal bis auf die unterste Strecke von etwa 7,5 km Länge Verwendung finden. Die für die unterste Strecke nötigen Erdmassen werden aus Deich- und Rampenabtragungen und aus Schachtgruben für etwa 75000 cbm gewonnen.

Mit dem Bau soll so vorgegangen werden, daß zuerst das Weidetal vollständig für den gefahrlosen und geregelten Abfluß des Hochwassers hergerichtet, dann der Bau des Ueberlaufes und darauf der des Sperrdammes in der Oder-Ohle-Niederung in Angriff genommen und zuletzt die untere Oder-Ohle-Niederung eingedeicht wird. Die Kosten für die Ableitung des Hochwassers durch das Weidetal, ausschließlich der Grunderwerbs- und Entschädigungskosten, sind auf 850000 M. veranschlagt, wovon auf den

Sperrdamm und auf die in der Oder-Ohle-Niederung überhaupt vorzunehmenden Arbeiten 2557498 M. entfallen.

Der Erläuterungsbericht schließt mit der Aufzählung folgender Vorteile der geplanten Ausführung:

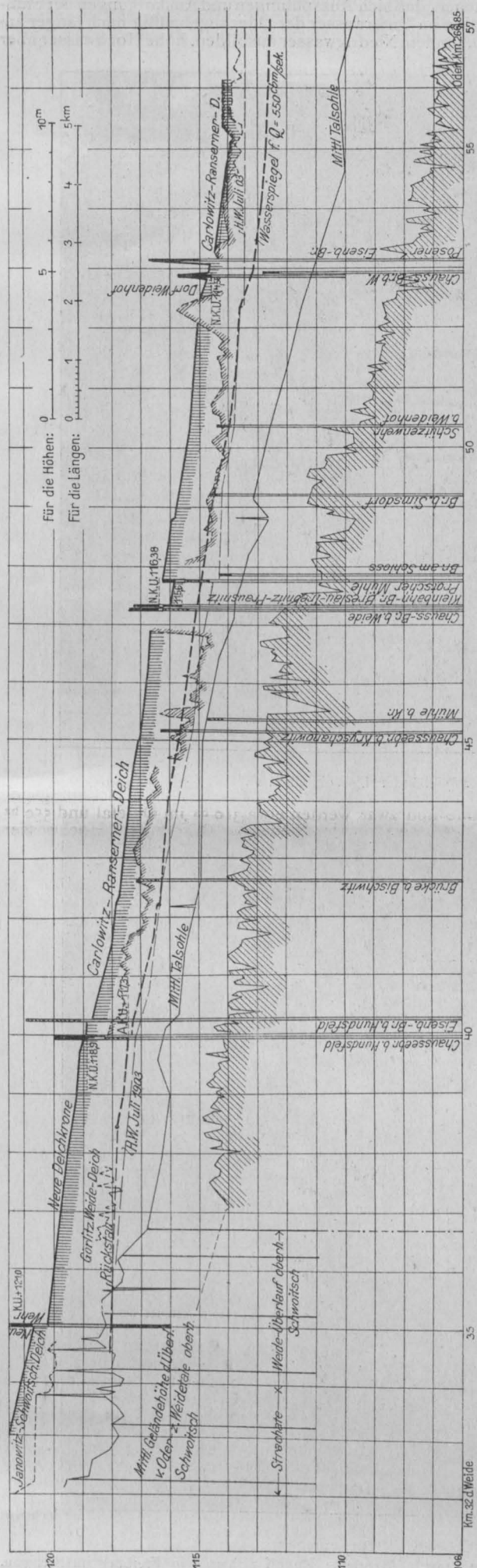
1. eine Beseitigung der bei Breslau bisher vorhandenen Hochwassergefahren,
2. die Ermöglichung einer gesunden Entwicklung der Stadt Breslau nach Osten und Nordosten hin,
3. ein Gewinn von hochwasserfreiem Bebauungsgebiete und zwar werden etwa 310 ha im Ohletal und 550 ha in der Schwarzwasser-Niederung (bisher dem Hochwasser ausgesetzt) dadurch völlig trocken gelegt.

Diese Vorteile sind offenbar vorhanden, es wäre nur zu prüfen, ob dazu ein so tiefgehender Eingriff in die bestehenden Vorflutverhältnisse nötig ist, oder ob nicht die gleichen Vorteile besser und billiger zu erreichen wären, wenn man das zweite in Frage kommende Mittel zur Abwehr der Hochwassergefahr für Breslau wählte und auf das schon vor Jahren aufgestellte Schwarzwasser-Projekt zurückkäme, das damals eine Entlastung nach der Weide zwar nicht vorsah, doch sicher leicht und ohne wesentlichen Eingriff in die gegenwärtigen Verhältnisse des Weidetales dahin erweitert werden könnte.

Der Verschluß der Flutmulde bis zum Eintreffen von „Katastrophen-Hochwassern (solche, welche mehr als 1380 cbm/Sek. abführen)“ ist ein großer Nachteil des Weide-Projektes, dessen ungünstige Einwirkung auf die Vorflutverhältnisse bei allen Hochwassern bis zur Stärke desjenigen von 1891, unter dem bei weitem die meisten aller niedergehenden Hochwasser bleiben, anscheinend nicht genügend gewürdigt ist.

Wenn als grundlegend für den Entwurf die 1891 durch die Stadt gegangene Wassermenge als die künftig höchste angenommen und in den Erläuterungen unter anderem ausgeführt wird „so ist es zweifellos nicht ohne finanzielle und gesundheitliche Nachteile, daß durch die Höhe der Hochwasser der Grundwasserstand der Stadt Breslau stark verändert und vorübergehend sehr erhöht wird“, hätten die Verhältnisse zweckmäßiger nicht in der Weise gestaltet werden sollen, daß diese größte Wassermasse künftig häufiger als bisher durch die Stadt gehen muß, und daß die sehr selten aufgetretenen allerhöchsten Wasserstände zwar beseitigt, dafür aber die das Grundwasser ebenfalls ungünstig beeinflussenden hohen Wasserstände des Jahres 1891 vermehrt werden.

Die Oder ufer bei einem Pegelstande in Treschen von + 3,25 nach dem Schwarzwasser und der Oder-Ohle-Niederung hin aus und führt bei diesem Wasserstande nahezu 500 cbm/Sek. ab. Bei 1380 cbm/Sek. ist also das Schwarzwasser an der Abführung des Hochwassers immer kräftig beteiligt gewesen und würde dies nach Sperrung der Oder-Ohle-Niederung in noch erhöhtem Maße sein müssen. Wird aber jetzt mit der Ohle-Niederung auch das Schwarzwasser



gesperrt, ohne daß dem Wasser ein anderer Weg als Ausgleich dafür gegeben wird, so muß das Wasser anstauen und der Wasserspiegel schon bei mittleren Hochwassern unmittelbar oberhalb des Sperrdammes den Höchststand von 1903 erreichen und bei den bisher ganz ungefährlich verlaufenen Hochwassern von 1380 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ darüber hinaus bis zur äußersten Höhe des für künftige Hochwasser von der Stärke desjenigen von 1903 berechneten Wasserstandes anschwellen, weil anders die 1380 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ in dem ihnen allein offenen Hochwasserbette der Oder nicht würden abfließen können.

Für die Deichverbände an dem Ueberlaut ist der gegen 1903 erhöhte Wasserstand eine große Gefahr, die desto größer wird, je häufiger solche Wasserstände eintreten. Noch mißlicher aber würden sich die Verhältnisse im Winter bei starken Eisversetzungen in der Oder zwischen der Stadt und dem Sperrdamme gestalten, wenn vor Beseitigung dieser Eisversetzungen „Katastrophenhochwasser“ von der Höhe der Märzhochwasser der Jahre 1830, 1838, 1845 und 1855 eintreten würden, bei denen Wasserstände von + 5,37, + 5,05, + 5,37 und + 4,96 a. U. P. in Breslau gemessen sind. Hierstände jetzt allein der Weg durch das Weidetal zur Verfügung, das für solche Wassermassen nicht ausreichen würde. Käme Eisgang hinzu, würde die Kalamität nur größer werden, weil das rd. 20^{km} lange Weidetal mit seiner unregelmäßig gestalteten Oberfläche und den vielen Einbauten zur Abführung des Eises wenig geeignet ist.

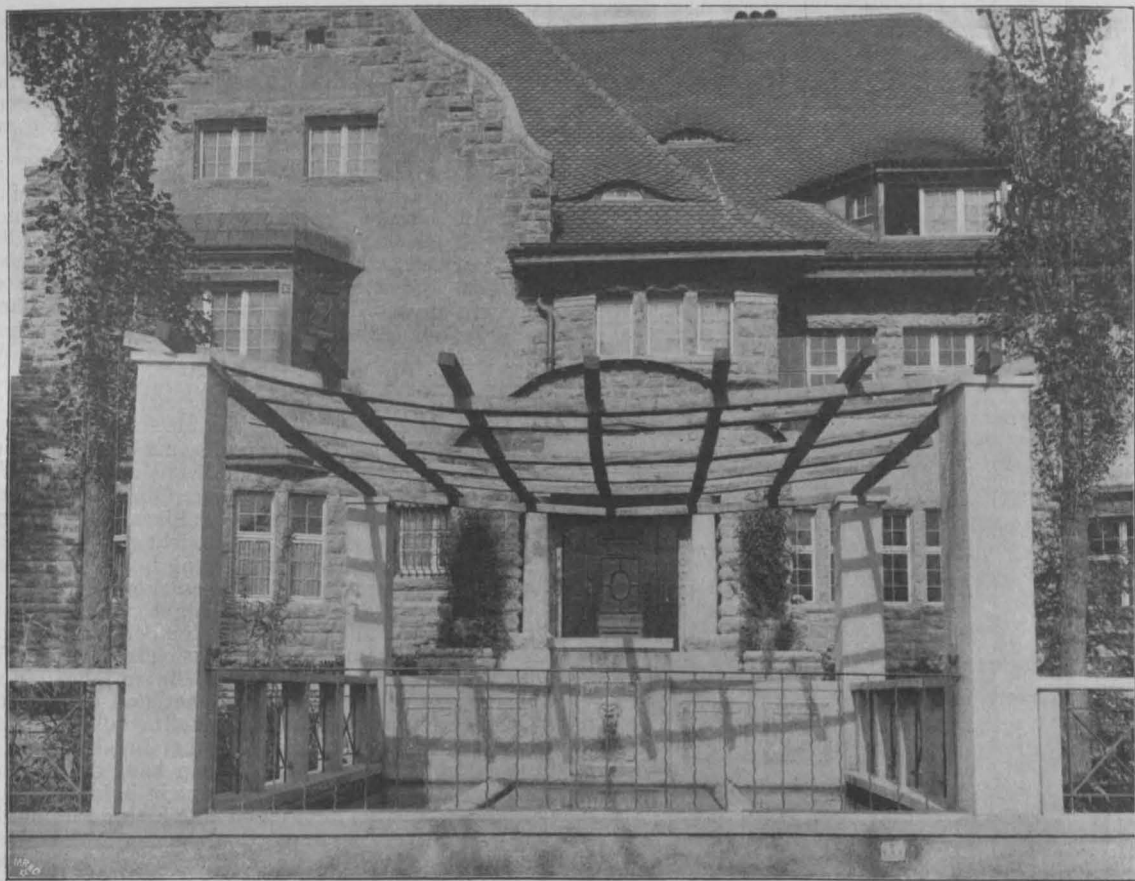
Wird in dem Erläuterungsbericht des Entwurfes noch die auf meteorologische Forschung begründete Annahme der Folge nasser Perioden auf trockene in Betracht gezogen und aus den Aufzeichnungen von 1813 bis 1854 durchschnittlich alle 7 Jahre ein verheerendes Hochwasser während des Sommers — berücksichtigen wir die Winterhochwasser, so käme dazu „und alle 10 Jahre ein solches während des Winters“ — berechnet, und wird dort weiter als nicht unwahrscheinlich hingestellt, „daß in den nächsten 50 Jahren schwere Hochwasser bei Breslau auch besonders zahlreich vorkommen“, dann kann die gewählte Lösung der Hochwasserschutzfrage nicht befriedigen und um so weniger, als bei dem durch eine kleine Flutmulde nach dem Weidetal erweiterten Schwarzwasser-Projekt das Hochwasser stets offene Nebenwege hätte, sobald der Wasserstand in der Oder die Ausuferungshöhe nach der Schwarzwasser-Niederung und weiter wieder in dieser die Ausuferungshöhe nach dem Weidetal erreicht hätte, sodaß also das Schwarzwassertal schon bei mittleren Hochwassern einen beträchtlichen Teil der Hochwasser abführen würde und der Stadt die größten Wassermassen, d. s. 1380 cbm/Sek. erst bei Hochwassern von der Größe des Juli-Hochwassers von 1903 und auch dann erst bei Eintreffen des Scheitels der Flutwelle an der Schwarzwasser-Niederung zufließen würden. Auch hinsichtlich der Winter-Hochwasser würde das Schwarzwasser-Projekt vorzuziehen sein, weil sich die verhältnismäßig kurze und in ihrer ganzen Breite und Länge vollständig ausgebaute Schwarzwassermulde zur Abführung des Eises besser eignen würde als das Weidetal.

In dem Weidetal selbst und in seinen Nebentälern werden sich die Vorflut- und Grundwasserverhältnisse infolge der totalen Umwälzung noch viel ungünstiger gestalten, denn während z. B. das Juli-Hochwasser 1903 bei Wildschütz den Stand von + 118,06 NN. erreicht hatte, wird künftig bei ebenso großem Hochwasser 3 km unterhalb Wildschütz am unteren Ende des Leitdeiches der Flutmulde schon ein Wasserstand von + 118,60 NN. eintreten. Diese ganz außerordentliche Erhöhung des Wasserspiegels dürfte in ihren Folgeerscheinungen zu so erheblichen Mißständen führen, daß ein Hinweis darauf hier nicht umgangen werden konnte.

Dem gegen das Legen der Flutmulde in das Schwarzwassertal angeführten Nachteil, daß trotz der Abzweigung nach dem Weidetal die Alte Oder mehr belastet würde, als es wünschenswert erschiene, und daß die Frage der Herabminderung der Hochwasser unterhalb der Wehre in der Stadt ungelöst bleiben würde, wäre entgegen zu halten, daß nach dem alten Schwarzwasser-Projekt durch die Alte Oder 1400 cbm/Sek. gehen sollten, obwohl nur mäßige Abgrabungen und nur eine Erweiterung der Hundsfelder Chausseebrücke und der Umbau der durch ihre Pfeiler- und Eisbrecherstellung schon jetzt dem Eisgang ungünstigen Brücke der Breslau-Oelser-Eisenbahn vorgesehen waren. Wenn jetzt infolge der kleinen Mulde nach dem Weidetal weniger abzuführen wären, so könnte mit größeren Abgrabungen der Ufer, für welche Gelände in ausreichendem Maße verfügbar wären, ebenfalls eine Herabminderung des Hochwassers im Unterwasser erreicht werden. Diese würde zwar hinter der für das Weideprojekt berechneten von 90 cm zurückbleiben, doch wäre dabei zu berücksichtigen, daß sich irgendwie wesentliche Schäden bei hohen Wasserständen im Unterwasser nicht gezeigt haben.

Was weiter die Ausspülung der Flußsohle im Unterwasser als eine Folge der hohen Hochwasser betrifft, so dürfte damit die vielfach beobachtete Tatsache im Widerspruch

stehen, daß sich Ausspülungen und Auskolkungen der Flußsohle im Unterwasser der Oder regelmäßig nach länger anhaltendem Niedrigwasser ausbilden, hohe Hochwasser aber



Ansicht des Haupteinganges mit linkem Gebäudeteil (Wohnzimmer).



Ansicht der Einfahrt mit rechtem Gebäudeteil (Speisezimmer).

Ostmärker-Hof des Herrn Ludwig Gütermann in Gutach im Breisgau. Architekt: Rudolf Schmid in Freiburg im Breisgau.

stets große Sandmassen hineinschwemmen. Hieran Erörterungen zu knüpfen, würde zu weit führen, doch sei anschließend noch bemerkt, daß auch an dem Einsturz des Packhofes in Breslau die Hochwasser entgegen der Ausführung des Erläuterungsberichtes unschuldig sein dürften, weil die Erklärung näher liegt, daß durch unmittelbar vorher einge-



Ansicht des Küchenbaues mit vorgelagerter gedeckter Veranda.



Ansicht der Rückfassade mit Arbeitszimmer und Dielentreppe.
Ostmärker-Hof des Herrn Ludwig Gütermann in Gutach im Breisgau. Architekt: Rudolf Schmid in Freiburg im Breisgau.
30. Januar 1909.

treten gewaltige Eisversetzungen in dem Oderarm vor dem Packhof eine tiefe Auskolkung des Flußbettes längs der wenig tief gegründeten Packhofsmauer und eine Unterspülung dieser veranlaßt ist, die dann zum Einsturz führte.

Der Grund, durch die Umleitung des schädlichen Hochwassers durch das Weidetal die gesunde Entwicklung der Stadt nach Osten und Nordosten zu ermöglichen, hat etwas Bestechendes. Betrachten wir aber den Lageplan, Abbildung 2 in No. 8, in dem das ungefähre Bild des Schwarzwasser-Projektes mit einer Ableitung nach dem Weidetal durch senkrechte Schraffur bezeichnet ist, etwas näher, so finden wir, daß das Schwarzwasser-Projekt nach Osten hin genau die gleichen Vorteile bietet, weil die Veränderungen in der Oder-Ohleniederung unberührt bleiben und auch beim Schwarzwasser-Projekt in ganzem Umfang durchgeführt werden müßten. Nur nach Nordosten hin käme in Betracht, daß die Schwarzwassermulde für sich eine Fläche von etwa 160 ha in Anspruch nimmt, im übrigen aber in Verbindung mit der ebenfalls hochwasserfrei eingedeichten kleinen Mulde nach dem Weidetal auch nach dieser Richtung ohne weitere Maßnahmen

das übrige Gelände in gleichem Umfang zur Bebauung freigibt und für die Entwicklung der Stadt auch nach Nordosten für das nächste Jahrhundert und wohl darüber hinaus kein Hindernis bietet. Bei Abwägung des hier entstehenden Vor- und Nachteiles treten die finanziellen Fragen in den Vordergrund, die auszuspinnen nicht im Rahmendieses Artikels liegt.

Ziehen wir zum Schluß einen Vergleich zwischen den Vor- und Nachteilen beider Projekte, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß sich bei dem Weide-Projekt sehr viele Nachteile gezeigt haben, die das Schwarzwasser-Projekt ganz vermeidet, und daß einen wesentlichen Teil der als ihm eigen bezeichneten Vorteile auch das Schwarzwasser-Projekt bietet. Wenn aber das Weide-Projekt wirklich in einer oder der anderen Hinsicht dem Schwarzwasser-Projekte ein wenig überlegen sein sollte, bliebe immer zu überlegen, ob die nachgewiesenen Nachteile dies nicht schon mehr als ausgleichen, und ob die bei dem Weide-Projekt zu erwartenden Mehrkosten von mindestens 2 Millionen Mark seine Wahl rechtfertigen könnten.

Breslau, im Dezember 1908.

Wannovius.

Ueber Architektenkammern. *)

Vortrag des Hrn. Kammergerichtsrates Dr. Boethke, gehalten in der „Vereinigung Berliner Architekten“ am 7. Januar 1909.

I Einleitung.

Es ist eine kaum wegzuleugnende Tatsache, daß durch die moderne Bauweise die Städte und ländlichen Ortschaften unseres Vaterlandes nicht verschönt werden. Ich bin nicht sachverständig genug, um selbst beurteilen zu können, woran das liegt. Ich glaube jedoch, als die Meinung der hier versammelten Sachverständigen hinstellen zu können, daß die moderne im Wesen der Neuzeit begründete Massenproduktion und die damit verbundene Entwertung des Standes der künstlerisch arbeitenden Architekten die Hauptschuld an dem Uebelstande trägt. Es sind viele Mittel vorgeschlagen und versucht worden, um den Mißständen ein Ende zu bereiten. Das Hauptmittel scheint mir aber das zu sein, den Stand der Architekten wieder an die Stelle in Kunst und Leben zu rücken, die ihm gebührt. Ist man doch nicht nur beim Publikum sondern auch bei Behörden meist völlig im Unklaren darüber, was der Architekt beim Bau zu bedeuten hat und wie wichtig seine Mitwirkung ist.

Die moderne Massenproduktion bringt es mit sich, daß im Bauwesen die wunderlichsten Blüten getrieben werden. Der eigentliche Architekt wird ausgeschaltet, oder er sinkt doch oft zum Angestellten des Unternehmers herab, während er Derjenige sein muß, der als geistiger Urheber des Baues und als Vertrauensmann des Bauherrn selbständig dafür sorgt, daß sein Werk seinen Absichten entsprechend ausgeführt wird.

Neben den wahren Architekten hat sich ein förmlicher Stand falscher Architekten gebildet von Leuten, die zwar bauen, die aber mit Architektur nichts gemein haben. Dem bauenden Publikum fehlt jede Möglichkeit, die wahren von den falschen Architekten zu unterscheiden. Architekt darf sich jeder nennen und nennen sich auch viele, die nicht den geringsten Beruf dazu haben. Die Begriffe Architekt, Handwerksmeister und Unternehmer werden als gleichbedeutend betrachtet.

Ein wirklich durchgreifendes Mittel zur Beseitigung der Mißstände sehe ich nur darin, daß dem Architektenstande eine auf öffentlich-rechtlicher Grundlage beruhende Organisation gegeben wird, durch die der Architektenstand nicht nur in das richtige Verhältnis zu anderen Ständen gebracht, sondern durch die er auch in die Lage gesetzt wird, seine Standesangelegenheiten und seine Beziehungen zu Publikum und Behörden autonom zu regeln. Durch private Vereinstätigkeit Gleiches zu erreichen, halte ich für unmöglich.

Die hiernach zu schaffenden Organisationen sind die Architektenkammern, deren Einrichtung schon seit längerer Zeit in Wort und Schrift angestrebt wird.¹⁾ Der Gedanke, einen Berufsstand öffentlich-rechtlich zu organisieren, ist nicht neu. Es gibt schon eine Reihe bedeutender, auch sogenannter Berufe, die in dieser Weise organisiert sind, und deren Organisation auf das vortrefflichste wirkt. Ich möchte sagen, es ist der Zug der Zeit, die Berufsstände in dieser Weise zusammenzufassen und man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß auf solchen Organisationen sich in Zukunft vielleicht das gesamte öffentliche Leben, z. B. das

politische Wahlrecht, aufbauen wird. Ich denke hierbei an einen Satz in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, durch welche die Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung eingeleitet wurde. Dort heißt es: „Der engere Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens und das Zusammenfassen letzterer in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde“. Deshalb sollten auch die Architekten nicht zögern, eine öffentlich-rechtliche Organisation anzustreben, damit sie im Wettkampf der Stände nicht in die zweite Stelle rücken. Ob im übrigen eine Organisation der Architektenschaft vom Standpunkte des Fachmannes aus nötig und nützlich sein würde, ist nicht Sache meiner Beurteilung. Das muß ich den Beteiligten selbst überlassen. Meine Aufgabe kann es nur sein, die rechtlichen Grundlagen zu erörtern, welche für die Bildung von Architektenkammern maßgebend sind.

II. Die bestehenden Berufskammern.

Gestatten Sie mir zunächst, die bestehenden Berufskammern einer kurzen Erörterung zu unterziehen.

1. Handelskammern. Der Handelsstand ist in vielen Beziehungen bahnbrechend gewesen, so auch auf dem Gebiete der Berufs-Organisationen. Handelskammern bestehen in Preußen bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie beruhen zurzeit auf dem Gesetz vom 18. August 1897. Um den Zweck und die Aufgaben der Handelskammern Ihnen darzulegen, seien einige Paragraphen aus dem Gesetz angeführt:

§ 1. Die Handelskammern haben die Bestimmung, die Gesamt-Interessen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch tatsächliche Mitteilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen.

§ 38. Sie sind befugt, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische und geschäftliche Ausbildung, die Erziehung und den sittlichen Schutz der darin beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen.

§ 41. Börsen und andere für den Handelsverkehr bestehende öffentliche Anstalten können unter die Aufsicht der Handelskammer gestellt werden.

§ 42. Die Handelskammern sind befugt, Dispacheure und solche Gewerbetreibende der im § 36 der Reichsgewerbe-Ordnung bezeichneten Art, deren Tätigkeit in das Gebiet des Handels fällt, öffentlich anzustellen und zu beeidigen.

So werden z. B. Bücherrevisoren von den Handelskammern öffentlich angestellt und beeidigt. Das hat u. a. die Wirkung, daß die Gerichte bei der Auswahl von Sachverständigen diese Bücherrevisoren vorzugsweise zu berücksichtigen haben.

Mitglied der Handelskammer ist nicht jeder Kaufmann, sondern nur eine beschränkte Zahl von Kaufleuten, die von den Standesgenossen gewählt werden. Die Bezirke der Handelskammern werden vom Handelsminister bestimmt. Die Handelskammern haben Selbstverwaltung. Sie wählen einen Vorstand und setzen die aufzubringenden Beiträge fest. Diese werden von den Handeltreibenden wie öffentliche Lasten, also nötigenfalls zwangsweise, eingezogen. Die Handelskammern haben öffentlich-rechtliche, ja sogar teilweise obrigkeitliche Befugnisse. Es liegt

*) Anmerkung der Redaktion. Eine Zeitschrift, die einer freien und unparteiischen Aussprache über wichtige Fragen des Fachgebietes die Spalten öffnet, stimmt nicht dadurch ohne weiteres dem Inhalt einer Abhandlung zu, daß sie diese aufnimmt. Gegenüber den vorstehenden Ausführungen gestatten wir uns, uns die Äußerung einer eigenen Ansicht vorzubehalten.

¹⁾ Vergl. Dtsch. Bauztg. 1905 No. 100 S. 606. Zentralbl. d. Bauverw. 1909 No. 4 S. 24. Wochenschr. d. Architekt.-Ver. z. Berlin 1909 No. 4 S. 16.

deshalb auf der Hand, daß der Staat sie nicht frei schalten und walten lassen kann, daß er sie vielmehr seiner Aufsicht unterstellen muß. Diese Staatsaufsicht wird vom Handelsminister ausgeübt. Gegen eine Anzahl von Anordnungen der Handelskammer ist überdies die Anfechtung im Verwaltungsstreitverfahren (Bezirksausschuß, Ober-Verwaltungsgericht) zugelassen.

Eine Ehrengerichtbarkeit wird von den Handelskammern nicht ausgeübt; ein Anklage an eine solche Gerichtbarkeit besteht aber insofern, als Mitglieder der Handelskammer unter Umständen aus der Handelskammer ausgeschlossen werden können. Ueber die nicht zur Handelskammer gehörigen Kaufleute hat die Handelskammer keinerlei ehrengerichtliche Befugnisse.

2. Landwirtschaftskammern. Ein zweiter großer Erwerbsstand ist die Landwirtschaft. Diese ist durch das Gesetz vom 30. Juni 1894 in Preußen korporativ organisiert. Zweck der Landwirtschaftskammern ist die korporative Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes. Sie haben die Bestimmung, die Gesamt-Interessen der Land- und Forstwirtschaft ihres Bezirkes wahrzunehmen, zu diesem Behuf alle auf die Hebung der Lage des ländlichen Grundbesitzes abzielenden Einrichtungen, insbesondere die weitere korporative Organisation des Berufes der Landwirte, zu fördern. Ferner haben sie die Verwaltungsbehörden bei allen die Land- und Forstwirtschaft betreffenden Fragen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Außerdem haben sie den technischen Fortschritt der Landwirtschaft durch zweckentsprechende Einrichtungen zu fördern. Schließlich ist ihnen die Mitwirkung bei der Verwaltung und den Preisnotierungen der Produktenbörsen sowie der Märkte überlassen.

Wie bei den Handelskammern ist nicht jeder Angehörige des Landwirtschaftsstandes Mitglied der Landwirtschaftskammer, sondern es werden Vertreter gewählt, welche die Landwirtschaftskammer bilden. Die Landwirtschaftskammern bestehen in der Regel für den Bezirk einer Provinz. Das aktive Wahlrecht wird von den Kreistagen der Provinz ausgeübt; jedoch kann die Landwirtschaftskammer beschließen, daß das Wahlrecht den Landwirten selbst übertragen wird. Zum Mitglied der Landwirtschaftskammer kann jeder Landwirt gewählt werden, der wenigstens eine selbständige Ackernahrung bewirtschaftet. Die Verwaltung ist ähnlich wie die der Handelskammer geregelt. Die Staatsaufsicht wird vom Minister für Landwirtschaft ausgeübt. Die Landwirtschaftskammer übt keinerlei Ehrengerichtbarkeit aus.

3. Handwerkskammern. Die Handwerkskammern unterscheiden sich von den bisher erörterten Kammern vor allem dadurch, daß sie für das ganze Reich eingeführt sind. Sie bestehen seit etwa 10 Jahren und sind durch die Reichs-Gewerbeordnung geregelt. Sie haben die Interessen des Handwerks zu vertreten; insbesondere liegt ihnen ob:

1. Nähere Regelung des Lehrlingswesens,
2. Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen, welche die Verhältnisse des Landvolkes berühren.

3. Bildung von Prüfungs-Ausschüssen zur Abnahme der Gesellenprüfung.

Die Handwerkskammern sind ferner befugt, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, sowie Fachschulen zu errichten und zu unterstützen. Es ist weiter bestimmt, daß die Innungen und Innungs-Ausschüsse verpflichtet sind, den von den Handwerkskammern innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen Folge zu leisten. Also auch hier obrigkeitliche Befugnisse!

Mitglied der Kammer sind nicht alle Handwerker, sondern nur eine gewisse Anzahl gewählter Vertreter. Der Bezirk der Handwerkskammer wird für jeden Fall besonders bestimmt.

Das aktive Wahlrecht steht den Handwerker-Innungen sowie den Gewerbe-Vereinen und sonstigen Vereinen zu, die die Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerkes verfolgen und mindestens zur Hälfte aus Handwerkern bestehen. Wählbar sind alle Handwerksmeister, die die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen haben. Auch den Handwerkskammern steht volle Selbstverwaltung zu. Ihre Kosten werden von den Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden ihres Bezirkes getragen. Diese können die Kosten auf die beteiligten Handwerker umlegen. Die Staatsaufsicht wird in Preußen gewöhnlich vom Regierungspräsidenten ausgeübt. Ehrengerichtbarkeit steht der Handwerkerkammer nicht zu.

4. Anwaltskammern. Während durch die bisher erörterten Kammern drei große, sogen. Erwerbsstände

organisiert sind, komme ich jetzt zu drei Ständen, die nicht in erster Linie dem Erwerbszwecke dienen und welche von ihren Angehörigen eine besondere wissenschaftliche Vorbildung verlangen. Es sind dies die Stände der Rechtsanwälte, Aerzte und Apotheker.

Die Rechtsanwälte sind, wie die Handwerker, durch Reichsgesetz zu einer Berufskammer zusammengeschlossen. Die Anwaltskammern bestehen seit dem 1. Oktober 1879 und sind durch das Reichs-Gesetz vom 1. Juli 1878 geregelt. Ihre Aufgaben sind:

1. die Aufsicht über die den Mitgliedern der Kammer obliegenden Pflichten zu üben und die ehrengerichtliche Strafgewalt zu handhaben;

2. Streitigkeiten unter den Mitgliedern auf Antrag zu vermitteln;

3. Streitigkeiten aus dem Auftragsverhältnis zwischen einem Mitgliede der Kammer und dem Auftraggeber auf Antrag des letzteren zu vermitteln;

4. Gutachten an die Landes-Justizverwaltung und an die Gerichte zu erstatten.

Mitglied der Anwaltskammer sind sämtliche Rechtsanwälte des Bezirkes. Der Bezirk der Anwaltskammer fällt mit dem des Oberlandesgerichtes zusammen. Die Anwaltskammern führen ihre laufende Verwaltung durch den Vorstand. Die von den einzelnen Mitgliedern zu entrichtenden Beiträge werden von ihr selbst bestimmt; doch können sie nicht, wie bei den Handels- und Landwirtschaftskammern, zwangsweise beigetrieben werden. Ein Mitglied, das seiner Beitragspflicht nicht genügt, kann aber im ehrengerichtlichen Wege belangt werden. Die Staatsaufsicht wird vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes ausgeübt.

Den Anwaltskammern steht eine Ehrengerichtbarkeit über ihre Mitglieder zu. Ein bestimmter Ehrenkodex ist nicht aufgestellt. Es heißt vielmehr einfach im § 62 der Rechtsanwaltsordnung: „Ein Rechtsanwalt, der die ihm obliegenden Pflichten verletzt, hat die ehrengerichtliche Bestrafung verwirkt“. Worin die Pflichten des Rechtsanwaltes bestehen, sagt § 28: „Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, seine Berufstätigkeit gewissenhaft auszuüben und durch sein Verhalten in Ausübung des Berufes sowie außerhalb des Berufes sich der Achtung würdig zu zeigen, wie sein Berufes erfordert“. Die ehrengerichtlichen Strafen sind Warnung, Verweis, Geldstrafe bis zu 3000 M., Ausschliefung aus der Rechtsanwaltschaft. Das Ehrengericht besteht aus fünf Mitgliedern des Vorstandes. In zweiter Instanz wirkt der Ehrengerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig, der aus dem Reichsgerichtspräsidenten, drei anderen Mitgliedern des Reichsgerichtes und drei Rechtsanwälten beim Reichsgericht besteht. In dem Verfahren wirkt die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht und die beim Reichsgericht mit. Durch die Rechtsprechung der Ehrengerichte sind die Pflichten der Rechtsanwälte im Laufe der Zeit im einzelnen festgelegt worden. Die Entscheidungen des Ehrengerichtshofes in Leipzig werden zum größten Teil abgedruckt und so sämtlichen Rechtsanwälten und allen übrigen, die es angeht, bekannt gemacht.

5. Aerztekammern. Die preußischen Aerztekammern beruhen auf einer königlichen Verordnung vom Jahre 1887 und sind durch das Gesetz vom 25. Nov. 1899 weiter ausgebildet. Ihr Zweck ist Wahrung der ärztlichen Berufs- und Standesinteressen und Erörterung aller Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege, ferner Ausübung der Ehrengerichtbarkeit. Sie bestehen in der Regel für den Bezirk einer Provinz. Mitglied der Kammer ist nicht jeder Arzt, vielmehr werden die Mitglieder der Kammer von den Aerzten des Bezirkes gewählt. Wählbar sind ebenfalls nur Aerzte. Die Verwaltung wird von einem Vorstände und von der Kasse der Aerztekammer geführt.

Die Aerztekammern üben eine Ehrengerichtbarkeit aus, ähnlich der der Anwaltskammern. Es ist jedoch ein Ausschluss aus dem Aerztestande nicht vorgesehen, weil dies nach den Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung unzulässig ist. Das Ehrengericht besteht aus vier Mitgliedern der Aerztekammer und einem Richter. In höherer Instanz entscheidet ein Ehrengerichtshof in Berlin, der aus dem Direktor der Medizinal-Abteilung des Kultusministeriums als Vorsitzenden und sechs Aerzten besteht. Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft wird von einem Kommissar des Oberpräsidenten ausgeübt.

6. Apothekerkammern. Die Apothekerkammern beruhen auf der königlichen Verordnung vom 2. Februar 1901. Ihr Zweck ist Erörterung aller Fragen und Angelegenheiten, welche den Apothekerberuf und die Arzneiversorgung betreffen, oder auf die Wahrnehmung und Vertretung der Standesinteressen der Apotheker gerichtet sind. Sie werden für den Bezirk einer Provinz ein-

gerichtet. Mitglieder der Apothekerkammern sind gewählte Vertreter; das aktive Wahlrecht steht den Apothekern des Bezirkes zu. Die Verwaltung ist ähnlich der der Aerztekammern, die Staatsaufsicht wird vom Oberpräsidenten ausgeübt. Eine Ehrengerichtbarkeit steht den Apothekerkammern nicht zu, oder doch nur in begrenztem Maße. Nach § 4 der genannten Verordnung ist Apothekern, welche die Pflichten ihres Berufes in erheblicher Weise oder wiederholt verletzen, oder sich durch ihr Verhalten der Achtung, welche ihr Beruf erfordert, unwürdig gezeigt haben, durch Beschluß des Vorstandes der Apothekerkammern das Wahlrecht und die Wählbarkeit dauernd oder auf Zeit zu entziehen. Gegen einen derartigen Beschluß steht dem Betroffenen die Beschwerde an den Minister der Medizinal-Angelegenheiten zu.

7. Andere Berufskammern. Eine Anzahl anderer Berufsstände strebt die Einrichtung einer Standes-Organisation an, z. B. die Tierärzte, Journalisten und Privatbeamten. Ferner unterliegt zurzeit ein Gesetzentwurf, betreffend die Arbeitskammern, der Prüfung der gesetzgebenden Körperschaften. Diese Arbeitskammern (nicht Arbeiterkammern) sollen aber nicht den Zweck haben, eine Standesvertretung der Arbeiter einzuführen, vielmehr sollen sie nur dazu berufen sein, gewisse gemeinsame Angelegenheiten der Arbeiter und Arbeitgeber paritätisch zu regeln.

III. Organisation der Architektenkammern.

1. Im allgemeinen. Wenn man nun fragt, welcher der besprochenen Berufskammern die Architektenkammern nachgebildet werden sollen, so scheiden die Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern im wesentlichen aus. Wenngleich die Architekten mit dem Erwerbsleben in innigster Berührung stehen, so ist ihr Beruf doch dem der Rechtsanwälte und Aerzte ähnlicher. Gleich wie diese üben sie eine Vertrauensstellung aus. Für die Ausübung ihres Berufes sollen nicht ihre eigenen Erwerbsinteressen in erster Linie maßgebend sein, sondern die Architekten verfolgen auch höhere Interessen der Kunst. Demgemäß werden sich die Architektenkammern mehr den Anwalts- und Aerztekammern zu nähern haben; namentlich wird ihnen eine Ehrengerichtbarkeit zuzuweisen sein.

2. Mitgliedschaft. Begriff des Architekten. Eine große Schwierigkeit bei dieser Errichtung bildet die Frage, wer denn eigentlich Mitglied der Architektenkammern sein soll oder nicht. Für nebensächlich sehe ich hierbei die Frage an, ob alle Mitglieder des Standes wie bei den Anwaltskammern der Berufskammer angehören sollen oder nur gewählte Vertreter wie bei den Aerztekammern. Ich möchte das erstere vorschlagen;¹⁾ einerseits, weil die Zahl der Architekten nicht so groß ist wie die der Aerzte, und andererseits, weil gewisse praktische Ziele damit besser erreicht werden. Schwieriger zu lösen ist aber die Frage,

¹⁾ In den nachfolgenden Erörterungen ist stets dieser Vorschlag allein zugrunde gelegt.

Vereine.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Vers. vom 23. Okt. 1908. Vors.: Hr. Bubendey. Anw.: 07 Pers.

Hr. Himmelheber schildert die Veranstaltungen bei dem vom 27. bis 29. Juni d. J. auf Einladung des dänischen Ingenieur-Vereins von 33 Herren und 19 Damen nach Dänemark unternommenen Vereinsausfluges; im Anschluß hieran beschreibt Hr. Bubendey die Hafen-Anlagen Kopenhagens, welche 1891–94 durch neue Becken wesentlich vergrößert sind und gleichzeitig den Charakter des Freihafens erhalten haben. Die Kaimauern sind nur zum Teil ganz massiv, zum Teil ruhen sie auf Pfählen, die gegen den Bohrwurm durch eine 60 mm starke Eisenbetonwand geschützt sind. Besonderes Interesse verdient die Konstruktion der Wellenbrecher, die durch einzelne Blöcke aus 6 m starken Betonwänden mit Ausfüllung durch Sand und Kies bestehen. Hr. Stein nimmt sodann das Wort zu einigen Ausführungen über die neuen Hauptbahnhofs-Anlagen in Kopenhagen und gibt weitere interessante Mitteilungen über die Schiedsgerichte des dänischen Ingenieurvereins, die als Ersatz für die zu langsam und zu kostspielig arbeitenden ordentlichen Gerichte und die gewöhnlichen Schiedsgerichte im Jahre 1894 eingeführt wurden und sich zur Erledigung von Streitigkeiten über technische Arbeiten und Lieferungen außerordentlich bewährt haben. — E.

Versammlung am 30. Oktober 1908. Vorsitz. Hr. Bubendey. Anwes. 64 Personen.

Hr. Winter spricht über den XI. internationalen Schiffsahrts-Kongreß in St. Petersburg. Nach einer fesselnden Schilderung der Reise nach St. Petersburg, des dortigen Verkehrslebens und der hervorragendsten Bauwerke geht der Redner auf die im allgemeinen vortref-

fer denn eigentlich Architekt ist und welche Personen demgemäß den Architektenkammern zu unterstellen sind. Daß für die Frage, wer Architekt ist, nicht die Tatsache maßgebend sein kann, daß sich jemand Architekt nennt, liegt auf der Hand. Bisher hat die Rechtsprechung sich mit dem Begriff „Architekt“ noch nicht sehr viel zu beschäftigen gehabt, wiewohl immerhin verschiedene Gesetze und Verordnungen die Architektur behandeln. Ich habe vor einigen Jahren in diesem Vereine einen Vortrag gehalten über die Versicherungspflicht der Angestellten der Architekten²⁾. Bei dieser Gelegenheit mußte ich den Begriff „Architekt“ erörtern. Ich habe sodann in der „Deutschen Juristenzeitung“³⁾ einen kurzen Aufsatz über diesen Begriff veröffentlicht und zwar bot mir den Anlaß hierzu eine Entscheidung des Kammergerichtes, in der ein akademisches Studium als Voraussetzung für den Begriff des Architekten bezeichnet wurde. Ich bin dieser Auffassung entgegengetreten und gestatte mir, das, was ich damals geschrieben habe, teilweise hier wiederzugeben:

„Hiernach ist Architekt derjenige, der in selbständiger Tätigkeit und in einer vom Geiste der Kunst erfüllten Weise Hochbauten entwirft, je nach Lage der Sache auch die Ausführung leitet und überwacht. Unerheblich ist es m. E., welche Ausbildung der Architekt genossen hat. Es ist nicht ausgeschlossen und auch vorgekommen, daß Jemand sich auf praktischem Wege ohne systematisches höheres Studium zu hervorragender künstlerischer Bedeutung emporgerungen hat. Die Regel ist allerdings die, daß nur der Besuch einer Hochschule wie überhaupt eine höhere allgemeine Bildung die Fähigkeit zur richtigen Ausübung des Architektenberufes gibt. Ein Staats-Examen ist (anders wie beim Arzt und Rechtsanwalt) nicht zu erfordern, wiewohl viele Architekten ein solches abgelegt haben.“

Ich glaube, an diesem Begriff auch jetzt festhalten zu müssen, wiewohl ich nicht verkenne, daß der festgestellte Begriff nicht für alle Fälle paßt; und es wird auch zu erwägen sein, ob der Begriff im Sinne eines Gesetzes über Architektenkammern nicht noch weiter zu fassen sein wird. Es kann z. B. in Frage kommen, ob nicht auch Staats-Architekten zu den Architektenkammern zuzulassen sind. Bei den Staatsarchitekten fehlt das Merkmal der Selbstständigkeit. Sie üben ihr Amt nicht in eigenem Namen und nicht für eigene Rechnung, sondern im Namen und für Rechnung des Staates aus. Dasselbe gilt von den Architekten der Städte und sonstiger Kommunalverbände. Es kann auch erwogen werden, ob nicht in einem gewissen Umfang Angestellte von Architekten, die hervorragende Leistungen aufweisen, ferner Hochschul- und Baugewerkschul-Lehrer, Redakteure architektonischer Zeitungen, zur Architektenkammer heranzuziehen sind. Das sind indessen Einzelfragen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen kann. —

(Fortsetzung folgt.)

²⁾ Vergl. „Deutsche Bauzeitung“. 1905, No. 48, 50.

³⁾ 1906, No. 24, Seite 1366.

lich vorbereitete Organisation des Kongresses und die auf demselben gefaßten Beschlüsse ein, die aber, wie bei den früheren Kongressen, etwas indifferent ausgefallen seien. Durch eine große Reihe von Lichtbildern gab sodann der Vortragende ein interessantes Bild von Moskau mit seinen echt russischen Typen und Bauten, und von Finnland mit den schönen Imatra-Wasserfällen, sowie von einer dreitägigen Wolgafahrt. — W.

Wettbewerbe.

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Erweiterung eines Volksschulhauses in Waldkirch i. B. liefen 38 Arbeiten ein. I. Preis: Hr. Wilh. Sattler in Freiburg; II. Preis: Hr. Jul. Bayer in Waldkirch. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe „Pestalozzi“ des Hrn. H. Williard und „Bakulus“ der Hrn. Geis & Bauer und Rich. Koch, sämtlich in Freiburg. —

Wettbewerb Rathaus Rudolstadt. Den I. Preis von 2500 M. gewannen die Hrn. Lehmann & Wolf in Halle a. S.; den II. Preis von 1500 M. errang Hr. Erich Grau in Breslau, den III. Preis von 1000 M. Hr. Hans Brühl in München. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe der Hrn. Kaiser und Sautter in Cassel, Veil und Herms in München, sowie von Cube in München. Auch dieser Wettbewerb hat die ungewöhnlich starke Beteiligung von 207 Entwürfen gefunden, die bis 13. Febr. im alten Landratsamt zu Rudolstadt öffentlich ausgestellt sind. —

Inhalt: Ostmärker-Hof des Herrn Ludwig Güttermann in Gutach im Breisgau. — Hochwasserschutz für Breslau. (Schluß.) — Ueber Architektenkammern. — Vereine. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Beilage: Ostmärker Hof des Herrn Ludwig Güttermann in Gutach im Breisgau.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortlich Albert Hofmann, Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber, Berlin.